

9. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Januar 1999, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	322	4. Förderung von Solaranlagen	
Erklärung zum Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus		Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	361
Präsident Böhm	322	Staatssekretär Spitzner	361
Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 (Haushaltsgesetz 1999/2000) (Drs. 14/199)		5. Bau und Finanzierung des „Festspieltheaters Neuschwanstein“	
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999) (Drs. 14/212)		Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	361, 362
– Erste Lesung –		Staatssekretär Spitzner	362
Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser	323, 352	6. Buchheim-Stiftung	
Straßer (SPD)	333	Hufe (SPD)	362, 363, 364
Starzmann (SPD)	335	Staatsminister Zehetmair	362, 363, 364
Grabner (CSU)	336	7. Bundesmittel für die Bayreuther Festspiele	
Knauer (CSU)	337	Nadler (CSU)	364
Ach (CSU)	339	Staatsminister Zehetmair	364, 365
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	345	Schläger (SPD)	365
Beschluß	355	Franzke (SPD)	365
Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 1 GeschO		8. Fachhochschulzweigstelle in Lindau	
1. Eigenkapitalbeschaffung regionaler mittelständischer Unternehmen		Frau Lück (SPD)	365, 366, 367
Dr. Kaiser (SPD)	355, 356	Staatsminister Zehetmair	365, 366, 367
Staatssekretär Spitzner	355, 356, 357	Rotter (CSU)	366
2. Förderung des Regionalflughafens Hof/Plauen		9. Verhältnis zwischen den Münchner Universitäten	
Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	357	Schläger (SPD)	367, 368
Staatssekretär Spitzner	357, 358	Staatsminister Zehetmair	367, 368
Schläger (SPD)	358	10. Staatliches Gelände in München, Am Biederstein 81	
König (CSU)	358	Frau Schmidt-Sibeth (SPD)	368, 369
3. Anmeldung zu EU-Fördergebieten		Staatsminister Zehetmair	368, 369
Dr. Scholz (SPD)	359, 360	11. Medienbetriebsgesellschaft Donau-Lech	
Staatssekretär Spitzner	359, 360, 361	Straßer (SPD)	369, 370
Willi Müller (CSU)	360	Staatsminister Zehetmair	369, 370
		Georg Schmid (CSU)	370
		Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO (Anlage 1)	

12. Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeiten beim Sparkassen- und Giroverband Erwin Schneider (CSU)	399	26. Aufbau von Telezentren im ländlichen Raum Frau Dr. Baumann (SPD)	403
13. Staatsangehörigkeit des CSU-Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg Franzke (SPD)	399	27. Arbeitsplätze in Telezentren Gartzke (SPD)	403
14. Sanierung der Neuen Mainbrücke in Ochsenfurt Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	399	28. Gründung von Telezentren im ländlichen Raum Frau Naaß (SPD)	404
15. Randgemeinden der Truppenübungsplätze Hohenburg und Grafenwöhr Nentwig (SPD)	399	29. Fördermittel für Telezentren Frau Narnhammer (SPD)	404
16. Menschen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit in Bayern Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	400	30. Für Telezentren ausgegebene Mittel Frau Marianne Schieder (SPD)	405
17. Bezirkstagspräsident der Oberpfalz Schindler (SPD)	400	31. Grundfunktionen der Telezentren Frau von Truchseß (SPD)	405
18. Datenspeicherung nach Routinekontrolle der Polizei Frau Werner-Muggendorfer (SPD)	400	32. Vernetzung der Telezentren Vogel (SPD)	405
19. Drei- und vierstufige Wirtschaftsschulen – Mathematikwissenschaftliche Ausbildungsrichtung Frau Biedefeld (SPD)	400	33. Abwicklung der 5-b-Förderung in Bayern Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	406
20. Drei- und vierstufige Wirtschaftsschulen – Mathematikwissenschaftliche Ausbildungsrichtung Irlinger (SPD)	401	34. Agentur für nachwachsende Rohstoffe (CARMEN) Mehrlich (SPD)	406
21. Sicherung der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen Frau Peters (SPD)	401	35. Forstämter Pressath und Flossenbürg Möstl (SPD)	406
22. Fortbestand der vierjährigen Wirtschaftsschule Frau Radermacher (SPD)	401	36. Baugenehmigungsverfahren in Schwabach Frau Helga Schmitt (SPD)	407
23. Verwaltungsangestellte in Förderschulen Frau Goertz (SPD)	401	37. Zweckverband Abfallbeseitigung Rangau – Müllverschmelungsanlage Schultz (SPD)	407
24. Spiel- und Lernsoftware für Kindergärten, Grund- und Hauptschulen Hartmann (SPD)	402	38. Abnahme der eidesstattlichen Versicherung von Schuldner Prof. Dr. Gantzer (SPD)	407
25. Sprachkenntnisse der Schülerinnen und Schüler der Berufsoberschule Frau Voget (SPD)	402	39. Verurteilungen von Erwachsenen mit Einziehung von Vermögen Dr. Jung (SPD)	408
		Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dingreiter, Kaul u.a. u. Frakt. (CSU)	
		Perspektiven der Energiepolitik (Drs. 14/248)	
		Dingreiter (CSU)	370
		Staatssekretär Spitzner	371
		Wörner (SPD)	374
		Glück (CSU)	375, 376
		Starzmann (SPD)	375, 378
		Frau Staatssekretärin Stewens	377
		Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	382

Beschluß	383	Namentliche Abstimmungen	397, 409, 411
Dringlichkeitsantrag der Abg. Renate Schmidt, Irlinger, Egleder u. a. u. Frakt. (SPD)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Für Schulreform und Stopp der sechsstufigen Realschule (Drs. 14/249)		Volksentscheid auf Bundesebene (Drs. 14/250)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Kellner, Münzel u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Renate Schmidt, Schultz, Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)	
Qualität von Schule verbessern statt sechsstufige Realschule einführen (Drs. 14/256)		Sicherstellung der flächendeckenden Insolvenzberatung in Bayern (Drs. 14/251)	
Irlinger (SPD)	383, 388	Dringlichkeitsantrag der Abg. Paulig, Elisabeth Köhler, Kellner u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Pschierer (CSU)	384	Keine Studiengebühren an bayerischen Hochschulen (Drs. 14/252)	
Knauer (CSU)	384, 387, 390	Verweisung in die Ausschüsse	397
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	385	Schluß der Sitzung	397
Frau Narnhammer (SPD)	388		
Frau Goertz (SPD)	390		
Starzmann (SPD)	391		
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	391		
Frau Staatsministerin Hohlmeier	393		
Frau Marianne Schieder (SPD)	394		

(Beginn: 09.03 Uhr)

Präsident Böhm: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich eröffne die 9. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt; ich habe dabei Ihre Zustimmung vorausgesetzt.

In der Diplomatenloge hat die neue Generalkonsulin der Republik Polen, Frau Jolanta Kozłowska, Platz genommen.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Generalkonsulin, ich heiße Sie im Bayerischen Landtag sehr herzlich willkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute vor 54 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Vernichtungslager Auschwitz befreit. Das von den Nationalsozialisten im Jahr 1940 errichtete KZ war für Millionen unschuldiger Kinder, Frauen und Männer aus verschiedenen Völkern und Religionsgemeinschaften eine Stätte des Martyriums, an der sie ihrer Menschenwürde beraubt, gefoltert und ermordet wurden.

Dieser Tag ist Anlaß zur Erinnerung und zur Mahnung – zur Erinnerung daran, welches unendliche Leid ideologisch verblendete Menschen ihren Mitmenschen zugefügt haben, und zur Mahnung, daß sich derartige Verbrechen nicht mehr wiederholen dürfen. Daher hat Bundespräsident Roman Herzog vor drei Jahren den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Der Bayerische Landtag bekennt sich zu diesem Gedenken, das alle Demokraten verpflichtet, sich immer wieder von neuem der ethischen und demokratischen Fundamente unseres Gemeinwesens zu vergewissern.

Die Frage, ob das Gedenken zwischenzeitlich „ritualisiert“ und somit inhaltslos geworden sei, hat – auch in jüngster Zeit – lebhaft Diskussionen über Inhalte und Formen der Erinnerung ausgelöst. Das hat einmal mehr deutlich gemacht, wie schwierig der Umgang mit dem Gedenken ist; und er ist um so schwieriger, je mehr der Anlaß immer noch schmerzt, dessen gedacht werden soll.

Doch es ist unverzichtbar, sich auch der bedrückendsten Wahrheiten unserer Geschichte zu stellen. „Denn nichts als die Wahrheit kann uns frei machen“, schrieb der Publizist Eugen Kogon, der selbst in einem Konzentrationslager inhaftiert war. Die jahrelange Kontroverse über Gestaltung und Aussage des Holocaust-Mahnmals in Berlin steht symbolhaft für das ernsthafte Ringen um eine würdige Form der Erinnerung an diesen beschämenden Tiefpunkt unserer Geschichte und der menschlichen Zivilisation.

Der erste Bundespräsident Theodor Heuss hat die Bedeutung des Erinnerns für unser Volk schon vor Jahrzehnten erkannt, als er sagte:

Gewiß werden eines Tages diejenigen, die sich aus eigenem Erleben erinnern können, die heute Lebenden und Überlebenden, nicht mehr da sein. Namen und persönliche Erinnerungen werden verblassen, und was sie erlebt haben, Verfolgung, Demütigung, Konzentrationslager, Tod, Zerstörung – diese Erlebnisse werden dann Material für Historiker und Schriftsteller sein.

Der Prozeß der schwindenden Erinnerung verläuft schneller, als wir es bemerken und wahrhaben wollen.

Deshalb darf

– ich zitiere noch einmal Theodor Heuss –

das Vergessen nicht eintreten, nicht nur aus Achtung vor den Leiden, vor den Verstorbenen, vor den Getöteten, sondern auch um der moralischen Zukunft unseres Volkes willen.

In diesem Appell liegt der tiefere Sinn des Gedenkens. Es ist und bleibt unsere Verantwortung – gerade auch gegenüber den nachwachsenden Generationen –, dem Vergessen-Wollen konsequent entgegenzutreten. Nur wer sich das Unfaßbare vergegenwärtigt, kann daraus Abwehrkräfte schöpfen, um die Schrecken der Vergangenheit für die Zukunft zu bannen. Der Philosoph Hans Jonas hat dies prägnant so formuliert: „Sieh hin – und du weißt!“ Dieses Wissen ist ein Stück Selbsterkenntnis, der wir nicht ausweichen dürfen. Denn wer die Spuren von Auschwitz, Bergen-Belsen, Dachau und anderen Todeslagern verwischen will, macht sich an den Opfern schuldig, indem er sie wiederum zu Opfern macht.

Es ist

– so formulierte es unser Bundespräsident –

eine nochmalige Entwürdigung der Opfer, wenn Worte wie „Auschwitz“, „Holocaust“ oder „Faschismus“ leichtfertig benutzte Vokabeln in sehr vordergründigen politischen Debatten werden. Hüten wir uns davor, das Entsetzen in billige Münze umzuwandeln.

Soweit Prof. Roman Herzog.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Einführung eines Gedenktages allein keine Gewähr gegen Wegschauen und Vergessen bieten kann. Entscheidend ist vielmehr die innere Haltung zu diesem Anlaß. Ich begrüße es, daß heute – wie bereits in den vergangenen drei Jahren – vielerorts in Bayern, an Gedenkstätten, in Städten und Gemeinden, in Bildungseinrichtungen und in Schulen der Opfer des Nationalsozialismus gedacht wird. Es sind gerade junge Menschen, die, wie Hans Jonas geschrieben hat, „hinsehen und wissen“ wollen, was war und warum es so war. Sie stellen nicht nur die herkömmlichen, sondern aus ihrer Betroffenheit heraus auch neue Fragen. Dabei helfen bislang unbekannte Dokumente. Die Tagebücher von Viktor Klemperer beispielsweise und andere Nachlässe von Zeitzeugen schildern die Demütigungen, das Wegschauen und das Mitläufertum, aber auch die Formen des „kleinen Widerstands“ im All-

tag. Wer hier bewußt „hinsieht“ und sich ernsthaft darauf einläßt, kann „wissen“ und verstehen.

Dazu trägt auch die wertvolle „Erinnerungsarbeit“ in den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg bei, die in Zusammenarbeit mit ehemaligen Häftlingen und nach wissenschaftlichen und didaktischen Erkenntnissen neu- bzw. umgestaltet werden. Die Botschaft, die von diesen „Orten des Unrechts“ ausgeht, lautet: Die Menschenrechte aktiv leben und jeden Menschen ohne Vorbehalt in seiner Würde annehmen. Nicht sagen, ich bin so gut wie du, sondern: Du bist so gut wie ich! Das muß mehr sein als ein Gebot unserer Verfassung, nämlich ein Gebot unseres Gewissens.

Diejenigen, die nach 1945 die Trümmer der Katastrophe wegzuräumen und die Wunden zu heilen hatten, sind diesem Gebot gefolgt. Sie haben eine staatliche Ordnung geschaffen, die auf der Unantastbarkeit der menschlichen Würde und auf den Freiheitsrechten des einzelnen beruht. Heuer vor 50 Jahren haben die Mitglieder des Parlamentarischen Rats in Bonn die Schlußabstimmung für das Grundgesetz bewußt auf den 8. Mai gelegt. Sie wollten damit ein Zeichen setzen. Der Neuanfang sollte kein Schlußstrich unter das Gewesene bedeuten. Die Frauen und Männer vor 50 Jahren hatten nicht nur künftigen Wohlstand und wirtschaftlichen Aufbau im Auge. Sie waren weitsichtiger, weil sie wußten, daß ein gedeihendes Staatswesen ein festes Wertefundament braucht. Carlo Schmid, einer der Architekten des Grundgesetzes, sagte damals:

Man wird einmal sagen können, daß am vierten Jahrestag des 8. Mai 1945, an dem das blutige Siegel unter den Zusammenbruch einer Herrschaft des Verderbens gedrückt worden ist, etwas geschaffen wurde, das die Tore zu einer besseren Zukunft Deutschlands und Europas aufgestoßen hat.

Wenn wir in wenigen Monaten an das 50jährige Bestehen des Grundgesetzes erinnern, können wir mit dankbarer Genugtuung feststellen, daß diese vorausschauenden Worte Wirklichkeit geworden sind. Das darf aber kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. Demokratie ist immer nur so weit und so lange gesichert, wie sie gelebt und gegen Abnutzungserscheinungen verteidigt wird. Die Schändung der Grabstätte des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Heinz Galinski, hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, wie unvermutet rasch und bedrohlich sich der Abgrund von Fanatismus und Inhumanität auftun kann. So hat es eine über den Tag hinausreichende Bedeutung, wenn der 27. Januar ein fester Bestandteil unserer demokratischen Kultur ist: als Tag des Gedenkens und des Nachdenkens.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich zum ehrenden Gedenken an alle Menschen, die der Barbarei und dem Terror der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Ich danke Ihnen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

Tagesordnungspunkt 2 a

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 (Haushaltsgesetz 1999/2000) (Drucksache 14/199)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 b

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999) (Drucksache 14/212)

– Erste Lesung –

Das Wort hat der Herr Staatsminister der Finanzen.

Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser (Finanzministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Leitlinien der bayerischen Finanzpolitik für die nächsten Jahre reden, können wir auf einer sehr soliden Basis aufbauen. Bayern ist das Land mit den besten Staatsfinanzen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hat durch seine bisherige konsequente und stabilitätsorientierte Finanzpolitik in den vergangenen Jahren Wegmarken gesetzt. Wir haben seit Jahren die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Wir haben mit 3,1% die niedrigste Kreditfinanzierungsquote, und wir haben die höchste Investitionsquote unter den Flächenländern im Westen. Im Jahr 1999 sind es 15,7%. Diesen Kurs der Stabilität setzen wir mit dem Doppelhaushalt 1999/2000, den ich diesem Hause heute vorlege, fort. Die Steigerungsrate des Doppelhaushalts beträgt nur 1,85%, und sie liegt damit deutlich unter der geschätzten Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Nettokreditaufnahme wird in diesem Doppelhaushalt um ein Drittel reduziert, und die Investitionsquote wird mit über 15% auf hohem Niveau fortgeführt.

Unsere finanzpolitische Kompetenz und die Solidität unserer Staatsfinanzen sind wesentliche Standortfaktoren. Nicht zuletzt dank unserer Finanzpolitik war Bayern 1998 erneut Wachstumsmotor in Deutschland und Vorreiter auf dem Arbeitsmarkt. Die Wirtschaftsleistung Bayerns lag um mehr als 3,5% über dem Vorjahresergebnis. Die bundesweite Wachstumsrate von 2,8% haben wir damit deutlich übertroffen. Ausländische Anleger, die besonders kritisch auf die Rahmenbedingungen schauen, bevor sie investieren, haben im ersten Halbjahr 1998 die Rekordsumme von mehr als 11,2 Milliarden DM investiert. Damit floß der Löwenanteil von fast 80% der ausländischen Direktinvestitionen nach Bay-

ern. Bayern ist das Investitionsziel Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Am Arbeitsmarkt gibt es eine klare Trendwende. Als erstes Bundesland hat Bayern einen Zuwachs bei der Beschäftigung erzielt.

Aber – für uns ist das besonders wichtig – auf diesen Ergebnissen unserer Politik dürfen wir uns nicht ausruhen. Auch wenn Bayern gute und beste Daten aufzuweisen hat, gibt sich die Staatsregierung damit nicht selbstgefällig zufrieden. Noch intensivere Bemühung, noch stärkere Wettbewerbsorientierung und vor allem eine noch langfristige Betrachtung – diese selbstkritische und zukunftsorientierte – lassen Sie mich sagen – Unruhe ist Markenzeichen der Regierung Stoiber. Wir überlassen es anderen, selbstzufrieden zu sagen, es reiche aus, bei der Verschuldung zu bleiben, wie das zum Beispiel im Saarland, in Niedersachsen und anderen Ländern der Fall ist. Nein, wir wollen noch mehr.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit Hessen?)

– Ich komme auf Hessen. Da Sie Hessen als Vergleich heranziehen, muß ich Ihnen sagen, daß der dortige Rechnungshof mitgeteilt hat, die gesteckten Ziele würden höchstwahrscheinlich nicht erreicht.

Die Haushaltspolitik steht am Ende dieses Jahrhunderts vor einem Paradigmenwechsel. Die öffentlichen Gebietskörperschaften müssen Einnahmen und Ausgaben verstärkt in einer langfristigen Perspektive betrachten. Wir müssen in Deutschland weg von kurzfristiger und kurzatmiger Planung von Ausgaben und Finanzierung. Die illusionäre Instrumentalisierung des Haushalts für konjunkturpolitische Zwecke, die in den sechziger Jahren ihren Niederschlag in Verfassungsänderungen und im Stabilitätsgesetz gefunden hat, muß endgültig der Vergangenheit angehören. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es ein aberwitziges Unternehmen, daß die Bonner Politik die alten Klamotten des Keynesianismus wieder ausgräbt und zur Staatsreligion macht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Herr Flassbeck, heute Staatssekretär im Finanzministerium, solche Theorien früher in Hinterzimmern verbreitete, wo er praktisch allein war, konnte man sagen: Es ist charmant, daß jemand eine derartige Meinung noch zu vertreten wagt. Was er sagt, ist heute aber offizielle Politik in Bonn. Da wird es gefährlich. Ich sage Ihnen: Wir müssen weg von dieser Politik.

Der Generalbaß in der Finanzpolitik, das entscheidende Kriterium für die Qualität und die Solidität eines Haushalts, muß künftig die Nachhaltigkeit sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nachhaltigkeit bedeutet Rücksicht auf nachfolgende Generationen.

Nachhaltigkeit bedeutet Schonung der finanziellen Ressourcen. Das heißt konkret: Sparen beim Personal- und Sachaufwand bei gleichzeitiger Stärkung des Investitionshaushalts. Nachhaltigkeit heißt vor allem Rückführen der Schulden durch konsequente und schrittweise Reduktion der Nettoneuverschuldung auf null.

Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik und in der Haushaltsgestaltung bedeutet auch, daß die Handlungsfähigkeit der Politik für die Zukunft aufrechterhalten wird. Wer Steuereinnahmen nur noch ausgeben kann für langfristige gesetzliche Verpflichtungen, für Personal und für Zinsen, der kann den Auftrag des Wählers zur Gestaltung von Politik nicht mehr erfüllen.

Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Politikergeneration nach uns. Diese muß auch noch handeln, auch noch gestalten können. Das alles bedeutet also Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In den vergangenen 30 Jahren haben wir in Europa, in Deutschland und – wenn auch in deutlich geringerem Umfang – in Bayern mit dem finanztechnokratischen Begriff der Nettoneuverschuldung kaschiert, daß Lasten und Verantwortung auf nachfolgende Generationen verschoben werden. Wir haben uns daran gewöhnt, heute zu konsumieren und vieles erst übermorgen zu bezahlen. oder, wie es Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber immer ausdrückt: „Wir leisten uns mehr, als wir leisten.“

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist – – Frau Kollegin Schmidt, telefonieren Sie doch etwas leiser, wenn Sie schon Dauertelefonate führen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Lieber Herr Faltlhauser! – Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Beginn meiner Rede telefoniert die Oppositionsführerin. Das kann sie zwar tun. Doch kann man auch leiser telefonieren.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Ich will Sie nicht irritieren! – Unruhe)

– Nein, Sie irritieren mich nicht.

Präsident Böhm: Herr Minister, vielleicht haben Sie das Gespräch als lauter empfunden, als es tatsächlich war. Sie sollten in Ihrer Rede fortfahren.

Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser (Finanzministerium): Das einzige, was mich jetzt irritiert, ist, daß es Sie anscheinend überhaupt nicht interessiert, wie es um die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik steht, Frau Kollegin. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Köpfen der Politiker und der Bevölkerung ist das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik bereits

eine Selbstverständlichkeit. Gott sei Dank greift dieses Prinzip auch in der Sozialpolitik Platz. So engagieren sich immer mehr Jugendorganisationen, wenn es um die Gestaltung der Rentenpolitik geht. Sie wehren sich dagegen, künftig eine höhere Eigenvorsorge für die eigene Alterssicherung und gleichzeitig eine Altersversorgung für die Generation vor ihnen leisten zu müssen. Das ist bereits Thema.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das Prinzip der Verantwortung für die Zukunft, ist aber noch nicht bei der Finanz- und Haushaltspolitik aller Ebenen angekommen. Auch die Maastricht-Kriterien zur Gesamtverschuldung und zur Nettoneuverschuldung sind vor allem unter den Gesichtspunkten der Auswirkung von Defiziten auf die Währungsstabilität sowie die Balance und die Berechenbarkeit gemeinsamer Politik in Europa diskutiert worden. Die Debatte war weniger bestimmt von der Rücksichtnahme auf die nächste Generation.

Genau das wollen wir in Bayern ändern. Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Wir wollen auf den großen Berg der Schulden keine zusätzlichen Lasten häufen. Um dies zu erreichen, werden wir zugegebenermaßen einen schweren Weg gehen müssen. Deshalb hat Herr Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in seiner Regierungserklärung festgestellt, daß wir dieses Ziel in der Bayerischen Verfassung verankern sollten. Der Weg dorthin soll Selbstverpflichtung sein. Das Ziel zu erreichen soll zum legislaturperiodenüberschreitenden, ja sogar zum generationenübergreifenden Prinzip werden.

In Deutschland hat die Verschuldung der Gebietskörperschaften trotz Sparbemühungen mit fast 2,3 Billionen DM einen neuen Höchststand erreicht. In Relation zum Wirtschaftswachstum hat sich die Staatsverschuldung in Deutschland weit überproportional erhöht: Entsprach sie 1977 noch 27,4% des Bruttoinlandsproduktes, erhöhte sie sich bis 1997, also innerhalb von 20 Jahren, auf 60,2% des Bruttoinlandsproduktes. Die Dynamik des Schuldenzuwachses ist besorgniserregend, auch wenn berücksichtigt werden muß, daß hierbei in den letzten acht Jahren die enormen Kosten für die Reparatur des totalitären Planwirtschaftssystems der ehemaligen DDR eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Was die Staatsverschuldung für die kommenden Generationen bedeutet, können Sie an folgender Zahl erkennen: Beim gegenwärtigen Schuldenstand in Deutschland wird jedem Neugeborenen gleichsam eine Schuld in Höhe von 27 000 DM in die Wiege gelegt.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waigel läßt grüßen! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht es in Bayern aus? – Wir müssen feststellen, daß auch wir uns in der Vergangenheit dem Schulden-sog nicht völlig haben entziehen können.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß nicht, warum Sie lachen, liebe Kollegen. Sie wissen doch genau, daß der Freistaat Bayern im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern mit großem Abstand die solidesten Finanzen hat.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt versuche ich einmal, Ihnen den Gedanken der Verantwortung für die Zukunft näherzubringen. Ich gehe dabei kritisch auf die eigenen Zahlen ein. Die Kreditmarktverschuldung hat sich in Bayern innerhalb der letzten 20 Jahre mehr als vervierfacht, obwohl wir sehr solide gewirtschaftet haben. Sie ist von 8 Milliarden DM im Jahre 1977 auf 36,9 Milliarden DM im Jahre 1997 gestiegen. Schon heute engen die steigenden Zinslasten den finanziellen Spielraum für bestehende und für neue Staatsaufgaben spürbar ein. Der bayerische Haushalt hat eine jährliche Zinslast von deutlich mehr als 2 Milliarden DM zu verkraften. Zum Vergleich: Die Summe der Mittel für sogenannte freiwillige Leistungen beträgt in Bayern in diesem Jahr 2,7 Milliarden DM. Sie sehen die Größenordnung: Der Betrag der zu zahlenden Zinsen nähert sich den Ansätzen für freiwillige Leistungen gefährlich an.

So verfolgt die Bayerische Staatsregierung den Kurs des Defizitabbaus. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, nicht nur die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben von heute zu sichern, sondern auch die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken. Ich meine, es ist den nachfolgenden Generationen nicht zuzumuten, daß wir immer mehr Schulden machen. Vielmehr müssen wir damit aufhören, ständig neue Schulden zu machen, und dem entsprechenden Gewöhnungseffekt entgegenwirken.

Wir wollen auch zukünftig die finanzpolitische Nummer eins in Deutschland sein. Deshalb muß Bayern seine Neuverschuldung nachhaltig und kontinuierlich auf null zurückführen.

(Beifall des Abgeordneten Ach (CSU))

Die Bayerische Staatsregierung will, daß der Haushalt ohne Neuverschuldung als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wird. Finanzpolitische Fundamentalnormen sollten Verfassungsrang haben.

Frau Kellner, weil ich eine entsprechende Presseerklärung von Ihnen gelesen habe, will ich etwas im Hinblick auf das Grundgesetz sagen. Nach dem Grundgesetz ist die Aufnahme von Schulden zur Deckung des Haushalts, also die Nettoneuverschuldung, der Normalfall. Artikel 115 des Grundgesetzes begrenzt die Verschuldung lediglich auf einen Höchstbetrag, nämlich auf die Summe der Ansätze für Investitionen in dem jeweiligen Haushalt.

Wir schlagen vor: Normalfall soll der Haushalt ohne jegliche zusätzliche Verschuldung sein. Nur in begründeten bzw. gravierenden Ausnahmefällen sollte es zur Neuverschuldung kommen. Dabei soll wiederum die genannte Obergrenze greifen, also die Summe der veranschlagten Investitionen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir wollen baldmöglich einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen können, spätestens im Jahr 2009. Zu diesem Zweck betreiben wir einen verantwortbaren, moderaten Schuldenabbau in mehreren Stufen. Bei der Rückführung der Neuverschuldung wollen wir weder den Bürger noch die Wirtschaft überfordern. Doch wollen wir den notwendigen Sparkurs nachhaltig und kontinuierlich fortführen. So sage ich – dies unterstreiche ich dreimal –: Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung gehört nicht nur in die Bayerische Verfassung, sondern in die Verfassungen aller Länder und auch in das Grundgesetz.

Es kann doch nicht richtig sein, daß das Prinzip der Nachhaltigkeit nur in der Stabilitätsinsel Bayern beachtet wird. Da müssen alle ran und Verantwortung für die Zukunft zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Immer deutlicher zeigt sich, daß die derzeitigen Regelungen der Finanzverfassung eine wesentliche Ursache für die Negativentwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland darstellen. Dringend nötig ist vor allem eine Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Bayern, Baden-Württemberg und jüngst Hessen mußten letztlich wegen der Blockadehaltung der Ländermehrheit den Gang nach Karlsruhe antreten. Wir erwarten, daß im Sommer eine mündliche Verhandlung stattfindet.

Wir wollen das System des Finanzausgleichs zukunftsfähig machen. Mit unserem ausgewogenen Reformmodell, das mein Vorgänger Erwin Huber zusammen mit seinem Kollegen in Baden-Württemberg entwickelt hat, werden Leistung und Verbesserung der eigenen Wirtschaft sofort belohnt. Jedem Land bleibt nach diesem Modell von künftigen Mehreinnahmen mindestens die Hälfte; das ist vernünftig. Wir wollen nicht im horizontalen Finanzausgleich die Solidarität mit den anderen Ländern aufkündigen, schon gleich gar nicht die Solidarität mit den neuen Bundesländern. Die leistungsfeindliche Übernivellierung muß allerdings im Interesse des Wettbewerbsföderalismus endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der CSU)

Der Bürger muß sehen und beurteilen können, wie erfolgreich die von ihm gewählte Regierung arbeitet. Wettbewerb fördert mehr Leistung. Das dient nicht nur den jeweiligen Regionen, nicht nur Bayern, sondern allen in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Eckdaten des Doppelhaushalts 1999/2000 kurz darstellen. Die Aufstellung des Doppelhaushaltes 1999/2000 war geprägt von unserem Ziel des Haushalts ohne Neuverschuldung und stand dementsprechend unter dem Gebot äußerster Sparsamkeit. Das verdeutlichen folgende Eckdaten:

Erstens. Die Steigerungsrate des Gesamthaushalts beträgt bereinigt im Jahresdurchschnitt 1,85%, also

etwa die Hälfte der nominalen Wachstumsrate. So drücken wir die Staatsquote. Wir reden nicht davon, sondern wir tun es: Auf diese Weise bringen wir die Staatsquote nach unten.

Zweitens. Die Nettokreditemächtigung kann aufgrund der strikten Ausgabendisziplin 1999 auf rund 1,9 Milliarden DM und im Jahr 2000 auf 1,6 Milliarden DM zurückgeführt werden. Dies bedeutet eine Rückführung der Neuverschuldung gegenüber dem Nachtragshaushalt 1998 um insgesamt 858 Millionen DM, also um gut ein Drittel. Wir steigen damit in zwei Schritten deutlich in die Rückführung der Verschuldung ein. Lafontaine sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Die Kreditfinanzierungsquote wird 1999 auf 3,1% – der Durchschnitt der westlichen Bundesländer beträgt 6,4% – und im Jahr 2000 auf nur noch 2,6% sinken. Das ist uns zwar immer noch zu hoch, aber eine solche Zahl hat kein anderes Bundesland aufzuweisen.

Viertens. Dank unserer soliden Finanzpolitik sind wir auch bei der Zinsausgabenquote mit großem Abstand in Deutschland die finanzpolitische Nummer 1. Während in Bayern 1999 lediglich jede 27. Mark aller Ausgaben für Zinsen verwendet werden muß, müssen die westdeutschen Flächenländer im Durchschnitt jede 12. Mark hierfür einplanen.

Fünftens. Trotz des entschlossenen Sparkurses übertrifft die bayerische Investitionsquote mit über 15% nach wie vor den Länderdurchschnitt West um voraussichtlich vier bis fünf Prozentpunkte, was einen Investitionsvorsprung Bayerns von etwa 3 Milliarden DM bedeutet. Ich wiederhole: Der Freistaat Bayern hat gegenüber dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer einen Investitionsvorsprung von 3 Milliarden DM pro Jahr. Das bedeutet 3 Milliarden DM mehr für die Bürger und die Zukunft. Wer nicht investieren kann, kann auch die Zukunft nicht gestalten. Wir haben hier einen deutlichen Vorsprung.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorhin den Zuruf „Hessen“ gehört. Aus der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Hessen aus dem Jahr 1997 geht hervor, daß Hessen den Schuldenabbau vor allem durch den Abbau der Investitionsquote sicherstellen will.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist doch widersinnig. Die Zukunft gestalten bedeutet investieren. Wer die Nettoneuverschuldung durch den Rückgang der Investitionsquote zurückführen will, baut in seinen Haushalt einen dramatischen Widerspruch ein.

(Zuruf des Abgeordneten Gabsteiger (CSU))

Man kann die Nettoneuverschuldung nur durch eine Rückführung der Personalkosten, Zinskosten und auch der Sachkosten senken. Wir tun das.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Staatssilber verscherbeln!)

Für unsere Haushaltspolitik brauchen wir auch außerhalb des Freistaates Bayern solide Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine verlässliche Politik auf europäischer und auf Bundesebene.

Hier müssen wir gegenwärtig ein erhebliches Defizit feststellen. Die solide Wachstumserwartung wird gegenwärtig permanent wegen der neuen Bundesregierung korrigiert, wie jedermann erkennen kann. Wir haben 3% erwartet, jetzt sind es nur noch 2%. Das ehemalige Institut von Herrn Flassbeck liegt mit seinen Schätzungen noch einmal deutlich darunter. 1% Wachstumseinbuße bedeutet für den bayerischen Staatshaushalt eine halbe Milliarde weniger an Steuereinnahmen, eine halbe Milliarde weniger an Gestaltungsmöglichkeiten beim Straßenbau, bei Schulen und Universitäten. Deshalb muß man Wachstum fördern.

Vor dem 27. September dachte ich, daß sich alle darin einig seien, daß Hauptaufgabe der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Dynamisierung der Wirtschaft wären. Das haben wir alle auf den Straßen und in den Versammlungssälen gehört. Dann aber kam die sogenannte Steuerreform der neuen Bundesregierung, die keinen einzigen Ansatz zum Abbau der Arbeitslosigkeit enthielt, keinen einzigen Ansatz zur Dynamisierung der Wirtschaft. Genau dieses habe ich Herrn Lafontaine im Bundestag vorgehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Schläger (SPD))

Dann trat der Bundesfinanzminister an das Rednerpult im Bundestag und sagte, er wolle mit der Steuerpolitik gar nicht den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft ankurbeln, er wolle „Gerechtigkeit“ schaffen – was immer das ist.

(Unruhe)

Der diffuse Begriff der Gerechtigkeit ist heute für die Steuerpolitik im Bund bestimmend.

(Zurufe von der SPD)

Warum hat Herr Lafontaine in sein Steuerreformkonzept nicht das eingebaut, was er vor dem 27. September versprochen hat, nämlich einen Eingangsteuersatz von 15%?

(Frau Renate Schmidt (SPD): Warum hat Herr Waigel eine so große Lücke hinterlassen? Das ist die Erblast! – Zurufe der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit würde er Gerechtigkeit schaffen, damit würde er den kleinen Leuten helfen. Aber nein: Er bewegt sich beim Eingangsteuersatz mit kleinen Schritten nach unten.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Frau Renate Schmidt (SPD): Er hat ihn deutlich verringert!)

– Ach, Sie haben aufgehört zu telefonieren, Grüß Gott.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Alle Wirtschaftsexperten haben darauf hingewiesen, daß man die Wirtschaft im Jahr 2000 nicht mit etwa 13 Milliarden zusätzlich belasten könne, wenn sie Arbeitsplätze schaffen solle.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

Die unsinnige Abschaffung der Teilwertabschreibung wurde in den letzten Tagen wieder zurückgenommen. Zunächst waren 3,4 Milliarden DM deswegen eingeplant, jetzt sind es nur noch 2,8 Milliarden. Ich weiß nicht, was dabei herauskommen kann. Diese Regierung arbeitet nach dem Prinzip von „Trial and error“: Probieren wir es mal, und dann nehmen wir es wieder zurück.

(Heiterkeit bei der CSU – Frau Renate Schmidt (SPD): Ich erinnere an die Steuerreform der letzten Koalition!)

Dieser Bundeskanzler wird zu einem Kanzler des Ausprobierens und der Rücknahme. Der Rücknahme-Kanzler. So kann man keine verlässliche Politik machen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unerträglich, daß er seinen Umweltminister drei Wochen lang nicht nur durch Deutschland, sondern durch Europa hat marodieren und dabei nicht nur wirtschaftspolitischen Schaden, sondern auch außenpolitischen Schaden größten Ausmaßes hat anrichten lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß die Opposition in diesem Haus endlich sagt, die Atompolitik dieses Mannes schädigt insbesondere Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

70% des Stromes in Bayern stammt aus Atomkraftwerken. Dadurch würde für die Wirtschaft in Bayern der Strom, den sie dringend benötigt, um 30% teurer. Eine derartige Politik ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Dann muß ich sagen: Ich bin zutiefst verwirrt – nicht nur ich, sondern auch die Investoren –

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Für Ihre leicht bedienbare Lust wiederhole ich: Ich bin zutiefst verwirrt über die Steuerpolitik von Herrn Lafontaine, wenn ich mir zum Beispiel ansehe, was er mit dem 630-DM-Gesetz macht. Mittlerweile ist das der fünfte Ansatz. Ich habe mir das Gesetz genau angesehen.

(Wahnschaffe (SPD): Was haben Sie denn gemacht?)

Auch der fünfte Versuch zum 630-DM-Gesetz

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie haben es nicht einmal versucht!)

enthält wiederum zwei wesentliche Teile, die nur eine Antwort zulassen: verfassungswidrig. Sie unternehmen einen fünften Versuch, ohne ihn sich vorher genau zu überlegen. Sie werden wieder scheitern. Sie werden auf den fünften Versuch einen sechsten Versuch folgen lassen müssen.

(Beifall bei der CSU – Wahnschaffe (SPD): Was ist denn die Alternative?)

Steuerpolitik braucht Verlässlichkeit und muß Rahmenbedingungen für Investitionen und für die Wirtschaft setzen. Meine Damen und Herren, so wie es bisher von dieser Bundesregierung probiert wurde, geht es schief. Dies führt zu einer Schädigung nicht nur der Wirtschaft in ganz Deutschland, sondern auch zu einer Schädigung der Rahmenbedingungen unseres Haushaltes, den ich vorzulegen habe.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zur Ökosteuer machen. Die Ökosteuer wurde von Herrn Lafontaine gewissermaßen als Durchgangsposition im Haushalt angesetzt. Dadurch hat er eine Steigerungsrate von 1,7% hinbekommen. Die tatsächliche Steigerungsrate des Bundeshaushaltes beträgt 6,7%, wenn man die Trickereien herausrechnet. Die Ökosteuer gehört dazu.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Er hat Ihre Trickereien korrigiert!)

Bundesfinanzminister Lafontaine hat 30 Milliarden DM an zusätzlichen Steuereinnahmen für Mehrausgaben verwendet. Auch wir haben Steuermehreinnahmen; wir verwenden diese Steuermehreinnahmen aber für die Reduzierung der Nettoneuverschuldung. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Einnahmeseite unseres Doppelhaushaltes in unserem Entwurf basiert auf der Steuerschätzung vom 11./12. November 1998. Danach gehen wir für 1999 von Steuereinnahmen in Höhe von 48 Milliarden DM und für das Jahr 2000 in Höhe von 49,4 Milliarden DM aus. Ich verhehle nicht, daß die Veranschlagung in dieser Größenordnung Risiken in sich birgt, vor allem Risiken aufgrund der konjunkturellen Entwicklung. Wenn das Wachstum geringer ist, als von den Steuerschätzern im November 1998 angesetzt, haben wir sofort dramatische Einbrüche hinzunehmen. Ich wiederhole: 1% weniger an Wachstum bedeutet eine halbe Milliarde DM weniger für unseren Haushalt.

Die nicht nur von mir, sondern von allen kritisierten Regelungen zum 630-DM-Gesetz greifen in die Taschen der Länder. Sie kosten auch uns einen erheblichen Betrag. Wir haben es gerechnet: Die neueste Variante

kostet uns immerhin noch 200 Millionen DM. Der Bundesfinanzminister ist verpflichtet, dies gegenüber den Ländern auszugleichen. Er hat aber in einem Brief seiner Staatssekretärin deutlich gemacht, daß er nicht gewillt ist, seriösen Ausgleich zu gewähren. Er hat uns auf die Wachstumschancen verwiesen, die wir aufgrund seiner großartigen Politik haben, und daraus würden wir uns schon finanzieren können. Dies ist keine seriöse Gegenfinanzierung.

In gleicher Weise hat er ausdrücklich betont, Frau Schmidt, daß die 1,8 Milliarden DM, die die Länder aufgrund der Kindergelderhöhung einfordern können, nicht speziell zu begleichen sind, obwohl es im Grundgesetz steht. Der hochgeschätzte Kollege Schleußer hat in der letzten Finanzministerkonferenz seinerseits sehr deutlich gemacht – ich begrüße das sehr –: Lieber Herr Bundesfinanzminister, diese 1,8 Milliarden DM kann man nicht in die allgemeinen Verhandlungen über die Deckungsquote einstellen; das muß spezifiziert, getrennt, separiert gegenfinanziert werden. Das steht nicht nur im Finanzausgleichsgesetz, § 1, sondern auch im Grundgesetz. Das hat Schleußer selbst gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn mir auf meine Frage im Finanzplanungsrat, auf meine Frage im Bundestag der Bundesfinanzminister wiederholt, persönlich mündlich und schriftlich sagt: „Dies werde ich gegenüber den Ländern nicht speziell und getrennt ausgleichen,“ dann begeht er Verfassungsbruch. Die Verfassung verpflichtet ihn dazu. So kann man doch nicht mit den Ländern umgehen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man in unserer Verfassungsordnung miteinander einigermaßen vernünftig arbeiten will, dann muß man einen derartigen Anspruch selbstverständlich ausgleichen. Das Ringen um die allgemeine Deckungsquote ist eine andere Frage – das gebe ich zu; politisch kann man darum ringen. Hier besteht aber ein unmittelbarer Rechtsanspruch.

Meine Damen und Herren, eine völlig neue Situation ist durch die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Entlastung von Ehepaaren mit Kindern entstanden. Durch das Urteil ist der Gesetzgeber verpflichtet, spätestens ab Beginn des nächsten Jahres den Betreuungsaufwand von Familien für ihre Kinder in größerem Umfang als bisher steuerlich zu berücksichtigen. Ab dem Jahr 2002 muß darüber hinaus auch die Ungleichbehandlung beim Haushaltsfreibetrag, den es im Prinzip seit 1958 gibt und der bislang nur Alleinerziehenden als Ersatz für den Splittingvorteil von Ehepaaren gewährt wird, beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, die Richtung, der Grundtenor des Urteils wird von der Staatsregierung nachdrücklich begrüßt; denn die Beschlüsse stärken die Institution Ehe, fördern die Familie und die Kindererziehung. Übrigens wurde zum gleichen Zeitpunkt in die Koalitionsvereinbarung die Schwächung des ehelichen Zusammenlebens durch die Relativierung der Ehe geschrieben. Das ist bemerkenswert.

Das Bundesfinanzministerium hat die zusätzlichen Kosten aufgrund dieses Richterspruchs sehr schnell auf 22,5 Milliarden geschätzt. Ich will nicht in einen Wettlauf um Horrorzahlen eintreten, betone aber: Unsere Schätzungen liegen wesentlich höher, nämlich zwischen 30 und 35 Milliarden DM. Wir können dies auch gut begründen. Wenn diese Größenordnung, die ich in der Endgestaltung nicht annehme, Platz greifen würde – sie würde in unverminderter Art Platz greifen, wenn die politische Ebene in Bonn nicht handeln würde, wenn der Spruch des Bundesverfassungsgerichts unmittelbar Gesetz werden würde –, dann würde das den Freistaat Bayern pro Jahr 2,4 Milliarden DM zusätzlich kosten. Dieser Betrag gehört auch zu den Risiken.

Ich habe Herrn Lafontaine gebeten, seinerseits schnell ein Konzept zu erarbeiten und dieses Konzept mit uns zu besprechen. Meine Damen und Herren, es kann nur so gehen: Zuerst muß ein Konzept für eine verfassungskonforme Umsetzung des Richterspruchs aus Karlsruhe erarbeitet werden, dann müssen alle öffentlichen Haushalte die Prioritäten neu setzen. Wir müssen konsequente Einsparungsmöglichkeiten prüfen, um in den Haushalten Platz zu schaffen. Der bequeme Ausweg, sofort an der Steuerschraube zu drehen, wie wir es allenthalben aus GRÜNEN-Kreisen und aus SPD-Kreisen hören, muß ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht sein, daß man die Familien aufgrund des Verfassungsgerichtsspruchs entlasten will, dann aber die Familien zum Beispiel durch eine Mehrwertsteuererhöhung wieder belastet. Diese würden dadurch nämlich wieder in besonderer Weise getroffen.

Meine Damen und Herren, der größte Ausgabenblock im bayerischen Haushalt sind wie immer die Personalausgaben: 1999 25,9 Milliarden DM, 2000 26,6 Milliarden DM. Der Anteil der Kosten für Personal beträgt im Jahre 1999 41,9% und steigt im Jahr 2000 leicht auf 42,4% – dies vor allem aufgrund der Altersversorgungslasten, die uns immer mehr drücken. Dies wird in den nächsten Jahren so weitergehen.

Die hohen Personalausgaben zwingen uns auch in der Personalpolitik, die finanziellen Grenzen anzuerkennen und einzuhalten. Daher haben wir im Haushaltsgesetz und mit dem 20-Punkte-Aktionsprogramm der Staatsregierung den Abbau von 12 000 Stellen bis zum Jahr 2007 beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Arbeitsplätze!)

– Da war ein Zwischenruf, meine Damen und Herren, darauf darf ich Sie aufmerksam machen. Ich spreche vom Abbau von Planstellen, und von dort hinten kommt der Zwischenruf: Arbeitsplätze!

Wollen Sie die Probleme auf dem Arbeitsmarkt durch das Einstellen von Beamten lösen? Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Auf diese Weise können Sie auch keine nachhaltige Haushaltspolitik sicherstellen. Bis einschließlich 1998 haben wir den Abbau von rund 5000 Stellen vollzogen. Besonders bedeutsam ist, daß wir dadurch die Möglichkeit geschaffen haben, Schwerpunkte zu setzen. Als wir überlegt haben, daß die innere Sicherheit besonders wichtig ist, haben wir die personalpolitischen Schlußfolgerungen daraus ziehen können. Als wir zu der Auffassung gekommen sind, besonders wichtig ist die Bildung, haben wir ebenfalls personalpolitische Schlußfolgerungen ziehen können, weil wir durch Einsparungen in allen Bereichen Luft gewonnen hatten.

Für die Staatsregierung ist die Innere Sicherheit eine Daueraufgabe von hoher politischer Priorität. So sieht der Haushaltsentwurf im Bereich der inneren Sicherheit insgesamt 362 neue Stellen vor: 140 Stellen für Polizei und Verfassungsschutz, 222 Stellen für Staatsanwaltschaften und Justizvollzug. Durch Umwandlung konnten weitere 25 Planstellen zur Verbesserung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten bereitgestellt werden. Mit diesen Personalverstärkungen im Justizvollzug ist auch die Einrichtung von neuen Justizvollzugsanstalten in Kaisheim und Würzburg abgedeckt. Justizvollzug ist und bleibt für uns eine der tragenden Säulen der inneren Sicherheit. Für die Polizei werden neben zusätzlichen Anwärterstellen zur Ausweitung der mobilen Reserve auch weitere Angestelltenstellen zur Einstellung von Schwerbehinderten bereitgestellt.

Zur Umsetzung der neuen Insolvenzordnung sind 65 zusätzliche Stellen bei den Gerichten vorgesehen.

Meine Damen und Herren, Bayern leistet einen unter den deutschen Ländern einmaligen Kraftakt, um den Qualitätsstandard in unserem Bildungssystem trotz steigender Schülerzahlen zu sichern. Zugleich wollen wir auch vielen jungen Lehrern eine Zukunftsperspektive in ihrem Beruf geben. Wir haben 1100 neue Lehrerstellen allein in den Jahren 1993 bis 1996 geschaffen; weitere 2500 zusätzliche Lehrerstellen mit Zweidrittelvertrag sind für die Jahre 1998 bis 2002 von der Fraktion und von der Staatsregierung bereits fest beschlossen.

Aber auch bei den Hochschulen haben wir im Zeitraum von 1993 bis 1998 insgesamt 720 neue Stellen geschaffen. Auch hier liegt ein Schwerpunkt unserer Politik. Im Haushaltsentwurf haben wir weitere 255 neue Stellen vorgesehen, um den Wissenschafts- und Innovationsstandort Bayern zu sichern und die Fachhochschulen mit Personal auszustatten.

Im Rahmen meiner Ausführungen zum Personal und zur Personalausstattung möchte ich nun auf einen besonders wichtigen Bereich zu sprechen kommen. Wir brauchen im Freistaat Bayern motivierte Mitarbeiter. Leistung muß sich auch für die Beamten und Angestellten des Staates lohnen. Wir müssen den öffentlichen Dienst personalwirtschaftlich reformieren und modernisieren. Deshalb setzen wir auf eine leistungsbezogene Besoldung der Beamten. Seit 01.03.1998 existieren Leistungsstufen. Seit dem 01.01.1999 werden die möglichen Leistungsstufen voll ausgeschöpft. Im Jahr 1999 führen wir Leistungszulagen und Leistungsprämien ein.

Damit hat sich Bayern bei der leistungsbezogenen Reform der Beamtenbesoldung an die Spitze der Länder gesetzt. Während andere Länder ihren Beamten eine leistungsbezogene Bezahlung aus Kostengründen noch verweigern, haben wir uns bewußt für die Reform des Besoldungsrechts und damit verbundene Kosten entschieden: Neben 30 Millionen DM für Leistungsstufen sieht der vorliegende Haushaltsentwurf Leistungsprämien und Leistungszulagen von 15 Millionen DM im Jahr 1999 und 30 Millionen DM im Jahr 2000 vor. Wir greifen also in die Kasse, um Leistungszulagen tatsächlich bezahlen zu können. Ich glaube, das ist ein beispielgebender Schritt in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig sieht der Haushaltsentwurf über 10 000 neue Beförderungsmöglichkeiten vor, um die Leistungsbereitschaft der Staatsbediensteten weiterhin zu sichern und zu steigern.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß uns die Versorgungslasten Sorgen bereiten. Die Zahl der Versorgungsempfänger von derzeit rund 83 500 wird sich bis zum Jahr 2030 etwa verdoppeln. Es kommen also noch einmal 83 500 Versorgungsempfänger dazu. Trotz der bereits ergriffenen Reformmaßnahme zur Kostendämpfung werden die Versorgungsausgaben in Bayern von derzeit jährlich 4,3 Milliarden DM bis zum Jahr 2030 auf etwa 15 Milliarden DM ansteigen. Der Status quo bei den Personalausgaben sowie die absehbare Entwicklung zeigen, daß in den Bemühungen, die Personalkosten zu begrenzen, nicht nachgelassen werden darf. Im Haushaltsentwurf erstmals vorgesehen ist deshalb die Einrichtung einer Versorgungsrücklage; ab dem Jahr 2014 sollen Mittel dieses Sondervermögens zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen herangezogen werden und so künftige Haushalte entlasten.

Nachhaltigkeit, Langfristorientierung und Verlässlichkeit, an diesen Leitlinien wird sich unsere Personalwirtschaft also auch zukünftig orientieren. Gerade auf die Versorgungslasten müssen wir im Rahmen dieser Prinzipien besonderes Augenmerk richten.

Trotz äußerster Sparsamkeit konnten wir insbesondere auch durch Umschichtungen und gezielte Ausgabenkürzungen Finanzspielraum für wichtige Akzente gewinnen. Lassen Sie mich auf einige dieser Akzente hinweisen.

Erhebliche zusätzliche Akzente können in diesem Doppelhaushalt zugunsten der Bauwirtschaft gesetzt werden. So haben wir die für den staatlichen Hochbau veranschlagten Ausgabenansätze um sage und schreibe 16 % bzw. 134 Millionen DM gegenüber 1998 erhöht. Für 2000 ist eine weitere Steigerung dieser Ansätze um 39 Millionen DM auf insgesamt 1 002 Millionen DM vorgesehen. Vergleichen Sie diese Zahl einmal mit den Zahlen anderer Länder. Andere Länder sind weit von einer solchen Summe entfernt. Wir investieren in den Hochbau wie kein anderes Land in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommt die Förderung des kommunalen Hochbaus. Geplant ist eine Anhebung der Ansätze um 19 Millionen DM auf jährlich 400 Millionen DM. 400 Millionen DM und 1 Milliarde DM ergeben zusammen 1,4 Milliarden DM. Soviel Geld steht für Hochbaumaßnahmen von Staat und Kommunen zur Verfügung. Ich glaube, das wird die Bauwirtschaft und damit den Arbeitsmarkt erheblich stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik ist die innere Sicherheit. Die bayerische Spitzenposition auf dem Gebiet der inneren Sicherheit wird mit diesem Haushalt weiter ausgebaut. Der Bereich der Sicherheit ist im Doppelhaushalt mit 3,1 Milliarden DM pro Jahr dotiert. Das Ausgabevolumen erhöht sich damit gegenüber 1998 um insgesamt 109,8 Millionen DM. Für die von der Staatsregierung angekündigte „Initiative Bayern-Sicherheit“ werden neben den bereits am 12. Mai 1998 vom Ministerrat beschlossenen 75 Millionen DM an Privatisierungserlösen weitere 103 Millionen DM an „regulären“ Haushaltsmitteln veranschlagt. 103 Millionen DM an Haushaltsmitteln und 75 Millionen DM aus Privatisierungserlösen ergeben 178 Millionen DM, die wir für die „Sicherheitsinitiative“ ausgeben. Ich glaube, dieser Akzent kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wirtschaftsförderung. In den vergangenen Jahrzehnten war die Wirtschaftsförderung Grundlage für den erfolgreichen Wandel Bayerns vom Agrarland zum Industrie- und Technologiestandort und die günstige Arbeitsmarktentwicklung im Freistaat. Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen. Deshalb werden die Wirtschaftsförderprogramme auf hohem Niveau fortgeführt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens wird die Förderung der Außenwirtschaft mit einer Anhebung der Mittel von 14 Millionen DM im Jahr 1998 auf jeweils 25 Millionen DM für die Jahre 1999 und 2000 wesentlich aufgestockt. Wir brauchen die Verbindung mit ausländischen Partnern; wir wollen die ausländischen Büros und die Anlaufstellen des Außenhandels in der Landeshauptstadt München, in Nürnberg und anderswo stärken.

Das sind praktische Beiträge zur Förderung des Arbeitsmarktes; denn die Investitionen und die Stärkung des Handels bringen zusätzliche Dynamik in die Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ein nächster Schwerpunkt. Jedermann weiß, daß wir uns auf dem Weg von der Industrie- in die Wissensgesellschaft befinden. Wissensbildung wird als Produktionsfaktor zunehmend wichtiger. Nur eine lernende Gesellschaft wird im Zeitalter der Globalisierung im Wettbewerb erfolgreich bleiben. Ein zentraler Schwerpunkt unseres Haushaltes liegt deshalb im Wissenschaftsbereich. Allein für den staatlichen Hochbau sind im Einzelplan 15 für 1999 547 Millionen DM und für 2000 577 Millionen DM vorgesehen. Für die Erstaussstattung der neuen Fachhochschulen sind zusätzlich 17 Millionen DM veranschlagt.

Einen erheblichen Vorsprung wird der Forschungsreaktor München II der Forschung und Entwicklung unseres Landes verschaffen. Das Projekt gehört zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen des Freistaates Bayern. Die Hochflußneutronenquelle in Garching, die der Freistaat Bayern mit 600 Millionen DM zum Großteil finanziert, wird den Anstoß für eine Fülle innovativer Produkte geben und die Grundlage für neue hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, in Garching und weit darüber hinaus. Und wer dies verteufelt, muß sich vor der Zukunft verantworten. Diejenigen, die mit uns konkurrieren, etwa in den USA, bauen das selbstverständlich. Wir müssen den Anschluß halten und daher diesen Reaktor realisieren.

Der von Teilen der neuen Bundesregierung angestrebten Umrüstung des Forschungsreaktors auf niedrig angereichertes Uran erteilen wir nicht nur aus Kostengründen, sondern auch aus Effizienzgründen eine klare Absage; ein entsprechender Reaktor wird wesentlich weniger bringen können.

In der laufenden Legislaturperiode wird die von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in der Regierungserklärung am 29. Oktober 1998 näher vorgestellte „High-Tech-Offensive“ realisiert werden. Wir werden dieses Programm zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes aus weiteren Privatisierungserlösen finanzieren. Die Offensive im einzelnen und ihre haushaltsmäßige Umsetzung werde ich dem Bayerischen Landtag zeitnah zur Veräußerung der entsprechenden Viag-Anteile vorlegen. Unser politisches Ziel ist es, das gesamte Land am technologischen Aufbruch ins neue Jahrtausend teilhaben zu lassen. Forschung und Hochtechnologie in Zukunftsfeldern sollen im Mittelpunkt dieser Offensive stehen, mit im wesentlichen folgenden vier Elementen: Ausbau von High-Tech-Zentren von Weltrang, regionale Technologiekonzepte in den Bezirken, ein landesweites Technologie-Infrastrukturprogramm und die Internationalisierung von Forschung und Technologie. Dieses Programm wird den Vorsprung Bayerns gegenüber anderen Ländern noch weiter ausbauen. Wir sichern mit diesem Programm die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dies mit Privatisierungserlösen zu gestalten, statt zu bewahren und zu halten, ist unsere Devise.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Qualität der Schulen. Eine gut ausgebildete Jugend ist unser Zukunftskapital. Das mit Abstand größte Ausgabevolumen weist daher der Einzelplan des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus mit über 13 Milliarden DM aus. Aus diesen Beträgen wird ersichtlich, welchen Stellenwert das Schul- und Unterrichtswesen in Bayern hat. Im Bundesvergleich liegt Bayern bei der Schüler-Lehrer-Relation und bei der Anzahl der Unterrichtsstunden pro Klasse mit an der Spitze.

Die Bayerische Staatsregierung steht zur bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Sie erhält unsere Kulturlandschaft und ist Lebenselement für den ländlichen Raum. Wir lassen die Landwirtschaft nicht im Stich in einer Zeit, in der in Bonn und insbesondere in Brüssel in der Landwirtschaftspolitik der Rotstift regiert.

(Beifall bei der CSU)

Obwohl bei der erhofften Erhöhung bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ nichts passiert ist, können in Bayern die Aufgaben für die Landwirtschaft etwa auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden. Die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm, die bereits im Nachtragshaushalt 1998 um 83 Millionen DM auf 478 Millionen DM aufgestockt wurden, werden um weitere 22 Millionen DM auf jährlich eine halbe Milliarde DM erhöht. Zweimal eine halbe Milliarde DM im Doppelhaushalt ist in der Summe eine Milliarde DM für das Kulturlandschaftsprogramm; das ist ein Angebot für unsere Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Beim Umweltschutz haben wir in diesem Haushaltsentwurf einen Schwerpunkt auf die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege gelegt. Vorgesehen ist hierfür eine Anhebung der Mittel von 68 Millionen DM in 1998 auf 75 Millionen DM in 1999 bzw. noch eine Million mehr für 2000. Mit durchschnittlich rund 600 Millionen DM jährlich können wir die Förderung des Baus von Abwasseranlagen auch für 1999 und 2000 auf sehr hohem Niveau halten, das, Herr Kollege Hofmann, mit anderen Ländern völlig unvergleichbar ist. Mit diesen Zahlen können andere Länder überhaupt nicht mithalten.

(Zurufe von der SPD)

Klatschens doch einmal, wenn wir so gute Zahlen haben. Wo bleibt der Beifall für diese objektiven Zahlen?

Für regenerative Energien haben wir die Mittel im Haushalt des Wirtschaftsministeriums um 5 Millionen DM auf jährlich 40 Millionen DM aufgestockt. Hinzu kommt das Programm aus Privatisierungserlösen „Mit neuer Energie in die Zukunft“ in der Größenordnung von 150 Millionen DM. Ich höre in Bonn immer nur von Programmen von 300 Millionen DM für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Wir haben außerhalb des normalen Haushaltes ein Programm von 150 Millionen DM allein für den Freistaat Bayern. Dazu kommen 40 Millionen DM aus dem regulären Haushalt. Wir tun also etwas für die regenerativen Energien, nicht nur die anderen, welche immer nur davon reden.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht damit getan, Kernkraftwerke schnell abschalten zu wollen. Man müßte vielmehr etwas für die zukünftige Energie tun, wie Bayern mit viel Geld.

(Beifall bei der CSU)

Die Familie ist das Herzstück unserer Gesellschaft. Das jüngste Bundesverfassungsgerichtsurteil hat uns erneut vor Augen geführt, daß Familienpolitik eine Daueraufgabe ist. Für familienpolitische Leistungen sind im Doppelhaushalt gegenüber 1998 Mehrausgaben von 102 Millionen DM vorgesehen. Ein wesentliches Instrument für die wirtschaftliche Sicherung ist ein angemessenes Wohngeld. Die Ansätze hierfür erhöhen sich in diesem

Doppelhaushalt um je 40 Millionen DM auf sage und schreibe 510 Millionen DM pro Jahr.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben den regulären Haushaltsmitteln – allein im Einzelplan 10 in Höhe von über 3,7 Milliarden DM – stehen 1999/2000 aus Erträgen des Arbeitsmarkt- und Sozialfonds zusätzlich 56 Millionen DM zur Verfügung. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Beschäftigungspakts Bayern. Ich würde Bundeskanzler Schröder empfehlen, sehr genau hinzuschauen, wie man in einem Land solidarisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik macht und wie man einen Beschäftigungspakt voranbringt. Dr. Edmund Stoiber hat das einmalig in der Bundesrepublik Deutschland hinbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu haben nicht nur dieser Arbeitsmarkt- und der Sozialfonds beigetragen, sondern auch eine moderate Verhandlungsführung zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staatsregierung – ein großer Erfolg und ein Beispiel für die Bundesrepublik Deutschland. Schauen wir mal, ob es Bundeskanzler Schröder schafft. Wenn man ständig neue steuerpolitische Vorschläge macht, die die Wirtschaft belästigen, und ständig Vorschläge zur Energiepolitik undementiert läßt, ist dem Beschäftigungspakt nicht unbedingt gedient; denn ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem Beschäftigungspakt einerseits und dem Energiekonsens andererseits.

Wer in der Energiepolitik nicht auf Vernunft setzt, kann nicht erwarten, daß ein Beschäftigungspakt erfolgreich wird.

In diesem Doppelhaushalt sind die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs herausragend. Die Finanzausgleichsleistungen werden 1999 gegenüber 1998 um 3,1 % steigen. Die reinen Landesleistungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr sogar um 3,6 %. Ich erinnere daran, daß die Gesamtsteigerung des Haushalts 1,85 % beträgt. Der kommunale Finanzausgleich steigt demnach 1999 um das Doppelte. Wer behauptet, wir wollten unseren Haushalt ohne Nettoneuverschuldung auf Kosten der Kommunen ausgleichen, wird allein durch diese Zahl widerlegt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte folgende Punkte besonders hervorheben:

Erstens. Die Schlüsselzuweisungen werden gegenüber 1998 um 5,6 % anwachsen. Das hilft auch bei den anstehenden Strukturänderungen: Der Grenzlandansatz bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen wird 1999 von 6 % auf 4 % weiter zurückgeführt. Gleichzeitig wird ein genereller Ergänzungsansatz für strukturschwache Gemeinden eingeführt. Dieser Strukturansatz mildert die Auswirkungen des Wegfalls des Grenzlandansatzes für die Gemeinden im ehemaligen Grenzland und stärkt daneben strukturschwache Gemeinden in anderen Landesteilen. Außerdem soll die Übernivellierung bei den Landkreis-schlüsselzuweisungen abgebaut werden. Hier haben wir eine einvernehmliche Lösung gefunden.

Zweitens. Die sogenannten Kopf-Beträge, die die Kommunen als Finanzausgleich zu den Kosten des übertragenen Wirkungskreises erhalten, werden 1999 um 5,70 DM auf 65,20 DM angehoben. Meine Damen und Herren, dies mag wie Pfennigfucherei erscheinen. Es handelt sich jedoch für die Kommunen um sehr viel Geld. Dies ist ein entscheidender Beitrag zur Entlastung der Verwaltungshaushalte der Kommunen und bedeutet eine erhebliche Erhöhung der Deckungsmittel. Damit wird der Haushaltsansatz der Kommunen um 70 Millionen DM angehoben. Dieses Geld brauchen die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Der staatliche Sozialhilfeausgleich für die Bezirke wird mit 550 Millionen DM unverändert auf dem Niveau von 1998 fortgeführt. Wir erwarten, daß auch die Bezirke in finanzpolitisch schwierigen Zeiten vorhandenes Einsparungspotential nutzen und so zu einer Begrenzung der Ausgabenbelastung kommen.

Meine Damen und Herren, eine attraktive Standortpolitik muß der zunehmenden Globalisierung durch eine angebotsorientierte und investitionsfreundliche Politik Rechnung tragen. Angebotspolitik ist Zukunftsgestaltung. Sie ist nur erfolgreich, wenn sie verlässliche Perspektiven für Unternehmen und Arbeitnehmer bietet. Hierzu muß die Finanzpolitik ihre Beiträge leisten. Nötig ist eine Reduzierung der Staatsquote, die Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung sowie der Abbau der Nettokreditaufnahme.

Bei der Gestaltung der künftigen Haushaltspolitik stehen die Frage der Verlässlichkeit und der Stabilitätsverantwortung im Mittelpunkt. Die Zeiten der keynesianischen Konjunktursteuerung, des deficit spending, sind endgültig vorbei. Dies ist eine Anmahnung, eine flehentliche Bitte nach Bonn. Mit diesem Instrument geht es nicht weiter.

Kardinal Richelieu soll einmal gesagt haben: „Der Haushalt ist der Nerv des Staates“. Ich kann das nur unterstreichen. Bayern setzt mit seinem Kurs auf Nachhaltigkeit und eine langfristige Finanzpolitik. Mit dem Ihnen vorliegenden Doppelhaushalt beweisen wir, daß wir unsere politischen Forderungen und Konzeptionen in die Tat umsetzen. Wir sparen konsequent, reduzieren die Kreditaufnahme, schaffen die Grundlage für Steuerentlastungen, gewähren hohe öffentliche Investitionen, setzen zukunftsorientiert neue Schwerpunkte und geben Bildung, Innovation und Sicherheit oberste Priorität. Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ist die beste Vorsorge für die Zukunft. Unser Motto lautet deshalb: Gestalten und vorsorgen.

In diesem Sinne lege ich den Doppelhaushalt 1999/2000 zur Beratung und Beschlußfassung in Ihre Hände.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Herr Staatsminister, Sie haben Ihre Redezeit von einer Stunde fast auf die Minute genau eingehalten. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die

Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, maximal zwei Rednerrunden durchzuführen. Jeder Redner hat eine Redezeit von 45 Minuten, wobei Verlängerungsmöglichkeiten bestehen. Bei der zweiten Rednerrunde wird die Redezeit 15 Minuten pro Redner betragen. Erster Redner ist Herr Kollege Straßer.

Straßer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, mit welchen Vorstellungen der neue bayerische Finanzminister nach Bonn blickt und was er von Bonn fordert. Lieber Herr Finanzminister, Sie hätten 16 Jahre Zeit gehabt, das umzusetzen, was Sie heute fordern. Gerade im Zusammenhang mit den Wahlen am 13. und am 27. September wurde sehr viel über die Finanzpolitik gesprochen, wurden finanzpolitische Vorstellungen dargelegt und auf Bundes- und Landesebene Erwartungen geweckt.

Ich möchte zunächst auf die bayerische Ebene eingehen: Gerade im Bereich der Bildungspolitik wurden viele Versprechungen gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich darf Sie an Ihre Ausführungen hinsichtlich der Bildungsoffensive erinnern. Sie haben große Erwartungen geweckt. Erinnern möchte ich Sie auch an einen Brief der kommunalen Spitzenverbände an den ehemaligen Finanzminister Erwin Huber vom Juni 1998, in dem die Spitzenverbände ihre Vorstellungen zur Kommunalpolitik genannt haben. Ich darf Sie weiter an Ihre Veröffentlichungen in den Zeitungen und anderen Medien erinnern, in denen Sie Ihre Forderungen für die Entlastung der Familien formuliert haben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, nachzusehen, welche Versprechungen Sie tatsächlich umsetzen werden. Sehr geehrter Herr Finanzminister, diese erste Bilanz sieht nicht gut aus.

Zunächst zur Struktur des Haushalts. Sie haben im Grunde genommen den alten Haushalt hergenommen, ihn etwas durchgeblättert, einige Zahlen korrigiert und diesen Haushalt ein bißchen erweitert. Wir Sozialdemokraten meinen, daß es uns gelingen muß, gerade am Anfang einer neuen Legislaturperiode den Haushalt durchschaubarer, transparenter und kontrollierbarer zu machen. Dies ist angesichts der Vorkommnisse in den letzten Wochen und Monaten unbedingt erforderlich.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Punkte wurden mit dem vorliegenden Haushaltsplan nicht erfüllt. Ich nenne einige Beispiele: Die „Fördertöpfe“ müssen zusammengefaßt, dürfen aber nicht mit weniger Geld ausgestattet werden. Gerade im Hinblick auf die Vorkommnisse der letzten Zeit, ich nenne nur den Bericht des ORH und die Unregelmäßigkeiten bei den Dorfhelferinnen, ist eine Stärkung der Kontrollorgane im Freistaat Bayern außerordentlich wichtig, damit wir Geld einsparen und an der richtigen Stelle ausgeben können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch die Haushaltsreste berücksichtigen: Sehr geehrter Herr Minister, Sie sprechen immer wieder

von Technologieförderung. Wenn ich mir jedoch den Haushaltsvollzug des Jahres 1997 betrachte, stelle ich fest, daß 21 Millionen DM für die Förderung junger Unternehmer nicht ausgegeben wurden. Für die Technologieförderung wurde der Haushaltsrest in Höhe von 84 Millionen DM nicht ausgegeben. Hier besteht Handlungsbedarf. Sie kommen immer wieder auf die Investitionsquote zu sprechen. Diese wird im Haushaltsplan stets höher veranschlagt. Bei Betrachtung der Haushaltsausgabereise stellen wir dann aber fest, daß gerade im Bausektor viele Ihrer Ankündigungen nicht verwirklicht wurden.

Es ist einfach zuwenig, anzukündigen, was alles geschehen soll. Man muß es wirklich tun, Herr Minister, reden ist zuwenig. Wir brauchen Taten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten sprechen davon, daß der Haushalt transparenter gemacht werden muß. Dazu gehört, daß man die ganzen Steuerverbünde, die Querverbünde und die vertikalen Verbünde, unter die Lupe nimmt und das ganze System einfacher gestaltet.

Ich kann nur jedem einmal empfehlen, im bayerischen Haushalt nachzusehen, was durch den Kraftfahrzeugsteuerverbund dem Autofahrer alles aufgebürdet wird. Die Kraftfahrzeugsteuer lag 1998 bei zirka 2,3 Milliarden DM. Sagen Sie doch einmal dem Autofahrer, was davon alles bezahlt worden ist. Sie müssen dann erwähnen, Herr Minister, daß ein Großteil der 600 Millionen DM für die Förderung der Abwasserbeseitigung von den Autofahrern aufgebracht wird. Der Autofahrer muß einen Kommunalanteil am Finanzausgleich mit seinen Kraftfahrzeugsteuern mitbezahlen. Jüngst waren Sie nicht bereit, den Bezirken einen entsprechenden Sozialhilfeausgleich zu geben. Auch dafür muß die Kraftfahrzeugsteuer erhalten. Für all diese Dinge müssen unsere Autofahrer bezahlen.

Wir sind der Meinung, daß die Struktur des Haushaltes geändert und einfacher gestaltet werden muß, damit sie kontrolliert werden kann. Diesen Weg haben Sie nicht eingeschlagen. Sie haben die Chance nicht genutzt, zu Beginn einer neuen Legislaturperiode einen Haushalt vorzulegen, der transparenter, durchschaubarer und kontrollierbarer ist.

Herr Staatsminister, Sie haben sehr viel über die Bundespolitik gesprochen. Gestatten Sie mir dazu zwei kurze Anmerkungen. Die CSU ist zwar in Bayern noch an der Regierung, es ist ihnen aber vielleicht entgangen, daß sie in Bonn nicht mehr an der Regierung ist.

(Lachen bei der CSU)

Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Herr Staatsminister, Sie haben sehr viel gefordert. Sie haben die öffentliche Verschuldung der Haushalte angesprochen. Es gab seinerzeit einen Staatssekretär Dr. Falthäuser, der in Bonn dabei war, als immer mehr Schulden gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat nein gesagt, als es um die Entlastung der Familien ging. Sie von der CSU haben vor den Bundestagswahlen am 27. September einige Ankündigungen gemacht, was Sie ändern wollten. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Sozialdemokraten seit dem 27. September sehr vieles in Angriff genommen und bewegt haben.

(Kobler (CSU): Viel Unfug!)

Die Sozialdemokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben Wort gehalten.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Hofmann (CSU): Bei was denn?)

Sie haben alle den Finanzplan von Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser erhalten. Schlagen Sie bitte den Finanzplan auf. Lesen Sie nach, was darin steht. In der längerfristigen Finanzplanung steht, daß 1998 Steuereinnahmen in Höhe von 46 Milliarden DM und im Jahr 2002 Steuereinnahmen in Höhe von 53 Milliarden DM erwartet werden. Wenn dem so ist, dann kann doch auch nach Beurteilung der CSU die Steuerpolitik dieser Bundesregierung nicht so schlecht sein.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

Weiter kann ich Ihnen nur empfehlen, den Telefonhörer zur Hand zu nehmen und die entsprechenden Stellen zu fragen, wie es sich mit der Steuer ab dem 01.01.1999 verhält. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der brutto 3700 DM verdient, zahlte am 01.01.1998 255 DM Lohnsteuer. Rufen Sie doch einmal bei einem Steuerberater oder einer Finanzdirektion an und fragen Sie, wie die Steuerbelastung heute aussieht. Derselbe Arbeitnehmer bezahlt seit dem 01.01.1999 nicht mehr 255 DM Lohnsteuer, sondern nur noch 220 DM. Das ist der Initiative der neuen Bundesregierung zu verdanken. Das sind Fakten, keine Legenden.

(Widerspruch bei der CSU – Dr. Bernhard (CSU): Den Rest muß er an der Tankstelle bezahlen!)

Die Sozialdemokraten haben Wort gehalten und die Familien und die unteren Gehaltsgruppen entlastet. Eine Familie mit Kindern bekommt pro Monat seit dem 01.01.1999 30 DM mehr Kindergeld pro Kind. Das sind keine Kleinigkeiten. In einem Arbeitsamtsbezirk mit 200 000 Einwohnern bedeutet dies, daß in einem Monat 1 170 000 DM mehr Kindergeld bezahlt wird. Rechnet man diesen Betrag auf Bayern hoch, so kommt man auf eine Summe von 35 bis 40 Millionen DM im Monat. All das geschah auf Initiative der SPD-geführten Bundesregierung.

Lassen Sie mich zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Familienlastenausgleich kommen.

(Herbert Müller (SPD): Ein sehr gutes Beispiel!)

Das Thema ist nicht erst seit 1999 aktuell. Die Sachlage war schon der damaligen Bundesregierung bekannt. Mit dem Familienlastenausgleich hat sich doch auch der Rechtsausschuß im Bundestag befaßt. Es gab Vorschläge von den Sozialdemokraten. Es war bekannt, Herr Staatsminister, daß die Freibeträge, so wie sie gestaltet waren, nur zur Entlastung von Besserverdienenden, nicht aber der unteren Einkommen geführt haben. Herr Dr. Waigel und die Verantwortlichen in der CSU haben damals im Rechtsausschuß erklärt, es bestehe kein Handlungsbedarf. Die Sozialdemokraten haben hingegen deutlich gemacht, daß diese Angelegenheit nicht den Gerichten überlassen werden darf. Heute tun Sie so, als ob Sie das alles nicht gewußt hätten. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie sechzehn Jahre Zeit hatten, die Regelungen über den Familienlastenausgleich zu verbessern. Sie haben aber nichts getan. Deshalb tragen Sie dafür die wesentliche Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, die Staatsverschuldung habe in der Bundesrepublik unwahrscheinlich hohe Ausmaße angenommen. Ich gebe Ihnen recht. 2,3 Billionen DM ist eine Zahl, die man sich gar nicht recht vorstellen kann. Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß in der Zwischenzeit die Verschuldung 60,2% des Bruttoinlandprodukts beträgt.

Nur eines verschweigen Sie: Wer ist dafür verantwortlich? Wer hat die meisten Schulden seit 1982 angehäuft? Das war doch Ihr Landesvorsitzender und Bundesfinanzminister Dr. Waigel – und Sie waren als Staatssekretär dabei. Für den Schuldenstand von 2,3 Billionen DM trägt die CSU also einen ganz wesentlichen Teil der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sollten Sie nicht den Eindruck erwecken, als hätten Sie mit der Verschuldung nichts zu tun. Daran tragen Sie, Herr Minister, einen großen Teil Mitverantwortung, und deshalb wäre es fair gewesen, dies zuzugeben und zu sagen: Jawohl, wir waren dabei, wir konnten das eine oder andere nicht so finanzieren wie geplant, wir waren verantwortlich, unsere Steuerschätzungen mußten wir dauernd korrigieren, das Jahressteuergesetz 1996 hat nicht so gepaßt, die Abschaffung der Gewerbesteuer wurde anderweitig finanziert, wir mußten uns dauernd korrigieren.

(Willi Müller (CSU): Haben Sie schon einmal etwas von der Wiedervereinigung gehört?)

Sie waren Weltmeister im Korrigieren Ihrer Finanzpolitik während Ihrer Bonner Regierungszeit. Das darf man hier wohl feststellen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, es ist kein Kunststück zu sagen: Wir wollen die Staatsverschuldung zurückführen. Doch zunächst müßten Sie den anderen Partnern sagen, was

sie alles nicht mehr dürfen. Das von Ihnen bis zum Jahr 2009 vorgelegte Konzept mag in Ordnung sein; allerdings hat die Staatsregierung schon bislang nichts gehindert, Haushalte ohne Verschuldung vorzulegen.

(Knauer (CSU): Ihr wolltet doch noch mehr Verschuldung!)

Sie müssen auch noch sagen, wie Sie die Projekte der Kommunen abfinanzieren wollen. Der Bayerische Städtetag hat schon einmal erklärt, daß der Freistaat Bayern den Kommunen rund 6 Milliarden DM schuldet, und der Bayerische Gemeindetag spricht von 1,2 Milliarden DM im FAG-Bereich. Deshalb begrüße ich die Umfrage des Gemeindetags sehr, wie viele Milliarden DM die Kommunen vom Freistaat Bayern überhaupt noch erhalten. Die Kommunen immer länger auf Zuschüsse warten zu lassen und damit den Freistaat Bayern zu entlasten, ist kein Kunststück. In Baden-Württemberg werden die Kommunen wesentlich besser gestellt. Dort zahlt der Staat die Zuschüsse aus und gibt den Kommunen, was ihnen zusteht. In Bayern muß ein Sportverein dagegen zwischen sechs und acht Jahren warten, bis er ein Projekt in der Größenordnung von 150 000 DM abfinanziert bekommt. Das ist wahrlich keine Glanztat der Staatsregierung. Ehrlicher wäre zu sagen: Liebe Kommunen, es geht nicht, wir wollen es aber anders, wir wollen es besser machen. Auf jeden Fall sollte den Kommunen das Geld gegeben werden, das ihnen zusteht.

Kurz vor Wahlen geschieht vieles: Einweihungen, Spatenstiche und so weiter.

(Knauer (CSU): Nur kein Neid!)

Ein typischer Fall ist die Einweihung acht Wochen vor der Wahl,

(Zurufe von der CSU – Hofmann (CSU): Und alle Sozis sind dabei!)

zum Beispiel einer Kläranlage in einer Gemeinde mit zirka 2000 oder 3000 Einwohnern.

(Hofmann (CSU): Da müßtet ihr einmal sehen, wie sich die Sozis nach dem Minister drängen, da hast du keine Chance!)

– Gewiß. Die Kläranlage kostet jedenfalls – nehmen wir einmal an – 2 Millionen DM und ist fertig, und der CSU-Bürgermeister ist da, der CSU-Abgeordnete und die CSU-Gemeinderäte sind da, wobei der CSU-Bürgermeister den CSU-Abgeordneten bittet, doch dafür zu sorgen, daß für die fertiggestellte Kläranlage, die den Bürger sehr viel Geld gekostet hat, 1,5 Millionen DM Zuschüsse fließen. Selbstverständlich weist der CSU-Abgeordnete in seinem Grußwort darauf hin, daß er die Staatsregierung ersuchen wird – besser: höflich bitten wird –, daß die Zuschüsse bald ausbezahlt werden.

(Hofmann (CSU): Wer war denn dieser Abgeordnete?)

Meine Damen und Herren von der CSU, es ist zu wenig, wenn Ihre Fraktion die Staatsregierung untertänigst

ersucht, die Zuschüsse doch bitte schön auszuzahlen. Denn in den folgenden Wochen hätten Sie im Parlament die Möglichkeit, die Zuschüsse für die Kommunen zu verbessern. Nur sind Sie hierzu nicht bereit.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Ich weiß, diese Zuschuß-Geschichte tut Ihnen weh. In solchen Fällen erhält man dann in der Regel einen Brief des bayerischen Finanzministers, daß die Staatsregierung aufgrund der Mittelknappheit frühestens im Jahr 2000 die besagte Kläranlage anzufinanzieren gedenkt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Sie gestatten offenbar eine Zwischenfrage des Abgeordneten Starzmann.

Starzmann (SPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß zum Beispiel bei der staatlichen Förderung eines großen Skigebiets im Berchtesgadener Land Zusagen von Bund und Land in der Größenordnung von 6 Millionen DM vorliegen, wobei der Bund längst bezahlt hat und die Weltmeisterschaften schon durchgeführt sind, während die Bayerische Staatsregierung noch kein Geld überwiesen hat?

(Hofmann (CSU): Das ist halt vergessen worden, das kann einmal passieren! – Heiterkeit – Brosch (CSU): Das war nicht abgesprochen, jetzt ist er völlig aus dem Konzept!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Diese Form von Fragen kennen wir zur Genüge. Sie dürfen in der gebotenen Kürze antworten, Herr Kollege.

Straßer (SPD): Herr Kollege Starzmann, solche Dinge sind dutzendweise bekannt. Zufällig habe ich entsprechende Berichte dabei.

(Heiterkeit bei der CSU – Hofmann (CSU): Nein, zufällig ist das nicht!)

– Doch, zufällig. Denn der Minister hat auch die Landwirtschaft erwähnt. Da hätten Sie eigentlich alarmiert sein müssen. Zwar will der bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller Wartezeiten von sechs bis sieben Jahren in Zukunft vermeiden; gegenwärtig warten aber mehr als 4000 investitionswillige bayerische Landwirte auf direkte Zuschüsse von rund 400 Millionen DM und auf Zinszuschüsse bzw. Darlehen im Wert von 1,3 Milliarden DM. Es ist immer dasselbe: Einerseits machen Sie Versprechungen, können diese aber nicht halten, und andererseits wollen Sie die Verschuldung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land abbauen, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wortmeldung des Abgeordneten Grabner (CSU))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grabner?

Grabner (CSU): Herr Kollege Straßer, könnten Sie vielleicht den Kollegen Starzmann dazu anhalten, sich über den Sachstand zu informieren, bevor er derartige Fragen stellt? Denn der Freistaat Bayern hat mit der Gemeinde als Träger eine Vereinbarung geschlossen, daß im Jahr 1998 kein Geld fließt, und trotzdem wurde aus dem Haushalt 1998 eine Million DM für das Skigebiet am Göttschen überwiesen.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich darf darauf hinweisen, daß es in diesem Hohen Hause außer der Zwischenfrage auch noch die Wortmeldung gibt.

(Unruhe)

Straßer (SPD): Herr Kollege Grabner, ich werde Ihrer Empfehlung nicht nachkommen. Denn ich kenne den Kollegen Starzmann als jemanden, der äußerst gründlich informiert ist und nur sagt, was Fakt ist.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CSU)

Zurück zu Ihrem Lieblingsthema. Sie wollen den Abbau der Verschuldung in die Verfassung aufnehmen. Das ist nicht die Erfindung des bayerischen Ministerpräsidenten. Solche Gedanken wurden schon von Rot-Grün in Hessen angestellt. Und da Sie in Ihrer Rede darauf hingewiesen haben, daß uns Amerika und Kanada in dieser Beziehung einiges voraus hätten, sollten Sie auch dazu sagen, daß die Länder dort eigene Steuerfindungsmöglichkeiten haben.

Nun einige Anmerkungen zum Länderfinanzausgleich.

Der entscheidende Fehler im Länderfinanzausgleich bestand darin, daß Sie in den Jahren 1993, 1994 und 1995 dem Länderfinanzausgleich in der Form, wie er jetzt vollzogen wird, zugestimmt haben. So wie er jetzt vollzogen wird, sind Sie dafür verantwortlich. Selbstverständlich kann man heute über den Länderfinanzausgleich reden. In Ihrem Redebeitrag haben Sie darauf hingewiesen, daß wir den Wettbewerbsföderalismus brauchen. Selbstverständlich brauchen wir diesen, Sie wissen aber auch, daß Bayern unwahrscheinlich groß ist. Bayern hat 12 Millionen Einwohner und ist ein riesiger Flächenstaat. Sie müssen auch einmal den Menschen im Freistaat Bayern sagen, was sie sich unter einem Wettbewerbsföderalismus innerhalb Bayerns vorstellen. Fakt ist, daß es einen landesinternen Finanzausgleich gibt. Sie müssen dabei zur Kenntnis nehmen, daß bei der Steuerkraft, bei der Finanzkraft und bei der Umlagekraft München an der Spitze steht. Sie müssen weiter zur Kenntnis nehmen, daß Starnberg bei der Steuerkraft zwar den zweiten Platz einnimmt, bei der Finanzkraft aber auf dem 70. Platz steht. Sie müssen weiter zur Kenntnis nehmen, daß Freyung-Grafenau bei der Steuerkraft den 71. Platz belegt, während es bei der Finanzkraft auf dem achten Platz steht. Was wollen Sie daran ändern? Wie wollen Sie den Wettbewerb gestalten? Alles das müssen Sie in diesem Zusammenhang auch

sagen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch hier wissen, was Sie unter „Wettbewerbsföderalismus“ verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Bundespolitik haben wir Wort gehalten. In der kurzen Zeit seit 27. September haben wir das getan, was wir versprochen haben. Wir haben nicht nur angekündigt, sondern gehandelt. Das ist das positive an der Bundespolitik.

Kommen wir nun aber zur Landespolitik. Hier setzen wir im Haushalt Schwerpunkte. Wir wollen die Möglichkeit der Gestaltung nutzen. Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind unsere Schwerpunkte. Gerade in einem föderalen System muß der Bildung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie stellen fest, daß für die Bildung 13 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden. In einem föderalen System ist die Gestaltung der Bildungspolitik doch unsere Chance. Sie aber haben über Jahre hinweg ein ungeheueres bildungspolitisches Durcheinander geschaffen.

Ich nenne nur die sechsstufige Realschule. Kommt sie, kommt sie nicht? Wie viele Schulversuche gibt es schon? Interessant ist diese Frage vor allem dann, wenn es um die Kosten geht. Kostet die sechsstufige Realschule etwas, kostet sie nichts? Ist sie kostenneutral, ist sie nicht kostenneutral? Wenn wir Sozialdemokraten einen Antrag stellen, der 50 000 DM Mehrkosten verursacht, sagen Sie, meine Damen und Herren von der CSU, dieser Antrag sei nicht finanzierbar. Sie aber glauben, daß die sechsstufige Realschule kostenneutral eingeführt werden kann. Sie sind bei diesem Thema von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen.

(Beifall bei der SPD)

Dies beweist – jetzt komme ich noch einmal auf die Bonner Politik zurück –, daß Sie sich immer wieder verrechnen und verkalkulieren. Sie müssen immer wieder nachbessern, nachrechnen und nachkalkulieren. Auch bei der sechsstufigen Realschule ist es so gewesen. Sie haben von Kostenneutralität gesprochen. Jetzt stelle ich fest, daß dafür 1,7 Milliarden DM und 4700 zusätzliche Lehrkräfte notwendig sind. So geht es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie haben nur angedacht, aber nicht zu Ende gedacht. Gerade bei der Bildungspolitik müssen wir Akzente setzen. Dies ist überfällig.

(Wortmeldung des Abgeordneten Knauer (CSU) – Hofmann (CSU): Haben Sie Angst vor seiner Zwischenfrage? – Willi Müller (CSU): Er muß doch auch irgendwann einmal Luft holen!)

Wenn wir unsere Kinder fördern wollen, müssen wir mehr Lehrkräfte beschäftigen und wir müssen unseren Schülern mehr pädagogische Spielräume geben. Es geht nicht an, daß wir Lehrkräfte auf der Grundlage von Ein-Drittel- oder Zwei-Drittel-Verträgen beschäftigen. Ordentliche Planstellen sind notwendig. Wir brauchen in der Bildungspolitik beschäftigungspolitische Akzente. Diese Akzente enthält Ihr Haushaltsentwurf nicht, sehr geehrter Herr Minister.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Knauer?

Knauer (CSU): Herr Kollege Straßer, Sie haben eben zum Ausdruck gebracht, daß Sie die Staatsverschuldung nicht weiter nach oben treiben wollen. Im gleichen Atemzug haben Sie aber bemängelt, daß 13 Milliarden DM für Bildung zuwenig sind. Wären Sie so freundlich, uns konkret zu sagen, wo Sie Umschichtungspotentiale für mehr Bildungsausgaben sehen?

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Straßer.

Straßer (SPD): Herr Kollege, ich komme unter dem vierten Punkt meiner Rede auf die Einnahmemöglichkeiten im Detail zu sprechen. Gedulden Sie sich deshalb bitte ein bißchen.

Und noch zur Bildungspolitik: Wir müssen endlich das bildungspolitische Durcheinander verlassen. Wir brauchen wieder klare Strukturen. Wir müssen uns wieder mehr den Inhalten widmen. Mit dem, was jetzt in der Bildungspolitik geschieht, sind wir nicht zufrieden. Wenn wir von der Zuständigkeit überzeugt sind und den Willen haben, muß es auch möglich sein, 2000 Lehrkräfte mehr zu beschäftigen und zu bezahlen. Wir müssen nur die Schwerpunkte anders setzen, wie es auch Bundesfinanzminister Lafontaine getan hat. Die Bildungspolitik muß in diesem Haushalt eine ganz entscheidende, tragende Rolle spielen. Wir brauchen eine bildungspolitische Offensive, wir können keine Stagnation, wie wir sie zur Zeit haben, und vor allem keinen Rückschritt brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sackmann (CSU): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Wenn wir von der Arbeit reden, müssen wir auch an die Kommunen denken. Starke Kommunen schaffen Arbeitsplätze. Deswegen sollten wir endlich einmal die Abfinanzierung der Zuschüsse vorantreiben. Wir stellen immer wieder fest, daß die Kommunen in vielen Bereichen benachteiligt werden. Sie müssen zu lange warten, bis sie ihr Geld bekommen.

Vielleicht noch ein paar Worte zu den Bezirken. Zur Zeit erleben wir, daß die Bezirke ihre Umlage erhöhen müssen. Der Grund dafür besteht darin, daß die Staatsregierung und die CSU-Fraktion ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen. Das kann ich belegen. Landrat Dr. Dietrich, Fraktionssprecher der CSU im Bezirkstag von Schwaben, redet von einem Fingerzeig an die Staatsregierung. Er müßte eigentlich von einem Fingerzeig an die CSU reden, denn sie ist nicht bereit, den Bezirken das Geld zu geben, das sie brauchen, damit die Bezirksumlage nicht erhöht werden muß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nenne einmal die Größenordnungen: Wenn der Bezirk Schwaben die Bezirksumlage um 1,5 Prozentpunkte erhöht, muß der Landkreis Donau-Ries minde-

stens 2,3 Millionen DM mehr aufwenden. Das Geld zahlen aber wieder die Bürger.

Ein paar Gedanken zu den Investitionen. Herr Minister, Sie haben unwahrscheinlich viel über die Investitionen gesprochen. Hier ist es aber wichtig zu sagen, daß die Staatsregierung wieder zu ihren landespolitischen Aufgaben zurückkehren soll. Es mag durchaus interessant sein, wenn sich der Ministerpräsident Gedanken macht über die Finanzierung der Ostsee-Autobahn zwischen Kiel und Schwerin. Es war auch interessant, im Oktober und November zu lesen, daß ein Justizminister, ein Staatssekretär und auch Kollege Dingreiter den verkehrspolitischen Untergang angekündigt haben. Sie meinten, daß „alles untergehe“, daß keine Straßen mehr gebaut werden.

Herr Minister, mich wundert es, daß Sie nicht gesagt haben, daß wir uns endlich unseren eigenen Aufgaben wieder widmen müßten. Für welche Straßen ist denn der Freistaat Bayern, die Staatsregierung und das Parlament Bayerns zuständig? Für die Autobahnen und für die Bundesbahnen ist der Bund zuständig. Also sind wir für die Staatsstraßen zuständig. Für die Staatsstraßen hat die Staatsregierung einen fünften Ausbauplan erlassen. 567 Maßnahmen stehen in der ersten Dringlichkeitsstufe. Erwartungen wurden damit geweckt, daß diese Staatsstraßen gebaut werden können. Dankesbriefe von CSU-Abgeordneten dafür, daß die Maßnahmen endlich in die erste Dringlichkeitsstufe aufgenommen wurden, gingen an verschiedene Minister. Jetzt aber ziehen wir Bilanz. Dazu hätten Sie etwas sagen sollen, Herr Minister.

Wenn Sie von Investitionen reden, müssen Sie fairerweise sagen, daß die Investitionen im Staatsstraßenbau, für die der Freistaat Bayern zuständig ist, von 358 Millionen DM auf nunmehr 200 Millionen DM zurückgefahren worden sind. Sie kürzen noch weiter. Das ist doch nicht in Ordnung, das ist doch keine Politik zugunsten der ländlichen Regionen. Sie fahren die Mittel bei den Aufgaben, für die Sie zuständig sind, ständig zurück.

Innenminister Dr. Beckstein erklärte in einer Antwort auf einen Beschluß des Landtags, daß man nicht in der Lage sei, die Maßnahmen, die in der ersten Dringlichkeitsstufe stehen, bis zum Jahr 2000 zu finanzieren.

Man bräuchte bis zum Jahr 2006. Hier hätten Sie die Möglichkeit, Ihre eigentlichen Hausaufgaben zu machen. Doch Sie kürzen weiter. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß der Bundeshaushalt aufgestockt wurde. Sie machen das Gegenteil. Sie fahren die Straßenbauinvestitionen nach unten. Sie kürzen. Das ist keine Initiative für die Bauwirtschaft, die dringend Aufträge benötigt.

(Beifall bei der SPD)

Im FAG sollen 35 Millionen DM für Umgehungsstraßen im Staatsstraßenbau zur Verfügung gestellt werden. Wir kritisieren diese Politik, weil Sie Aufgaben des Freistaates Bayern auf die Kommunen, also von oben nach unten verlagern. Die Umgehung einer Ortschaft durch eine Staatsstraße ist primäre Aufgabe des Freistaates Bayern und nicht einer Kommune. Machen Sie endlich

Schluß mit dieser Verlagerungspolitik. Das ist kommunalunfreundlich. Das Finanzausgleichsgesetz zeigt es.

Wir können auch Ihren Überlegungen nicht zustimmen, Staatsstraßen eventuell zu Kommunalstraßen abzustufen, weil dadurch die Gemeinden plötzlich neue Aufgaben erhielten. Über die Investitionen könnte man noch viel sagen, z. B. über den Unterhalt von staatseigenen Gebäuden. Was die soziale Gerechtigkeit angeht, so stellen wir fest, daß sich Caritas, Verbände und die Kirchen immer mehr zurückziehen. Sie fühlen sich vom Freistaat Bayern vernachlässigt, weil die notwendigen Zuschüsse nicht mehr gegeben werden.

Kollege Knauer hat vorhin die Frage gestellt, wie wir unsere Forderungen finanzieren wollen. Gründlich haben wir uns Gedanken gemacht. Wir werden Ihnen nicht die Möglichkeit geben, zu sagen – wie Sie das gerne tun –, unsere Forderungen seien nicht finanzierbar, und wir wollten alles über zusätzliche Kredite finanzieren. Nein, wir glauben, ein Haushalt mit 60 Milliarden DM bietet genügend Möglichkeiten einzusparen, die Kontrollorgane zu stärken, die Einnahmen zu verbessern und die eine oder andere Überlegung für andere Finanzierungsmodelle anzustellen..

(Sackmann (CSU): Sagen Sie es doch! – Neumeier (CSU): Wo? – Glück (CSU): Sie befinden sich im Widerspruch!)

Ich sage Ihnen Beispiele. Es gibt genügend Möglichkeiten – im Kleinen wie im Großen. Unter vier Augen wird das auch manchmal von Ihnen eingeräumt.

(Glück (CSU): Das ist eine komische Nummer!)

Schauen Sie die Fachveröffentlichungen an. Sie machen 1,1 Million DM im Kultushaushalt aus. Für besondere Veröffentlichungen sind 500 Millionen und für andere Veröffentlichungen 60 Millionen DM ausgewiesen.

(Sackmann (CSU): Das haben wir schon zur Hälfte gekürzt!)

Ich kann Ihnen einen Vorschlag zur Einsparung machen. Wir könnten den Haushalt Ministerium für Ministerium durchgehen. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, glauben doch nicht, daß zum Beispiel die Fachveröffentlichung „Schulreport“ mit 600 000 DM im Kultushaushalt so wichtig ist, als daß sie nicht eingespart werden könnte. Man muß mit Kleinigkeiten beginnen. Wir glauben, daß Millionenbeträge eingespart werden könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Neumeier (CSU): So ein Unsinn!)

– Ich finde das sehr interessant. Sie machen einen Zwischenruf und wollen Möglichkeiten wissen.

(Hofmann (CSU): War das die Antwort auf die Frage von Knauer?)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel von Dutzenden. Lesen Sie den Schulreport. Es ist doch nicht damit getan, daß ein Erstkläßler sieben Fotos der Kultusministerin ansieht. Das ist keine inhaltliche pädagogische Aussage. Das kann man einsparen.

(Beifall bei der SPD – Glück (CSU): Das ist ein erfreuliches Bild!)

Ich gehe davon aus, daß jeder Parlamentarier den Bericht des Obersten Rechnungshofs erhält. Ich nenne ein Beispiel auf den Seiten 190 ff. Das sind keine Kleinigkeiten. Kollege Knauer hat vorhin gefragt, wie wir unsere Forderung finanzieren wollen. Sie wissen, daß 1000 Lehrer etwa 80 bis 90 Millionen DM jährlich kosten. Allein von dem Betrag, der im Bericht des Obersten Rechnungshofs genannt wird, könnten tausende – nicht nur tausend – Lehrer finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Beispiel das Wasserüberleitungswerk Donau/Main. Es wurde 1994 gebaut. Die Größenordnung betrug 17 Milliarden DM. Dem Freistaat Bayern stehen aufgrund einer Vereinbarung nicht 500 000 DM oder 1 Million DM zu, sondern insgesamt 175 Millionen DM zur Verfügung, die die Verwaltung einfordern müßte und es bisher nicht getan hat. Sie fragen, wie wir 1000 Lehrer finanzieren wollen. Lesen Sie den Bericht des Obersten Rechnungshofs. Der Freistaat Bayern hat 175 Millionen DM Einnahmen nicht abgerufen, weil er nicht vollzogen hat.

(Knauer (CSU): Das reicht nur für ein Jahr!)

Ich könnte noch viele Beispiele nennen. Vom Finanzministerium wurden Millionenbeträge für die Dorfhelferinnen weggegeben, ohne daß kontrolliert worden ist. Wir müssen diese Kritikpunkte des Obersten Rechnungshofes ernster nehmen als bisher. Ein Schwerpunkt unserer Haushaltsforderungen ist deshalb, die Kontrollorgane zu stärken, weil Einnahmen verbessert werden könnten.

Schauen Sie die Haushaltsreste nach. Mit den nicht ausgegebenen 84 Millionen DM für die Technologieförderung zum Beispiel könnte einiges finanziert werden. Wir gehen auch nicht davon ab, daß die Staatskanzlei ein teures Mosaik ist. Die Ausgaben für die Machtzentrale Staatskanzlei müssen reduziert werden. Sie wird parteipolitisch mißbraucht. Das ist nicht zugunsten der Bürgerinnen und Bürger. Hier könnte wesentlich eingespart werden.

(Beifall bei der SPD – Knauer (CSU): Was macht denn ihr in Bonn?)

Herr Kollege, Sie haben mich nach Beispielen gefragt. Ich könnte Ihnen noch viele nennen. Es gibt den Kollegen Sackmann. Er fragt ständig, wie unsere Forderungen finanziert werden sollten. Er hat gesagt, er habe kein Verständnis dafür, die Lehrkräfte länger arbeiten zu lassen, weil dies viele Millionen koste. Zugleich beklagt er die Kosten des Realschulversuchs.

(Knauer (CSU): Wer sagt das?)

– Das sagte Kollege Sackmann. Das steht in der Zeitung und im Protokoll.

Andererseits wird die sechsstufige Realschule eingeführt, und das kostet Geld. Dafür habe ich kein Verständnis. Sie, Kollege Knauer, haben doch nicht gefragt, wieviel Ihre Initiativen betreffend die sechsstufige Realschule kosten. Das kostet 1,4 Milliarden DM.

(Knauer (CSU): Das ist blanker Unfug!)

Das Geld könnten wir sparen. Damit könnten wir etwas Sinnvolles tun. Wir haben Antworten auf Ihre Frage, wo eingespart werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen zu vielen unserer Vorstellungen, daß das alles nicht möglich, nicht finanzierbar sei. Was hat die Staatsregierung z. B. getan? Die kommunalen Spitzenverbände haben geklagt, die Zuschüsse kämen immer später an. Die kommunalen Spitzenverbände haben geklagt, daß die Vorfinanzierungskosten zunehmen. Was haben Sie gemacht? Der Finanzminister hat mit der Landesbank Kontakt aufgenommen. Er meinte, man könne die Vorfinanzierungskosten mildern. Sie geben also zu, daß die Vorfinanzierungskosten der Kommunen enorm hoch sind.

Der Finanzminister verhandelte mit der Landesbank und kam zu dem Ergebnis, daß zwischen 300 und 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden könnten, um die Vorfinanzierungskosten zu reduzieren. Ich meine, es muß auch legitim sein, darüber nachzudenken, ob es für einen bestimmten Zeitraum finanz- und verwaltungspolitisch geordnet werden könnte, zum Beispiel jährlich 300 Millionen DM des Landesbankgewinnes zu verwenden, um die Bildungspolitik finanziell zu stärken, um damit beschäftigungspolitische Impulse zu geben. Das wäre sinnvoll. Sie sind aber nicht bereit, darüber nachzudenken. Sie haben keine bildungspolitischen Akzente gesetzt, sondern ein Durcheinander geschaffen und bildungspolitisch versagt.

Herr Minister, der Haushaltsentwurf, den Sie vorgelegt haben, stellt nicht das Kernstück dar, das wir wollen, bietet nicht die Grundlage dafür, daß man gestalten, daß man wirklich etwas bewegen kann. Die SPD-Fraktion wird zu allen vorgesehenen Einzelplänen Stellung nehmen, beispielsweise zu den Ansätzen im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit, mit der Landwirtschaft oder mit der Wissenschaft. Wir werden unsere Vorstellungen dazu einbringen, wie wir auf dem einen oder dem anderen Gebiet etwas gestalten wollen. Wir werden nicht einer höheren Verschuldung das Wort reden, sondern glauben, daß es viele Einsparungspotentiale gibt, die auch genutzt werden müssen.

(Zurufe von der CSU: Wo?)

Wir werden auch zur High-Tech-Offensive klar Stellung beziehen. Es wird immer wieder ein Kuchen verteilt, der noch gar nicht gebacken ist. Erwartungen werden geweckt. Die Enttäuschung wird sehr groß sein. Wir werden die Chance nutzen, in den bevorstehenden Beratun-

gen die Grundzüge unserer Politik in Sachen Bildung – dieser muß im neuen Doppelhaushalt Vorrang eingeräumt werden –, Arbeit und soziale Gerechtigkeit darzustellen. Der Finanzminister und die übrigen Mitglieder der Staatsregierung haben die Chance vertan, in dem künftigen Haushaltsplan Wesentliches zu gestalten. Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind für uns die Schwerpunkte.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Straßer, Sie hätten tatsächlich noch zehn Sekunden Redezeit gehabt.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt sehr herzlich den früheren Vorsitzenden des Haushaltsausschusses in der Besucherloge begrüßen. – Er sitzt jetzt auf der Presstribüne. Lieber Ernst Michl, herzlich willkommen. Es ist sicherlich schön, wenn man solche Beratungen aus der Distanz verfolgen kann.

(Beifall)

Jetzt hat sein Nachfolger das Wort, Herr Kollege Ach.

Ach (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Straßer, Sie wissen, daß ich Sie sehr schätze. Aber das, was Sie heute namens der SPD-Fraktion vorgetragen haben,

(Zuruf von der SPD: Das war sehr gut! – Weitere Zurufe von der SPD)

entspricht leider wieder einmal den Denkschablonen Ihrer Fraktion zu den Haushalten vergangener Jahre.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich habe in den Beiträgen aus den Reihen der Opposition außer pauschalen Angriffen, Verschleierung eigener Versäumnisse, alten Forderungen und Wünschen nach nicht seriösen Finanzierungen nichts erkennen können, erst recht nichts Neues. Allerdings wurde heute teilweise etwas vorsichtiger formuliert als in früheren Jahren. Auf das Wenige, was als positiv zu vermerken ist, werde ich später gerne eingehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe den Eindruck, Sie wollen in Ihrer Haushaltspolitik für Bayern nicht innehalten auf Ihrem falschen Weg. Sie verweigern sich dem notwendigen Neuen, obwohl die bayerischen Wählerinnen und Wähler mit ihrem Votum am 13. September letzten Jahres Ihnen und Ihrer Politik die rote Karte gezeigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie haben heute viele Fragen gestellt. Unsere Fragen konnten Sie nicht beantworten, weil Sie offensichtlich selbst nicht wissen, wie Lösungen auszusehen haben. Trotzdem – hier will ich zur Versachlichung beitragen –

bin ich gern bereit, im Ausschuß über all das zu diskutieren bzw. beraten zu lassen, was Sie gesagt haben. Denn dann können wir feststellen, ob Ihre Vorwürfe begründet sind oder nicht, meine Damen und Herren von der Opposition. Ich sehe den Ausschußdiskussionen sehr optimistisch entgegen.

Lieber Herr Kollege Straßer, noch etwas habe ich während Ihrer Rede feststellen können. Ich weiß, daß Sie sehr temperamentvoll und sehr emotional sind. Doch habe ich jetzt auch eine besonders hohe Lautstärke feststellen dürfen. Da fielen mir Worte eines früheren Vorgesetzten ein: Nicht der, der am lautesten schreit, hat recht, sondern der, der die besseren Argumente hat. – Die will ich jetzt vortragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe von der SPD: Aber laut! – Herbert Müller (SPD): Nein, in aller Stille! – Gegenrufe von der CSU)

– Ich sage einmal: Klar und deutlich will ich meine Argumente vortragen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal möchte ich der Bayerischen Staatsregierung

(Zurufe von der SPD: Dank sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– das gehört zum Stil dieses Hauses, Herr Kollege Dr. Kaiser –, insbesondere Herrn Staatsminister Dr. Faltlhauser, für die Vorlage des Entwurfs für den Doppelhaushalt 1999/2000 herzlich danken.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Aufstehen!)

Liebe Kollegen von der SPD, Herr Staatsminister Dr. Faltlhauser war nicht nur schneller als sein Bonner Kollege; er hat sogar einen seriösen Entwurf für einen Doppelhaushalt vorgelegt. Anders als in dem Haushaltsentwurf, den die rot-grüne Bundesregierung vorgelegt hat, kommen in der nun zur Diskussion stehenden Vorlage auch die Eckdaten und die Schwerpunkte der Politik klar zum Ausdruck. Der uns vorliegende Entwurf ist ein hervorragendes Beispiel für die solide bayerische Haushaltspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dies ist auch für uns Anlaß, in den anstehenden Haushaltsberatungen unseren sachgerechten und eben nicht polemischen Beitrag zu leisten. Wir werden wie in der Vergangenheit darauf achten – das ist schließlich unser Markenzeichen –, daß durch eine strikte Ausgabendisziplin die auch von der hiesigen Opposition nicht zu bestreitende finanzpolitische Spitzenstellung Bayerns selbst in schwieriger Zeit erhalten bleibt. Lasten dürfen nicht in die Zukunft oder auf andere Verantwortungsebenen verschoben werden.

Genau diese Solidität wird an den Kennzahlen des vorliegenden Entwurfs deutlich. Wir unterstützen sie. Ich will jetzt nur auf drei dieser Kennzahlen kurz eingehen. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich weiß, daß es Ihnen weh tut, derlei hören zu müssen. Doch

muß man manches wiederholen, damit auch bei Ihnen langsam der Eindruck entsteht, daß etwas Wahres dahinter steht.

Erstens. Die Investitionsquote Bayerns wird im Ländervergleich weiterhin eine Spitzenstellung einnehmen. Im Jahr 1999 sollen 15,7% der Gesamtausgaben für Investitionen zur Verfügung stehen – wenn man die „Offensive Zukunft Bayern“ einbezieht, sind es sogar 16,6% –, im Jahr 2000 15,1 bzw. 15,3%. Somit wird Bayern in puncto Investitionen seinen Vorsprung gegenüber den anderen westlichen Flächenländern aufrechterhalten. Er wird zirka 3 Milliarden DM betragen. Ich meine, es muß im Interesse aller sein, den sich daraus ergebenden Gestaltungsspielraum für den Standort Bayern zu nutzen.

Denn ohne diesen Gestaltungsspielraum – jetzt komme ich auf die Historie, man sollte stets darüber nachdenken, woher jemand kommt und wohin er geht –, also ohne diesen Gestaltungsspielraum ginge es uns beispielsweise wie dem jetzigen Finanzminister, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Saarbrücken, Lafontaine. Was er nach zehnjähriger Amtszeit als Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt hinterlassen hat, sieht man unter anderem daran, daß die Arbeitslosigkeit dort im Dezember 1998 – man höre und staune! – noch 17,2% betrug. Hinterlassenschaften in seiner Zeit als Ministerpräsident des Saarlandes sind die schlechtesten Finanzwerte bundesweit und die viel zu niedrige Investitionsquote von 11,6%.

(Dr. Kaiser (SPD): Der Wahlkampf ist doch schon vorbei!)

– Lieber Herr Kollege Dr. Kaiser, im Gegensatz zu Ihnen kann ich sachlich diskutieren. Sie können auch noch nach dem Wahlkampf nur Polemik betreiben.

Im übrigen werden im Saarland, wie ich erfahren habe, 15 bis 30% der Investitionen über Ausgabenreste aus den Vorjahren finanziert. Als Haushaltspolitiker sage ich: Hierdurch wird die Haushaltsbilanz des Saarlandes nochmals geschönt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dies mag, wie Sie meinen, ein hausgemachtes Problem sein, ein Problem des Saarlands. Doch ist davon auch Bayern betroffen – Herr Kollege Straßer hat darauf hingewiesen –, und zwar über den Länderfinanzausgleich. Insofern müssen Sie sich den von mir gezogenen Vergleich und die Kritik in dem Zusammenhang schon anhören.

Auf die Diskussion über die sehr berechtigte Forderung nach Änderung des Finanzausgleichs will ich jetzt nicht mehr eingehen. Wir werden dafür im Laufe dieses Jahres noch genügend Zeit haben. Nur soviel stelle ich abschließend fest: Auch SPD-regierte Länder, zum Beispiel Hessen, wehren sich gegen eine Nivellierung. Das ist bedeutsam.

Zweitens. Der bayerische Weg solider Finanzen wird auch im Zusammenhang mit den Zinsausgaben fortgesetzt. Die Zinsausgabenquote wird mit 3,7% in diesem Jahr und 3,9% im Jahr 2000 nicht einmal die Hälfte der Werte der anderen Bundesländer betragen. Auch dies

bedeutet zusätzliche Handlungsspielräume. In dem Zusammenhang geht es um 2 bis 3 Milliarden DM. Das sind Gelder, die wir für Wichtiges nutzen können. Wir müßten sie den Banken überweisen, hätten wir eine Zinsausgabenquote von 8,1 % wie die der anderen Länder im Durchschnitt.

Drittens. Der bayerische Weg solider Finanzen, den Sie doch mitgehen sollten, meine Damen und Herren von der Opposition, wird auch durch Begrenzung bzw. Absenkung der Neuverschuldung weitergeführt, ein Ansatz, der sehr nachhaltig diskutiert wird und über den auch in Zukunft zu beraten sein wird.

Die Absenkung der Neuverschuldung um weit mehr als 800 Millionen – Herr Finanzminister hat von 858 Millionen DM gesprochen – ist ein Kraftakt ohnegleichen – das müssen wir sicher einvernehmlich feststellen – und darüber hinaus ein erster, elementarer Schritt zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung.

(Beifall bei der CSU)

Mit einem Haushalt ohne Neuverschuldung haben wir uns ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir nehmen damit unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen sehr ernst. Dies haben wir vor den Wahlen deutlich gesagt. Die Senkung der Neuverschuldung stand sehr wohl im Wahlprogramm der CSU und war auch Thema im Wahlkampf. Diese Aussage steht auch im Regierungsprogramm unseres Ministerpräsidenten Dr. Stoiber an erster Stelle. Dort heißt es: „Wir wollen nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen.“ Das ist eine ganz wichtige Feststellung für die Beratung heute und die Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten.

Dabei reden wir nicht wie der Blinde von der Farbe. Wir sehen uns in diesem Ziel ausdrücklich von der großen Mehrheit unserer Bevölkerung unterstützt. 87 % unserer bayerischen Bevölkerung sind der Meinung, daß die Schulden des Staates trotz knapper Mittel abgebaut werden sollen. Mehr als 70 % sehen die Staatsverschuldung als unverantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen an. Jeweils 80 bis 90 % sind der Meinung, daß der Staat weder Steuern erhöhen noch mehr Schulden machen sollte, wenn Geld fehlt, sondern, was logisch ist, die Ausgaben kürzen sollte.

Deshalb begrüße ich es, daß auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD – man soll nicht nur Kritik an anderen üben – gemäß ihrer Verlautbarung vor Weihnachten eine Absenkung der Neuverschuldung mittragen wollen. Ich frage mich nur, wie Sie sich dann bei der Abstimmung verhalten werden; denn dies war nicht immer so. Noch bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 1998 haben Sie die Meinung vertreten, man sollte mehr über die Neuverschuldung finanzieren. Genau das Gegenteil wollen wir. Mit den guten Kennzahlen bei den Investitionen, den Zinsausgaben und der Senkung der Neuverschuldung erfüllt der Entwurf des Doppelhaushalts 1999/2000 wesentliche Forderungen unserer Fraktion, Forderungen, die wir auch in der Klausurtagung in Kreuth beschlossen haben.

Bei den Beratungen des Doppelhaushalts 1999/2000 in den kommenden Wochen werden wir besonderes Augenmerk auf die Rahmenbedingungen legen müssen. Der Finanzminister hat zur wirtschaftlichen Entwicklung Stellung genommen und die wirtschaftlichen Kennzahlen vorgetragen. Kollege Straßer hat seine völlig konträre Position hier ebenfalls dargestellt.

Nicht nur die CSU, sondern die gesamte Bevölkerung sieht sich ständig mit nach unten korrigierten Wachstumsprognosen konfrontiert. Noch Anfang Dezember vergangenen Jahres hat der Finanzplanungsrat – also Bund und Länder gemeinsam – 2 % reales Wachstum für 1999 ermittelt. Als Grund für die gegenüber 2,8 % im Jahr 1998 nach unten korrigierten Wachstumsannahmen – das ist bemerkenswert – werden von dem SPD-dominierten Gremium in der gemeinsamen Erklärung die Eintrübung des weltwirtschaftlichen Umfeldes und damit die verschlechterten Exportaussichten für die deutsche Wirtschaft genannt. Das ist, zumindest aus meiner Sicht, nur die halbe Wahrheit.

Das Ifo-Institut erwartet lediglich ein Wachstum von 1,7 %. Neben den außenwirtschaftlichen Risiken nennen die Wissenschaftler als Grund insbesondere – hören Sie bitte gut zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD – die Unklarheiten in der Wirtschaftspolitik und die angekündigte nachfrageorientierte Lohnpolitik. Das DIW in Berlin erwartet sogar nur eine Steigerung von 1,4 %. Mittlerweile – das ist bedauerlich, aber leider wahr – spricht das Ifo-Institut von einer Konjunkturdelle in diesem Jahr.

Wie bewertet die CSU-Fraktion die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1999? Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, im Jahr 1999 zehren wir noch vom Effekt des Konsolidierungskurses der alten Bundesregierung. Das Vertrauen der Wirtschaft ist allerdings seit dem Herbst 1998 rapide zurückgegangen. Die Medien sind voll mit Berichten über die Eintrübung der Stimmung und des Klimas in unserer Wirtschaft. Die Kritik gilt insbesondere der neuen Steuerpolitik. Das war zwar schon Gegenstand von heutigen Reden hier, aber ich möchte doch auf einige Dinge aufmerksam machen.

Durch eine völlig verfehlte neue Steuerpolitik ist Vertrauen verlorengegangen. Hier rächt sich eindeutig, daß die SPD zwar das Petersberger Konzept der Koalition über viele Monate hinweg madig gemacht, es selbst aber versäumt hat, eigene Vorstellungen zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt wurden mit heißer Nadel innerhalb von wenigen Tagen und Wochen Steuerkonzepte gestrickt, die keine Entlastung, keine Vereinfachung und keine Gerechtigkeit bringen.

(Beifall bei der CSU)

Statt einer echten, massiven steuerlichen Entlastung, wie sie von der Union geplant war, werden jetzt Umverteilungen von angeblich Reich zu angeblich Arm beschlossen. Gewiß gibt es in unserem Land wirklich arme Menschen, die aber – dessen bin ich mir sicher –

mit dieser Umverteilungspolitik nicht glücklicher werden können.

Nun zur Ökosteuern. Sie bringt eine Steuer auf Strom mit sich und belastet Bevölkerung und Wirtschaft flächendeckend. Was ist ökologisch an einer Reform, wenn Bus und Bahn eine Mehrbelastung von Milliarden aufgebürdet wird?

(Beifall bei der CSU)

Allein die Münchner Verkehrsbetriebe müssen jährlich 5 Millionen DM mehr aufbringen; dies bedeutet eine Tarifierhöhung um 2 bis 3%, wie der „Münchner Merkur“ berichtet. Diese Gegenrechnung fehlt in der Bilanz von Herrn Lafontaine, die er der Bevölkerung täglich neu vorlegt.

(Willi Müller (CSU): Sie fehlt auch in der Bilanz von Herrn Straßer!)

Wegen der ursprünglich geplanten Ausnahmen bei der Ökosteuern – auch dies hat man erst hinterher erkannt – ist sie nicht nur EU-rechtswidrig, sondern meines Erachtens auch verfassungswidrig. Deswegen mußte der Bundesfinanzminister kräftig zurückrudern. Er hat wohl schon ganz kräftige Muskeln, weil er ständig vor- und zurückrudern muß.

Insgesamt stelle ich fest: Die neue Bundesregierung hat die Chance vertan, die dringend notwendige Steuerreform zumindest einzuleiten. Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weil Sie in der Bundesregierung vorläufig noch mit im Boot sitzen dürfen: Erklären Sie Ihren Parteivorsitzenden endlich – liebe Frau Kollegin Kellner, auch Sie sind damit gemeint –,

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

daß nicht durch Umverteilung, sondern nur durch Investitionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der CSU)

Das angebliche Steuerentlastungsgesetz für die Jahre 1999 bis 2002 ist für mich ein Arbeitsplatzkiller, aber keine Chance für neue Arbeitsplätze. Eines muß uns allen bewußt sein: Arbeitsplätze, die aufgrund dieser verfehlten Steuerpolitik verlorengehen, sind langfristig weg. Dies verschweigt die Bundesregierung allerdings schamvoll.

Bislang müssen die Unternehmen – das ist leicht nachprüfbar – den größten Teil der Steuersenkungen finanzieren. Ihnen bleiben nur vage Versprechungen einer späteren Entlastung. Im übrigen sind die Steuergesetze nicht irgendein Recht, sondern die Ausgestaltung des Steuersystems hat eine zentrale politische Bedeutung und darf nicht zum Tummelplatz für überkommenes ideologisches Gedankengut werden.

Mißtrauen besteht gegenüber der Steuerpolitik, und das zu Recht. Mißtrauen besteht auch gegenüber der Fähigkeit linker Regierungen, mit Geld umzugehen, wie eine Studie der Deutschen Bank zeigt.

Darin wird das Ausgabenverhalten der Regierungen in Europa seit 1970 analysiert. Was ist dort festgestellt worden? Der Anstieg der Staatsausgaben war danach bei Linksregierungen wegen der stärkeren Orientierung an Ankurbelung der Wirtschaft und Sicherung der Sozialsysteme in 28 Jahren fast doppelt so hoch wie unter konservativen Regierungen. Zugleich tendierten linke Regierungen zu stärkeren Steigerungen ihrer Einnahmen. Dies ist offensichtlich derzeit auch bei der Bundesregierung aktuell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man darf deswegen nicht sagen, die 16 Jahre CDU/CSU-Regierung würden dafür verantwortlich sein. Wir haben dieses negative Ausgabenverhalten bereits vor 1982 in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre ertragen müssen. Die meisten sozialdemokratisch geführten Länder haben in den letzten zehn Jahren ihren Schuldenstand – ich bitte den Kollegen Straßer, dies aufzunehmen; ich weiß, er ist konzentriert und hört zu – um mehr als 70% angehoben – auf diese Zahl lege ich Wert. Wer ist hier einsamer Spitzenreiter? Man kann es fast nicht sagen, aber es ist die Wahrheit: Niedersachsen ist mit 86% Schuldenstandssteigerung Spitzenreiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die niedersächsischen Genossen kämpfen heute noch mit dem Erbe des amtierenden Bundeskanzlers. Das muß man sich einmal durch den Kopf gehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb war es Ende des vergangenen Jahres aus parteipolitischen und parteitaktischen Gründen wohl auch sinnvoll, den Haushaltsentwurf mit Rücksicht auf Schröders Bundesambitionen verspätet vorzustellen. Jetzt hat allerdings die niedersächsische Landesregierung – dafür lobe ich sie – ihre Karten auf den Tisch gelegt. Der Entwurf sieht ein Haushaltsbegleitgesetz vor. Was sieht dieses Haushaltsbegleitgesetz vor? Kürzung des Blindengeldes, Reduzierung der freien Heilfürsorge für Polizeibeamte, Eigenbeteiligung der Beamten an der Beihilfe bis zu 1000 DM, Einführung von Studiengebühren nicht nur für das Zweitstudium, sondern auch für das Erststudium.

Ich will damit nur die Politik in anderen Ländern im Vergleich zu Bayern darstellen. Wir müssen in der Bundesrepublik die Länder miteinander vergleichen dürfen; denn sonst würden falsche Eindrücke von der guten bayerischen Politik entstehen.

Was macht Lafontaine in diesem Jahr? Er rettet sich noch mit den Erträgen über die Runden, die Waigel nachweisbar 1998 erwirtschaftet hat; denn ohne diese von Bundesfinanzminister Waigel im Jahre 1998 erwirtschafteten Erträge wäre Lafontaines Haushalt, der für 1999 vorgelegt worden ist, schlicht und einfach verfassungswidrig.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt aber auch Zeichen der Hoffnung. Unter dem Druck der vernichtenden, massiven Kritik nicht nur von uns als politischem Gegner, sondern auch von der Wirtschaft, der Fachpresse und von Wirtschaftsverbänden – Arbeitgeber, Arbeitnehmer – muß oder müßte die Bundesregierung nun Flagge zeigen. Wir warten darauf, daß sie Flagge zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich fordere Sie deshalb auf

(Mehrlich (SPD): Na so was!)

– dafür muß man doch dankbar sein, Herr Kollege –: Wirken Sie im Interesse der bayerischen Bevölkerung auf eine solide Finanzpolitik im Bund hin. Dies ist momentan nicht erkennbar. Tragen Sie nicht zusätzlich zur Verunsicherung bei, und treten Sie gemeinsam mit uns gegen eine Sparpolitik einseitig zu Lasten Bayerns ein. Ich stelle dies nicht einfach in den Raum oder weil ich wie der Blinde von der Farbe reden will. Hierfür gibt es nämlich echte Anzeichen. Die Ankündigungen des niedersächsischen Finanzministers vor den Wahlen, daß Gelder in den Norden umgeleitet werden sollen, dürfen, hoffentlich einvernehmlich, nicht umgesetzt werden. Die von der Bundesregierung deutlich erhöhten und veranlaßten Leistungen an die hochverschuldeten Länder Bremen und Saarland, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Anzeichen für eine Finanzpolitik, der sich auch die bayerische Sozialdemokratie in Verantwortung gegenüber der bayerischen Bevölkerung entgegenstellen muß.

(Beifall bei der CSU)

Haben Sie auch den Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit uns gegen die Verlagerung von Lasten des Bundes auf die Länder insgesamt zu kämpfen. Dies ist im Beitrag des Herrn Finanzministers zum Ausdruck gebracht worden und sicherlich auch vom Kollegen Straßer angedacht gewesen.

Mit der vorgesehenen Finanzierung des höheren Kindergeldes – ich muß es wiederholen, weil dies zu unseren Lasten geht – und des steuerlichen Verzichtes bei den sogenannten 630-DM-Jobs hat Lafontaine eine neue Politik eingeleitet. Der Herr Finanzminister hat sehr ausführlich darüber berichtet; ich erspare mir aus Zeitgründen entsprechende Wiederholungen, will aber nachdrücklich unterstreichen, daß das, was gesagt worden ist, die reine Wahrheit ist. Mehrere 100 Millionen DM per anno sind innerhalb weniger Wochen – auch das macht jetzt die Beratung des Haushaltes sehr schwierig – als Minusposten auf den bayerischen Staatshaushalt zugekommen. Streiten Sie deshalb mit uns, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, für eine gerechte, ausgewogene Kompensation der zusätzlichen Belastungen. Wir wollen nur das, was uns vom Bund zusteht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie Sie in Ihrer Pressekonferenz im Dezember insgesamt von entscheidend verbesserten fiskalischen Rahmenbedingun-

gen sprechen können, ist mir in diesem Zusammenhang allerdings ein großes Rätsel.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, es wird noch lange ein Rätsel bleiben.

Jetzt komme ich direkt auf den bayerischen Staatshaushalt zurück. Angesichts der zur Zeit herrschenden Zustände in Bonn und in anderen sozialdemokratisch regierten Ländern, die ich einzeln aufgeführt habe, muß sich die Kritik der bayerischen Opposition eigentlich bescheiden ausnehmen. In Niedersachsen ist der dortigen Landesregierung bereits zweimal die Verfassungswidrigkeit ihrer Haushalte bescheinigt worden. In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein werden durch Taschenspielertricks Liegenschaften verkauft und dann wieder zurückgemietet.

Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß ich Ihren Meinungswandel bei der Neuverschuldung begrüße. Allerdings ist Ihr Konzept insgesamt aufgrund Ihrer Forderungen, die sie auch heute wieder vorgetragen haben, nicht schlüssig. Über die vor Weihnachten vorgestellten Ausgabewünsche hinausgehend werden weitere Forderungen laut, zum Beispiel tausend zusätzliche Planstellen bei der Polizei. Sie können diese Forderung eigentlich doch nur erheben, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir in Bayern seit Jahrzehnten so solide gewirtschaftet haben und Spielräume für so etwas haben. Wir haben es aber schon in der Vergangenheit getan. Wenn Sie diese Planstellen schon immer so beredt gewollt hätten, dann frage ich Sie: Warum haben Sie denn in der Vergangenheit dem Einzelplan 03, in dem solche Maßnahmen geschehen sind, nicht zugestimmt?

(Beifall bei der CSU)

Es wäre schön gewesen, Mut zu beweisen und zu sagen: Jawohl, hier liegt die Staatsregierung richtig. Das kann man aber nicht erwarten. Ich kann auch gar nicht soviel Phantasie aufbringen, um mir so etwas vorzustellen.

Warum können Sie solche Forderungen, wie sie Kollege Straßer heute vorgetragen hat, überhaupt erheben? Eben nur aufgrund der – ich wiederhole es – soliden bayerischen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie von zusätzlichen Planstellen reden, was zunächst einmal sicherlich nicht ganz illegitim ist, dann müssen Sie aber auch wieder einen Blick über den Tellerrand hinaus werfen; dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß im Bereich der inneren Sicherheit, den wir immer als einen der Schwerpunkte bezeichnet haben und auch in Zukunft bezeichnen werden, nach den Vorstellungen Ihrer Parteifreunde im Saarland im dortigen kommenden Haushalt weitere 104 Stellen gestrichen werden – dieses Bundesland ist nicht sehr groß. Bluten müssen auch die Justiz- und die Finanzverwaltungsbehörden.

(Dr. Kaiser (SPD): Beraten wir heute den Haushalt des Saarlandes?)

– Das tut Ihnen weh. Sie wissen, wer Verantwortung im Bund trägt. Ich bin jetzt auch nicht im Stadtrat von Erlenbach oder wo Sie herkommen. Ich will nur auf die Doppelzüngigkeit der Politik der SPD hier und dort hinweisen.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern werden massive Forderungen gestellt, obwohl wir schon auf einem sehr hohen Niveau sind, und dort streicht man rigoros all diese Dinge, die sicherheitsrelevant sind. Die bayerische Justizverwaltung soll in den nächsten zwei Jahren insgesamt über 200 neue Stellen erhalten; bei den Lehrern will man 1000 neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Im Saarland gibt es keine zusätzlichen Lehrerbeschäftigungsverhältnisse. Auch dies möchte ich an dieser Stelle ganz besonders hervorheben. Dies ist schlichtweg der Unterschied zwischen uns und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir diskutieren nicht nur, sondern wir handeln fürsorglich. Dies wird auch dadurch deutlich, daß wir das Stellenhebungskonzept für die einzelnen Laufbahnen auf den Weg gebracht haben, wodurch wieder eine Reihe von Beförderungen gerade im einfachen und mittleren Dienst möglich sein wird.

Für beachtlich halte ich auch den in Ihrem Konzept vorgeschlagenen Ausgabenzuwachs. Dieser geht deutlich über das prognostizierte Wirtschaftswachstum hinaus. Sie übertreffen damit auch das, was der Finanzplanungsbeirat, in dem Ihre Genossinnen und Genossen die Mehrheit haben, vorgesehen hat. Das ist schon bemerkenswert.

Ich komme zur weiteren Kritik am Haushalt der Staatsregierung. Diese teile ich nicht, was nicht damit zusammenhängt, daß ich der gleichen Partei angehöre wie der Finanzminister, sondern weil ich aus sachlichen Gründen der Überzeugung bin, daß sie unberechtigt ist. Ich komme zu diesem Urteil auch aufgrund meiner langjährigen Erfahrung im öffentlichen Dienst. Wer die Fortschreibung der Haushaltsansätze geißelt, übersieht den hohen Anteil an Personalausgaben und gesetzlichen Leistungen. Das von Ihrer Seite jedes Jahr wieder veranstaltete „Hü und Hott“ ist nicht angebracht und sinnvoll. Die Personalausgaben, die wirklich einen hohen Anteil am Gesamthaushalt ausmachen, können nur über Stellenabbau und Stellenbewirtschaftung beeinflusst werden. Wollen Sie hier schneller handeln, als wir ohnehin schon mit den Maßnahmen 6 a und 6 b, denen auch Sie stets voll oder teilweise zustimmen, vorgehen? Dann müssen Sie Mitarbeiter vor die Tür setzen und einen Einstellungsstopp verhängen. Das ist die einfache Schlußfolgerung aus Ihren Forderungen.

Der Entwurf der Staatsregierung zeigt den wesentlich besseren Weg. Spielraum gewinnen wir dadurch, daß wir die Schulden zurückführen, indem wir die Verwaltung reformieren – Stichwort: Aufgabenabbau – und unsere Mittel auf Schwerpunkte konzentrieren. Die von der Staatsregierung angeführten Schwerpunkte zeigen im übrigen, daß wir handlungsfähig sind und die vorhandenen Spielräume sinnvoll nutzen.

Der Haushaltsentwurf zeigt auch, wo Haushaltsansätze nicht gesteigert werden können. Dagegen verrät die Opposition leider nicht – zumindest nicht nachvollziehbar –, welche Ansätze ihrer Meinung nach eingefroren werden müssen. „Einspartopf“ soll die Staatskanzlei sein, deren Stellen um 50% reduziert werden sollen. Außerdem soll die Landwirtschaftsverwaltung zusammengestrichen werden. Mit beiden Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bekommen Sie nicht einmal annähernd die Milliardenbeträge zusammen, die Sie für die Erfüllung Ihrer Forderung nach Abschmelzung des Förderstaus beispielsweise bei Wasser und Abwasser benötigen.

Ich komme zu einem weiteren Kritikpunkt, den Herr Kollege Straßer vorgetragen hat. Sie kritisieren immer wieder das Zuschußwesen. Dabei übersehen Sie – bewußt oder unbewußt – die Entscheidungen der Staatsregierung in den vergangenen Jahren. Die Zahl der Fördertöpfe wurde nicht nur um ein Drittel drastisch reduziert; wir haben durch die Umstellung auf Festbetragsförderung und die Einführung von Pauschalbeträgen sowie Bagatellgrenzen das Zuschußwesen, den Subventionsdschungel – Frau Kollegin Kellner, wir hatten hier das gleiche Wort im Redekonzept stehen, was zeigt, daß wir uns zumindest in der Wortwahl einig sind – deutlich vereinfacht. Herr Kollege Dr. Kaiser hat meines Wissens den Bericht zu diesem Themenkreis erhalten. Vielleicht gewährt er Herrn Kollegen Straßer einmal Einblick, damit er schwarz auf weiß nachlesen kann, was hier in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht worden ist.

Völlig verfehlt ist die Kritik am Umfang der Deckungsfähigkeit und der Übertragbarkeit von Haushaltsresten. Damit schaffen wir flexible Instrumente für die Bewirtschaftung. Eigentlich sollte das unser gemeinsames Ziel sein. Ich muß auch feststellen, eine Beschränkung der Rechte des Landtags sehe ich insoweit nicht. Wenn dem nämlich so wäre, wäre ich der erste, der einer solchen Entwicklung auch aus beruflicher Erfahrung, wie ich betonen möchte, entgegentreten würde. Das kann ich Ihnen für den Fall, daß es so wäre, zusichern. Ich bin der Auffassung, die Kontrolle des Haushalts durch den Landtag funktioniert.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie funktioniert, liebe Frau Kollegin Kellner. Sie wissen, wie intensiv wir in der Vergangenheit gerade über Berichte des ORH diskutiert haben. Sie wissen auch, daß wir aus den Berichten des ORH durchaus Konsequenzen gezogen haben. Sicherlich werden wir auch bei der Beratung des jetzt vorliegenden ORH-Berichts sehr offen und freimütig diskutieren. Offensichtlichen und materiellen Mängeln wird abgeholfen werden. Dabei haben Sie uns ohne Wenn und Aber auf Ihrer Seite.

Was ist noch verfehlt an Ihrer Kritik am Haushalt? – Es ist verfehlt, zu sagen, nach Ihrer Auffassung hätten wir kein modernes und flexibles Haushalts- und Zuschußwesen. Ich behaupte, wir in Bayern haben in den letzten Jahren ein sehr modernes und flexibles Haushalts- und

Zuschußwesen geschaffen, das keinen Vergleich zu scheuen braucht und an dem sich andere orientieren können und schon orientiert haben. Das heißt aber nicht, daß wir unser System nicht ständig weiter optimieren müssen.

Die CSU-Fraktion ist der Meinung, in den kommenden zwei Jahren wird neben der Budgetierung die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Mittelpunkt stehen müssen. Herr Kollege Straßer hat etwas in dieser Richtung angedeutet; vielleicht haben wir hier einen Konsens. Ich rufe Sie jedenfalls dazu auf, bei diesem Optimierungsprozeß mitzuarbeiten. Es kann uns nichts Besseres passieren, als daß hier Einvernehmen herrscht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich rufe Sie auch auf: Kehren Sie endlich zur Ehrlichkeit bezüglich der Finanzausstattung der Kommunen zurück.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen ständig davon, daß sich der Freistaat eiskalt auf Kosten der Kommunen entschulden würde.

(Dr. Kaiser (SPD): Das sagt Herr Deimer!)

– Herr Deimer ist Vertreter eines kommunalen Spitzenverbandes. Von daher sind seine Äußerungen verständlich. Aber bei Ihnen kann ich das nicht nachvollziehen, denn Sie tragen als Oppositionspolitiker mit die Verantwortung für diesen Haushalt.

Der Freistaat entschuldet sich nicht auf Kosten der Kommunen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Leistungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich steigen 1999 mit 3,6% – ich betone: 3,6% – weit überdurchschnittlich. Auch im langjährigen Vergleich lag der kommunale Finanzausgleich von der Steigerung her immer besser als der Staatshaushalt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Nehmen Sie auch zur Kenntnis: Wir mußten uns im Gegensatz zu Niedersachsen nicht von höchstrichterlicher Seite Versäumnisse beim kommunalen Finanzausgleich bestätigen lassen. Bisher sind alle Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zugunsten unserer Position gefallen. Fazit: Lassen Sie uns die Fakten sachlich analysieren. Dabei bin ich gern bereit, auch im Ländervergleich zu überprüfen, ob nicht woanders geltende Bestimmungen eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Finanzmasse bewirken. Angesichts der mir vorliegenden Zahlen kann ich mir aber nicht vorstellen, daß gerade die bayerischen Kommunen schlechter ausgestattet sind als die Kommunen anderer Länder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Akzeptanz der finanzpolitischen Zielrichtung des Regierungsentwurfs bedeutet gleichwohl nicht, daß wir bereits heute die Vorlage im einzelnen absegnen wollen oder können. Die Rückführung der Haushaltsansätze in einzelnen Bereichen wie zum Beispiel bei der Dorferneuerung, der Sportförderung oder beim Staatsstraßenbau – hier sind

wir uns wahrscheinlich näher, Herr Kollege Straßer, als Sie es dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind – bedarf der Erörterung. Allerdings müssen wir uns fragen, ob wir nicht angesichts der beschriebenen Haushaltsrisiken mit möglicherweise weniger als 2% durchschnittlichem jährlichem Wachstum bereits zu hoch liegen.

Wir werden auch nicht umhinkommen – meine Vorredner haben es bereits angesprochen –, die völlig neue Situation zu berücksichtigen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Entlastung von Ehepaaren mit Kindern entstanden ist. Wir sind gespannt, welche Gegenfinanzierungsvorschläge der Bundesfinanzminister letztlich anbieten wird, nachdem er Steuererhöhungen ausgeschlossen hat.

(Dr. Kaiser (SPD): Was haben Sie für Vorschläge?)

– Der ehemalige Oppositionsführer hat gesagt, die Regierung soll Vorschläge vorlegen, über die dann beraten wird. So machen wir es jetzt auch auf Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den kommenden Wochen werden wir den Haushalt ernsthaft und intensiv beraten. Ich fordere Sie alle und insbesondere meine Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuß zu einer fairen Beratung auf; ich freue mich auf eine fruchtbare Auseinandersetzung. Ich fordere Sie aber auch zu Kreativität und Zivilcourage auf. Sie wissen vielleicht, was ich damit meine.

Meine Fraktion wird die Haushaltsberatungen dazu nutzen, Schwerpunkte bei der Stärkung der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Investitionskraft zu setzen. Wir kündigen außerdem an, daß wir unsere Vorstellungen zum vorgesehenen Gesamtfinanzierungsrahmen durch Umschichtung von Finanzmitteln verwirklichen werden. Nur eines tun wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nämlich das, was Ihnen heute die „Süddeutsche Zeitung“ attestiert: Wir machen in Bayern auch in Zukunft keine halbstarke Politik.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat Frau Kollegin Kellner.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 1999/2000 setzt die finanziellen Rahmenbedingungen für den Übergang ins dritte Jahrtausend. An seinen Schwerpunkten sehen wir, daß von zukunftsorientierter Unruhe – so beliebt Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser den Zustand des bayerischen Ministerpräsidenten zu beschreiben – keine Rede sein kann. Er mag zwar unruhig sein, aber seine Politik ist nichts weniger als zukunftsorientiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch von Nachhaltigkeit im Sinne der „Agenda 21“ kann keine Rede sein. Das einzige, was an Ihrer Politik nach-

haltig ist, ist die Rückwärtsgewandtheit und die falsche Zielrichtung.

(Zuruf des Abgeordneten Grabner (CSU))

– Herr Kollege Grabner, darum müssen Sie sich heute nicht kümmern. In vier Jahren wird Bilanz gezogen.

(Zurufe von der CSU)

– Sie sehen heute nicht sorgenzerfurcht aus. Herr Glück, Sie sollen auch eine Freude haben, da Sie es in Ihrer Fraktion in der letzten Zeit nicht so leicht hatten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

In dem vorgelegten Entwurf liegt weder Gestaltungskraft, noch sind darin Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft erkennbar. Dieser Entwurf ist eine müde Fortschreibung der Huberschen Haushalte.

(Zuruf des Staatsministers Prof. Dr. Faltlhauser)

– Herr Staatsminister Dr. Faltlhauser, als Finanzminister müssen Sie das überleben und noch mehr aushalten können. – Von der Umweltpolitik gehen keinerlei wegweisende Impulse aus – im Gegenteil, sie gerät immer weiter ins Abseits. An den Positionen des neuen Umweltministers, unter anderem zum Donauausbau, zum Atomausstieg und zur ökologischen Steuerreform, wird deutlich, daß er sich nicht als Vordenker für Umweltschutz begreift, sondern als Nachbeter des Wirtschaftsministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

– Sie haben doch auch einen neuen Minister. Er wird so wenig gesehen, daß Sie sich nicht mehr an seinen Namen erinnern?

In der Bildungspolitik wird an Althergebrachtem festgehalten, neue pädagogische Konzepte und größere Freiräume für die einzelnen Schulen haben so gut wie keine Chance. Von nur annähernd gleichen Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen ist Bayern weit entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neue gesellschaftliche Erfordernisse werden von Ihnen ignoriert und sogar bekämpft, wie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zeigt. Ein medienwirksamer Kaffeeklatsch mit Bill Gates ist kein Beleg für Weltoffenheit und globales Denken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gefragt sind Integrationsangebote für hier lebende Ausländerinnen und Ausländer und die Förderung des internationalen wissenschaftlichen und kulturellen Austausches.

Nachdem die Steuereinnahmen von 1997 knapp unter denen des Jahres 1996 geblieben sind, war nun für 1998

eine knappe Mehreinnahme angesetzt, und – man höre und staune – Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser rechnet für 1999/2000 mit Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden bzw. 3,3 Milliarden DM. Sie erinnern sich an die großen Finanzkrisen, die Ihnen Ihr ehemaliger Parteivorsitzender und Finanzminister Dr. Theo Waigel am laufenden Band beschert hat, so daß Sie nicht mehr zum Luftholen gekommen sind. Bei der Einschränkung von Abschreibungsmöglichkeiten setzt Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser anscheinend besonders große Hoffnungen in die neue Bundesregierung. Deshalb erhöhen Sie den Ansatz bei der veranlagten Einkommensteuer von gut 560 000 DM in 1998 auf 1,18 Milliarden DM in 1999 und 1,24 Milliarden DM in 2000. Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, Rot-Grün freut sich über dieses Kompliment.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie nachher nicht, dies wäre der Ausfluß Ihrer Steueränderungen und Einschränkung von Abschreibungsmöglichkeiten. Es gibt immer noch genügend, wie Sie täglich in den Wirtschaftszeitungen lesen können. In der Tat ist in der nächsten Zeit nicht mit nennenswerten Zuwächsen zu rechnen. Deshalb muß mit den vorhandenen Ressourcen im Sinne des Wortes haushälterisch umgegangen werden. Dennoch ist kurzfristiges Sparen im Sinne von Kürzungen nach der Rasenmähermethode genauso falsch wie ein schuldenfinanziertes Weiter-so. Gefragt ist eine schonungslose Erfolgskontrolle der bestehenden Förderpolitik. Wenn Sie einen ganzen Stab in das Wirtschaftsministerium schickten, würden Sie die eine oder andere Million finden.

Nötig ist eine Bewertung bisheriger Konzepte und ein In-Frage-Stellen gegenwärtiger Verwaltungsstrukturen. Auch hier, geschätzter Kollege Ach, könnten wir fündig werden und würden sich mehrere Millionen DM auftun.

Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, alles, was Sie bei der rot-grünen Regierung in Bonn so nachhaltig anmahnen, gilt selbstverständlich auch für Sie. Die jährlichen Berichte des Obersten Rechnungshofes geben genug Hinweise für Einsparmöglichkeiten. Meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion und insbesondere Sie, Herr Dr. Bernhard, jeder Bericht ist ein bis zwei Milliarden DM schwer, nur stellen Sie sich in den meisten Fällen leider taub und sind regelmäßig beratungsresistent.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ermahnungen, die Sie dann der Staatsregierung anheim geben, tiefen meist vor außerordentlicher Milde; konsequente Kontrollen gibt es so gut wie nie. Die Aufdeckung des Skandals um das Landeskuratorium der Betriebsheifer und Dorfhelferinnen etwa haben wir vor allem dem hartnäckigen Nachbohren von Journalisten zu verdanken, sonst wäre wohl wieder alles mit dem Mantel der Barmherzigkeit erstickt worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine offene Diskussion mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung wird notwendigen Reformen in fast allen Bereichen zur gewünschten Akzeptanz verhelfen.

Zum jüngsten Publicity-Gag des Ministerpräsidenten; denn so entpuppt sich bei näherem Hinsehen der Vorschlag, den Verzicht auf Neuverschuldung ab 2009 in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Sie haben es wohl vergessen, in Artikel 82 der Bayerischen Verfassung steht: „Im Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf beschafft werden.“

Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, dieser Artikel ist ausreichend und sehr viel einschneidender als Artikel 115 des Grundgesetzes, der nur besagt, daß die Nettokreditaufnahme die Investitionen nicht überschreiten darf. Mich würde schon interessieren, welches die außerordentlichen Bedürfnisse der Vergangenheit waren. Wir hatten in der Regel sogar steigende Steuereinnahmen und 1991 eine Nettoneuverschuldung von unter einer Milliarde DM.

Auch das hat es schon gegeben. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen: In Ihre Künste hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung habe ich überhaupt kein Vertrauen; denn was Sie in Bonn alles mitgemacht haben, empfiehlt Sie wahrlich nicht für das Amt des bayerischen Finanzministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bonn hatten Sie zusammen mit Ihrem Parteifreund Dr. Waigel Gelegenheit, die Bundesfinanzen in Ordnung zu bringen. Statt dessen haben Sie der rot-grünen Koalition eine Erblast sondergleichen hinterlassen. Heute stellen Sie sich ans Rednerpult und mahnen von der rot-grünen Bundesregierung die Konsolidierung des Haushalts in den ersten 100 Tagen an. 16 Jahre lang haben Sie alles heruntergewirtschaftet. Jetzt verlangen Sie von anderen, in den ersten 100 Tagen alles in Ordnung zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der Aufnahme des Verzichts auf Neuverschuldung in die Bayerische Verfassung erscheint auch die Verwendung von milliardenschweren Erlösen aus dem Grundstockvermögen für Investitionen, die Folgekosten nach sich ziehen werden, in fragwürdigem Licht. Jeder Kommunalpolitiker und jede Kommunalpolitikerin weiß, in der Regel sind nicht die Investitionen das Problem, sondern die Folgekosten, die alljährlich wiederkehren. Sie haben bereits heute Probleme: Zwar sind die Fachhochschulen bereits errichtet, jedoch stehen dafür weder das nötige Personal noch die nötige Ausstattung zur Verfügung. Herr Dr. Wilhelm, Sie wissen um die Nöte der Universitäten und der Fachhochschulen. Sie bestücken leider nur die neuen Universitäten und Fachhochschulen. Bei den alten Einrichtungen knausern sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt der Clou: Wenn das letzte Tafelsilber verschertelt und die jetzige Staatsregierung im Ruhestand

ist, sollen sich die nächsten Generationen nach dem Jahre 2009 in Bescheidenheit üben. Herr Prof. Dr. Faltlhauser, wenn Sie die Anstrengungen der hessischen Regierung in bezug auf die Haushaltskonsolidierung verächtlich machen, kann ich mir das nur so erklären, daß es Ihnen einfach nicht in den Kram paßt, daß ein rot-grün regiertes Bundesland bereits vor der allwissenden Bayerischen Staatsregierung diesen Beschluß gefaßt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für schlechten Stil, daß Sie das Land Hessen, das bis vor kurzem, ohne zu murren, in den Länderfinanzausgleich eingezahlt und über Jahrzehnte hinweg mitgeholfen hat, Bayern aus der Strukturschwäche herausziehen, in diesem Hause verächtlich machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weise Sie darauf hin, daß es beim Länderfinanzausgleich genau so gekommen ist, wie wir GRÜNEN es vorhergesagt haben. Jetzt ist eine Kommission nötig, die alles auf den Prüfstand stellt. Ihre schofelige Klage ist absolut unnötig. Wir werden abwarten, ob dieser Schuß nicht nach hinten losgeht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich zeigt, daß in den vergangenen Jahren die Bedürfnisse von Familien mit Kindern sträflich vernachlässigt wurden. Es bestätigt die Politik der rot-grünen Bundesregierung, die bereits in den ersten 100 Tagen familienentlastende Maßnahmen beschlossen hat. Diesen Maßnahmen werden selbstverständlich weitere folgen. Wir wissen natürlich, daß damit auf Bund, Länder und Kommunen immense Steuermindereinnahmen zukommen. Grundfalsch wäre es jedoch, zur Kompensation dieser Mindereinnahmen etwa die Mehrwertsteuer zu erhöhen oder freiwillige Leistungen im Bereich der Familienpolitik zu kürzen. Herr Dr. Bernhard, ich befürchte, daß Sie insgeheim die Kürzung dieser freiwilligen Leistungen planen.

(Dr. Bernhard (CSU): Ich höre aufmerksam zu, damit wir hinterher darüber diskutieren können, was in diesem Fall passieren würde!)

Damit würde das in Karlsruhe gesprochene Urteil konterkariert. Dieses Urteil sollte genutzt werden, um den Subventionsdschungel endlich zu lichten. Ich betone noch einmal, für uns GRÜNE ist jenseits aller fiskalischen Erfordernisse, die sich aus dem Urteil ergeben, die wichtigste Aufgabe, den Familien mit Kindern und den unteren Einkommensschichten schnellstmöglich zu helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider liegt es im System begründet, daß nach diesem Urteil Einkommensbezieher mit einem zu versteuernden Einkommen von über 100 000 DM einen Vorteil von zirka 5000 DM erhalten, während bei einem zu versteuernden Einkommen von 30 000 DM die Ersparnis bei 900 DM liegt. Etwa vier Millionen Kinder leben in Haushalten, die

nicht der Besteuerung unterliegen. Diese Kinder erhalten nach diesem Urteil nichts, obwohl sie das Geld am nötigsten bräuchten.

Nun zum Ehegatten-Splitting: Herr Prof. Dr. Faltlhauser, ich werde jetzt Ihr größtes Anliegen gebührend würdigen. Wenn Sie die Ehe als finanziell förderungswürdig erachten, erklären Sie mir bitte, warum die Ehe einer Verkäuferin oder eines Maurers in Mark und Pfennig weniger förderungswürdig ist als die Ehe eines Managers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernhard (CSU): Weil eine Verkäuferin weniger Steuern zahlt!)

In Ihrer moralinsauren Regulierungswut würden Sie den Menschen am liebsten vorschreiben, wie sie zusammenleben sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihrer aller Freude und Erbauung kurz vor dem Mittagessen zitiere ich einige Sätze aus dem Artikel „Intakte Fassade“, der am 28. November 1998 in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen ist. Ich zitiere:

Die hohen moralischen Ansprüche dieser Partei (CSU) an die äußere Form der Liebe brechen sich sogar in trockenen Steuerreden Bahn.

Herr Kollege Dr. Otmar Bernhard hat vorhin gesagt: „Kümmern Sie sich lieber um die intakten Familien in Deutschland.“ Dem möchte ich ein weiteres Zitat entgegenhalten:

Maria und Josef von Nazareth wären also nach CSU-Verständnis weder eine intakte Familie gewesen, noch hätten sie eine gemeinsame Steuererklärung abgeben dürfen. Als das Kind in Bethlehem geboren wurde, waren die beiden nur verlobt.

(Beifall und Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere weiter:

Unbestritten dürfte es jedoch in vielen „unehelichen Lebensgemeinschaften“, vielleicht gerade deshalb, weil es solche sind, friedlicher zugehen als hinter so mancher christsozialen Fassade.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jemand an diesem Artikel Interesse hat, bin ich gern bereit, ihn weiterzugeben.

(Kupka (CSU): Was wollen Sie uns mit diesen Zitaten sagen?)

Nun zur Einkommensteuerreform. Herr Prof. Dr. Faltlhauser, in den ersten 100 Tagen hat die neue Regierung die notwendigsten Schritte unternommen und ihre Wahlversprechen erfüllt. Jetzt kommen Sie und kritisieren das. Sie haben noch nicht einmal ein Einkommensteuerreformchen zustande gebracht. Vielmehr haben Sie Gut-

achten erstellen lassen, die Sie dann in den untersten Schubladen des Bundesfinanzministeriums vermodern lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zur ökologischen Steuerreform. Wir werden in diese Steuer moderat einsteigen.

(Dr. Bernhard (CSU): Und dann werden Sie die Daumenschrauben anziehen!)

Mit ihr sollen der Verbrauch knapper Ressourcen und die Belastung der Umwelt verhindert werden. Die Verwendung der Einnahmen zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge wird die Arbeitskosten reduzieren und damit für mehr Beschäftigung sorgen.

Als vorletztes Jahr die Beiträge zur Rentenversicherung zu steigen drohten, hat Ihr Kollege Herr Herrmann, jetzt Staatssekretär im Sozialministerium, wahrscheinlich im Auftrag von Herrn Waigel zweimal testen müssen, ob die CSU in Bayern einer Mineralölsteuererhöhung zustimmen würde. Damals stand morgens in den Zeitungen, daß Herr Herrmann, Herr Schäuble und die CSU für eine Erhöhung um 10 Pfennig seien. Bis zum Mittag haben dann Herr Stoiber und Herr Huber Herr Herrmann wieder zur Ordnung gerufen. Sie hätten also die Mineralölsteuer um 10 Pfennig erhöht. Heute stimmen Sie solch ein Geschrei an, weil der Benzinpreis um 6 Pfennig erhöht wird. Sie müßten uns geradezu dankbar sein, daß Sie so billig davonkommen.

(Grabner (CSU): Kommen Sie zur ökologischen Steuerreform!)

– Herr Grabner, warten Sie etwas ab. Wir kommen noch dazu.

Es gibt noch etwas, was mich erstaunt. Früher hieß es landauf, landab: Die Lohnnebenkosten sind zu hoch. Kaum tun wir etwas dagegen, ist von den Lohnnebenkosten nicht mehr die Rede.

(Ach (CSU): Die ganze Rechnung ist falsch! – Dr. Bernhard (CSU): Das nützt doch nichts! Das Geld geht von einer Tasche in die andere!)

– Was haben Sie denn getan, Herr Dr. Bernhard? Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht. Haben Sie das vielleicht schon vergessen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Verteuerung der Energie wird eine Innovationsoffensive angestoßen, die positive Effekte auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt haben wird. Bei der ökologischen Steuerreform handelt es sich im übrigen nicht um einen nationalen Alleingang, wie zu behaupten Sie nicht müde werden, sondern die Bundesregierung holt das nach, was andere Länder längst getan haben. Sie werden am Ende mit Ihrer rückwärtsgewandten Politik alleine dastehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Italien hat letzte Woche eine ökologische Steuerreform durchgeführt, die unserem Vorschlag ähnelt. Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthausen hat in seiner Rede viel von Nachhaltigkeit und Schonung der Ressourcen gesprochen. Er muß sich sagen lassen, daß neben den finanziellen Ressourcen auch die endlichen Ressourcen, die Umweltgüter, geschont werden müssen. Das ist Nachhaltigkeit.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Reizthema und Lieblingsthema der CSU kommen: der Atomkraft. Ich wundere mich auch in dieser Beziehung über die CSU. Eine marktwirtschaftlich orientierte Partei sollte doch erkennen, wenn eine Technologie überholt ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Presse war zu lesen, daß sich der bayerische Umweltminister darüber beklagt, daß die Viag-Aktien sinken, weil die Atomkraft zum Auslaufmodell geworden ist. Meine Güte, andere Konzerne müssen sich auch umstellen. Sie müssen Produkte finden, die auf dem Markt abgesetzt werden können.

(Hofmann (CSU): Haben Sie die Zeitung nicht gelesen? Bonn macht einen Rückzieher! Die GRÜNEN sind so klein mit Hut!)

– Herr Hofmann, bevor Sie überhaupt aufgestanden sind, habe ich schon drei Zeitungen gelesen. Ich lese meine Zeitung nicht erst im Plenum, sondern schon morgens früh zu Hause.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Beziehung bin ich Ihnen eindeutig voraus. Wie sagte doch Herr Kollege Ach vorhin so schön: Nicht wer am lautesten schreit, hat recht, sondern derjenige, der die besseren Argumente hat.

(Hofmann (CSU): Ich weise nur darauf hin, was in der Zeitung steht!)

Ich bin ein sehr zurückhaltender Mensch, meine Ausschußkollegen wissen das. Ich fordere Sie, die Sie sonst immer die ersten sein wollen und „Bayern vorne“ rufen, auf, in einen Wettbewerb um eine umweltfreundliche Energieerzeugung einzutreten. Wir halten es in großem Maße für verantwortungslos, daß Sie die Produktion von hochgefährlichem Atommüll nachhaltig unterstützen und dann noch wagen, von Zukunftsvorsorge zu reden. Wenn Umweltminister Trittin versucht, das Ende der Wiederaufarbeitung trotz aller vertraglichen Schwierigkeiten einzuleiten, dann werfen Sie ihm Vertragsbruch vor.

Was machen Sie denn mit dem FRM II? Sie wollen auf Teufel komm raus hochangereichertes Uran einsetzen, wohl wissend, daß Sie damit das Abkommen der westlichen Länder, auf hochangereichertes Uran zu verzichten, unterlaufen. Sie begeben sich damit in die Gesellschaft von Libyen und China. Die USA sind vor den Kopf gestoßen.

(Hofmann (CSU): Das ist völlig falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch. Wir haben genügend Gespräche mit Amerikanern geführt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

– Herr Dr. Wilhelm, behaupten Sie etwa, daß Paul Leventhal kein Fachmann ist?

(Dr. Wilhelm (CSU): Das ist ein Politologe! – Dr. Bernhard (CSU): Und ein Ideologe!)

Wir haben mit vielen Physikern gesprochen. Wenn Sie die Zeitung heute früh schon gelesen haben, Herr Dr. Wilhelm, dann haben Sie festgestellt, welche Physiker von internationalem Ruf in der neuen Kommission sein werden. Generös, wie wir sind, hat die Bayerische Staatsregierung sogar Zutritt zu den Sitzungen dieser Beratungskommission.

(Hofmann (CSU): Diese Leute sind sauber parteipolitisch sortiert!)

Lassen Sie mich zu den Schwerpunkten unserer Fraktion kommen. Wir wollen mit einem ökologischen Modernisierungsprogramm, das Umwelt schont und Beschäftigung schafft, staatliche und kommunale Bauten in Bayern energietechnisch auf Vordermann bringen. In diesem Zusammenhang sollen im Rahmen ohnehin durchzuführender Sanierungen Maßnahmen zur Wärmedämmung, Anwendung neuer Heizungs- und Regelungstechnik sowie der Einsatz regenerativer Energien vorgenommen werden. Diese Maßnahmen sind überfällig. Auch in dieser Beziehung unterstützt uns der Bayerische Oberste Rechnungshof.

1984, als wir GRÜNEN noch nicht im Landtag waren, hat der Landtag beschlossen, daß aus Gründen des Umweltschutzes in diesen Bereich investiert werden müsse. Es wurde nichts gemacht, obwohl von 200 Millionen DM Energiekosten im Jahr jährlich 31 Millionen DM bei entsprechenden Investitionen eingespart werden könnten. In diesem Bereich sind einige Millionen DM zu finden, Herr Kollege Ach, die wir zur Finanzierung unserer Vorschläge brauchen. Ich habe gesehen, daß Sie meinen ständigen Mahnungen jetzt doch erlegen sind und einen Leertitel in Kapital 13 03 genau für solche Maßnahmen geschaffen haben. Sie sollten diesen Titel aber auch mit entsprechenden Mitteln ausrüsten, sonst bleibt am Schluß doch wieder nichts übrig.

Sie behaupten immer wieder, die Opposition bringe keine Vorschläge ein. Es wäre ein Zeichen von Souveränität, wenn Sie zugäben, daß der Vorschlag, eine Versorgungsrücklage für Beamte und Beamtinnen zu schaffen, von uns kam. Herr Kupka, wie haben Sie mich 1996 verspottet, als ich gefordert habe, einen Teil der Privatisierungserlöse zu nutzen, um mit einem Fonds die hohen Versorgungslasten zu kappen. Heute ist der Vorschlag offenbar richtig.

Natürlich müssen wir auch zusehen, daß wir für Sanierungen am Altbaubestand bei Mietwohnungen zinsverbilligte Darlehen gewähren. Das wäre ein Anreiz für Vermieter, ihren Altbaubestand zu modernisieren. In diesem Bereich können Arbeitsplätze geschaffen werden.

Des weiteren sollten wir – die Bevölkerung ist häufig weiter als Sie von der CSU – ein breites Förderprogramm für Hackschnitzelheizungen auflegen. Bayern mit seinem ländlichen Raum ist prädestiniert für diese Heizanlagen. Schwachholz gibt es in großen Mengen. Die Waldbesitzer klagen über Absatzschwierigkeiten. Die Technik steht zur Verfügung. Aber Sie von der CSU haben in der Vergangenheit lieber in Erbsen- und Kartoffelstärke als in den echten nachwachsenden Rohstoff Holz investiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen den Vorschlag gemacht, 80% der Mittel, die für nachwachsende Rohstoffe eingeplant sind, für eine solche Breitenförderung zur Verfügung zu stellen. Sie sollten analog zum Solarförderprogramm einfache Förderrichtlinien ausarbeiten. Dann werden wir auch solche Erfolge haben, wie sie unser Nachbarland Österreich hat.

Hier könnten sich Landwirtschafts-, Umwelt- und Wirtschaftsministerium gemeinsam profilieren, anstatt weiterhin unverdrossen auf die hochgefährliche Dinosauriertechnologie Atomkraft zu setzen – zur Schande des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eine Kooperation der drei Ministerien bietet sich auch bei der Regionalwirtschaft an. Statt sich auf Absatzmärkte in der Ferne zu versteifen, sollte gerade bei Lebensmittelerzeugung und -vermarktung der Marktstand im Dorf bleiben. Denken Sie auch an die vielen Urlaubsorte. Zum Wohlfühlen gehört auch Speis und Trank. Wer nach Bayern fährt, hat ein Recht darauf, regionale Produkte vorgesetzt zu bekommen, am besten aus umweltschonendem ökologischem Anbau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hierauf sollten Sie Ihre absatzfördernden Programme richten, anstatt glänzende Augen zu bekommen, wenn der Käseexport nach Moskau um 2% gestiegen ist.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

So hat sich seinerzeit Minister Bocklet im Ausschuß geäußert.

In den Landkreisen Rottal-Inn und Kelheim gibt es mit den Plinganser und Altmühltaler Landprojekten vielversprechende Initiativen, die sich auch auf andere Regionen übertragen ließen.

Unter Umweltgesichtspunkten ist ein weiterer kritischer Punkt im Haushalt der Verkehr. Im Gegensatz zur SPD freut es mich, daß der Mittelansatz für den Staatsstraßenbau mittlerweile von 424 Millionen DM im Jahr 1991 auf 247 Millionen DM zusammengestrichen worden ist. Damit ist die CSU meinem Antrag aus dem Jahr 1991 auf Halbierung gefolgt, wenn auch mit acht Jahren Ver-

spätung. Und weil Sie, Herr Kollege Meyer, immer so echauffiert sind, wenn ich entsprechende Anträge stelle, sollten Sie jetzt genau zuhören: Herr Kollege Alois Glück, Ihr Fraktionsvorsitzender, hat erst kürzlich, vor Weihnachten, gesagt, man wolle lieber weniger perfekte Straßen und dafür mehr Investitionen im sozialen Bereich. Allerdings ist mir auch nicht entgangen, daß die Seele vieler ländlicher CSU-Abgeordneter, denen der Straßenbau ein besonderes Anliegen ist, bei den Privatisierungserlösen ein bißchen gestreichelt wurde. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie, Herr Falthäuser, seinerzeit eine recht despektierliche Bemerkung gemacht. Aber damals waren Sie ja auch noch in der Staatskanzlei.

(Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser (Finanzministerium): Kann ich mich nicht erinnern!)

– Doch, ich kann den Zeitungsausschnitt herausuchen. Sie sagten: Na ja, das ist halt das Zuckerbrot für die Landfraktion. Ich weiß noch, wie Sie damals gerupft worden sind.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Wichtig ist unterm Strich, daß es 20 Millionen DM weniger sind. Darüber bin ich froh. Das ist ein kleiner Erfolg.

Mehr Mittel brauchen wir im öffentlichen Nahverkehr, vor allem für die Bahn, die viele Nebenstrecken auflöst und die Grundstücke gleich verkauft, auf daß nur ja nie wieder ein Zug dort fahren möge. Deshalb sollten Sie dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen und einen Trassensicherungsvertrag für eine bestimmte Zeit abschließen, damit in das Streckennetz wieder investiert werden kann, sobald wir es uns leisten können. Als Bewohnerin des sogenannten flachen Landes ärgert es mich ganz außerordentlich, daß wir so sehr benachteiligt sind, was den schienengebundenen Nahverkehr betrifft. Ich erkenne die Verbesserungen der vergangenen Jahre an, gebe aber auch zu bedenken, daß weitere Verbesserungen in die Wege geleitet werden müssen, damit das Fahrgastaufkommen steigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen eine kindgerechte Schule, inklusive Betreuungsangebot, damit alle Kinder gleichwertige Zukunftschancen erhalten und diese Chancen auch gesichert bleiben. Deshalb brauchen wir bei immer noch steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen mehr Lehrerinnen und Lehrer. Gut ausgebildete Junglehrer stehen am Arbeitsamt Schlange, anstatt voller Tatendrang ihre erworbenen Kenntnisse im Unterricht einzusetzen. Sie sollten die Vorschläge der Lehrerinnen- und Lehrerverbände und der Gewerkschaften zur Altersteilzeit ernsthaft prüfen und schrittweise umsetzen.

Die verlässliche Halbtagschule, die nun, nach einschlägigen Erfahrungen einer Reihe von Mitgliedern der Staatsregierung, zum Standard werden soll, braucht selbstverständlich neue pädagogische Konzepte. Wir werden Erzieherinnen und Erzieher beschäftigen müs-

sen. Wichtig ist, daß die Kommunen rechtzeitig in die Planungen einbezogen werden; denn sie müssen als Sachaufwandsträger die Kosten für die Räume übernehmen. Wir denken daran, sozialpädagogische Betreuung verstärkt in Hauptschulen auszubauen. Auch in Berufsschulen soll im Rahmen von Modellprojekten mit Hilfe von Sozialpädagogen versucht werden, schwächeren Schülerinnen und Schülern den Einstieg in einen Lehrberuf zu erleichtern. Generell sollen Schulen in Zukunft ein Budget für individuelle pädagogische Maßnahmen erhalten, damit sie auf konkrete Situationen bürokratiearm reagieren können.

Nun zur sechsstufigen Realschule. Für die Opposition ist es ein Genuß, vorführen zu können, wie Sie sich über Jahre hinweg als unfähig erwiesen haben, Entscheidungen zu treffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Offensichtlich haben Sie in Kreuth eingesehen, daß die R 6 ein Irrweg ist, und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht. Und wenn Sie, Herr Falthäuser, noch 1,7 Milliarden DM in Bildungspolitik investieren können, wie Sie gestern der Presse gegenüber geäußert haben, freuen wir uns und sagen: Keine R 6, sondern führen wir doch endlich durchgreifende Verbesserungen an den Regelschulen durch. Denn mit 1,7 Milliarden DM ist eine Schulreform möglich, die dieses Etikett auch verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir erleben immer wieder Überraschungen. Möglich ist zwar viel, aber daß Herr Zehetmair schon immer gegen die R 6 gewesen sein soll, habe ich dann doch nicht vermutet.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Knauer, denken Sie als Bildungspolitiker denn nicht darüber nach, wer im Kultusministerium in den vergangenen Jahren eigentlich angeschafft hat? Wenn der Minister selbst dagegen war, muß doch jemand anders diese Idee implantiert und befördert haben.

(Knauer (CSU): Ja, pausenlos!)

Das gibt schon schwer zu denken.

Nun zu einem Punkt, der hier sehr emotionsgeladen diskutiert wird. Dennoch möchte ich im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf eingehen. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, um Bayern als modernes, weltoffenes Land darzustellen, reicht es nicht, als Motto „Laptop und Lederhose“ zu propagieren. Um Weltoffenheit zu demonstrieren, reicht es auch nicht, daß Sie oft ohne Sinn und Verstand nach dem Motto „Viel hilft viel“ Geld für High-Tech-Projekte verpulvern. Ich bin der Meinung, daß die – so Ihre Worte – aufstrebende Zukunftsindustrie Gentechnik in der Lage sein sollte, sich selbst zu finanzieren. Unsere Fraktion sagt ganz klar: Wir wollen diese Technologieart nicht; die Risiken sind uns zu groß. Wir sind der Meinung, daß jede Mark, die man in diese

Technologie steckt, eine hochgefährliche Investition und in der Summe Verschwendung finanzieller Ressourcen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man daran denkt, welche Nöte an den Universitäten herrschen, was auch zu verlängerten Studienzeiten führt, ist völlig klar, wie die Prioritäten gesetzt werden müssen. Wir wollen an den Universitäten und Fachhochschulen ein Klima schaffen, das den internationalen Austausch fördert, das Studierende und Forscherinnen und Forscher aus aller Welt anzieht. Ausländische Studierende müssen sich gut aufgehoben fühlen. Deutsche Studierende sollen ermuntert werden, verstärkt Teile ihres Studiums im Ausland zu absolvieren.

Kolleginnen und Kollegen, ein besonderes Anliegen muß uns der Austausch mit den osteuropäischen Staaten sein. Partnerschaftsinitiativen von Jugendverbänden und Kommunen sollten tatkräftig unterstützt werden. Ich denke hierbei auch an die Millenniumsfeiern. Auch hier sollten wir gerade den internationalen Austausch fördern.

Aber ich sage Ihnen auch: Ein internationales Klima, hinter dem ja vor allem der Ministerpräsident so her ist – und wer wäre stolzer als er, wenn es endlich einmal einen Nobelpreisträger aus Bayern gäbe? –, können Sie nicht mit Geld schaffen. Das hat mit Gesinnung zu tun. Mit Ihrem fundamentalistischen Kreuzzug gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sorgen Sie dafür, daß Bayern am Ende noch von Ausländerinnen und Ausländern gemieden wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

– Herr Hofmann, Sie vielleicht nicht. Aber die Tourismusbranche hat sich schon mit großer Sorge auch an die CSU gewandt. Sie müssen sich einmal vorstellen, was diese Bilder, die da um die Welt gehen, für eine Wirkung haben.

(Hofmann (CSU): Eine positive!)

Wir wollen nicht, daß so ein Bild von Bayern weltweit entsteht. Wir stehen für ein weltoffenes Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erfordert auch die Integration der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Dafür sind ausreichende Sprachkenntnisse mit die wichtigste Voraussetzung. Integration muß bereits ab dem Kindergartenalter gefördert werden, und ein spezieller Sprachunterricht für Mütter sollte angeboten werden; denn meistens sind es die Mütter, die zu den Elternsprechtagen gehen und den Kindern bei den Hausaufgaben helfen.

Zum Schluß noch zum kommunalen Finanzausgleich. Hier ist festzustellen: nichts Neues. Es ist eine Fortschreibung des bisherigen Systems. Ich fordere Sie dringend auf, die Kommunen nicht noch weiter zu belasten.

Es geht nicht an, daß hier Beschlüsse gefaßt werden, die den Kommunen Kosten in Millionenhöhe verursachen. Es ist dringend überfällig, das Konnexitätsprinzip in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Der Spruch von der Entschuldung des Freistaats auf Kosten der Kommunen stammt von niemandem sonst als dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, dem CSU-Oberbürgermeister von Landshut, in dessen Stadtrat ich auch Mitglied bin.

Sie sollten doch die Mahnungen und die Forderungen langjähriger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ernst nehmen und danach handeln. Ein erster Schritt wäre, daß Sie die Finanzierung der Computerausstattung und die Betreuung der neuen Medien an den Schulen in das Schulfinanzierungsgesetz aufnehmen, weil das in der Tat immense Kosten verursacht, an die 100 Millionen DM.

Kolleginnen und Kollegen, die Weichen für das dritte Jahrtausend im Sinne von Nachhaltigkeit und Weltoffenheit zu stellen, ist die herausragende Aufgabe, der sich der Landtag stellen muß. Wir alle sind gefordert, hier unsere Vorschläge einzubringen. Darüber hinaus ist es wünschenswert, daß die Haushaltsberatungen von einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Rahmenbedingungen der Zukunft begleitet werden.

In diesem Sinne gehen wir in die Haushaltsberatungen. Ich hoffe sehr, daß Sie sich vor den Sommerferien dazu bereit finden – Herr Hofmann, Sie natürlich nicht; da habe ich jegliche Hoffnung aufgegeben, aber es gibt auch noch den einen oder anderen –,

(Heiterkeit)

die eine oder andere zukunftsorientierte Maßnahme aus unserem Vorschlagskatalog aufzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Keine. Dann ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme erteile ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen das Wort.

Prof. Dr. Faltlhauser (Finanzministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die Hinweise, die ich dieser Debatte entnehmen konnte. Ich bedanke mich insbesondere bei Herrn Kollegen Ach für seine nachhaltige Unterstützung unserer haushaltspolitischen Linie.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nachhaltigkeit ist etwas anderes!)

Ich hoffe und bin zuversichtlich, daß diese Linie auch im Haushaltsausschuß von Seiten der CSU-Fraktion durchgehalten wird, zum Wohle des Freistaats Bayern.

Frau Kellner hat in ihrem Beitrag davon gesprochen, wie wir eigentlich dazu kämen, die gegenwärtige Steuerpolitik in Bonn zu kritisieren, wo wir doch in der Zeit unserer

Verantwortung, in 16 Jahren, nur – ich zitiere Sie – ein „Einkommensteuerreförmchen“ zustande gebracht hätten.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, daß während dieser 16 Jahre zunächst in den achtziger Jahren eine Einkommensteuerreform in drei Stufen mit dem Ergebnis eines linearen Einkommensteuertarifs geschaffen wurde. Das Gesamtvolumen der Nettoentlastung umfaßte damals rund 48 Milliarden D-Mark. Unter Berücksichtigung der Inflation wäre das nach heutigen Preisen ein Entlastungsvolumen von etwa 65 Milliarden DM. Ist dies ein Reförmchen? – Ich glaube nicht. Das war vom Entlastungsvolumen ebenso wie von der Gestaltungskraft her ein außergewöhnliches Reformvorhaben, und es hat einen Einkommensteuertarif gebracht, der insbesondere den Mittelständlern genutzt hat, durch das Einziehen des sogenannten Mittelstandsbauchs.

Zweitens erinnere ich an die Petersberger Beschlüsse. Frau Kollegin Kellner, muß ich Sie denn darauf hinweisen, daß gemäß den Petersberger Beschlüssen vom Deutschen Bundestag wiederum ein Entlastungsvolumen im Jahr 1999 von fast 50 Milliarden DM zweimal beschlossen worden war?

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja nicht so, daß wir nichts zustande gebracht hätten. Der Deutsche Bundestag hat mit seiner Mehrheit dieses Konzept zweimal verabschiedet. Aber Sie haben es im Bundesrat blockiert.

(Beifall bei der CSU – Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gott sei Dank!)

Man kann bei dem schlichten Nennen dieses Faktums nicht stehenbleiben. Wenn diejenigen, die etwas blockiert haben, hinterher mit dem Finger auf uns zeigen und sagen, wir hätten nichts zustande gebracht, nennt man das im normalen Umgang unter Menschen Unverschämtheit.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuerst das Handeln zu unterbinden und dann den anderen die Schuld zuschieben, das ist schlechter Stil. Herr Straßer, Sie haben das auch angesprochen. Ich weise deshalb noch einmal darauf hin: Wenn das, was die Regierung Kohl und Waigel mit den Petersberger Beschlüssen vorgelegt hat, nicht blockiert worden wäre, hätten wir seit dem 01.01.1999 einen Eingangssteuersatz von 15% – das nenne ich sozial! –, und wir hätten seit dem 01.01.1999 einen Spitzensteuersatz für Betriebe von 35%; das nenne ich Wettbewerbsförderung. Meine Damen und Herren, das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kann ich nur feststellen, daß in Bonn herumprobiert wird, jeden Tag gibt es etwas Neues. Sämtliche Fachleute schlagen die Hände über dem Kopf zusammen. Aber wenn in diesem Haus keine politische Führung da ist, dann kann auch kein Konzept herauskommen.

(Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie müssen sich einmal überlegen, wie die Debatte hier geführt werden soll. Als ich zuerst gesprochen habe, hat Frau Schmidt eine halbe Stunde lang laut telefoniert. Seit ich jetzt hier stehe, reden Sie ununterbrochen dazwischen. Mich stört das nicht, aber ich weiß nicht, ob das der Aussprache dienlich ist.

(Zuruf von der CSU: Dann noch lieber telefonieren!)

Lassen Sie mich etwas zur Ökosteuer sagen, die von Frau Kellner hier so vehement verteidigt worden ist. Die Erhöhung der Energiepreise soll auf breitester Ebene für alle Energiearten erfolgen, unabhängig davon, ob die Energieträger ökologisch bessere oder schlechtere Werte auszuweisen haben. Atomstrom wird also genauso bewertet wie der Strom aus Braunkohle; hier müßten Umweltgesichtspunkte relevant sein. Wenn ich auf dieser breiten Basis die ökologische Steuerreform ansetze, dann wirkt sie insbesondere gegen eine Gruppe, das sind die Verbraucher. Meine Damen und Herren, diese Art von breiter ökologischer Steuerreform, sprich Steueranhebung, ist nichts weiter als eine verkappte Mehrwertsteuererhöhung. Die kleinen Leute haben das zu tragen.

Sie können das nachrechnen. Wenn Sie es nicht glauben, kann ich Ihnen das hinterher noch einmal detailliert erläutern. Eine normale Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern wird durch diese ökologische Steuerreform, wie sie jetzt in der ersten Stufe vorliegt, im Jahr um 600 DM zusätzlich belastet, in der zweiten Stufe um 1.100 DM. Das heißt, Sie sammeln mit der Ökosteuerreform genau das wieder ein, was Sie mit dem Kindergeld großspurig ausgeben. Das soll eine Konzeption sein?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Kellner ist mit Vehemenz auf das Ehegattensplitting eingegangen, und daher lassen Sie mich noch etwas dazu sagen. Darf ich es Ihnen in aller Ruhe erläutern, Frau Kellner; vielleicht überlegen Sie es sich dann, ob das richtig ist, was Sie hier dargelegt haben. Bei Ihrem Beispiel mit dem Ehepaar, das wenig verdient und entsprechend weniger entlastet wird, und dem Ehepaar, das viel verdient und durch das Ehegattensplitting mehr entlastet wird, kommen zwei Prinzipien des Steuerrechts zusammen; das ist ein Schnittpunktproblem.

Das erste Prinzip ist das der Leistungsfähigkeit. Entsprechend dem Prinzip der Leistungsfähigkeit haben wir einen progressiven Tarif, nach dem derjenige, der mehr verdient, progressiv mehr Steuern bezahlen muß und umgekehrt bei Freibeträgen auch degressiv entlastet wird. Aber das Prinzip der Leistungsfähigkeit bedeutet

auch, daß man bei demjenigen, der mehr verdient, nicht das abkassiert, was er mehr verdient. Wir haben einen linear-progressiven Tarif. Wenn Sie gegen diesen linear-progressiven Tarif Einwendungen haben, dann müssen Sie hier sagen: Das will ich nicht. – Das wäre nämlich eine steuerpolitische Sensation.

Dieser lineare Tarif kreuzt sich mit dem Prinzip der Wirtschaftsgemeinschaft der Ehe. Einer engen Verbindung wie der Ehe muß freigestellt werden, wie das gemeinsame Einkommen erwirtschaftet wird. Wie man das Erwirtschaftete aufteilt, das muß der Familie als Kernzelle unserer Gesellschaft überlassen bleiben. Das ist die Grundüberlegung des Verfassungsgerichts gewesen. Deshalb hat das Verfassungsgericht uns auferlegt, ein Ehegattensplitting einzuführen. Ich weise darauf hin, daß das nicht nur in Deutschland so ist. Das macht Frankreich so, das machen auch Irland, einige Kantone der Schweiz, Portugal. Die übrigen Industrienationen haben eine Art eines Realsplittings. Das heißt, dieser Grundgedanke der Steuerpolitik ist in allen Ländern ähnlich. Meines Wissens ist es nur in Schweden etwas anders.

Das Verfassungsgericht hat nun gesagt: Damit die eheliche Gemeinschaft, diese Wirtschaftsgemeinschaft, geschützt werden kann, brauchen wir dieses Splitting. In einem Urteil von 1982 wurde ausdrücklich klargestellt: Das ist keine übliche Steuerbefreiung oder Steuergestaltung, sondern es ist der Ausfluß des Schutzes von Ehe und Familie, wie er in unserer Verfassung festgelegt ist.

Das gleiche Verfassungsgericht hat nunmehr in einem neuen Urteil, das uns jetzt so sehr beschäftigt, die Ehe wiederum geschützt und gesagt: In der horizontalen Betrachtung darf die eheliche Gemeinschaft nicht gegenüber der Gemeinschaft benachteiligt werden, in der man nicht mit einem Trauschein zusammenlebt. Glauben Sie denn, daß es angemessen ist, die Lasten, die aus diesem Urteil, das die Ehe schützen will, jetzt auf uns zukommen, durch das Ausschachten einer Regelung zu finanzieren, die ebenfalls die Ehe schützt?

Im Endergebnis würden diese zukünftigen Gestaltungen also ausgerechnet diejenigen bezahlen, die laut Bundesverfassungsgericht eigentlich gefördert werden sollen. Darauf läuft es nämlich hinaus, wenn die neuen steuerrechtlichen Gestaltungen für die Familie mit der Kapung des Ehegattensplittings bezahlt werden sollen. Es ist also unausweichlich, liebe Frau Kollegin Kellner, das Ehegattensplitting zu erhalten und sich andere Möglichkeiten zur Finanzierung der neuen Familienpolitik zu überlegen.

Noch einige Anmerkungen zu diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Herr Kollege Straßer hat gesagt, die SPD in Bonn habe den Handlungsbedarf frühzeitig erkannt und auch Handeln eingefordert. Als genauer Kenner der Bonner Landschaft darf ich jedoch sagen, daß das nicht richtig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Straßer (SPD))

– Es ist nicht richtig. Es hat zwar immer eine Auseinandersetzung über die Höhe der Familienleistung, etwa

über die Höhe des Kindergeldes, stattgefunden. Es ist auch verständlich, daß die Opposition da mehr forderte als die Regierung. Nach den neuen Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts geht es aber um die Frage der horizontalen Gerechtigkeit zwischen ehelicher und nichtehelicher Gemeinschaft.

Nach dem sogenannten Halbfamilienurteil des Bundesverfassungsgerichts ist der alleinerziehende Elternteil – in der Regel die Frau – gegenüber der ehelichen Gemeinschaft schlechter gestellt. Zum Haushaltsfreibetrag wurde deshalb zusätzlich der Kinderbetreuungsbeitrag mit maximal 4000 DM angesetzt. Nunmehr hat das Bundesverfassungsgericht jedoch die gesellschaftliche Wirklichkeit aufgenommen, wonach es nicht nur um die echte Alleinerzieherin geht, sondern in der Regel um die sogenannten Scheinalleinerzieher, um nichteheliche Gemeinschaften.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, das ist nicht einfach zu verstehen, deshalb möchte ich diesen Fachbegriff „Scheinalleinerzieher“ in Führungszeichen setzen. Sie sollten sich aber nicht wegen Begriffen aufregen, die die Fachwelt geboren hat, sondern wegen der Sache zuhören. Das Bundesverfassungsgericht orientiert sich also an den sogenannten „Scheinalleinerziehenden“. Laut Bundesverfassungsgericht muß beim Vergleich einer ehelichen Lebensgemeinschaft mit einer unverheirateten Lebensgemeinschaft, zwischen denen ansonsten gleiche Bedingungen herrschen, die Rechtssituation angepaßt werden. Das war ein Schwenk in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die – ich muß das in aller Deutlichkeit sagen – von keinem Experten in diesem Umfang und in dieser Richtung erwartet worden ist. Ich kenne so etwas nicht. Das hat weder die SPD noch unsere Seite erwartet.

Bei genauer Analyse dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann jedoch keine Rede davon sein, daß nunmehr etwa ein langersehnter Ausgleich familienpolitischer Versäumnisse notwendig würde. Das ist nicht der Fall, und ich bitte Sie dringend, solche Märchenerzählungen aus Bonn zumindest vor einem ehemaligen Bonner nicht zu wiederholen.

Herr Kollege Straßer wollte mit einem „sensationell starken Argument“ herausstellen, daß die neue Bundesregierung zukunftsorientiert sei und die Bayerische Staatsregierung und deren Finanzminister dies implizit dadurch anerkennen würden, daß ich in die mittelfristige Finanzplanung dynamische Steuermehreinnahmen hineinschreibe. Sie haben die Steuereinnahmen genannt und argumentiert, wer diese anerkenne, gebe damit zumindest indirekt zu, daß die neue Bundesregierung großartig wachstumsfördernd und zukunftsfähig sei.

Kennen Sie eigentlich die Tatsachen? Wir stellen unseren Haushalt auf der Grundlage der Berechnungen der Steuerschätzkommission auf, die letztmals im November des vergangenen Jahres getagt hat. Wir können schließlich nicht irgendwelche Wunschzahlen greifen und darauf unseren Haushalt aufbauen. Das wäre völlig

unsinnig. Die Steuerschätzkommission berechnet aber nicht nur das nächste Jahr, Herr Kollege Straßer, sondern rechnet ihre Schätzungen bis zum Jahre 2002 voraus. Diese Zahlen legen wir unserer Finanzplanung zugrunde. Mit irgendeinem Optimismus gegenüber der jetzigen Bundesregierung hat das nichts zu tun. Sonst würden diese Zahlen radikal anders aussehen, nämlich miserabel, weil diese Bundesregierung wirtschaftlich mit Sicherheit nichts erreichen wird.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Kellner, ich möchte jetzt noch einige Anmerkungen zu den „armen“ Kommunen machen. Ich wiederhole, daß die Steigerungsrate in diesem Doppelhaushalt 1,85% beträgt. Dennoch werden die Kommunen im Jahr 1999 3,6% mehr bekommen, also doppelt so viel. Wer angesichts dieser Zahl behauptet, daß wir die Kommunen benachteiligten, sagt belegbar Falsches. Natürlich hat die eine oder andere Kommune ihre besonderen Probleme. Ich erinnere mich aber an die Debatte im Münchner Stadtrat. Die SPD-Mehrheit hat damals zusammen mit den GRÜNEN mit heißem Herzen gesagt, sie erhielten zu wenig Mittel und hätten deshalb kein Geld. Zu diesem Zeitpunkt wußten sie aber bereits, daß ihre Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer eine Milliarde DM betragen würden. Die Münchner SPD konnte deshalb zusammen mit den GRÜNEN einen Haushalt ohne zusätzliche Schulden vorlegen. Gleichwohl haben sie gejammert. Man muß also auch sehen, daß es vielfach lautes Lamento ohne irgendeinen Grund gibt.

Herr Kollege Straßer, Sie haben mir geraten, 300 Millionen DM vom Landesbankgewinn in den Bildungsbereich zu stecken. So habe ich Sie verstanden.

(Straßer (SPD): Darüber nachdenken!)

– Ich habe darüber nachgedacht und will Ihnen das Ergebnis mitteilen.

(Zuruf von der SPD: So schnell?)

Zum einen wird die Landesbank für die Zwischenfinanzierung von Kreditleichterungen für die Kommunen mit entsprechenden Zinsdifferenzen herangezogen. Das ist die typische Aufgabe eines öffentlich-rechtlichen Bankinstituts. Die Landesbank steht aber zum anderen als internationale große Bank im Wettbewerb mit allen anderen Banken. Wer also glaubt, die Landesbank gewissermaßen als Parafiskus und deren Gewinne als Reservehaushalt verwenden zu können, macht diese Bank kaputt. Wenn Sie das wollen, müssen Sie öffentlich erklären, daß Sie diese Bank als solche nicht mehr haben wollen. Eine solche ordnungspolitische Vorstellung habe ich in der Bundesrepublik Deutschland aber noch nie gehört.

(Straßer (SPD): Ihr macht es doch mit den 300 Millionen DM!)

– Bitte, was machen wir?

(Straßer (SPD): Ja, dieses Geld hernehmen!)

– Entschuldigung, wir nehmen doch vom Gewinn der Landesbank nicht 300 Millionen DM. Was soll das? Wir wollen durch weitere Privatisierungen in die Zukunft investieren. Als nächstes ist die Viag dran. Das erwarten wir mit Ruhe. Aber so beliebig 300 Millionen DM zusätzlich vom Gewinn der Landesbank zu nehmen, ist mit Sicherheit das Absurdeste, was man zur Finanzierung von wünschenswerten Dingen heranziehen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, aufgrund Ihrer heutigen Ausführungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß Sie sich in einem außerordentlichen haushaltspolitischen Dilemma befinden. Auf der einen Seite sagen Sie – Herr Straßer hat dies mit einer Reihe von Beispielen belegt -: Wir bräuchten mehr, die Staatsregierung ist zu knickrig. Auf der anderen Seite wollen aber auch Sie selbstverständlich einen soliden Haushalt. Wenn wir sämtliche Wünsche der Opposition zum letzten Doppelhaushalt berücksichtigt hätten – wir haben das einmal zusammengerechnet –, dann würde der Schuldenstand um weitere 4 Milliarden DM erhöht. Genau das haben wir verhindert.

Sie haben uns in einer Presserklärung sogar vorgeworfen, daß wir uns zu wenig verschuldeten, und uns zu einer höheren Verschuldung geraten. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit, daß wir das nicht wollen. Wir wollen die nächste Generation stärken, statt auf deren Kosten zu leben. Wir können es nicht mehr verantworten, die Altschulden mit neuen Schulden zu ergänzen. Nehmen Sie doch bitte den Gedanken der Nachhaltigkeit im Ansatz auf. Ich glaube, der allein ist zukunftsweisend.

Diesen Ansatz wollen wir auch in die Verfassung schreiben. Frau Kollegin Kellner wendet dagegen ein, daß die Bayerische Verfassung doch schon alles Notwendige enthalte. In meiner Rede habe ich zunächst nur auf Artikel 115 des Grundgesetzes hingewiesen. Laut Bayerischer Verfassung darf Verschuldung nur für den außerordentlichen Bedarf herangezogen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Begriffsgeschichte dieser Bestimmung hinweisen. In den Verfassungen und Rechtsetzungen wurde schon immer versucht, Unterscheidungen zu treffen. Das geht in die Weimarer Zeit und bis ins 19. Jahrhundert zurück. Dabei wurden stets zwei besondere Begriffe verwendet: zum einen der Begriff der „Werbenden Ausgaben“, der dem modernen Begriff der Investitionen am meisten angenähert ist. Werbende Ausgaben bringen also Geld zurück und sind damit gewissermaßen Investitionen.

Das Zweite war die Aufteilung in Verwaltungshaushalt einerseits und Investitionshaushalt andererseits. Der Investitionshaushalt wurde jedoch nach damaligem Sprachgebrauch als „Außerordentlicher Bedarf“ bezeichnet. Der außerordentliche Bedarf nach den geltenden Regelungen unserer Bayerischen Verfassung ist also eine Definition des Investitionshaushaltes. Diese Bestimmungen der Bayerischen Verfassung reichen damit für unser Anliegen nicht aus, in der Regel keine Schulden zu machen und nur im außergewöhnlichen Fall Schulden aufzunehmen, dann aber nicht bis zur maximalen Größe der Investitionen. Ihre Auffassung, wonach die geltende Verfassung ausreicht, ist absolut

falsch. Ich bitte Sie dringend, in das eine oder andere Lehrbuch zu schauen oder Verfassungsrechtler zu fragen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich lade Sie ein, bei der Politik der Nachhaltigkeit, beim Sparen und beim Schonen der Ressourcen zugunsten unserer Kinder und der nächsten Generation mitzumachen. Tragen Sie auch in Ihrer Fraktion mit dazu bei, die nächste Generation zu schonen, damit diese an der Gestaltung mitwirken kann und ihre Gestaltungsmöglichkeiten nicht aufgrund des allzu hohen Konsums der Gegenwart verliert. Das ist eine Einladung. Wenn Sie mitmachen, können wir das auch mit entsprechenden Verfassungsbestimmungen durchführen. Ich freue mich auf die Diskussion im Haushaltsausschuß.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nach § 33 Absatz 5 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – So beschlossen.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 6

Mündliche Anfragen

Zunächst bitte ich Herrn Staatssekretär für Wirtschaft, Verkehr und Technologie um die Beantwortung der ersten Fragen. Erster Fragesteller ist Herr Kollege Dr. Kaiser.

Dr. Kaiser (SPD): *Herr Staatssekretär Spitzner, gibt es Pläne der Bayerischen Wertpapierbörse und der Staatsregierung, die Eigenkapitalbeschaffung regionaler mittelständischer Unternehmen durch neue und innovative Handelsformen durchgreifend zu verbessern und damit auch eine dauerhafte Stärkung des Finanzplatzes München zu erreichen?*

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Kaiser, ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten:

Eine leistungsfähige Bayerische Börse ist nun einmal wesentlicher Bestandteil des Wirtschaftsraumes Bayern und des Finanzplatzes München. Die Bayerische Börse ist Ausdruck der Vitalität der bayerischen Wirtschaft und trägt ihrerseits wieder zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bayern wesentlich bei. Als marktnahe Heimatbehörde bietet sie den mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit, ihren Kapitalbedarf am organisierten Kapitalmarkt zu decken. Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Bayerischen Börse durch die Fortentwicklung ihres Dienstleistungsangebots liegt deshalb im Interesse aller bayerischen Wirtschaftskreise und ist seit langem ein besonderes Anliegen der Bayerischen Staatsregierung und insbesondere auch von Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu.

Die Staatsregierung setzt bereits seit Jahren alles daran, um die Bayerische Börse im Wettbewerb der Börsenplätze weiter zu stärken. In einer Vielzahl einschlägiger Bundesratsinitiativen und bei den Börsenfachministerkonferenzen hat die Bayerische Staatsregierung immer wieder darauf hingewirkt, daß die Rahmenbedingungen zur Attraktivitätssteigerung der Regionalbörsen verbessert werden.

Ich nenne nur die erfolgreiche Initiierung wichtiger Börsengesichtspunkte im Rahmen des Zweiten und Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes, zum Beispiel die Stärkung der Eigenverantwortung der Börse und der Geschäftsführung der Börse sowie die Schaffung funktionsfähiger Marktaufsichtsstrukturen. Außerdem hat die Staatsregierung zusammen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Börse seit Frühjahr 1996 das bekannte „Zehn-Punkte-Programm für eine bayerische Kapitalmarktpolitik“ entwickelt. Ein primäres Ziel dieser konzentrierten Aktion ist die Verbesserung der Eigenkapitalversorgung der mittelständischen bayerischen Wirtschaft. Die Staatsregierung hat ihren Part im Rahmen dieses Programms erfüllt und ihren Beitrag zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen geleistet.

Besonders hervorzuheben ist dabei, daß es gelungen ist, speziell für Mittelständler ein neues Marktsegment an der Bayerischen Börse zu etablieren, den sogenannten Prädikatsmarkt München. Dieser ist speziell auf mittelständische Unternehmen zugeschnitten und hebt sich damit deutlich vom neuen Markt in Frankfurt ab, der besondere Anforderungen stellt, die die meisten Mittelständler nicht erfüllen können. Die Staatsregierung wird auch weiterhin alles daran setzen, daß sich die Bayerische Börse mit auf den vordersten Plätzen der Regionalbörsen innerhalb Deutschlands behaupten kann. Die Staatsregierung wird dabei insbesondere bei einem eventuell von der Bundesregierung beabsichtigten vierten Finanzmarktförderungsgesetz ihren Einfluß geltend machen.

Insgesamt darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Bayerische Börse eine Einrichtung der Wirtschaft für die Wirtschaft ist. Daher sind vor allem auch die Börsenverantwortlichen selbst gefordert. Die Bayerische Börse hat diese Herausforderungen erkannt und erarbeitet derzeit ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung der Börse. Dieses Strategiepapier, in das auch der externe Sachverständigenrat von Wissenschaftlern einfließen wird, soll voraussichtlich im Frühjahr dieses Sommers vorliegen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Gibt es Zusatzfragen? – Herr Kaiser, bitte.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Staatssekretär Spitzner, ich möchte Sie noch einmal auf meine Fragestellung hinweisen und nachhaken: Plant die bayerische Wertpapierbörse mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung neue, innovative Handelsformen an der Münchner Wertpapierbörse? Plant sie beispielsweise den Handel von GmbH-Anteilen? Der von Ihnen angesprochene Prädikatsmarkt bezieht sich ja nur auf Aktiengesellschaften. Der Handel von GmbH-Anteilen wäre für die mittelständische Wirtschaft sehr wichtig. Plant sie im Bereich

des Technologietransfers vielleicht auch eine Handelsplattform für technische Innovationen oder für Patente, damit dieser Handel auf eine breite Basis gestellt würde? Dies wäre eine echte Innovation für die bayerische Mittelstandspolitik.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Kaiser, Sie wissen auch, daß die Regionalbörsen seit Jahren keinen leichten Stand haben. Gerade durch die neuen Medien und die Kommunikationstechnologien hat sich der Börsenhandel in den letzten Jahren dramatisch verändert.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Kaiser (SPD))

Diese Entwicklung trifft alle regionalen Börsen. Darüber haben wir bei den Wirtschaftsministerkonferenzen sehr ausgiebig diskutiert. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Börsenverein haben sich die Wirtschaftsminister überlegt, welche gezielten Initiativen ergriffen werden können, um die Regionalbörsen attraktiver zu machen.

Herr Kollege Kaiser, ich glaube, wir sind uns beide darin einig, daß wir sowohl die große zentrale Börse in Frankfurt als auch die Regionalbörsen brauchen. Ich stimme Ihrer Analyse voll und ganz zu und meine auch, daß die Regionalbörsen nur dann eine Zukunft haben, wenn sie neue Geschäftsfelder bekommen. Wir haben deshalb ganz bewußt den Prädikatsmarkt Bayern eingeführt. Dies war ein erster und wichtiger Schritt.

(Dr. Kaiser (SPD): Drei Firmen bisher!)

– Ja, aber wir können die Firmen nicht zwingen. Hier spielen viele Gründe eine Rolle. Unser Haus hat Prof. Rudolf von der Universität München, einem Sachverständigen mit großer Erfahrung auf dem Gebiet des Börsenhandels, den Auftrag erteilt, einen Maßnahmenkatalog zur Weiterentwicklung der Bayerischen Börse zu einem modernen Dienstleistungszentrum mit Blick auf die vielfältigen Funktionsbedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft und der Existenzgründer zu erstellen. Damit verfolgen wir genau die Ziele, die Sie auch angesprochen haben. Die Börse arbeitet derzeit selbst daran und überprüft, wie sie sich technisch, organisatorisch und wirtschaftlich von der Abhängigkeit von der deutschen Wertpapierbörse in Frankfurt lösen und wie sie neue Geschäftsfelder entwickeln kann. Wir rechnen damit, daß das Gutachten und die Konzepte im Frühsommer dieses Jahres vorliegen werden. Minister Dr. Wiesheu bzw. ich werden dann sofort im zuständigen Ausschuß über dieses Thema diskutieren.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Fragen? – Herr Kaiser.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Staatssekretär, wie erklären Sie es sich, daß der Prädikatsmarkt München bisher im Vergleich zum neuen Markt in Frankfurt weniger erfolgreich war, um es einmal vorsichtig auszudrücken? Können Sie schon nähere Angaben darüber machen, in welche Bereiche man mit den neuen Handelsformen vorstoßen will? Sie wissen doch, daß sich die Börse in Hannover

nach der Liberalisierung der Energiemärkte als sogenannte Strombörse zu etablieren versucht.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Natürlich gibt es bei uns auch Überlegungen und Anregungen. Darüber diskutieren wir sehr engagiert mit der Börse, mit den Finanzierungsinstituten und mit den Banken. Solche Überlegungen anzustellen, haben wir teilweise dem Gutachter aufgegeben. Wir erwarten jetzt aber von den Sachverständigen und von der Börse selbst, daß sie ihren Sachverstand mobilisieren und konkrete Vorschläge bringen. Über diese Vorschläge werden wir dann auch im zuständigen Ausschuß diskutieren. Ich hoffe, daß wir diese Vorschläge bis zum Frühsommer bekommen.

(Dr. Kaiser (SPD): Aber dann sofort im Ausschuß!)

– Unverzüglich.

(Dr. Kaiser (SPD): So ist es aber nicht immer gewesen!)

Herr Kollege Dr. Kaiser, Sie haben mir im Sommer letzten Jahres vorgehalten, daß der Minister und der Staatssekretär nichts anderes zu tun hätten, als permanent in den Wirtschaftsausschuß zu kommen. Andere Ausschüsse mögen sich vielleicht darüber beklagen, daß die Mitglieder der Staatsregierung nicht so oft kommen. Im Wirtschaftsausschuß hat man sich darüber „beschwert“, daß die Mitglieder der Staatsregierung oft anwesend sind. Wir haben diese Beschwerde natürlich als Lob aufgefaßt.

(Dr. Kaiser (SPD): Propagandadebatten brauchen wir nicht! Wir brauchen echte Informationen!)

– Auf eine so kluge Frage muß ich Ihnen eine ebenso kluge Antwort geben.

Darf ich auf Ihre erste Frage noch einmal zurückkommen. Ich kenne nicht die Fülle der Gründe, warum es in Frankfurt besser läuft als hier in München. Ein entscheidender Grund aber liegt, glaube ich, darin, daß in Frankfurt insbesondere High-Tech-Unternehmen an die Börse gehen. Genau die sich schnell entwickelnden Wirtschaftszweige wie Kommunikationstechnologie und Bio- und Gentechnik haben einen unwahrscheinlichen Drive erfahren. Diese Unternehmen haben es leichter, Venture-Capital zu bekommen. Dagegen haben wir mit dem Prädikatsmarkt München ganz bewußt einen Börsenplatz für mittelständische Unternehmen geschaffen, die nicht so sehr zum Bereich der High-Tech-Industrie gehören. Aber auch diese Unternehmen brauchen wir, damit Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden können. Diese Entwicklung verläuft leider etwas zäh. Auch ich habe mir vorgestellt, daß es besser läuft. Vielleicht ist es nötig, noch mehr Werbung und Marketing zu machen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ich sehe keine. Dann rufe ich die nächste Frage auf. Frau Gote, bitte.

Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Herr Staatssekretär, ich frage die Staatsregierung: Welche Fördermittel werden seitens des Freistaates Bayern in den Ausbau des Regionalflughafens Hof/Plauen fließen, und welche Zusagen gibt es seitens der Staatsregierung bezüglich möglicher Fördermittel für den Ausbau und die Folgekosten gegenüber der neugegründeten Betreiber-gesellschaft des Flughafens und/oder den am Ausbau interessierten Kommunen und Gebietskörperschaften?*

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin Gote, am Flugplatz Hof wird – wie Sie wissen – derzeit der Neubau einer 2000 Meter langen Start- und Landebahn eingehend geprüft. Die Staatsregierung steht dem Ausbau des Regionalflughafens Hof/Plauen grundsätzlich positiv gegenüber. Staatsregierung und Ministerpräsident Dr. Stoiber haben mehrfach betont, daß sich der Freistaat Bayern bei positiven Ergebnissen der laufenden Gutachten und Untersuchungen an der Finanzierung maßgeblich beteiligen werde. Ich wiederhole: bei positivem Ausgang der Untersuchungen und der einschlägigen Gutachten.

Für eine abschließende Entscheidung fehlen derzeit noch wichtige Entscheidungsgrundlagen, die von der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG beizubringen sind. Hierzu zählen insbesondere die fachliche Untersuchung über das mögliche Luftverkehrspotential, die Luftverkehrsprognosen und – das wurde aus Nürnberg moniert – eine Untersuchung über grundlegende technische, luftfahrtfachliche und wirtschaftliche Fragen sowie Fragen der Finanzierung. Die Entscheidungsgrundlagen werden derzeit von der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG – soweit notwendig auch unter Einschaltung von Gutachtern – erarbeitet. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Aufkommensprognosen wird das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie ergänzend eine Untersuchung über die Auswirkungen des Ausbaus des Flughafens Hof auf die wirtschaftliche und verkehrliche Entwicklung des Flughafens Nürnberg durchführen.

Erst nach Vorlage des Gesamtergebnisses aller Untersuchungen – dies wird frühestens im Herbst 1999 der Fall sein – kann entschieden werden, ob und in welchem Umfang sich die Staatsregierung an der Finanzierung des Ausbaus konkret beteiligen wird. Die Kosten des laufenden Betriebs – ich sage das klar und deutlich, damit es keine Mißverständnisse gibt – von Flugplätzen werden von der Staatsregierung in keinem Fall gefördert.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die erste Zusatzfrage steht der Fragestellerin zu; die zweite stellt Herr Kollege Müller und die dritte Herr Kollege Schläger.

Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin erfreut, dies zu hören. Warum halten Sie es unter diesen Gesichtspunkten nicht für nötig, die beteiligten Kommunen deutlich zu informieren, da diese Finanzmittel in den

laufenden Haushalt einstellen werden, die in den nächsten Jahren fällig werden, um die Betreiberfirma zu unterhalten? Einige Kommunen nehmen die Mittel als Kredite auf. Ich finde es unverantwortlich, daß trotz der im Raum stehenden Aussagen solche Entscheidungen getroffen werden. Sind Sie ebenso wie ich der Meinung, daß wir die Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt vor solchen Entscheidungen warnen sollten?

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin Gote, Sie wissen, daß Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber eine klare Aussage für die Staatsregierung gemacht hat. Das ist eine grundsätzlich positive Entscheidung. Wir dürfen nicht – Sie halten uns das zwar immer vor – die gesamten planungsrechtlichen Voraussetzungen und Genehmigungen einfach ad acta legen. Das Vorhaben muß grundlegend geprüft werden. Einschlägige naturschutzrechtliche Dinge spielen dabei auch eine Rolle. Der Bund Naturschutz steht schon auf der Matte. Wir können und wollen diese Belange nicht hinunterbügeln. Das wird ein ganz ordentliches und sauberes Verfahren. Die Vor- und Nachteile werden aufgelistet. Sie müssen gegeneinander abgewogen werden. Erst dann, wenn wir die saubere Aufstellung haben, wird eine endgültige Entscheidung fallen.

Ich betone noch einmal: Wir haben im Grundsatz eine positive Entscheidung. Kollege Dr. Scholz weiß, daß es in Nürnberg Sorgen gibt – zum Teil nicht unberechtigt –, weil das Auswirkungen auf den Charterverkehr am Nürnberger Flughafen haben könnte. Das muß man sehen, wengleich auch ich grundsätzlich für den Flughafen Hof/Plauen bin. Ich möchte die Bedenken Nürnbergs nicht beiseite schieben. All das muß geprüft werden.

Die Gemeinden wissen sehr wohl, daß wir dem Vorhaben positiv gegenüberstehen, daß wir aber die Untersuchungen abwarten müssen, bevor wir es umsetzen können. Sie können versichert sein, daß wir das uns Mögliche tun werden, und damit ist dem Interesse der Gemeinden Genüge getan. Wir werden die Verfahren zügig abwickeln, bei denen alle Beteiligten entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen die Möglichkeit der Stellungnahme haben.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Müller verzichtet. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Staatssekretär, Sie sagten, die laufenden Kosten würden nicht bezuschußt werden. Ich möchte Sie deshalb fragen, ob Sie vergessen haben, daß wir den Regionalflughafen einmütig – SPD und CSU – befürworten und dafür geradestehen, aus den verschiedensten Gründen die laufenden Kosten des Flughafens zu bezuschussen. Wir tun dies seit Jahren, und zwar entgegen den Ausführungen des Rechnungshofs. In den laufenden Haushalten wird dies so ausgewiesen. Deshalb irritiert mich ihre Aussage, daß die laufenden

Kosten für den Flughafen Hof/Plauen nicht mehr bezuschußt werden sollen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Schläger, Sie wissen, daß sich die Staatsregierung nachhaltig für den Flughafen Hof/Plauen ausgesprochen hat. Sie wissen auch, daß der Freistaat Bayern in der Vergangenheit, obwohl die Bezuschussung von vielen wegen der Fluglinie nach Frankfurt heftigst kritisiert wurde, Flagge gezeigt hat. Erst kürzlich wurde das für die nächsten drei Jahre beschlossen. Ich bitte um Verständnis, daß ich heute nicht generell sagen kann, dies gelte für alle Zeiten.

(Schläger (SPD): Das will ich nicht!)

Es wäre unverantwortlich, heute irgendwelche Versprechungen zu machen. Wenn wir zur positiven Grundsatzentscheidung ja sagen, können Sie davon ausgehen, daß es unser Interesse ist, alles zu unternehmen, damit dieses Vorhaben läuft. Die Staatsregierung hat mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß sich insbesondere auch die örtliche Wirtschaft, die Unternehmen – knapp 30 – in den letzten Wochen engagiert haben. Durch die Namensgebung Hof/Plauen versucht man das Potential in dem anderen Bundesland zu mobilisieren. Sie können versichert sein, daß wir, sobald der Ausbau erfolgt ist, alles tun werden, damit der Flughafen funktioniert. Ich bitte Sie, mir weitere Worte zu ersparen, weil man nur schlafende Hunde wecken würde.

Wenn es um Hof geht, ist der Bayerischen Staatsregierung nichts zu teuer.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Zusatzfrage: Herr Kollege König.

König (CSU): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, können Sie einen Zeitraum nennen, bis zu welchem etwa die von der Eigentümerin des Flughafens beizubringenden Gutachten vorliegen müßten, damit die Staatsregierung die in Aussicht gestellte maßgebliche Unterstützung des Ausbaus im Rahmen der beabsichtigten Finanzierung über die Privatisierungserlöse vollziehen kann?

(Schläger (SPD): Bis Herbst, hat er gesagt!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege König, erst vorgestern haben wir in Hof in Anwesenheit des Landrats Hering und des Oberbürgermeisters Döhla über das Thema gesprochen. Sie haben sich genauso lobend über die Bayerische Staatsregierung ausgesprochen, wie ich das getan habe. Das ist doch gut.

(Willi Müller (CSU): Wesentlich lobender!)

– Die Wahrheit muß gesagt werden. Ich freue mich, daß das anerkannt wird.

(Hofmann (CSU): Wo ein Sozi recht hat, hat er recht!)

– Völlig richtig, Herr Kollege Hofmann.

Ich sage noch einmal, und das ist keine Schutzbehauptung: Wir gehen davon aus, daß wir die Gutachten im September oder Oktober 1999 bekommen werden. Je eher wir sie bekommen, um so eher können wir entscheiden. Ich gehe davon aus – ohne dem Ergebnis vorzugreifen –, hoffe und wünsche, daß die Gutachten keine „Schlechtachten“ sind, sondern daß sie positiv ausschauen und daß wir das Projekt angehen können, weil das aus wirtschaftspolitischen und strukturpolitischen Gründen für den Raum ungeheuer wichtig ist.

(Hofmann (CSU): Die Wortschöpfung ist beachtlich: „Schlechtachten“!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich rufe Frage 3 auf. Herr Dr. Scholz, bitte.

Dr. Scholz (SPD): *Herr Staatssekretär Spitzner, hat die Staatsregierung die Fördergebietsausweisung „für industrielle Gebiete mit Strukturproblemen“ bzw. für „Problemgebiete in den Städten“ gemäß der Neuordnung der Struktur- und Regionalförderung der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2006 beim Bund-Länder-Planungsausschuß und bei den europäischen Behörden eingebracht, damit Gebiete wie Nürnberg und Fürth gefördert werden können?*

Staaatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Scholz, ich bedanke mich für Ihre Frage. Denn darin haben Sie ein Thema aufgegriffen, das Herrn Minister Wiesheu und mich derzeit sehr beschäftigt und auch beunruhigt. Sie kennen die einschlägige Diskussion. Vorweg darf ich sagen: Ich verhehle nicht, daß wir erhebliche Befürchtungen zu dem haben, was Brüssel für die Neueinteilung der Fördergebiete vorsieht. Wir können nur hoffen und wünschen, daß wir die Bundesregierung bei unseren Einwänden und Einsprüchen als Verbündete haben werden.

Nun zu Ihrer Frage. Der von der Kommission vorgelegte Entwurf für die Strukturfonds-Verordnung, der derzeit in den Ratsgremien behandelt wird, gibt die wesentlichen Eckpunkte für den Umfang und die Auswahl der künftigen EU-Fördergebiete vor. Für Bayern relevant ist das neue Ziel 2, worunter „Gebiete mit einem sozioökonomischen Wandel in den Sektoren Industrie und Dienstleistungen, die ländlichen Gebiete mit rückläufiger Entwicklung sowie Problemgebiete in den Städten“ fallen. Im Hinblick auf die Auswahl der Ziel-2-Fördergebiete ist vorgesehen, daß die Kommission für jeden Mitgliedstaat eine Bevölkerungshöchstgrenze festlegt und die Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Grenze und entsprechend den Kriterien der Verordnung die aufzunehmenden Gebiete vorschlagen.

Das neue Ziel-2-Fördergebiet in Deutschland soll nach den Vorstellungen der Kommission um ein Drittel kleiner sein als das bisherige Fördergebiet gemäß den Zielen 2 und 5 b; es soll – je nachdem, ob Ostberlin zu Westdeutschland gerechnet wird – etwa 8,5 bis 10 Millionen Einwohner umfassen. Nur Gebiete mit 3,5 Millionen Einwohnern erfüllen die von der Kommission vorgeschlagenen „harten Kriterien“ für Fördergebiete; in Bayern ist dies ausschließlich die Stadt Schweinfurt. Die restlichen Gebiete sollen die „weichen Kriterien“ erfüllen. Bayern setzt sich für größere Flexibilität in dem Zusammenhang ein und hat angeregt, zum Beispiel die Grenzlage zu mittel- bzw. osteuropäischen Staaten zum „weichen Kriterium“ zu machen. Ob sich dies in den Ratsverhandlungen durchsetzen läßt, ist derzeit völlig offen. Nach unserem Kenntnisstand besteht die Kommission hartnäckig auf weitgehender Übereinstimmung zwischen nationalen und EU-Fördergebieten.

Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder haben dieses Thema eingehend diskutiert. Sie haben bereits im Frühjahr letzten Jahres ihren Arbeitskreis der Regionalreferenten beauftragt, nach Festlegung der Grundzüge der EU-Strukturfonds-Verordnung und Beschlußfassung des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ über das GA-Gebiet ab dem Jahr 2000 möglichst rasch einen Vorschlag zu den neuen Ziel-2-Gebieten auszuarbeiten und der Wirtschaftsministerkonferenz vorzulegen.

Der Arbeitskreis der Wirtschaftsministerkonferenz hat seine Tätigkeit noch im alten Jahr aufgenommen und bereits Eckpunkte für die Erstellung der Liste der Ziel-2-Gebiete erarbeitet. Die entsprechende Vorlage wurde von der Wirtschaftsministerkonferenz genehmigt. Angesichts der noch ausstehenden Entscheidungen zur EU-Strukturfonds-Verordnung und zum künftigen GA-Gebiet befaßt sich der Arbeitskreis aber noch nicht mit der Frage, welche einzelnen Regionen in die Gebietsliste aufzunehmen sind. Insofern haben Bayern und die anderen Länder ihre Gebietsvorstellungen noch nicht eingebracht.

Wir verhalten uns also wie die anderen Länder, beschäftigen uns aber sehr intensiv mit dem Thema. Der Spielraum, Ziel-2-Gebiete anzumelden, die nicht zum nationalen Fördergebiet gehören und auch die „harten Kriterien“ nicht erfüllen, ist äußerst begrenzt. Über eine Berücksichtigung Nürnbergs und Fürths bei der bayerischen Anmeldung kann somit nicht isoliert, sondern nur im Zuge der Bestimmung aller bayerischen Ziel-2-Gebiete entschieden werden.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Erste Zusatzfrage: Herr Kollege Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD): Herr Staatssekretär, bedenkt die Staatsregierung in dem Zusammenhang auch, daß sich bestimmte Gebiete in Bayern, beispielsweise Nürnberg und Fürth, aber auch das eben angesprochene Hof, in puncto Beschäftigung einer negativen Entwicklung gegenübersehen – das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat dies nachgewiesen; der „Zukunfts-

faktor“ spielt ja in der GA auch eine große Rolle –, wird dies bei den weiteren Planungen berücksichtigt, und wie sieht angesichts dessen, daß das entscheidende Bund-Länder-Gutachten bis Ende März vorgelegt werden soll, nun die Zeitplanung aus?

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Dr. Scholz, Sie haben einige interessante und wichtige Fragen gestellt. Ich versuche jetzt einmal, sie so gut wie möglich zu beantworten.

Erstens. Sie können davon ausgehen, daß wir vor der Festlegung der Fördergebiete nicht nur eine Ex-post-Betrachtung vornehmen, sondern auch eine in die Zukunft gerichtete. Das entsprechende Petition hat Bayern immer wieder in die Diskussionen des GA-Ausschusses eingebracht. Schließlich wird häufig kritisiert, und das zu Recht, daß viel zu wenig an vorsorgender Planung betrieben, daß viel zu wenig rechtzeitig gegen negative Entwicklungen getan werde. Ich sage es nochmals: Diesen Aspekt sehen wir sehr wohl. Wir werden auch wissenschaftlich fundierte Gutachten über die verschiedenen Regionen verwerten und in unser Kalkül einbeziehen.

Zweitens. Ich bin zwar von Natur aus ein hemmungsloser Optimist; doch hat mich schon etwas erschreckt, was aus Bonn und aus Brüssel im Hinblick auf den Umfang der Fördergebiete zu hören war. Es gibt sogar Hinweise, wonach das Ziel-5-b-Fördergebiet – das betrifft insbesondere den ländlichen Raum – wegfallen oder zumindest um 80% verkleinert werden soll. Wir wissen, daß wir schon bei der bestehenden Fördergebietsfläche relativ wenige Dispositionsmöglichkeiten haben.

Ich darf es einmal ganz plastisch darstellen. Bisher ist es uns wie folgt ergangen: Wir lagen in einem kalten Zimmer und hatten eine zu kurze Decke. Wenn wir sie zu den Füßen hinuntergezogen haben, war uns an der Brust und am Kopf kalt. Wenn wir sie hinaufgezogen haben, hat es uns an den Füßen gefroren. – Diese Decke wird nun zu einem schmalen Handtuch – um nicht zu sagen: zu einem Waschlappen. Wenn jetzt die Füße warm sind, werden die Knie kalt, vom Oberkörper und vom Kopf ganz zu schweigen. Soweit die plastische Darstellung.

Vor dem dargestellten Hintergrund wird es für uns sehr schwierig sein, bei der Festsetzung der Fördergebiete die richtigen Entscheidungen zu treffen. Hier spielen viele Faktoren eine Rolle. Wichtig wird auch sein, ob es uns gelingt, in der Diskussion mit der Kommission die Einführung gewisser Kriterien durchzusetzen. Ich habe ja schon etwas zur Bedeutung von Fördergebieten in Ballungszentren und in bestimmten anderen Regionen gesagt.

Nochmals zu einem anderen Aspekt: Wenn ich den Kriterienkatalog der angesprochenen Gemeinschaftsaufgabe heranziehe, also die vier bekannten Kriterien, muß ich feststellen: Nürnberg liegt unter den 204 westdeutschen Arbeitsmarktregionen auf Platz 125. Im günstigsten Falle werden wir aber nur 60 westdeutsche Arbeitsamtsbezirke fördern können. Wenn also nur die Kriterien

der GA Indikator für die Ausweisung als Fördergebiet sind, dann – das muß man ehrlicherweise sagen – besteht keine Chance, daß Nürnberg in die Vorschlagsliste aufgenommen wird. Um ihre letzte Frage zu beantworten: Wir werden uns in den nächsten Tagen und Wochen wirklich darum bemühen, im Hause eine möglichst ausgewogene, sinnvolle und verantwortungsbehaftete Entscheidung zu treffen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Zusatzfrage: Herr Kollege Müller.

Willi Müller (CSU): Herr Staatssekretär, obwohl ich einsehe, daß die finanzielle Decke immer kürzer wird, frage ich Sie: Wird sich die Staatsregierung dafür einsetzen, daß die Gebiete an der Grenze zu Beitrittsländern, also Regionen an der Grenze zur Tschechischen Republik und an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, also Gebiete, die an ein Ziel-1-Gebiet angrenzen, in die Förderung aufgenommen werden?

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Müller, Sie wissen, daß Minister Wiesheu und ich, wie insgesamt die Bayerische Staatsregierung, immer gesagt haben, daß die Gebiete am ehemaligen Eisernen Vorhang auch in den nächsten Jahren noch eine Förderung brauchen. Es ist ein Irrglaube, daß mit dem Fall des Eisernen Vorhangs zur ehemaligen DDR oder zu Tschechien alle Probleme schon beseitigt wären. Während früher die Probleme wegen der totalen Abschottung da waren, haben wir jetzt die Probleme des „überfallartigen Übergangs“. Diese Probleme bestehen nach wie vor, insbesondere in den an Tschechien angrenzenden Gebieten.

Wir berücksichtigen natürlich auch Nordost-Oberfranken, wo Sie sich sehr stark engagiert haben. Gerade die Porzellan- und Glasindustrie ist vom Strukturwandel sehr stark betroffen, so daß Tausende von Arbeitsplätzen weggefallen sind. Sie können davon ausgehen, daß dieser Raum bei uns nach wie vor an vorderster Stelle steht. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß ich heute noch keine definitive, endgültige Aussage machen kann.

Ich sage nochmals: Wir sind der Meinung, daß gerade die ehemaligen Grenzgebiete, die weithin strukturschwach sind, weiterhin Fördergebiete sein müssen. Die Osterweiterung der EU darf nicht dazu führen, daß beispielsweise angrenzende tschechische Gebiete Höchstfördergebiete sind, die von der EU mit unserem Geld aufs höchste gefördert werden, während wir in Bayern in der regionalen Wirtschaftsförderung nichts mehr tun dürften. Dann hätten wir nicht nur ein Lohn- und Sozialgefälle, sondern auch ein Fördergefälle, das uns jetzt schon an der ehemaligen innerdeutschen Grenze erhebliche Probleme bereitet.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Letzte Zusatzfrage: Herr Kollege Scholz.

Dr. Scholz (SPD): Herr Staatssekretär, wenn es nicht gelingt, beispielsweise Nürnberg und Fürth auch bei wei-

chen Kriterien in die Förderung einzubeziehen, bedeutet das dann, daß auch die Fördermöglichkeit für den Freistaat Bayern wegfällt, da das alles unter dem europäischen Fördervorbehalt steht? Damit würde auch die Möglichkeit entfallen, daß LfA-Kredite – wie bisher – für Nürnberg und Fürth um 1 % billiger gegeben werden. Hat die Staatsregierung, um dem zu begegnen, über eine andere Abgrenzung der Arbeitsmarktregionen nachgedacht? Die Abgrenzung würde sich dann nicht mehr nach den Arbeitsämtern, sondern nach den Kommunen richten. In dem Fall wäre sie auf Nürnberg und Fürth beschränkt, so daß die Rangfolge dann ganz anders aussehen würde.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, bei der Festlegung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur waren wir immer sehr flexibel. Wir haben in die Fördergebiete nicht nur ganze Arbeitsmarktregionen, sondern auch bestimmte Landkreise und Gemeinden aufgenommen. Aus dem doch wirtschaftsstarken Landkreis Neumarkt haben wir ganz bewußt nur eine einzige Gemeinde aufgenommen, nämlich Hohenfels, eine Truppenübungsplatz-Randgemeinde mit ganz großen Strukturproblemen. Wir werden auch hier sehr flexibel vorgehen, soweit uns dies erlaubt ist. Wenn in irgendeiner Gemeinde eine größere Investition mit einem positiven Struktureffekt vorgesehen ist, die Arbeitsplätze und dergleichen bringt, dann werden wir diese Gemeinde aus der Förderung nicht herausnehmen, soweit das künftig überhaupt noch rechtlich möglich ist.

Zu ihrer ersten Frage, Herr Kollege Scholz: Brüssel verfolgt die bayerische Praxis mit großem Mißvergnügen. Als die EU-Kommissarin hier war, hat sie heftig dagegen protestiert, daß Bayern permanent versucht, bindende Brüsseler Vorschriften zu unterlaufen.

(Willi Müller (CSU): Zu welcher Partei gehört die?)

– Sie kennen sie alle. Das ist die Kommissarin aus der Bundesrepublik Deutschland.

(Hofmann (CSU): Ich kenne sie nicht, wenn sie nicht namentlich genannt wird!)

– Herr Kollege, ich weiß den Namen jetzt nicht. – Uns im Wirtschaftsministerium schmerzt es sehr, daß wir permanent von der Brüsseler Behörde Anfragen zu Kleinstförderfällen bekommen, wo wir, auch auf Ihre Anträge im Ausschuß hin, von der Opposition ebenso wie von der Regierungsfraktion, versucht haben, unbürokratisch zu helfen, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Beamten unseres Hauses müssen gegenüber Brüssel Stellungnahmen dazu abgeben, weshalb sie diese Hilfe gewährt haben. Teilweise werden wir von Brüssel dazu aufgefordert, unsere Entscheidung zu revidieren. Das ist ein Skandal, wenn gleichzeitig in Frankreich die Credit Lyonnais fast 2 Milliarden DM erhält und man in Brüssel vor diesem ungeheuren Subventionsvorgang alle Augen und Hühneraugen zudrückt.

Sie können davon ausgehen, daß wir auch weiterhin darüber nachdenken werden, wie wir bei den reduzierten europäischen Fördermöglichkeiten mit einer bayerischen Förderung etwas tun können. Ich verhehle aber nicht, daß die Möglichkeiten quantitativ und qualitativ für uns erheblich geringer werden.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich rufe nun die nächste Frage auf und bitte Frau Kollegin Kellner, sie zu stellen.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Herr Staatssekretär, wie viele Solaranlagen wurden 1998 aus Kapitel 07 05 Titelgruppe 75-76 Titel 893 75 und aus Kapitel 13 03 Titelgruppe 69 in welcher Gesamthöhe gefördert, und konnten alle gestellten Anträge abfinanziert werden?*

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin Kellner, ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten: Im Rahmen des Bayerischen Programms zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien wurden 1998 aus Kapitel 07 05 Titel 893 75 und Kapitel 13 03 Titel 892 69 insgesamt etwa 28 Millionen DM für rund 13 200 Sonnenkollektor- und Wärmepumpenanlagen ausbezahlt. Des weiteren wurden für rund 3300 Anträge zirka 9 Millionen DM bewilligt, die jedoch im letzten Jahr nicht mehr ausgezahlt werden konnten, weil die Anlagen entweder noch nicht installiert sind oder die für die Auszahlung notwendigen Rechnungsbelege noch nicht vorgelegt wurden.

Mit Ausnahme von etwa 900 Anträgen, die erst zu Jahresende 1998 gestellt und aus zeitlichen Gründen nicht mehr im Jahr 1998 bewilligt werden konnten, wurden alle förderfähigen Anträge bewilligt.

Rund 95 % der im Bayerischen Programm zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien geförderten Anlagen betreffen Sonnenkollektoranlagen.

Präsident Böhm: Zusatzfrage? – Keine. Dann rufe ich die nächste Frage auf, die Herr Kollege Sprinkart für Frau Kollegin Paulig stellt. Bitte, Herr Kollege Sprinkart.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bezüglich Bau und Finanzierung des „Festspieltheaters Neuschwanstein“ am Förgensee bei Füssen frage ich die Staatsregierung: In welcher Höhe, aus welchem Haushaltstitel bzw. Förderprogramm wurden öffentliche Mittel, gegebenenfalls auch aus den Bezirken und der LfA, für dieses private Bauvorhaben gegeben, und wie schätzt es die Staatsregierung ein, daß entgegen anderslautenden Aussagen des Füssener Stadtrates und der Betreibergesellschaft nach örtlichen Beobachtungen die bereits erfolgten und noch im Gange befindlichen Bauarbeiten zu mindestens 90 % von auswärtigen Firmen mit überwiegend ausländischen Billigarbeitskräften durchgeführt werden?*

Präsident Böhm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Sprinkart, ich darf die mündliche Anfrage Ihrer Kollegin Paulig wie folgt beantworten:

Zur Frage, ob die Errichtung des Festspieltheaters aus öffentlichen Mitteln gefördert wird, muß ich zunächst darauf hinweisen, daß der Staatsregierung die Weitergabe einzelbetrieblicher Unternehmens- und Förderdaten aus rechtlichen Gründen verwehrt ist. Hierzu gehört auch die Frage, ob ein bestimmtes Unternehmen öffentliche Finanzierungshilfen erhalten hat. Die Staatsregierung ist in ihrem Aufgabenbereich gemäß Artikel 1, 2 Absatz 1, 12 und 14 Grundgesetz sowie gemäß Artikel 100, 101 und 103 der Bayerischen Verfassung zur Wahrung der persönlichen sowie der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verpflichtet. Diese bereits unmittelbar kraft Verfassung bestehenden Pflichten zur Geheimhaltung sind gesetzlich in Artikel 30 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes näher konkretisiert. Einzelheiten darüber, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe und für welche Art von Investitionen ein bestimmtes Unternehmen von seiten des Staates gefördert wurde, gehören zu den Geschäftsgeheimnissen in diesem Sinne.

Allerdings ergibt sich, Herr Kollege Sprinkart, aus dem veröffentlichten Zeichnungsprospekt der Ludwig Musical Betriebs- und Verwaltungs AG eindeutig, daß ein öffentlicher Zuschuß zwar beantragt ist, das Vorhaben aber offensichtlich auch ohne diesen finanziert werden kann. Bei einem solchen Sachverhalt scheidet die Gewährung einer öffentlichen Finanzierungshilfe aus haushaltsrechtlichen Gründen in der Regel von vornherein aus.

Zum zweiten Teil der Frage: Der Staatsregierung ist auch nicht bekannt, daß die Bauarbeiten überwiegend von ausländischen Unternehmen mit überwiegend ausländischen Arbeitskräften durchgeführt würden. Sie hätte auch keine Möglichkeit, diesbezüglich Einfluß auf die unternehmerischen Entscheidungen des ausschließlichen privaten Bauträgers zu nehmen.

Präsident Böhm: Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es für die Baustelle eine Genehmigung zur Ausführung eines Werkvertrages?

Präsident Böhm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Sprinkart, ich bin hier überfragt. Das ist nicht Aufgabe meines Hauses. Ich kann Ihnen aber gerne über meine Kollegin oder meinen Kollegen aus dem Sozialministerium eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

Präsident Böhm: Weitere Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, das wäre sehr nett. Wird die Baustelle hinsichtlich der Einhaltung der rechtlichen Anforderungen, sprich Aufenthaltsgenehmigung bzw. Arbeitserlaubnis, kontrolliert?

Präsident Böhm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Auch das weiß ich nicht. Ich gehe aber davon aus, daß gerade Baustellen im Grenzbereich, sehr intensiv überprüft werden, also auch diese Baustelle.

Präsident Böhm: Herr Staatssekretär, damit haben Sie Ihr Pensum erfüllt. Ich bedanke mich. – Zur Beantwortung der nächsten Fragen bitte ich dann vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Herrn Staatsminister Zehetmair. Herr Kollege Müller, der die nächste Frage gestellt haben würde, ist nicht anwesend. Deswegen rufe ich die Frage von Herrn Kollegen Hufe auf. Bitte, Herr Kollege Hufe.

Hufe (SPD): *Herr Staatssekretär, Sie wissen, daß beim Bau des „Museums der Phantasie“ in Bernried die Finanzierungskonzeption geändert wurde und daß wir jetzt nicht Zuschußgeber, sondern Finanzier dieses Museums sind. In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Wodurch ist garantiert, daß die im Privatbesitz der Familie Buchheim befindliche Sammlung deutscher Expressionisten in den Besitz der Buchheim-Stiftung kommt, wenn die Eheleute Buchheim zu Lebzeiten frei über Kunstwerke verfügen können, und welche staatliche Kontrolle über die Buchheim-Stiftung gibt es, wenn Herr Lothar Günther Buchheim der alleinige Vorstand der Buchheim-Stiftung ist?*

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Hufe, von den Sammlungen Buchheim wurden bereits nennenswerte Teile in die Buchheim-Stiftung eingebracht. Durch einen notariellen Erbvertrag wird festgelegt, daß spätestens mit dem Tod von Herrn Prof. Buchheim die gesamte expressionistische Sammlung in die Stiftung übergehen wird. Die Eheleute Buchheim haben diese Absicht verbindlich zugesichert.

Die Eheleute Buchheim haben ferner entsprechend dem Wunsch des Bayerischen Ministerrates am 25. November 1998 eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß nach Fertigstellung des Museumsneubaus in Bernried die Sammlungen als Dauerleihgaben zur Ausstellung zur Verfügung gestellt werden, auch wenn sie bis dahin nicht zur Gänze in die Stiftung überführt sein sollten. Aus diesem ergibt sich eine hinreichende rechtliche Absicherung für die mit der Errichtung des Museums in Bernried bezweckte Gewinnung der Exponate der Eheleute Buchheim.

Der Freistaat Bayern ist an den Gremien der Buchheim-Stiftung in angemessener Weise beteiligt und kann auch

hier seinen Einfluß zur Geltung bringen. Neben dem bayerischen Ministerpräsidenten, der in der Stiftungsratssitzung vom 6. Februar 1998 zum Vorsitzenden gewählt wurde, gehört auch der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst dem Stiftungsrat an. Der Stiftungsratsvorsitzende wird im operativen Geschäft durch einen Bediensteten der Bayerischen Staatskanzlei vertreten. Dem Stiftungsrat obliegt unter anderem die Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Vorstandes und der Einhaltung des Willens der Stifter, wie er sich aus der Stiftungsurkunde ergibt. Dort heißt es in der Präambel: „Unsere Sammlungen sollen über unseren Tod hinaus auf Dauer und geschlossen für die Wissenschaft erhalten und für die breite Öffentlichkeit in einem „Museum der Phantasie“ zur Schau gestellt werden.“

Der Zweck der Stiftung ist festgelegt für die dauernde, geschlossene und ungeschmälerte Erhaltung der Sammlung Buchheim, ihre Präsentation in einem „Museum der Phantasie“, ihre Erschließung für die Öffentlichkeit und für die Wissenschaft.

Präsident Böhm: Zusatzfrage: Herr Kollege Hufe.

Hufe (SPD): Herr Staatsminister, wenn ich Sie richtig verstanden habe – dies geht auch aus der Vorlage des Finanzministeriums hervor –, ist es aber im Moment so, daß die Eheleute Buchheim über diese Expressionisten-Sammlung frei verfügen können, daß die Absichtserklärung, sie nach dem Tode in die Stiftung einzubringen, trotzdem nicht unmöglich macht, daß sie zu Lebzeiten alle Expressionistenwerke zum Beispiel als Dauerleihe irgendwo anders hingeben. Ist es so, daß Sie das zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausschließen können?

Präsident Böhm: Es hat sehr lange gedauert, bis Sie zur Frage kamen, Herr Kollege. Herr Minister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege, zur Stunde ist der Vertrag noch nicht unterzeichnet, aber die Absichtserklärung liegt verbindlich vor. Nun brauche ich nicht im Detail auszuführen, daß dies ein schwieriger Vorgang ist, daß aber ein Museum der architektonischen Qualität mit einer im wesentlichen durch den Staat getätigten Finanzierung die nach menschlichem Ermessen notwendige Sicherheit gibt, daß es nur im Interesse der Buchheims liegen kann und, wie sie immer wieder erklären, liegt, daß sie sich mit ihrer selbstverständlich umfassenden Sammlung, das heißt vor allem mit Einbringung der Expressionisten, überhaupt nur dort verewigen können. Wir haben schon mehrere Expressionisten; sie wurden schrittweise übertragen, wie zuletzt Kirchner und wie jetzt – –

(Hufe (SPD): Laut der Vorlage dauert es noch ein halbes Jahr!)

– Ich kann in die Vorlage nicht immer alles hineinschreiben.

(Hufe (SPD): Die stammt auch vom Finanzministerium!)

Sie wissen, daß wir die Gemälde „Berglandschaft“ und „Großer Wald“ von Ernst Ludwig Kirchner haben. Wir haben jetzt eine der herausragenden Arbeiten, nämlich sein „Selbstbildnis im Davoser Bauernhaus“. Es handelt sich jetzt nur noch um eine Frage des Procedere. Im expressionistischen Bereich haben wir jüngst für das graphische Werk fünf von Picassos zentralen Arbeiten erhalten. Der Wille ist also schon klar erkennbar, daß wir es nach und nach erhalten. Psychologisch müssen wir darauf achten, daß sich der in einem gewissen Alter befindliche Prof. Buchheim nicht hinsichtlich seiner Glaubwürdigkeit gekränkt fühlt. Da er ein Umgetriebener der Phantasie und der Kunst ist, bin ich persönlich ganz fest davon überzeugt, daß wir keine Sorge zu haben brauchen, daß wir die bei ihm befindlichen expressionistischen und sonstigen wertvollen Sammlungen bekommen werden. Ich gehe davon aus, daß wir noch zusätzlich welche bekommen, weil Buchheim bekanntermaßen alles Vertretbare kauft, was ihm in den Weg kommt.

Präsident Böhm: Weitere Zusatzfrage: Herr Kollege Hufe.

Hufe (SPD): Herr Staatsminister, Sie wissen, daß es einen Grundkonsens darüber gibt, daß wir dieses Museum haben wollen. Die Finanzierung hat sich allerdings dramatisch geändert. Zuvor hatten wir 8 Millionen DM in den Ausbau der Maffei-Villa gesteckt, plus 5 Millionen DM für Feldafing, jetzt zahlen wir 27 – –

Präsident Böhm: Herr Kollege Hufe, wir sind in der Fragestunde.

(Hufe (SPD): Ich weiß!)

Sie treffen immer Feststellungen.

Fragen sind zu stellen. Man kann nicht fünf Feststellungen machen und hinterher fragen: Geben Sie mir recht? Es ist eine Frage zu stellen.

Hufe (SPD): Da es Widersprüche zwischen Ihren Aussagen und der Vorlage des Finanzministeriums gibt, frage ich, ob Ihr Haus an der Erstellung der Vorlage für den Haushaltsausschuß beteiligt war.

Präsident Böhm: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Ja. Ich will kurz darauf eingehen. Natürlich hat sich die Finanzierungsgrundlage erheblich geändert. Deswegen haben wir unter Federführung des Finanzministers pflichtgemäß den Haushaltsausschuß mit der Angelegenheit befaßt. Wir sind dankbar, daß der Haushaltsausschuß in einer gewiß nicht einfachen Situation mit einem überzeugenden Votum den vorgeschlagenen Weg der staatlichen Trägerschaft geht. Der Baubeginn ist bereits erfolgt. Die Oberste Baubehörde wird ihre Erfahrungen einbringen. Wir gehen davon aus, daß der Rahmen

gehalten werden kann, und hoffen, daß der Bau so rechtzeitig fertig wird, daß sich Herrn Buchheims Traum möglichst bald erfüllt.

Präsident Böhm: Letzte Zusatzfrage: Herr Kollege Hufe.

Hufe (SPD): Herr Staatsminister, welche Hochbaumaßnahmen Ihres Hauses sind von den in der Vorlage angekündigten Umschichtungen betroffen? Es geht um 18,1 Millionen DM.

Präsident Böhm: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Hufe, ich kann die Maßnahmen nicht im einzelnen nennen. Ich kann nur sagen, es geht um die Pinakothek der Moderne und einige andere Maßnahmen, für die im genehmigten Haushalt Mittel verfügbar waren, die wir aber in der Summe von 18 Millionen DM im Jahr 1998 nicht abrufen mußten. Dieses Geld ist von uns nur vorgestreckt. Wir bekommen es aus der nächsten zu realisierenden Privatisierungsstranche. Es ist nicht so, daß wir das Geld auf Dauer entbehren können. Wir brauchen es zum Beispiel, um die Pinakothek der Moderne fertigzustellen.

Präsident Böhm: Damit ist die Erörterung dieser Frage abgeschlossen. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Nadler. Bitte, Herr Kollege Nadler.

Nadler (CSU): *Herr Staatsminister, sind der Bayerischen Staatsregierung Pläne der Bundesregierung bekannt, die Mittel für die Bayreuther Festspiele zu kürzen?*

Präsident Böhm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Nadler, das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde am 22.01.1999 fernmündlich inoffiziell davon unterrichtet, daß es einen Beschluß der Bundesregierung vom 20.01.1999 gebe, wonach der Bund sich aus der Finanzierung der Bayreuther Festspiele mit Wirkung vom 01.07.1999, also noch in diesem Jahr, zurückziehen wolle. Eine offizielle Mitteilung über diese Entscheidung ist der Staatsregierung bisher nicht zugegangen.

Seit ihrer Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1951 wird der Fehlbedarf der Bayreuther Festspiele zu je einem Drittel vom Bund, vom Land und den übrigen Zuschußgebern Stadt Bayreuth, Bezirk Oberfranken und Gesellschaft der Freunde von Bayreuth getragen. Für das Jahr 1999 ist nach dem vom Kuratorium der Bayreuther Festspiele gebilligten Wirtschaftsplan ein Bundeszuschuß in Höhe von 3 222 333 DM eingeplant. Dieser Beschluß des Festspielkuratoriums wurde unter Beteiligung und Zustimmung des Bundes durch das seinerzeit noch zuständige Bundesministerium des Innern gefaßt.

Die Bayreuther Festspiele werden seit 1986 in der Rechtsform einer GmbH, deren alleiniger Gesellschafter zur Zeit Herr Wolfgang Wagner ist, veranstaltet. Vertraglich ist geregelt, daß mit seinem Ausscheiden aus der Festspielleitung die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern, die Stadt Bayreuth und die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth Gesellschafter der Bayreuther Festspiel GmbH werden. Der Zweck der Gesellschaft ist nach dem bestehenden Vertragswerk auf den Betrieb der Bayreuther Festspiele sowie auf jede Tätigkeit, die dem Betrieb der Festspiele förderlich ist, gerichtet. Dieser Verpflichtung kann sich der Bund als künftiger Mitgesellschafter der Festspiel GmbH nicht ohne weiteres entziehen, wenn er nicht vertragsbrüchig werden will.

Die Bayreuther Festspiele sind eines der bedeutendsten nationalen kulturellen Ereignisse in der Bundesrepublik mit internationaler Ausstrahlung. Der Bund hat diese kulturelle Institution von nationalem Rang daher seit Jahrzehnten mitfinanziert. Ein Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung der Bayreuther Festspiele würde diese ernstlich bedrohen, zumal andere Finanzierungsquellen nicht ersichtlich sind. Der kulturpolitische Schaden für das Ansehen der Bundesrepublik in der ganzen Welt wäre unabsehbar.

Vor dem Hintergrund der rechtlichen Situation und der kulturpolitischen Konsequenzen beabsichtigt die Bayerische Staatsregierung, auf die Bundesregierung und den Bundestag als Haushaltsgesetzgeber einzuwirken, um die Entscheidung, die Mitfinanzierung der Bayreuther Festspiele durch den Bund einzustellen, zurückzunehmen.

Präsident Böhm: Erste Zusatzfrage: Herr Kollege Nadler.

Nadler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Staatsminister, wenn ich richtig informiert bin, gilt das gleiche für die Bamberger Symphoniker. Damit sind zwei weltweit bekannte kulturelle Glanzlichter benachteiligt. Benachteiligt sind für mich damit der Freistaat Bayern und ganz eklatant Oberfranken. Herr Staatsminister, sind Sie mit mir der Meinung, daß es sich hier um eine gewollte eklatante Benachteiligung Oberfrankens handelt?

Präsident Böhm: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Nadler, es trifft zu, daß nach den uns zugegangenen inoffiziellen Mitteilungen nicht nur den Bayreuther Festspielen, sondern auch den Bamberger Symphonikern mit sofortiger Wirkung der Zuschuß halbiert werden soll. Wie Sie dem Wort „halbiert“ entnehmen, haben wir hier unterschiedliche Informationen bekommen. Aus dem Bundeskanzleramt kam die Mitteilung, der Zuschuß wird gestrichen. Aus dem Etat, so wie er im Kabinett der Bundesregierung festgelegt worden zu sein scheint, ergibt sich aber, daß der Lafontaine-Entwurf gegenüber dem Waigel-Ent-

wurf eine Kürzung von 23 Millionen DM auf 14 Millionen DM, das heißt um 35 %, vorsieht.

Für die beiden in Bayern betroffenen Einrichtungen bedeutet dies: Der Zuschuß für die Bayreuther Festspiele wird 1999 von 3,2 Millionen DM auf 1,6 Millionen DM reduziert, der Zuschuß für die Bamberger Symphoniker von 6,8 Millionen DM auf 3,4 Millionen DM. Bei den Bamberger Symphonikern ist allerdings zu berücksichtigen, daß wir hier eine rechtsverbindliche Verpflichtung des Bundes – Herr Kollege Klinger war damals noch Aufsichtsratsvorsitzender – bis zum Jahr 2003 haben, so daß die Lage rechtlich anders zu bewerten ist als bei den Bayreuther Festspielen. Politisch würde ich die Angelegenheit so beurteilen wie Sie. Da ich aber nicht dazu bereit bin, die Ankündigungen bereits als Fakten hinzunehmen, will ich hierzu nichts Spekulatives sagen.

Präsident Böhm: Zweite Zusatzfrage: Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Staatsminister, nachdem Sie Ihre Ausführungen weitgehend in der Möglichkeitsform gehalten haben und sagen, es liege nichts Schriftliches vor -auch ich finde es nicht angemessen, bei der Tragweite der Angelegenheit nur zu spekulieren -, frage ich Sie: Woher haben Sie Ihre Informationen? Kann es sein, daß Sie hier einer Fehlinformation aufgesessen sind? Könnte es sich vielleicht nur um einen Referentenentwurf handeln, der von der Bundesregierung keineswegs abgesegnet ist?

(Hofmann (CSU): Das ist höhere Gewalt!)

Präsident Böhm: Ich bitte darum, in der Fragestunde – es heißt „Fragestunde“ – die langen Feststellungen wegzulassen und sich auf die Frage zu konzentrieren. In diesem Hohen Haus müssen wir in der Lage sein, eine Frage auf den Punkt zu bringen. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schläger, ich hoffe sehr, daß Sie recht bekommen. Wir haben bisher keinen Anlaß anzunehmen, daß es sich um ein reines Gerücht auf Referentenebene handelt. Wir verfügen über einen Ausdruck des Haushaltsentwurfs, wie er in Bonn vorliegt.

Sie reden von Angemessenheit dem Hohen Haus gegenüber. Ich will gar nicht darüber reden, daß es einer Staatsregierung gegenüber angemessen wäre, so etwas mitzuteilen. So warte ich immer noch auf die Mitteilung.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf den Engel Aloisius!)

Da die Unsicherheit nicht wegdiskutiert werden kann, baue ich darauf, daß man hier im parlamentarischen Geschehen noch etwas bewirken kann. Ich bitte darum, daß das Hohe Haus, das für Bayern Verantwortung trägt, sich in der Frage nicht damit abspesen läßt, daß gesagt

wird, die Veranstaltung muß eben von anderen finanziert werden. Wenn der Bund, der formal keine Kulturzuständigkeit hat, von den Ländern die Zustimmung bekam, irgendwo mitzuwirken, dann ging es immer um Einrichtungen von überregionaler, nationaler oder internationaler Bedeutung.

Die Fülle der Bezuschussung durch den Bund bei Einrichtungen von Ländern müßte im Vergleich mit wesentlich geringerem Gewicht versehene Einrichtungen der blauen Liste erfassen, aber keineswegs diese Einrichtungen, zumal jedwede Bundesregierung mit einem Troß von europäischen politischen Repräsentanten nie versäumt, sich im Sommer bei den Bayreuther Festspielen anzumelden.

(Hofmann (CSU): Trittin und Fischer werden diesmal kommen!)

Präsident Böhm: Letzte Zusatzfrage: Herr Kollege Franzke.

Franzke (SPD): Herr Staatsminister, da dieser Vorgang eigentlich dem entspricht, was die Staatsregierung im eigenen Wirkungskreis vollzieht, nämlich den Rückzug aus den wirtschaftlichen Unternehmen, frage ich Sie: Ist die Staatsregierung bereit, die fehlenden Mittel aufzubringen, falls die Behauptung zutrifft?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Die Hoheit über den Haushalt liegt beim Parlament. Die Frage, ob das Hohe Haus zur Finanzierung bereit ist, werde ich stellen. Ich vollziehe es selbstverständlich, treu wie ich bin. Aber Sie scheinen das, ähnlich wie Ihre Bonner Genossen, aus vollen Taschen souverän zu finanzieren; darum kommen wir so weit.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU) – Zuruf von der SPD: Sie haben soviel Privatisierungserlöse!)

Präsident Böhm: Nächste Fragestellerin ist Frau Kollegin Lück. Bitte, Frau Kollegin Lück.

Frau Lück (SPD): *Herr Staatsminister, nachdem in mehreren Zeitungsberichten zu lesen steht, daß die Errichtung eines Hochschulablegers in Lindau wohl erfolgen wird, frage ich Sie: Wie weit sind die Gespräche gediehen? Was wurde aufgrund der Ministerratsentscheidung Ende Dezember 1998 in die Wege geleitet? Warum wurde noch vor kurzem vom Wissenschaftsministerium ein wie immer gearteter Ableger in Lindau strikt abgelehnt und dies sowohl uns, den Abgeordneten, als auch der FH Kempten so mitgeteilt?*

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, Frau Kollegin Lück! In den

vergangenen Jahren hat die Bayerische Staatsregierung an acht Standorten neue Fachhochschulen bzw. Fachhochschulabteilungen errichtet, so daß in Bayern zusammen mit den bestehenden Fachhochschulen ein flächendeckendes Netz von Fachhochschulen besteht. Bereits in den siebziger Jahren wurde zur Deckung des Ausbildungsbedarfs in Südschwaben die Fachhochschule Kempten errichtet.

Im vergangenen Jahr haben die Große Kreisstadt Lindau, das Landratsamt Lindau sowie die Industrie- und Handelskammer Lindau Herrn Ministerpräsidenten Dr. Stoiber und mir einen Vorschlag zur Errichtung einer Fachhochschulabteilung in Lindau übermittelt. Dieser Vorschlag bedarf einer eingehenden Prüfung.

Ob es in Ergänzung der bestehenden Hochschuleinrichtungen im Bodenseeraum zu einer internationalen Kooperation kommen kann, ist in die Prüfung zentral einzubeziehen. Ein derart länderübergreifender Verbund müßte einem wirklichen Bedarf entsprechen und eine lebensfähige Einrichtung auf wissenschaftlichem Niveau erwarten lassen, die auf Dauer finanziert werden kann. Ich habe in den letzten Wochen Gespräche mit verantwortlichen Politikern aus der dortigen Region und Vorarlberg geführt, ebenso die Fachhochschulabteilung meines Hauses ein Gespräch mit der IHK Lindau, die ihrerseits ihre Vorstellungen dem Wissenschaftsausschuß der Internationalen Bodenseekonferenz zur Kenntnis gegeben hat.

Die Lindauer Vorstellungen bedürfen noch intensiver Klärung, die in weiteren Gesprächen, unter anderem mit Vertretern der benachbarten Länder, erfolgen wird. Dies ist kein Widerspruch zur Äußerung meines Hauses betreffend der Neugründung von Fachhochschulen oder Zweigstellen; denn ich habe persönlich erklärt, wir haben keinen Spielraum mehr, eine Fachhochschule neu zu gründen oder national auch nur eine Ergänzung, etwa zu Kempten und Neu-Ulm, vorzunehmen; dies trägt nicht genügend. Ich darf aber die Dimension der internationalen Erwägung nochmals betonen.

Präsident Böhm: Erste Zusatzfrage: Frau Kollegin Lück.

Frau Lück (SPD): Herr Staatsminister, daß Lindau im Dreiländereck liegt und daß die internationale Wichtigkeit besteht, weiß man doch schon seit Jahren. Darauf habe ich schon in meinem Antrag vor zwei Jahren hingewiesen. Wieso ist diese Möglichkeit dann nicht früher in Betracht gezogen worden, sondern erst jetzt, nachdem in der Region Zoff entstanden ist?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Kollegin, lange bevor Sie und ich in diesem Landtag waren, ist diese Thematik intensiv erörtert worden. Sie hat auf der Grundlage struktureller Untersuchungen zur Entscheidung für den Standort Kempten geführt. Im Jahre 1991 habe ich dann die Vorlage im Zusammenhang mit Neugründungen von

Fachhochschulstandorten dem Hohen Haus unterbreitet. Auf der Grundlage der von mir vorgelegten verfügbaren Daten sollte eine Abteilung Neu-Ulm entstehen. Dabei ist festgestellt worden, daß die Daten und Parameter für Lindau weit unter denen der dann getroffenen Standortentscheidungen liegen. Es ist ein versteckter Vorwurf, man komme erst jetzt darauf, diese Frage zu beantworten, weil Zoff gemacht worden sei. Der Zoff interessiert mich überhaupt nicht.

Zweitens. Richtig ist, daß sich Hochschulpolitik und Forschungsverbände in den jüngsten Jahren in rapidem Tempo internationalisieren. Mein Gespräch etwa mit dem Landeshauptmann von Vorarlberg hat ergeben, daß von dort, in einem kleinen Land, ein Interesse angemeldet wird, inwieweit es kooperativ Vorteile erzielen kann. Mein jüngster Kontakt mit dem FH-Präsidenten von Kempten hat ergeben, daß er notwendige Kooperationen keineswegs ablehnt; dasselbe gilt für Neu-Ulm. Die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Bayern haben den gemeinsamen Willen bekundet, im Bodenseeraum, also Konstanz, Ravensburg etc., diese Zusammenarbeit zu prüfen und anzustreben.

Die Frage des europäischen Managements und des europäischen Wirtschaftsrechts läßt es geboten erscheinen, die Möglichkeiten von Vorarlberg bis St. Gallen und Baden-Württemberg zu überprüfen; dies ist eine neue Situation.

Präsident Böhm: Weitere Zusatzfrage: Herr Kollege Rotter.

Rotter (CSU): Herr Staatsminister, teilen Sie meine Ansicht, es ist überaus positiv zu werten, daß sich auch der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel mit einem möglichen Standort Lindau am bayerischen Bodenseeufer für diese internationale Kooperation ausdrücklich einverstanden erklärt hat?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Rotter, angesichts der Tatsache, daß Baden-Württemberg ebenso wie Bayern ein ausgeprägtes Selbstverständnis hat, ist es sehr bemerkenswert und erfreulich, daß hier zwei kompetente und potente Länder durch die Zusammenarbeit versuchen, noch stärker zu werden. Ich hoffe, dies kommt dem Raum zugute.

Präsident Böhm: Letzte Zusatzfrage: Frau Lück.

Frau Lück (SPD): Gerade das, was Sie zum Schluß angesprochen haben, ist wohl der Hauptpunkt. Die Länder haben auch schon in früheren Jahren Kooperationen angeboten, aber die finanzielle – –

Präsident Böhm: Wir sind schon wieder bei Feststellungen. Es ist doch nicht so schwer, Fragen zu stellen.

Frau Lück (SPD): – aber die finanzielle Seite ist nie angesprochen worden. Daher frage ich Sie: Hat sich auch da etwas geändert? Sind jetzt auch die anderen Länder bereit, finanziell einzusteigen und sich an der Lehre zu beteiligen?

Präsident Böhm: Ich werde das nächste Mal sofort zur nächsten Frage übergehen, wenn wieder mit Feststellungen begonnen wird; denn dies ist eine Fragestunde und keine Feststellungsstunde. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, Frau Kollegin! Das entscheidende Thema wird nicht sein, daß etwa benachbarte Länder Lindau mitfinanzieren. Das werden sie nicht tun, es sei denn, es gibt eine echte Lücke; dann sparen wir etwas. Dies war auch nicht das Modell bei Neu-Ulm und Ulm, sondern ein kooperatives, ergänzendes Konzept.

Neu bei der Finanzierung ist, daß sicher auch die Wirtschaft wissen muß, bei einem solchen Engagement der IHK Lindau, ich darf sagen: respektive auch der IHK im schwäbischen Raum insgesamt, muß sie schon eine Antwort darauf geben, ob sie sich bei ihrer Forderung der lebenslangen Fort- und Weiterbildung ein kooperatives Modell vorstellen könnte, bei dem sie sich auch einbringt. Ich warte immer noch auf den Tag, an dem die Wirtschaft nicht immer nur von uns Kooperationsbereitschaft fordert, sondern sich auch selber stärker in Bestehendes im Sinne der Effizienzoptimierung einbringt, etwa in die Berufs-, Fort- und Weiterbildung.

Präsident Böhm: Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): *Herr Staatsminister, nachdem der Ton zwischen der Ludwig-Maximilians-Universität und der Technischen Universität in der letzten Zeit immer forschender geworden ist und aufgrund des Gutachtens „Die zukünftige Ausrichtung der Struktur der Hochschulinstitutionen in Weihenstephan“ das Ganze zu eskalieren droht, frage ich die Staatsregierung, was sie zu tun gedenkt, um das vergiftete Klima zwischen der LMU und der TU zu verbessern.*

Präsident Böhm: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schläger, das Gutachten zur künftigen Ausrichtung der Struktur der Hochschuleinrichtungen der beiden Münchner Universitäten sieht eine Neustrukturierung der in Weihenstephan angesiedelten Fakultäten in Forschungsdepartments und Studienfakultäten vor, die miteinander verbunden werden sollen. Die Fakultät für Forstwissenschaft soll dabei nach dem Gutachtert votum an die Technische Universität München verlagert werden.

Die beiden Münchner Universitäten, denen das Gutachten am 25. Januar 1999 von den Gutachtern erläutert

wurde, haben nunmehr die Möglichkeit, hierzu gegenüber dem Ministerium Stellung zu nehmen. Nach Eingang dieser Stellungnahme wird unter sorgfältiger Abwägung der Gutachterempfehlungen und der Stellungnahmen der Hochschulen eine Entscheidung über die künftige Struktur des Hochschulstandortes Weihenstephan getroffen werden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Diskussion über eine Fakultätsverlagerung, die einen empfindlichen Einschnitt in das historisch gewachsene Fächerspektrum der Universität München bedeuten würde, Reaktionen ausgelöst hat. Das Staatsministerium geht jedoch davon aus, daß eine nach sorgfältiger Prüfung und nach Absprache mit allen Beteiligten getroffene und sachlich nachvollziehbare Entscheidung von beiden Hochschulen akzeptiert werden wird.

Präsident Böhm: Erste Zusatzfrage, Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Staatsminister, nachdem bereits öffentlich vom Ausplündern einer Universität durch die andere gesprochen wird und es bereits als sicher gilt, daß dies das Ende der forstlichen Fakultät wäre, frage ich Sie, ob Bayern als größter Waldbesitzer Mitteleuropas seine forstliche Fakultät nicht in der bisher bewährten Weise beibehalten sollte. Diese Fakultät besitzt schließlich nicht nur in Bayern und Deutschland einen guten Ruf, sondern in ganz Europa.

Präsident Böhm: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schläger, als Fachmann wissen Sie, daß ich Ihnen in der Bewertung der Wichtigkeit der Forstwissenschaft und der Forstwirtschaft zustimme. Daher wird die Forstwissenschaft ihren Rang nicht verlieren, sondern sie wird gewinnen. Es geht lediglich darum, ob der Rang der Forstwirtschaft im Verbund mit dem Biobereich, der Chemie, der Physik, der Ökologie oder der Medizin bestmöglich gewährleistet werden kann. Dazu müssen wir eine neue Struktur der Departments und Studienfakultäten entwickeln.

Ich werde die Entscheidung sicherlich nicht nach dem Motto „Wer bellt am lautesten“ treffen. Diese Entscheidung darf keine Frage von Siegern oder Besiegten sein. Nötig ist vielmehr sachliche Abwägung. Es wird aber sicherlich nicht dazu kommen, daß die Forstwissenschaft, deren Tradition und wissenschaftliche Kompetenz nicht in Frage gestellt wird, zum Exitus kommt. Die Forstwirtschaft ist in einem erheblichen Umfang mit den Entwicklungen an der Fachhochschule verbunden. An der Tatsache, daß die Zahl Ihrer Berufskolleginnen und -kollegen abnimmt, sehen Sie, welch geringen Anteil der Staat an der Forstwirtschaft hat. Das Berufsbild in diesem Bereich hat sich sehr stark verschoben.

Präsident Böhm: Zweite Zusatzfrage, Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Staatsminister, dieses Gutachten war bereits zwei Wochen vorher in der Zeitung zu lesen. Weil sich das Berufsbild in der Forstwirtschaft verschoben hat, frage ich Sie, ob bei der Gesamtbeurteilung dieses Gutachtens auch die forstliche Fachhochschule und das Landesamt für Wald- und Forstwirtschaft einbezogen waren. Ich glaube, diese Einrichtungen wurden ignoriert.

Präsident Böhm: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schläger, von den hochrenommierten Wissenschaftlern der ETH Zürich unter Führung von Prof. Rieder als Agrarwissenschaftler und Prof. Heinemann als Forstwissenschaftler wurde nichts ignoriert. Als Laie und politisch Verantwortlicher zolle ich der Qualität dieses Gutachtens vollen Respekt. Es lohnt sich, dieses Werk zu studieren. Der Hauptwert dieses Gutachtens besteht darin, daß es eine wesentliche Verbesserung der Qualität der Wissenschaftler anmahnt. Dies geht in den emotionalen Kämpfen zwischen den Hochschulen und deren Repräsentanten leicht unter. Wir müssen auch in der Agrarwissenschaft aus dem Elfenbeinturm heraus. Die Forderungen an die Agrarwirtschaft beschränken sich nicht auf eine bestimmte Summe von Lehrstühlen. Dies gilt auch für die Forstwirtschaft. Wir müssen die Zugriffsmentalität von Verbänden zurückdrängen, wenn wir wissenschaftlich international bestehen wollen.

Präsident Böhm: Letzte Zusatzfrage, Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Staatsminister, ist Ihnen nicht bewußt, daß bereits heute ein forstwirtschaftliches Kompetenzzentrum in Weihenstephan besteht? Dieses Kompetenzzentrum besteht aus der LMU, der Fachhochschule und der Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft. Wenn Sie diesem Gutachten nachgeben, zer schlagen Sie ohne Not dieses hervorragende Kompetenzzentrum.

Präsident Böhm: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schläger, ich weiß noch nicht, ob ich diesem Gutachten nachgebe. Allerdings gibt es dafür Gründe. Sie tun so, als wäre in Weihenstephan bereits ein Kompetenzzentrum vorhanden, das diesen Namen verdiene. Der Staat hat die Aufgabe zu lösen, sechs Anlagen und Versuchsanstalten, die völlig getrennt von der Wissenschaft laufen, mit begrenzten finanziellen Ressourcen so zu koordinieren, daß Synergieeffekte entstehen. Darum wird die Landwirtschaft und das Landwirtschaftsministerium ein wichtiger Partner bei der Lösung dieser Aufgabe sein. Im Interesse bester Voraussetzungen für die Wissenschaft und die Forschung müssen wir für Verbesserungen sorgen.

Präsident Böhm: Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Schmidt-Sibeth.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Herr Staatsminister, kann die Staatsregierung verantworten, daß auf dem Gelände am Biederstein für medizinische Lehre, Forschung und Patientenversorgung der TU München durch den Bau von hier nicht benötigten Mitarbeiterwohnungen wegen der Beseitigung eines Hochsicherheitsbunkers und der anschließenden dreijährigen Bautätigkeit vor allem die wissenschaftliche Forschungsarbeit mit zum Teil erschütterungsempfindlichen High-Tech-Meßgeräten gefährdet wird? Können Sie es verantworten, die künftige Entwicklung zahlreicher von Bayern, der EU, dem BMFT und der DFG in Millionenhöhe geförderter Forschungsprojekte, wie zum Beispiel „Allergie und Umwelt“ der „Offensive Zukunft Bayern“, wegen der dadurch genommenen baulichen Erweiterungsmöglichkeiten zu gefährden?

Präsident Böhm: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Kollegin Schmidt-Sibeth! Erstens. Die Stadibau GmbH hat im Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen damit begonnen, auf dem staatlichen Gelände Am Biederstein 81 Staatsbedienstetenwohnungen vorrangig für Klinikpersonal zu errichten. Das Projekt geht, auch hinsichtlich des Baugrundstücks, auf einen länger zurückliegenden Vorschlag des Klinikums rechts der Isar der Technischen Universität München zurück, das dringenden Wohnraumbedarf für Pflegepersonal des Klinikums angemeldet hatte. Zwar haben sich Klinikum und Universität aufgrund neuer Planungsüberlegungen für das Klinikgelände an der Ismaninger Straße in der jüngeren Zeit dafür eingesetzt, das Projekt am Biederstein zu überdenken. Nach den Feststellungen des Finanzministeriums sind jedoch bereits Vorleistungen in Millionenhöhe angefallen, so daß aus dortiger Sicht eine Abkehr von dem Vorhaben nicht mehr vertreten werden könnte. Deshalb hat das Staatsministerium diesem Vorhaben zugestimmt.

Zweitens. Das Finanzministerium sieht dringenden Bedarf für die Realisierung des Projekts. Dies wird belegt durch 244 Anträge auf Zuweisung einer Staatsbedienstetenwohnung aus dem Bereich der Münchner Universitätsklinik, davon 59 Anträge aus dem Bereich des Klinikums rechts der Isar.

Drittens. Bei allen Hochbaumaßnahmen, die ständig in Hochschulgebäuden oder deren unmittelbarem Umfeld durchgeführt werden, gilt für die Bauphase das Gebot größtmöglicher Rücksichtnahme auf den laufenden Hochschulbetrieb, sei es in der Forschung, der Lehre oder der Krankenversorgung. Für das Wohnungsbauprojekt am Biederstein trifft dies genauso zu, auch für das in der Anfrage genannte laufende Bauvorhaben der Errichtung eines Laborgebäudes für Allergie und Umwelt auf dem Biederstein-Gelände, ebenfalls in Nachbarschaft zu vorhandenen Hochschuleinrichtungen. Als Beispiel dafür mag dienen, daß der in der Anfrage genannte

Bunker anstelle einer in der Tat sehr beeinträchtigenden denkbaren Sprengung durch ein weitaus weniger beeinträchtigendes und teureres Verfahren beseitigt wird.

Viertens. Planungen der Technischen Universität München, die Hochschuleinrichtungen auf dem Biedersteingelände in größerem Umfang baulich zu erweitern, sind – unabhängig von einer dem entgegenstehenden baurechtlichen Situation – nicht ersichtlich und uns nicht bekannt.

Präsident Böhm: Eine Zusatzfrage: Frau Kollegin Schmidt-Sibeth.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Wie beurteilen Sie, daß künftig dieses Gelände gemeinsam von Staatsbediensteten, die dort leben, und von Patienten benutzt wird, die durch ihre schwere Erkrankung sichtbare Schädigungen ihrer Haut haben und sich gern in einem behüteten Raum im Freien bewegen wollen, um die einzelnen Einrichtungen erreichen zu können?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Kollegin Schmidt-Sibeth, es gibt 59 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Klinik rechts der Isar und über 200 aus dem Klinikbereich insgesamt. Man sollte daher darauf achten, daß keine fremden Personen dort ansässig sind und das Miteinander von sichtbar beeinträchtigten Menschen, die an Allergien leiden, in sozialer Hinsicht kompatibel ist. Ich habe also diese Sorge eigentlich nicht.

Präsident Böhm: Eine weitere Zusatzfrage: Frau Kollegin Schmidt-Sibeth.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Ist mit den Wissenschaftlern geklärt worden, ob diese Forschungseinrichtungen wirklich so genutzt werden können, daß sie nicht völlig neu tartiert werden müssen und dadurch die wissenschaftliche Forschung, die im Rahmen des Projektes „Allergie und Umwelt“ anlaufen soll, vielleicht doch für mehrere Jahre gefährdet ist?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Kollegin, es sind intensive Gespräche geführt worden, die allemal geklärt zu haben scheinen, daß solche Beeinträchtigungen nicht erfolgen oder minimiert werden konnten. Gleichwohl will ich gar keinen Hehl daraus machen: Hätte ich bei der Stunde Null beginnen können, so würden dort keine Staatsbedienstetenwohnungen entstehen. Dies möchte ich ganz offen sagen. Aber rebus sic stantibus, bei dieser Sachlage, bei den bereits getätigten Investitionen und in Anbetracht des Bedarfs muß ich aus der Einsicht und Loyalität gegenüber den Aufgaben des Finanzministeriums heraus, Staatsbedienstetenwohnungen zu schaffen, eine Antwort geben. Deswegen war die Güter-

abwägung so, daß ich nach Rücksprache mit Herrn Direktor Siewert, auch im Gespräch mit Prof. Ring, der als besonders Betroffener gilt und eine hochkarätige Persönlichkeit ist, natürlich will, daß es zu einem guten Modus vivendi kommt.

Präsident Böhm: Letzte Zusatzfrage: Frau Kollegin Schmidt-Sibeth.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Mir drängt sich der Verdacht auf, daß an eine Erweiterung der Forschung auf diesem Gebiet in Zukunft nicht gedacht ist, weil keine weiteren Flächen zur Verfügung stehen. Wie sehen Sie dies?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Mir drängt sich aufgrund der so gearteten Sachlage die Hoffnung auf, daß bei einem eventuellen solchen Bedarf auch solch ein Gebäude für medizinische Zwecke verwendbar gestaltet werden kann.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Auf welchem Grundstück?

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Ich habe offenbar eine zu kompakte Antwort gegeben. Bei dem so errichteten Wohngebäude besteht auch eine Grundlage, es gegebenenfalls für medizinischen Bedarf umzuorientieren.

Präsident Böhm: Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Straßer.

Straßer (SPD): *Ist die Bayerische Staatsregierung bereit, auf die Medienbetriebsgesellschaft Donau-Lech mbH einzuwirken, damit die bei verschiedenen Gerichten anhängigen Mahnbescheide für Teilnehmerentgelte der Jahre 1994 bis 1998 von Kabelkunden in den Landkreisen Dillingen und Donau-Ries storniert bzw. rückgängig gemacht werden, nachdem die verwaltungsmäßige Abwicklung äußerst problematisch gehandhabt wurde?*

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Straßer, die anhängigen Mahnverfahren stellen eine besondere Art des zivilprozessualen Verfahrens dar. Das Mahnverfahren dient dazu, bei unstreitigen Geldforderungen dem Gläubiger ohne Verhandlung einen rechtskräftigen, vollstreckbaren Titel zu verschaffen. Erhebt der Antragsgegner Widerspruch gegen den Mahnbescheid und beantragt eine Partei die Durchführung des streitigen Verfahrens, so geht das Mahnverfahren in einen regulären Zivilprozeß über. Die Staatsregierung hat keine Möglichkeit, in gerichtliche Verfahren einzugreifen.

Die Medienbetriebsgesellschaften sind durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes vom 27. Dezember 1997 mit Wirkung vom 1. Januar 1999 aus ihren gesetzlichen Rechten und Pflichten entlassen worden. Nach § 2 Absatz 5 Satz 1 dieser Gesetzesnovelle ist die Bayerische Landeszentrale für neue Medien kraft Gesetzes in die ab dem 1. Januar 1999 entstehenden Rechte und Pflichten aus dem Teilnehmerverhältnis eingetreten. Vor diesem Zeitpunkt entstandene Forderungen stehen weiterhin den Medienbetriebsgesellschaften zu.

Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem nach Artikel 19 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes die Rechtsaufsicht über die Bayerische Landeszentrale für neue Medien obliegt, wird das Vorbringen unter rechtsaufsichtlichen Gesichtspunkten prüfen.

Präsident Böhm: Nur noch eine Zusatzfrage, weil die Zeit bereits abgelaufen ist. Bitte, Herr Kollege Straßer.

Straßer (SPD): Sehen Sie eine Möglichkeit, sich an einem runden Tisch doch noch zu einigen, damit dieses Problem aus der Welt geschaffen wird, wo doch viele rechtsunkundige Bürgerinnen und Bürger betroffen sind?

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Straßer, diese Möglichkeit sehe ich, jedoch nicht unter Federführung der Rechtsaufsichtsbehörde, sondern des Gremiums, das jetzt zuständig ist, nämlich der Landeszentrale für neue Medien.

Präsident Böhm: Ich lasse noch die Frage von Herrn Kollegen Georg Schmid zu.

Georg Schmid (CSU): Herr Staatsminister, könnten Sie veranlassen, daß diese überaus ärgerlichen Vorgänge von Ihrem Hause unmittelbar an die Bayerische Landeszentrale für neue Medien weitergeleitet werden, da dort jetzt das Inkassoverfahren durchgeführt wird, um zumindest zu erreichen – es wäre meine Bitte, daß das in Ihrem Vortrag gegenüber der Landeszentrale für neue Medien so formuliert wird –, daß für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine Kulanzregelung gefunden wird? Über 8000 Leute haben Bescheide bekommen. Es wäre sehr gut, wenn von Ihrer Seite aus dieses Petikum vorgetragen werden könnte.

Präsident Böhm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Schmid, ich stelle fest, daß Sie dasselbe Votum wie Herr Kollege Straßer abgeben. Ich kann mir schwer vorstellen, einen runden Tisch mit 8000 Personen einzuberufen. Ich bin aber gern bereit, dieses Petikum mit der Bitte um wohl-

wollende Behandlung an den Präsidenten der Landeszentrale für neue Medien weiterzugeben. Dort ist der Handlungsbedarf.

Präsident Böhm: Herr Kollege Straßer, ich bitte um Verständnis, daß ich keine weiteren Fragen zulasse. Wir haben schon drei Minuten überzogen. Ich habe eben darauf hingewiesen. Wir haben nur eineinhalb Stunden für die Fragestunde. Die Fragestunde ist geschlossen.

Ich rufe nun die zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge auf, als ersten:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dinglreiter, Kaul und anderer und Fraktion (CSU)

Perspektiven der Energiepolitik (Drucksache 14/248)

Ich glaube, wir können auf die Begründung verzichten, die Herr Kollege Dinglreiter geben wollte, und sollten gleich in die Aussprache eintreten. Ich erteile Ihnen dazu das Wort, Herr Kollege Dinglreiter.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Pläne der Bundesregierung zur Beendigung der Kernenergienutzung zeichnen sich seit gestern etwas klarer ab. Andererseits: Was ist bei dieser Bundesregierung schon klar?

(Kaul (CSU): Ja, es ist trotzdem noch chaotisch!)

Letzten Sonntag hat Bundeskanzler Schröder vollmundig erklärt, es werde alles so durchgezogen, wie mit Trittin abgesprochen; mit Schadensersatzansprüchen wegen des Ausstiegs aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien sei nicht zu rechnen. Gestern sagte Schröder, nachdem er Nachhilfeunterricht von den Ministerpräsidenten der SPD, der eigenen Justizministerin und von Vertretern der Energiewirtschaft bekommen hat, etwas völlig Neues. Dabei wurde deutlich, daß der Ausstieg, wie er geplant war, ein milliarden-schweres Kostenrisiko mit sich bringt und daß die Pläne von Trittin im Norden schon vor dem Jahr 2001 zur Abschaltung von Reaktoren und zu erheblichen Problemen in der Energieversorgung geführt hätten. Trotzdem versuchte der Bundeskanzler gestern, im Brustton der Überzeugung den Eindruck zu erwecken, als hätte er nie etwas anderes gesagt: Natürlich müsse sorgfältig geprüft werden, selbstverständlich sei der Gesetzentwurf noch nicht beratungsreif, gemischte Arbeitsgruppen würden die offenen Fragen beraten, und die Wiederaufarbeitung könne durchaus noch drei oder gar fünf Jahre fortgeführt werden.

Was ist von einem Bundeskanzler zu halten, der an einem Tag eine Sonntagsrede für die grüne Klientel hält, und sich am anderen Tag einer realistischen, an Fakten orientierten machbaren Energiepolitik beugen muß? Zunächst nichts. Denn wir wissen nicht, wann der Bundeskanzler erneut umdenkt und möglicherweise wieder zu anderen Erkenntnissen kommt. Deshalb wollen wir von der Staatsregierung wissen, mit welchen Konsequenzen der Bonner Politik im Freistaat Bayern gerechnet werden muß.

Bayern hat einen Stromerzeugungsanteil aus Kernenergie von 68%, in der Grundlast sogar von 80%. Vor diesem Hintergrund wollen wir wissen, welche Auswirkungen ein Ausstieg aus der Kernenergie für Bayern und seine Wirtschaft, aber auch auf seine Umwelt hätte. Trifft es zu, daß ein Ausstieg mit zusätzlich 19 Millionen Tonnen Schwefelschadstoffen und 47 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verbunden wäre? Das wäre doppelt soviel wie die jährliche Straßenverkehrsemission in Bayern. Sind vor diesem Hintergrund die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland noch aufrecht zu erhalten? Die Kernkraft hat zweifellos Kostenvorteile gegenüber der Alternativbeschaffung von Strom; ihr Mehrpreis pro Kilowattstunde wird mit 2,5 bis 3 Pfennig angesetzt. Welche Auswirkungen hätte eine solche Mehrbelastung für unsere Wirtschaft, welche für die Arbeitsplätze direkt und indirekt?

(Frau Biedefeld (SPD): Wie steht es um die Entsorgung?)

– Darauf werden wir noch eingehen. Kernenergie ist ein heimischer Energieträger. Welche Folgen hätte es für die Energiewirtschaft und für das gesamte Land, wenn unsere Energiepolitik zu einem wesentlichen Teil wieder importabhängig würde? Wie verträgt sich der von der Bundesregierung geplante verstärkte Einsatz von Kohle und Erdgas mit einer allseits als notwendig erkannten Politik der Ressourcenschonung? Wie ist der Ausstieg aus den sichersten Kernkraftwerken der Welt vor dem Hintergrund von Forschung und Entwicklung zu bewerten? Kann es dazu kommen, daß sich die geringere Sicherheit bei uns verschlechtert, wenn wir sichere Kernkraftwerke im eigenen Land abschalten, die Sicherheitsstandards deshalb nicht mehr weiterentwickeln und die geringere Sicherheit von Kernkraftwerken jenseits der deutschen Grenzen unsere Energieversorgung mitbestimmt? Wäre der Ausstieg aus der Kernenergie, wenn man ihn überhaupt diskutiert, nicht ein Thema, das europaweit erörtert werden müßte? Ein nationaler Alleingang ist wohl nicht das Mittel erster Wahl.

Wie steht es um die Exportchancen für unser Land in diesem Technologiesektor, wenn weltweit derzeit über 40 neue Kernkraftwerke im Bau sind – davon allein 15 in Osteuropa – und sich weltweit über 50 in Planung befinden?

Bei diesen Fragen will ich es belassen, auch wenn sich noch andere aufdrängten; denn ich möchte in das Thema nur einführen. Wir haben vor, uns später in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft, Verkehr und Technologie und Landesentwicklung und Umweltfragen damit eingehend zu beschäftigen, wozu uns die Staatsregierung einen Bericht vorlegen wird.

Mich wundert, daß bei all diesen wichtigen und auch weithin offenen Fragen die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern gegenüber Bonn einfach brav sind und mit den Köpfen nicken. Gelegentlich reiben sie sich auch verwundert die Augen angesichts dessen, was tagtäglich an Neuem auf sie zukommt, zeigen aber kein Interesse an einer Diskussion darüber, welche Auswirkungen all dies für unser Land hat.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Stimmt, das ist nicht zum Vorteil Bayerns! – Hofmann (CSU): Die verlassen sich auf die CSU!)

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Sie in den Bayerischen Landtag gewählt worden sind, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns zu vertreten und nicht um kopfnickend nach Bonn zu schauen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten, daß auch Sie von der SPD in dieser Frage, wie von Ihrer Fraktionsvorsitzenden angedeutet, ein klares Wort in Richtung Bonn sprechen. Denn die Interessen Bayerns sind in Gefahr.

(Fortgesetzter Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler ernst, die von uns eine positive wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Schonung der Ressourcen und saubere Umwelt erwarten. Deswegen werden wir Ihnen – ich sage dies mit Blick auf Trittin – Ihren blindwütigen und ideologisch begründeten Marsch in den Ausstieg nicht durchgehen lassen. Wir werden Sie mit Sachfragen konfrontieren und Sie stellen. Dann werden Sie sich äußern und sich vor den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns verantworten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Staatssekretär Spitzner das Wort.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der CSU-Fraktion für den Dringlichkeitsantrag sehr dankbar. Denn er behandelt ein Thema, das aktueller, brennender, brisanter und gewichtiger nicht sein könnte. Zum Thema könnte man vieles sagen; man könnte zum Beispiel polemisieren. Ich versuche, Argumente und Fakten zu bringen. Im Vordergrund meiner Ausführungen werden die ökonomischen Aspekte eines Ausstiegs aus der Kernenergie stehen, das heißt, die Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Frau Staatssekretärin Stewens wird insbesondere die ökologischen Aspekte berücksichtigen.

(Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt der Bericht schon jetzt? – Gegenruf Kaul (CSU): Das ist nur der Einstieg, im Ausschuß wird es detaillierter!)

Da der Ausstieg aus der Kernenergie von der Opposition mit dem Argument Sicherheit begründet wird, darf ich dem entgegenhalten, daß ein Ausstieg vor allem deshalb fatal wäre, weil er nicht mehr, sondern weniger Sicherheit brächte. Ob es einem paßt oder nicht, Fakt ist, daß die 19 deutschen Kernkraftwerke zu den sichersten von insgesamt 433 in der Welt und 216 in Europa gehören. Dies beweisen 37 Jahre sicherer Anlagenbetrieb

und die jährlichen Top ten der weltweiten Stromerzeugung aus Kernenergie, die regelmäßig von deutschen Anlagen angeführt werden.

Fakt ist auch, daß unser Sicherheitsmaßstab mit der höchste ist. Nun besteht aber die Gefahr, daß bei einem Ausstieg dieser Sicherheitsmaßstab für die internationale Entwicklung verlorengehen könnte. Kollege Dingreiter hat zu Recht darauf hingewiesen, daß derzeit 433 Kernkraftwerke in Betrieb sind. 40 Anlagen sind im Bau, 15 davon in Osteuropa. Vor wenigen Tagen haben wir gehört, daß in den nächsten Jahren möglicherweise noch einige dazukommen werden.

Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die energiewirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in einem erheblichen Maße stärken. Derzeit werden in Kernkraftwerken 160 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugt. Wir alle wissen, daß nach Prognosen der Experten der weltweite Energieverbrauch und vor allem der Energieverbrauch bei uns in Europa in den nächsten 20 Jahren um 50% ansteigen wird. Von der Gegenseite wird behauptet, diese 160 Milliarden Kilowattstunden – das ist rund ein Drittel der gesamten Stromerzeugung – könnten leicht durch Energiesparmaßnahmen aufgefangen werden. Allein mit Energieeinsparung ist es aber nicht getan. Sicherlich gibt es Energiesparpotentiale, die noch stärker genützt werden können.

(Kaul (CSU): Auf dem Wärmemarkt, aber nicht auf dem Strommarkt!)

– Richtig, Herr Kollege Kaul, auf dem Wärmemarkt, aber nicht auf dem Strommarkt, und deshalb reichen Energiesparmaßnahmen allein nicht aus.

Auch mit den erneuerbaren Energien ist es nicht getan. Abgesehen von der nur begrenzt ausbaubaren Wasserkraft liefern die Windkraft derzeit gerade 3 Milliarden Kilowattstunden und die Photovoltaik 0,01 Milliarden Kilowattstunden. Selbst bei massiver Subventionierung ließe sich der Anteil der Energie aus erneuerbaren Energiequellen nur in begrenztem Maße erhöhen.

Der Bau eines Kernkraftwerkes kostet derzeit rund 5 Milliarden DM. Wollte man die Leistung eines Kernkraftwerkes durch den Bau eines Solarkraftwerkes ersetzen, müßte 36mal soviel bezahlt werden, nämlich 180 Milliarden DM. Außerdem bräuchten wir für ein Solarkraftwerk eine Fläche, die rund zweieinhalbmal so groß ist wie der Chiemsee.

(Zurufe von der SPD: Ach, geh zu!)

Die Konsequenz eines Ausstiegs aus der Kernenergie wäre, wie der von Ihnen vergötterte Altbundeskanzler Helmut Schmidt vor wenigen Tagen sehr deutlich gesagt hat, fatal. Denn zum einen müßte mehr Strom aus dem Ausland importiert werden, und dies nicht nur aus Westeuropa, sondern vielleicht auch aus Osteuropa. Wir können den Leuten aber nicht klarmachen, daß wir Kernkraftwerke mit hohem Sicherheitsstandard abschalten, dafür aber Strom aus Tschernobyl oder anderen Kraftwerken beziehen.

Daneben müßten neue Kohle- und Gaskraftwerke gebaut werden. Auch dafür müßten erhebliche Summen aufgewendet werden, während gut funktionierende Kernkraftwerke stillgelegt würden. Damit würde volkswirtschaftliches Potential in ungeheuerem Maße verschleudert. Außerdem wären wir auch beim Bezug von Kohle und vor allem von Gas wieder vom Ausland abhängig. Nach einschlägigen Berechnungen würde sich damit der Strom – diese Zahl ist gestern bei den Verhandlungen mit dem Bundeskanzler auch genannt worden, und er hat sie nach meinen Informationen mit großer Betroffenheit zur Kenntnis genommen – deutlich verteuern. Allein in Bayern würde der Strompreis um rund 30% steigen.

Berücksichtigt man die Kosten für den Bau neuer Kraftwerke, die Kosten für Entschädigungszahlungen an die Eigentümer bei vorzeitiger Stilllegung funktionsfähiger Kernkraftwerke und die Kosten in Höhe von rund 20 Milliarden DM, die durch die Kündigung völkerrechtlich verbindlicher Verträge über die Wiederaufarbeitung in Frankreich und in England entstehen, so wäre mit Verlusten in dreistelliger Milliardenhöhe zu rechnen. Diese Verluste würden voll auf den Strompreis durchschlagen. Strompreiserhöhungen erhöhen aber die Produktionskosten der Unternehmen. Sie treffen vor allem die stromintensiven Branchen wie Stahl, Chemie, Papier, Glas, Steine und Erden und Porzellan.

(Starzmann (SPD): Und schaffen Anreize zum Energiesparen!)

Strompreiserhöhungen treffen gerade die Branchen, die es jetzt schon schwer haben, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Sie treffen vor allem die mittelständischen Industriebetriebe, die gegenüber der ausländischen Konkurrenz schlechter stehen. Wichtige Automatisierungen und Modernisierungen, die in der Regel mit einem Mehraufwand an Strom verbunden sind, müßten unterbleiben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich würde es mir nicht so einfach machen. Die Bundesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, möglichst viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Ausstieg aus der Kernenergie zum jetzigen Zeitpunkt in der vorgesehenen Art und Weise würde nicht mehr Arbeitsplätze schaffen, sondern viele funktions- und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze vernichten.

(Beifall bei der CSU)

Diese Einschätzung teile ich voll und ganz mit Ihrem Parteifreund, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt.

(Starzmann (SPD): Es wäre gut, wenn Sie öfter auf die Gewerkschaften hören würden!)

Herr Schmoldt hat sehr deutlich darauf hingewiesen, daß es nicht nur um die 40 000 Arbeitsplätze geht, die möglicherweise bei den Stromerzeugern verlorengehen, sondern er sagte in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ am 4. Januar 1999 ausdrücklich: „Es geht dann

mehr als eine Viertelmillion hoch- und höchstqualifizierter Arbeitsplätze verloren.“

Das würde gerade uns in Bayern stark treffen. Wir haben erst vorhin in der Fragestunde über die Wirtschaftsförderung und die Sicherung von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Gebieten diskutiert. Lassen Sie mich deshalb noch einmal zu diesem Thema etwas sagen. Es vergeht keine Woche, in der Minister Wiesheu oder ich nicht von Kollegen aus der Regierungsfraktion oder der Opposition – Kollege Dr. Scholz ist hier äußerst aktiv, SPD-Abgeordnete aus der Oberpfalz und aus Oberfranken aber genauso – um Hilfe bei bestimmten Unternehmen gebeten werden.

(Starmann (SPD): Ich wollte wissen, wie das mit Nentwig war!)

– Herr Kollege, reden Sie doch nicht dauernd so einen Blödsinn. Bei Ihnen gilt der Satz: Lieber Gott, gib mir die Kraft, daß ich mein Hirn einschalte, bevor ich einen Zwischenruf mache. Es ist schon sehr primitiv.

(Zustimmung bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Herr Kollege, ich habe Sie immer geschätzt und geglaubt, daß Sie sachlichen Argumenten ruhig zuhören können. Sie können dann Ihre Meinung hier oben sagen.

(Starmann (SPD): Das hört niemand gern!)

Herr Kollege Scholz, Sie sind zu Recht immer sehr aktiv, wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen im Raum Nürnberg/Fürth geht. Sie fordern uns im Einzelfall immer wieder auf, alles zu tun, wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Betrieben geht. Wir begrüßen das Engagement, das in diesem Haus von allen Seiten kommt. Ich halte Sie aber nicht für glaubwürdig, wenn Sie einerseits auf die Barrikaden steigen und wie ein Löwe kämpfen, wenn 30, 40, 50 oder 60 Arbeitsplätze bei irgendeinem Unternehmen gesichert werden sollten, weil dieser Verlust einen erheblichen Rückschritt in der Entwicklung dieser Region bedeuten würde, während Sie beim Erhalt und der Sicherung ganzer Branchen und von Zigtausenden von Arbeitsplätzen in ganz Bayern den Kopf in den Sand stecken und tote Hose spielen. Dieses Verhalten ist meines Erachtens unverantwortlich. Lassen Sie mich das ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Starmann (SPD))

– Nein, lieber Kollege, ich messe Sie nicht an den Sprüchen, die Sie geklopft haben, als Sie in Bonn in der Opposition waren. Ich messe Sie an den Taten, die Sie zeigen müssen, da Sie jetzt in Bonn an der Regierung sind. Lassen Sie mich das klar und deutlich sagen.

Schade, daß Kollege Schläger nicht da ist. Das Thema Porzellanindustrie haben wir in diesem Hause immer wieder leidenschaftlich diskutiert. Wir wissen, daß gerade in Nordostoberfranken viele Arbeitsplätze unwiederbringlich verlorengegangen sind, was gerade für den Raum Selb schwerwiegende Folgen hat. Wir alle wissen,

daß es uns in gemeinsamer Anstrengung mit der Wirtschaft, aber auch den Gewerkschaften gelungen ist, viele Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Gerade hier haben – lassen Sie mich das klar und deutlich sagen – die Gewerkschaften eine sehr positive Rolle gespielt. Ich weiß, wie hart es etwa für Helmut Beer, Horst Weidner oder Frau Beslmeisl war, den Arbeitnehmern in den Betrieben im konkreten Gespräch zu sagen, sie hätten zwar schon viel verzichtet, müßten aber noch einmal verzichten, etwa auf Teile des Weihnachtsgeldes oder des Urlaubsgeldes, damit die Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Ich kenne die Porzellanindustrie sehr gut. Die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben Zugeständnisse gemacht, die bewundernswert sind. Viele andere in unserer Gesellschaft, die bei Lohnrunden laut schreien, könnten sich davon ein erhebliches Stück abschneiden. Diese Leute haben Löhne, die nicht mehr zu unterbieten sind. Ich will das so deutlich ausdrücken.

Die Beschäftigten der Oberpfälzer und oberfränkischen Porzellanindustrie haben geglaubt, daß alles sicher sei. Vor einigen Tagen kam in Weiden ein Porzelliner auf mich zu. Er sagte: „Herr Staatssekretär, wir waren der Meinung, unsere Arbeitsplätze seien gesichert. Jetzt lese ich in unserer Gewerkschaftszeitung, daß unser Vorsitzender, Herr Schmoldt, zu Recht darauf hinweist, daß möglicherweise tausende Arbeitsplätze bei der Keramikindustrie gefährdet sind. Sollen die Opfer, die wir gebracht haben, umsonst sein?“

Meine Damen und Herren, ich nehme solche Sorgen der Arbeitnehmer sehr ernst. Wir müssen sie ernst nehmen. Kollege Müller kennt dieses Thema von vielen Diskussionen in seinem Stimmkreis. Die Leute haben unwahrscheinlich viel getan. Ich wiederhole, was Hubertus Schmoldt gesagt hat. Er meinte, es sei die Gefahr gegeben, daß insbesondere in den strukturschwachen Gebieten eine vierstellige Zahl von Arbeitsplätzen der Porzellanindustrie wegbrechen werde, wenn die Pläne verwirklicht würden. Ich meine, wir haben als bayerische Politiker gegenüber den Arbeitnehmern in den strukturschwachen Räumen Verantwortung. Wir müssen die Interessen der Arbeitnehmer vertreten – unabhängig davon, wer in Bonn an der Regierung ist. Ich hätte mir gewünscht, daß gerade Ihre Partei – wie Kollege Dingreiter das gesagt hat – dieses Thema stärker akzentuieren würde. Es geht um die Sicherung der Arbeitsplätze und um den Erhalt der Wirtschaftskraft und der Wettbewerbsfähigkeit in Regionen unseres Landes, die stark dem Strukturwandel ausgesetzt sind.

Meine Damen und Herren, steigende Strompreise, Wegfall von Arbeitsplätzen, Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft belasten nicht die Großkopferten, sondern belasten den kleinen Mann und belasten den sozial Schwachen. Ich zitiere noch einmal Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Ich zitiere wörtlich: „Es ist eine Schande, wenn gewisse Leute in unserer Gesellschaft diesen sozialen Aspekt unterdrücken bzw. mit unsäglicher Arroganz bewußt verschweigen.“

Ich kann ihm gänzlich zustimmen. Wir müssen die Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze ernst nehmen.

Das Thema Zwischenlager wird Frau Kollegin Stewens abhandeln. Der globale Aspekt ist sehr wichtig. Kerntechnologie ist auch Hochtechnologie – ob Ihnen das paßt oder nicht. Wer aus der Kerntechnologie aussteigt, meldet Deutschland als Hochtechnologieland ab. Wir verzichten damit auf eine Hochtechnologie, die weltweit als Ausweis für eine Führungsposition unter den Industrienationen gilt. Ich sage das vor dem Hintergrund, daß sich Bundesregierung und Ihr Bundeskanzler stets als fortschrittorientiert geben.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Unter den Experten ist unbestritten, daß der hohe Integrationsgrad der deutschen Volkswirtschaft in der Weltwirtschaft, der große Anteil der Beschäftigten an der Exportwirtschaft eine führende Beteiligung an maßgeblichen technischen Entwicklungen zur Folge hat. Ich behaupte auch, daß ein Land, das die Risiken des technologischen Fortschritts nicht mit technischer Weiterentwicklung beantwortet, letztlich kein Standort für innovative Investitionen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich meine auch, die technischen Sparten der deutschen Volkswirtschaft sind so eng miteinander verbunden, so daß ohne Schaden für die anderen nicht auf einen davon verzichtet werden kann. Die Anwendung der Kerntechnik gibt eine Vielzahl innovativer Anstöße für den technischen Fortschritt in anderen Industriezweigen. Kollege Dingreiter hat zu Recht darauf hingewiesen, aus der wachsenden Zahl der Kernkraftwerke in der Welt ergeben sich Betätigungsfelder, bei denen Deutschland sein vorbildliches Know-how weiterentwickeln und zum Einsatz bringen kann. Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, es ist höchst unwahrscheinlich, daß ausländische Kunden die kerntechnische Ausrüstung aus einem Land beziehen, in dem diese Technik rechtlich untersagt ist.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich glaube, daß diese Aussagen Fakten sind und zutreffend sind. Ich würde Ihnen raten, das Thema nicht mit Arroganz zu behandeln.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie werden es nicht entscheiden!)

Ich wünsche den GRÜNEN nichts Böses. Ich wünsche Ihnen aber allen ein ähnliches Erlebnis, wie es Ihr europäischer Kollege Cohn-Bendit letzte Woche hatte, als er mit den wütenden Protesten der Arbeitnehmer und Beschäftigten vor Ort konfrontiert war. Wir nehmen diese Sorgen ernst. Wir lachen nicht darüber. In all den Jahren hat sich Bayern von einem Agrarland zu einem High-Tech-Land entwickelt. Wir wissen, daß durch diese positive Entwicklung viele tausende Arbeitsplätze in der Industrie, beim Mittelstand, im Handwerk und Gewerbe geschaffen werden konnten. Die günstige Entwicklung der Strompreise in den letzten Jahren hat dabei eine herausragende Bedeutung gehabt. Unbestritten und von

Ihnen anerkannt ist auch, daß dies insbesondere Dr. Otto Schedl zu verdanken ist, der in den fünfziger und sechziger Jahren mit einer vorausschauenden Energiepolitik die Weichen im Sinne sinkender Stromkosten gestellt hat.

Heute ist Fakt, daß die Industriestrompreise in Bayern tief liegen. Bezogen auf den Strom waren wir früher ein Hochpreisland, jetzt sind wir ein Niedrigpreisland. Werden die derzeitigen Pläne verwirklicht, wird das Bayern, weil wir einen hohen Anteil – zwischen 70% und 80% – an Kernenergie haben, erheblich treffen. Wir könnten nicht mehr ein Niedrigpreisland sein, sondern wir würden ein Hochpreisland. Ich glaube, diese ökonomischen Aspekte können nicht einfach beiseite geschoben werden. Man muß sie sehr genau prüfen. Diese ökonomischen Aspekte wurden gestern in der Diskussion mit dem Bundeskanzler sehr eingehend von der Wirtschaft dargelegt. Der Kanzler hat – meiner Information zufolge – diese mit großer Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die Betroffenheit anhält und daß er die Unterstützung der Parteien hat, die ihn tragen – wenngleich ich daran Zweifel habe.

Meine Damen und Herren, Kollege Dingreiter hat richtig gesagt, diese Regierung sei für jede Überraschung gut. Herr Lafontaine hält sich zurück. Man hört, er werde wiederkommen. Sie alle haben sicherlich den wunderschönen Witz in der „Bild am Sonntag“ gelesen. Ich darf ihn zur Erheiterung vortragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Lieben Gott und Lafontaine? Antwort: Der Liebe Gott glaubt nicht, daß er Lafontaine sei. Der Witz stellt sehr deutlich dar, mit welcher elitären Arroganz

(Frau Biedefeld (SPD): Das kann man von der bayerischen Staatsregierung lernen!)

über die Sorgen der Arbeitnehmer hinweggegangen wird.

Lassen Sie mich schließen mit Worten des großen englischen Staatsmannes Lloyd George, über die Sie nachdenken sollten, meine Damen und Herren von der Opposition. Er sagte: „Jede Generation hat ihren Tagesmarsch auf der Straße des Fortschritts zu vollenden. Eine Generation aber, die auf einem schon gewonnenen Grund wieder rückwärts schreitet, verdoppelt den Marsch für ihre Kinder und Enkel.“

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Dingreiter, wenn man Sie so hört, hat man schon den Eindruck: Hier haben wir es mit der puren Angst davor zu tun, daß die bayerische Ideologie zur Kernenergie beerdigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es würde mich ja freuen, wenn es so wäre.

(Willi Müller (CSU): Es geht um Arbeitsplätze!)

– Darüber sprechen wir gleich. Nur keine Panik! – Meine Damen und Herren von der CSU, wie sicher ist denn das, was Sie als sicher bezeichnen, wirklich? Versuchen Sie doch einmal – es wäre toll, wenn Sie das täten –, ein Kernkraftwerk zu versichern. Dann würden wir ja sehen, wie sicher eine solche Anlage wirklich ist. Ich sage Ihnen jetzt schon: Sie werden niemanden finden in dieser Republik, ja, auf der ganzen Welt, der bereit wäre, ein Kernkraftwerk zu versichern.

Sie dürfen nicht immer sagen, wir hätten die besten Kernkraftwerke. Das ist zwar richtig – darauf sind wir bisher auch stolz gewesen; wir sind auch froh darüber. Aber eines dürfen wir nicht übersehen: Auch die „besten Kernkraftwerke“ haben Mängel. Die Anlage in Gundremmingen hat Risse. Immerhin könnte man fliehen, wenn es dumm dort laufen sollte. Längere Zeit hat man nach einer Kugel gesucht; sie war „verloren gegangen“. Dennoch sagen Sie, meine Damen und Herren von der CSU: Alles ist sicher. Da kann ich Sie nur an die Anlage in Tschernobyl erinnern. Dort sind 7000 Quadratkilometer Boden so verseucht, daß kein Mensch mehr in diesem Areal wohnen darf.

(Georg Schmid (CSU): Das liegt nicht in Bayern!)

– Sie können ja einmal hochrechnen, was es bedeutete, wenn hier in Deutschland das gleiche passierte wie damals in Tschernobyl.

(Zurufe von der CSU)

Rechnen Sie doch einmal aus, was in dem Fall an Schadenersatz zu zahlen wäre! Denn es müßte entweder enteignet oder gezahlt werden. Wer über so etwas nicht nachdenkt, mit dem habe ich meine Schwierigkeiten.

Präsident Böhm: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Glück zu?

Wörner (SPD): Ja, bitte.

Glück (CSU): Herr Kollege Wörner, ist Ihnen in Erinnerung, daß es die bayerische SPD zumindest bis vor kurzem vertreten hat, daß mindestens ein Übergangszeitraum von 20 bis 30 Jahren notwendig ist? Halten Sie einen solchen Übergangszeitraum für vertretbar, wenn es solche Sicherheitsmängel gibt, wie Sie sie hier beschreiben?

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Auch wir sind Realisten und halten Übergangszeiträume für notwendig. Dazu komme ich noch.

(Zurufe von der CSU)

Im übrigen habe ich ausdrücklich gesagt, daß unsere Kernkraftwerke sicherer sind als die in anderen Staaten. Doch sollte man nicht immer so tun, als wären sie absolut sicher. Es gibt keine absolut sichere Technik.

(Kaul (CSU): Aber Sie vergleichen doch immer mit Tschernobyl! – Weitere Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren von der CSU, wir wollen keine „strahlende Zukunft“, sondern eine echte Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe es hier schon einmal erklärt: Wir wollen Herrn Stoiber unterstützen. Er sagt nämlich im Zusammenhang mit seiner Zukunftsvision kein Wort mehr zur Kernenergie. Denn er hat längst begriffen, daß diese Technik nicht die Zukunft ist. Auch in den USA hat man das eingesehen. Wir müssen darauf achten, daß wir im Hinblick auf neue Technologien nicht den Anschluß verlieren.

(Lebhafte Zurufe von der CSU)

Wenn wir so weitermachen wie bisher, verlieren wir den Anschluß, was die neuen Technologien angeht. Auf diese sollten wir aber setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann wären wir auch die Sorge um Arbeitsplätze los. Ist Herr Spitzner noch da? – Ja, der Staatssekretär ist noch anwesend.

Präsident Böhm: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Starzmann zu?

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Nein, im Moment nicht. – Herr Staatssekretär, Ihnen muß ich folgendes sagen: In meinen Augen haben Sie sich heute als Heuchler präsentiert. Sie weinen hier um Arbeitsplätze. Dabei waren es doch Sie, die Regierung Kohl und die Bayerische Staatsregierung, die für ein neues Energiewirtschaftsgesetz 100 000 Arbeitsplätze geopfert haben. Sie sind es doch, der in Bayern Tausende von Arbeitsplätzen im öffentlichen Nahverkehr aufs Spiel setzt.

(Kaul (CSU): Woher haben Sie denn diese Zahl? – Weitere Zurufe von der CSU)

Doch hier beklagen Sie sich, kurzsichtig wie immer, und erklären, Sie wollten Arbeitsplätze erhalten.

(Glück (CSU): Können Sie die genannte Zahl einmal erläutern? – Unruhe bei der CSU)

Bitte schön, Herr Starzmann.

Präsident Böhm: Herr Starzmann.

Starzmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Da Herr Glück vorhin von einer Diskrepanz zwischen Übergangszeiten und der möglichen Sicherheit deutscher Reaktoren gesprochen hat, frage ich Sie: Herr Wörner, wären Sie bereit, Herrn Glück daran zu erinnern, daß seine Fraktions- und Parteikollegen vor dem Unfall von Tschernobyl den dortigen Reaktortyp als physikalisch

besonders sicher bewertet haben und nun lernen können, wie man sich irren kann?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Starzmann, ich denke, so etwas hört man nicht gern in diesem Haus.

(Fortgesetzte Unruhe bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der CSU, ich sage Ihnen: Gemeinsam mit Herrn Schröder werden wir den Ausstieg herbeiführen.

(Glück (CSU): Belegen Sie doch einmal Ihre Behauptung zu den Arbeitsplätzen!)

Wir werden anders vorgehen, als Sie es bisher getan haben. Wir werden die Öffentlichkeit einbeziehen und diskutieren, nicht aber mit gekauften wissenschaftlichen Gutachten arbeiten, nicht mit Gutachten, die so durchsichtig sind wie sonst etwas.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Wir wollen einen öffentlichen Prozeß.

(Kaul (CSU): Herr Wörner, Sie sind ja gefährlich uninformiert! – Fortgesetzte Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß nicht, was die Aufregung jetzt soll.

Präsident Böhm: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Glück zu?

Wörner (SPD): Ja.

Glück (CSU): Herr Kollege Wörner, nachdem Sie gerade einen ungeheuerlichen Vorwurf gegenüber Wissenschaftlern erhoben haben, indem Sie sagten, diese seien käuflich, frage ich Sie: Haben Sie einen Beleg dafür, der es rechtfertigte, hier einen derartigen Vorwurf zu erheben?

(Beifall bei der CSU – Dr. Weiß (CSU): Nein, den hat er nicht!)

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Glück, ich könnte jetzt eine rhetorische Gegenfrage stellen.

(Unruhe bei der CSU)

In wessen Besitz ist die GSF?

(Zuruf von der CSU: Das ist doch kein Argument dafür, daß jemand käuflich sein soll! – Weitere Zurufe von der CSU)

Es geht hier doch um die Käuflichkeit im Hinblick auf den Entzug von Mitteln. Herr Glück, Sie wissen genau, wovon ich rede. – Ich schätze Sie übrigens sehr, Herr Staatssekretär. Doch sollten Sie nicht heucheln. Sonst bekommen wir Probleme miteinander.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Herr Präsident, können Sie dafür sorgen, daß ich meine Rede fortsetzen kann?

Präsident Böhm: Es ist besser, wenn wir mehr über die Sache und weniger über andere Menschen sprechen. Herr Wörner, halten Sie sich bitte auch daran. Bitte, fahren Sie fort.

(Unruhe bei der CSU)

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Ich warte gerne, bis Sie sich beruhigt haben, meine Damen und Herren von der CSU. Damit habe ich kein Problem.

(Zurufe von der CSU)

Ich wiederhole es: Gemeinsam mit dem Bundeskanzler werden wir den Ausstieg betreiben. Es geht nicht mehr darum – -

(Kaul (CSU): Wir schicken Ihre Rede Herrn Schröder! – Weitere Zurufe von der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt lassen wir aber Herrn Wörner einmal zu Wort kommen.

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Es geht nicht mehr darum, ob ausgestiegen wird, sondern nur noch um die Frage, wie. Im Zusammenhang mit dem Wie können wir uns wieder näherkommen, meine Damen und Herren von der CSU. Es gibt hier doch niemanden, der behaupten würde: Wir schalten morgen ab, und dann ist alles vorbei. Vielmehr weiß doch jeder von uns, daß uns die strahlenden Ruinen noch sehr lange beschäftigen und begleiten werden. Es kann doch nicht sein, daß inzwischen versucht wird – dies hat zumindest der „Spiegel“ berichtet –, vertraglich festzulegen, daß die Abfälle in den Osten geschafft werden. Gerade haben Sie beklagt, übrigens zu Recht, daß dort nichts sicher sei. Dann können wir es doch nicht zulassen, daß hier weiterhin strahlender Abfall produziert und dieser ins Ausland verschoben wird, wie man es früher mit anderen Abfällen getan hat, so nach dem Motto: Wenn wir alles ins Ausland bringen, haben wir kein Problem mehr damit.

(Zurufe von der CSU)

Eine derartige Politik können wir nur dadurch unterbinden, daß wir die Möglichkeit zum Ausstieg schaffen und gleichzeitig das bislang angefallene strahlende Material endgültig in vernünftiger Weise lagern.

Meine Damen und Herren von der CSU, ich möchte Sie noch auf etwas hinweisen. Wenn man die Angelegenheit

nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, kann man schon zu demselben Schluß kommen wie Herr Stoiber: Toll! Bringt Geld, macht Geld!

Rein ökonomisch ist es ein bayerisches Tischlein-Deck-Dich. In seiner Rede zum 75. Geburtstag der Viag lobt er das viele Geld, das man damit verdienen kann, aber von den Kosten redet kein Mensch.

(Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Ich mache darauf aufmerksam, daß auch in Bayern das Problem der Entsorgung ungelöst ist. Daher ist es dringend notwendig, den Ausstieg zu betreiben.

(Starzmann (SPD) – zur CSU -: Über Herrn Kolo haben Sie sich beschwert! – Lebhaftige Gegenrufe von der CSU – Starzmann (SPD): Sie hätten Herrn Kolo früher loben sollen! – Unruhe)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Wörner. Es hat doch keinen Sinn, hier Quergespräche zu führen.

Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Man sollte nicht so tun, als ob der Ausstieg nicht möglich wäre. Ich behaupte: Wir hätten jede Menge Arbeitsplätze gewonnen, wenn wir das Geld, das noch heute in die Kernenergieforschung gesteckt wird, in Zukunftstechnologien gesteckt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wären damit im Interesse unserer Kinder und deren Nachfahren einen großen Schritt weiter hin zu einer Zukunft, in der wir gemeinsam Forschung in Richtung alternativer Energien betreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Dort liegt die Zukunft.

(Dingreiter (CSU): Wer tut mehr als wir?)

Wer tut denn ernsthaft etwas?

(Hofmann (CSU): Wir!)

Wer unternimmt ernsthaft etwas für die Brennzellentechnologie? Wir hängen uns doch nur Feigenblätter um.

(Hofmann (CSU): Keine Ahnung!)

Wenn Sie dieselben Summen, die Sie in die Kernenergie stecken, für andere Technologien ausgegeben hätten, dann wären wir einen erheblichen Schritt weiter. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Hören Sie auf, den Arbeitnehmern Angst zu machen! Sie haben schon genug Angst wegen der Politik der vergangenen 16 Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben so viel Schaden angerichtet, daß die Angst jetzt groß ist.

(Hofmann (CSU): So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich kann nur wiederholen: Wenn Sie bereits in den 16 Jahren Ihrer Regierungstätigkeit auf neue Technologien gesetzt hätten, wären wir heute schon einen erheblichen Schritt weiter. Sie werden in den nächsten Wochen mit der Kernenergie noch Ihre blauen Wunder erleben.

(Kaul (CSU): Und wir alle mit euch!)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

(Hofmann (CSU): Na endlich!)

– Ich kann verstehen, daß Sie Unangenehmes nicht gerne hören.

(Dr. Weiß (CSU): So einen Stoß haben wir selten gehört!)

Die Zeit zum Umsteuern ist gekommen. Wir sollten Herrn Ministerpräsidenten Stoiber auf seinem Weg in die Zukunft stark unterstützen, weg von der Kerntechnologie, hin zu neuen Energieformen. Sie irren, wenn Sie behaupten, man könnte keine Energie mehr sparen; da haben Sie offensichtlich weniger Ahnung als ich.

(Hofmann (CSU): Das gibt es nicht! – Heiterkeit)

Wir müssen uns darüber unterhalten und die Menschen darüber aufklären, wo Energiesparen noch möglich ist; dann wären wir schon einen erheblichen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächste hat Frau Staatssekretärin Stewens das Wort. Bitte.

(Kaul (CSU): Erklären Sie es ihm!)

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Herr Kollege Wörner, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Mein Fazit am Ende Ihrer Ausführungen war: Armes Deutschland!

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Arme CSU! Kerntechnologie ist doch keine neue Technologie!)

Ich war wirklich überrascht davon, wie wenige Argumente von Ihrer Seite gekommen sind. Am meisten hat mich betroffen, daß Kollege Wörner inhaltlich so wenig in die Diskussion gebracht hat.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wird der Bericht jetzt gegeben, oder was?)

Sie hätten heute durchaus dazu Gelegenheit gehabt, die gesamte seltsame Bundespolitik – wir werden jeden Tag

von neuen Meldungen überrascht – kurz und schlüssig zu erklären.

Herr Kollege Wörner, Sie haben gesagt, wir würden den Anschluß an die neue Technologie verlieren. Ich darf Ihnen die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers als Lektüre empfehlen. Darin kommt eine einzige moderne Technologie vor, und das ist die Kernenergie, aus der er den Ausstieg empfiehlt. Darin wird keine einzige Umweltechnologie erwähnt.

(Frau Biedefeld (SPD): Die Kernenergie ist völlig veraltet!)

– Frau Biedefeld, lesen Sie die Regierungserklärung Ihres Bundeskanzlers!

(Fortgesetzte Zurufe der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Da gibt es schöne Passagen. Unter 10 000 Wörtern kommt das Wort Naturschutz kein einziges Mal vor, und das bei Ihrem hehren Anspruch.

(Starzmann (SPD): Eine ausgesprochen fortschrittliche Regierungserklärung! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU – Große Unruhe)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat Frau Staatssekretärin Stewens.

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Zur Frage von Herrn Starzmann möchte ich sagen: Die Russen haben weder der Bayerischen Staatsregierung noch der CSU einen Blick hinter den Eisernen Vorhang gewährt. Es war den Sicherheitsexperten des Westens keineswegs erlaubt, den Typ des Reaktors in Tschernobyl zu besichtigen, geschweige denn das ganze Konzept anzusehen.

(Starzmann (SPD): Physikalisch haben Sie es gelobt!)

– Herr Starzmann, die Russen haben diesen Reaktor eingesetzt, um Plutonium für die Rüstung zu gewinnen. Deswegen war er deutschen Sicherheitsexperten nicht zugänglich.

Nun zum Thema regenerative Energien. Sie sollten sich einmal die Politik der von Ihrer Partei regierten Bundesländer ansehen. Sie werden dabei feststellen, daß kein Bundesland regenerative Energien so sehr fördert wie Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Vergleichen Sie die Förderprogramme der verschiedenen Bundesländer miteinander; liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün; es ist schade, daß Sie das nicht schon längst getan haben. Sie werden dabei ein blaues Wunder erleben.

In der heutigen „Süddeutschen Zeitung“ habe ich folgende Passage im Leitartikel von Heribert Prantl gefun-

den, der nicht unbedingt im Verdacht steht, CSU-nah zu sein:

Es ist eine seltsam kraftprotzenhafte Regierungspolitik, die sich in Bonn breit gemacht hat. Die Politik schwingt sich auf die großen Themen wie Halbstarke auf ihre Motorräder: Der Motor heult auf, die Räder drehen durch – und es beginnt eine euphorisch-wilde Jagd. Aber schon ein paar Straßen weiter bricht sie wieder ab. Und kaum, daß ein lautstarker Streit darüber beginnt, wohin die Fahrt nun eigentlich gehen soll, kehrt der Anführer der Truppe dahin zurück, wo er hergekommen ist. Und er verkündet, daß der wilde Start doch bitte so ernst nicht genommen werden soll. Die Freude am Fahren sei sozusagen mit ihm durchgegangen.

Meine Damen und Herren, wir von der CSU entlassen diesen Kanzler nicht aus der Verantwortung für die Richtlinienkompetenz der Politik in der Bundesrepublik.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Frau Kollegin Stewens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Starzmann?

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Ja.

Starzmann (SPD): Frau Kollegin, verstehen Sie den Kommentar von Herrn Prantl so wie ich, daß er letztlich bedauert, daß der Ausstieg nicht schneller kommt?

(Lachen bei der SPD – Hofmann (CSU): Nein, er bedauert, daß man nicht weiß, was die SPD will!)

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Da ich die Meinung des Herrn Prantl kenne, könnte ich mir das zwar vorstellen.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Der Kommentar von Herrn Prantl besagt aber, daß die gesamte Regierungspolitik im Moment ein Tohuwabohu ist – die Regierung geht zwei Schritte nach vorne und drei Schritte zurück.

(Starzmann (SPD): Das ist ein anderes Thema!)

Kein Mensch weiß mehr, Herr Kollege Starzmann, was tatsächlich Sache ist.

(Beifall bei der CSU)

Diese Art von Politik haben die Bürgerinnen und Bürger im Lande nicht verdient.

(Frau Biedefeld (SPD): Es ist erstaunlich, daß auch Herr Prantl das so sieht! – Starzmann (SPD): Das Thema ist der Ausstieg! – Hofmann (CSU): Irrsinn ist Mode in Bonn!)

– Irrsinn ist Mode in Bonn, wenn ich diesen Zwischenruf aufnehmen darf.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Ich wollte Ihnen vor Augen halten, worüber wir tatsächlich reden. Unabhängig davon, welche Position jeder einzelne vertritt, bleibt doch festzustellen, daß die Bundesregierung zur Zeit ein einzigartiges Schauspiel bietet; deswegen habe ich Ihnen diesen Artikel vorgelesen.

(Starmann (SPD): Darüber kann man ja reden, aber nicht bei diesem Thema)

Es zeigt, wie in einer Mischung aus Dilettantismus, Mißmanagement und Verantwortungslosigkeit zentrale Fragen der Wirtschaft und der sozialen Entwicklung einerseits und der ökologischen Vorsorge andererseits – gerade auf die ökologische Vorsorge möchte ich Ihr Augenmerk lenken – behandelt werden. Die im Zusammenhang mit dem Wiederaufarbeitungsverbot gestern erfolgte Notbremsung in letzter Minute – damit nehme ich das Bild wieder auf – täuscht nicht darüber hinweg, daß Kräfte am Werk sind, die ideologisch verblendet die Axt an eine gesicherte und wirtschaftliche Energieversorgung legen, die dem vom Bundeskanzler propagierten Bündnis für Arbeit die Grundlage entziehen, die ökologischer Vorsorge im Klima- und Immissionsschutz Hohn sprechen und die letztendlich der internationalen kerntechnischen Sicherheit keine Bedeutung zumessen.

(Frau Biedefeld (SPD): Schön vorgelesen!)

Herr Staatssekretär Spitzner hat schon zu den allgemeinen und energiewirtschaftlichen Themen auch aus dem juristischen Blickwinkel berichtet.

Das bayerische Umweltministerium ist als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für kerntechnische Anlagen unter der Grundvorgabe nachhaltiger Entwicklung in einer spezifischen Verantwortung. In diesem Rahmen möchte ich Sie auf drei Aspekte des geplanten Kernenergieausstiegs aufmerksam machen. Zum ersten handelt es sich um das Entsorgungskonzept, zum zweiten um die internationale Sicherheit und zum dritten um den Klima- und Immissionsschutz.

Zum Entsorgungskonzept. Die Nutzung der Kernenergie erfordert eine sichere Entsorgung. Die bisherigen Bundesregierungen haben durch die konsequente Entwicklung und Umsetzung des deutschen Entsorgungskonzeptes eine tragfähige Grundlage für die Lösung der Entsorgungsprobleme geschaffen.

(Frau Biedefeld (SPD): Lösung des Entsorgungsproblems!)

– Schade, daß Sie sich damit nicht auseinandergesetzt haben. Dieses Entsorgungskonzept, das 1979/1980 übrigens unter Bundeskanzler Schmidt

(Frau Biedefeld (SPD): Löst sich das in Luft auf?)

einvernehmlich durch die Regierungschefs des Bundes und der Länder vereinbart wurde, ist entgegen der

Behauptung der neuen Bundesregierung inhaltlich keineswegs gescheitert; es ist vielmehr technisch, ökologisch und wirtschaftlich voll funktionsfähig.

Um die entscheidende Frage der Entsorgung abschließend klären zu können, müssen nach unserer Auffassung alle Endlagerprojekte, das heißt die Endlager Gorleben und Konrad, sowie die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben weiter verfolgt werden. Ich halte dies für sehr wichtig. Insbesondere ist die Erkundung des Endlagers Gorleben voranzutreiben; denn in diesem Salzstock können aus heutiger Sicht alle Arten von Abfällen, auch wärmeentwickelnde Abfälle, zum Beispiel abgebrannte Brennelemente bei direkter Endlagerung bzw. Kokillen mit Spaltprodukten aus der Wiederaufarbeitung endgelagert werden.

Für die neue Bundesregierung steht das vor dem Planfeststellungsbeschluß stehende Endlagerprojekt Konrad nicht mehr zur Diskussion. Die Erkundung des Salzstocks in Gorleben soll unterbrochen werden, weil ein Endlager erst um das Jahr 2030 benötigt werde. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das bedeutet, daß der von den GRÜNEN und der SPD immer wieder vorgebrachte Vorwurf der ungeklärten Entsorgung – Sie haben es eben noch einmal wiederholt, Frau Kollegin Biedefeld – für die nächsten 30 Jahre festgeschrieben und sogar verschärft würde. Die gleichzeitig geforderte Suche nach weiteren Standorten für ein Endlager in unterschiedlichen Wirtsgesteinen und der anschließende Standortvergleich sind aus fachlicher Sicht nicht zu begründen. Bis heute sind keine Gründe bekannt, die die Eignung des Salzstockes Gorleben grundsätzlich in Frage stellen.

(Frau Biedefeld (SPD): Es gibt durchaus wissenschaftliche Aussagen!)

Durch den Stopp aller Endlagerprojekte wird nicht nur das Ansehen Deutschlands, das zu den führenden Nationen auf dem Gebiet der Entsorgung zählt, schwer beschädigt, sondern damit werden auch 20 Jahre Entwicklung zunichte gemacht und Milliarden vergeudet, die die Bürger über die Stromrechnung zu bezahlen hatten und für die sie aufgrund der neuen politischen Entwicklung, falls sie denn Wirklichkeit werden sollte, nochmals werden aufkommen müssen.

Die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke haben im Vollzug des von Bund und Ländern 1979 und 1980 einvernehmlich vereinbarten Entsorgungskonzeptes die zentralen Zwischenlager Ahaus und Gorleben für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente errichtet. Die bayerischen Kernkraftwerksbetreiber sind an diesen Anlagen mit 17% beteiligt. Sie haben dafür weit mehr als 100 Millionen DM aufgewendet. Die für die bayerischen Kernkraftwerke reservierte Kapazität dieser Zwischenlager reicht bis weit in das nächste Jahrhundert, und zwar um so länger, je mehr von der Wiederaufarbeitung Gebrauch gemacht wird. Es ist bare Willkür, meine Kolleginnen und Kollegen, und dafür haben wir überhaupt kein Verständnis, wenn die rot-grüne Bundesregierung nun ungeachtet dieser Situation die Schaffung von Zwischenlagerkapazitäten an den einzelnen Kernkraftwerksstandorten oder in deren Nähe fordert.

(Frau Biedefeld (SPD): Die Energieversorger haben sich doch schon damit einverstanden erklärt!)

– Für mich ist es ausgesprochen interessant, daß Sie sich zur Sprecherin der Energieversorger machen.

Es steht fest, daß wir in Bayern derzeit keinen Bedarf für standortnahe Zwischenlager haben. Sie sind überflüssig. Frau Kollegin Biedefeld, da Sie so massiv für diese Zwischenlager eintreten, erwarte ich von Ihnen und der SPD, daß Sie dann auch vor Ort dafür eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bin gespannt, ob Sie sich tatsächlich vor unsere Kernkraftwerke stellen und sagen: Ich bin dafür, daß hier ein Zwischenlager errichtet wird.

(Kaul (CSU): Sehr gut!)

Ich bin gespannt, ob Sie sich mit der Bevölkerung vor Ort auseinandersetzen. Ich bin überzeugt, daß die Situation nicht besser als bei den Castortransporten sein wird. Ich kann Ihnen auch versichern: Wir werden unseren Bürgern klarmachen, daß sie es sind, die diese Lager über Stromrechnungen zu bezahlen haben und schließlich auch für die Kosten zukünftiger Lager aufkommen müssen. Unsere Bürger werden dies also bezahlen müssen.

Wir müssen uns aber auf jeden Fall darüber im klaren sein: Die Bundesregierung kann im Falle einer Verständigung mit den Energieversorgern die Genehmigung für die Errichtung von Zwischenlagern über das Bundesamt für Strahlenschutz erteilen oder über den Zwang der Bundesweisung auch gegen unseren Willen in Bayern durchsetzen. Der Bund wird uns aber eine solche Entscheidung, offensichtlich mit Ihrem Einverständnis, schon im Interesse unserer Bürger aufzwingen müssen. Wir werden das nicht ohne weiteres akzeptieren.

(Hofmann (CSU): So ist es!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Entschuldigung, Frau Kollegin Stewens, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Frau Stewens (CSU): Nein, im Moment nicht.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Keine Zwischenfrage. Es tut mir leid.

Frau Stewens (CSU): Hinsichtlich dieses unnötigen und überflüssigen Baus standortnaher Zwischenlager werden wir den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Regionen sehr wohl klarmachen, wo die politisch Verantwortlichen für diese Entscheidung sitzen: nämlich bei der rot-grünen Regierungskoalition in Bonn.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Uns ist im Moment das Ergebnis der Arbeitsgruppen, die gestern eingesetzt worden sind, nicht bekannt. Ich möchte aber für den Fall, daß es tatsächlich Rücktrans-

porte für die bislang nicht aufgearbeiteten Brennelemente geben sollte, darauf hinweisen: Für den Streit um die dann notwendigen 120 bis 150 Castortransporte, die aus heutiger Sicht zu erwarten sind, und für die jetzt schon vom Bund Naturschutz und von Greenpeace angekündigten Schwierigkeiten, für die Sitzblockaden, die Massendemonstrationen, die Beschädigungen von Schienenstrecken muß dann letztendlich Rot-Grün geradestehen.

Dafür muß die rot-grüne Koalition die Verantwortung tragen. Sie müssen dann aktiv und verantwortungsbewußt die Diskussion mit Greenpeace, dem Bund Naturschutz und den anderen Umweltorganisationen führen. Ich bin gespannt, in welcher Art und Weise Sie dieses Problem bewältigen werden.

Durch den vollständigen Stopp aller Endlagerprojekte wird nicht nur das Ansehen Deutschlands, das technologisch zu den führenden Nationen auf dem Gebiet der Entsorgung zählt, schwer geschädigt, sondern es werden auch 20 Jahre Entwicklung zunichte gemacht und Milliarden vergeudet, die die Bürger über die Stromrechnung bereits bezahlt haben und für die sie aufgrund dieser politischen Entwicklung – wenn sie denn Realität wird – noch einmal zur Kasse gebeten werden.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, welche gravierenden innenpolitischen Probleme zu bewältigen wären, wenn plötzlich weitere Endlagerstandorte für unterschiedlich radioaktive Materialien in die Diskussion gebracht und am Ende realisiert würden. Einen solchen Richtungswechsel lehnen wir ganz entschieden ab. Auch die Opposition im Bayerischen Landtag trägt insoweit Verantwortung gegenüber der bayerischen Bevölkerung. Das möchte ich Ihnen hier und heute klar sagen. Sie können sich aus der Verantwortung nicht so einfach zurückziehen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum zweiten Aspekt, der internationalen Sicherheit. Mit Hilfe deutscher Firmen und Institutionen – nicht zuletzt der bayerischen Siemens AG und der auf dem Forschungsgelände in Garching ansässigen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit – sind in den letzten Jahren wichtige Analysen und sicherheitstechnische Verbesserungen an Kernkraftwerken in Bulgarien, Ungarn, der Slowakei und Rußland vorgenommen worden. Das bayerische Umweltministerium selbst hat in einer Kooperation mit dem russischen Atomenergieministerium neue Impulse für die Entwicklung sicherer Kernkraftwerke in Rußland gegeben. Wir wirken darüber hinaus im Rahmen der deutsch-tschechischen Kommission darauf hin, daß auch bei dem Kernkraftwerk Temelin westlicher Sicherheitsstandard zum Tragen kommt.

Im übrigen hat sich die Bayerische Staatsregierung vor allem auch im Bundesrat dafür eingesetzt, daß mit Unterstützung der EU die kerntechnische Sicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas verbessert wird. Die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke mit der bei uns angewendeten Technologie hat weltweit Maßstäbe gesetzt. Die deutschen Kernkraftwerke sind in großer

Zahl seit langem unter den Top Ten der weltweiten Stromerzeuger zu finden. 1997 waren zum Beispiel unter den Top Ten sieben Kraftwerke aus Deutschland. Regelmäßig stehen wir hier an der Spitze.

Überdies haben das Bundesverfassungs- und das Bundesverwaltungsgericht wiederholt festgestellt, daß Kernschmelzunfälle nach den Maßstäben praktischer Vernunft ausgeschlossen sind. Die Behauptung der Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung, die Atomkraft sei wegen ihrer großen Sicherheitsrisiken und der Gefahr unübersehbarer Schäden nicht zu verantworten, ist durch Fakten in keiner Weise zu belegen. Sie wird auch durch den Bericht der Bundesregierung im Rahmen des internationalen Übereinkommens über nukleare Sicherheit vom August letzten Jahres widerlegt, der das hervorragende Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke mit einem hohen Detaillierungsgrad belegt und dem auch die jetzige Bundesregierung nicht widersprochen hat. Damit widerlegt sich die Bundesregierung in ihren Koalitionsvereinbarungen selbst. Es besteht ein Widerspruch, der von der Bundesregierung bis heute nicht aufgeklärt worden ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen, der geplante Ausstieg aus der Kernenergie würde uns im Laufe der Zeit die Möglichkeit nehmen, unser Wissen und unsere Erfahrungen auf dem Gebiet der Kernenergie auch anderen Ländern zur Verfügung zu stellen. Weltweit – wir sprechen hier nicht nur von Bayern und Deutschland – sind über 400 Anlagen in Betrieb und über 40 Anlagen im Bau. Es liegt auf der Hand, daß unsere Chancen, Einfluß auf die weltweite Sicherheitsentwicklung zu nehmen, als Kernenergieausstiegsland, das wir wären, dann im Grunde verspielt sind. Ein Rückzug Deutschlands aus der Nutzung der Kernenergie würde nicht nur den Menschen in anderen Ländern, sondern auch den Menschen in Deutschland nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Sicherheit bringen. Das kann und darf nicht unser Ziel sein. Nach meiner Auffassung müssen wir uns dieser drohenden Entwicklung mit allen Mitteln entgegenstellen.

Ich komme zum dritten Aspekt, dem Klima- und Umweltschutz. Ich bin immer wieder überrascht, daß dieser Aspekt sowohl bei den GRÜNEN als auch bei der SPD überhaupt nicht öffentlich diskutiert wird. Dieser Aspekt ist aber wichtig. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir die Kernenergie noch geraume Zeit auch aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes brauchen. Durch den Einsatz der CO₂-, NO_x- und staubfreien Kernenergie wurden in Bayern nachweislich erhebliche Erfolge bei der Luftreinhaltung erzielt. Dies hat auch zur Schadensbegrenzung bei Wäldern und Bauwerken sowie zur Reduzierung gesundheitlicher Beeinträchtigungen beigetragen. Selbst heute, nach Einführung umfangreicher Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung im Bereich von Kraftwerken, Industrie, Verkehr und Haushalt, würden in Bayern bei Ersatz der Kernenergie durch Kohlekraftwerke auf dem Stand der neuesten Technik die gesamten CO₂-Emissionen um zirka 20% steigen.

Das Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2005 um 25% abzusenken – also das Ziel von Rio –, zu dessen Einhaltung sich die

Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, kann ohne die Kernenergie nicht erreicht werden. Die jährliche CO₂-Vermeidung durch die Verwendung von Kernenergie anstelle von Steinkohle beträgt in Deutschland 160 Millionen Tonnen, weltweit 2,3 Milliarden Tonnen. Das sind rund 10% der zivilisationsbedingten CO₂-Emissionen. Damit trägt die Kernenergie weltweit im gleichen Maß wie die Wasserkraft zur Vermeidung von CO₂-Emissionen bei.

Die CO₂ pro Kopf der Bevölkerung liegt in Bayern um mehr als ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt und ist damit so niedrig, wie dies die Bundesregierung für ganz Deutschland bis zum Jahr 2005 erreichen will. Bei Ersatz der Kernenergie durch Steinkohle würden sich die gesamten CO₂-Emissionen in Bayern um 50% erhöhen. Mit dem geplanten Ausstieg aus der Kernenergie ohne tragfähige Alternative konterkariert die neue Bundesregierung ihre Erklärung, sich der Verantwortung der Klimaschutzvorsorge zu stellen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß mit Energiesparen allein keine ausreichende Klimaschutzvorsorge möglich ist, wenn unser bisher erreichter Wohlstand nicht drastisch eingeschränkt werden soll. Aufrufe an die Bevölkerung, Stand-by-Geräte abzuschalten, reichen hier nicht. Sie müssen der Bevölkerung dann klar sagen, daß wesentlich tiefere Einschnitte geplant sind und daß wir die Grundversorgung für Wirtschaft, Industrie und Haushalte nicht mehr zur Verfügung stellen können.

Die Kernenergie trägt mit einem Weltstromanteil von 17% zur Schonung der Ressourcen fossiler Brennstoffe bei und entlastet damit den fossilen Brennstoffmarkt. Um diesen Strom zu erzeugen, müßten jährlich 0,7 Milliarden Tonnen Kohle verbrannt werden. Mit dem technisch erprobten und bewährten Einsatz von Mischoxid-Brennelementen kann die Ressource Uran um bis zu 30% eingespart werden.

Wenn wir unsere erfolgreiche und verantwortungsbewußte Umweltpolitik und die Politik der Nachhaltigkeit fortsetzen wollen, brauchen wir die Kernenergie weiterhin, und zwar mindestens so lange, bis uns eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht. Ich denke da auch an die Betroffenheit der Länder in der Dritten Welt, die letztlich noch auf fossile Brennstoffe angewiesen sind. In diesem Verantwortungsbewußtsein spricht sich die Bayerische Staatsregierung konsequent für die Weiterentwicklung der Kernenergie, insbesondere für die deutsch-französische Entwicklung des neuen Reaktortyps EPR aus. Der Vorschlag des neuen Wirtschaftsministers Müller, erst einmal eine Denkpause einzulegen und dann zu sehen, wie es weitergeht, hätte einen technologischen Fadenriß zur Folge; denn wir würden den Anschluß an die neue Technologie verlieren. Es wäre verantwortungslos, auf die Option für ein noch sicheres Kernkraftwerk zu verzichten, wenn wir heute noch nicht sagen können, wann eine belastbare, nachhaltige Alternative für die Kernenergie zur Verfügung stehen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in den nächsten Wochen mit Sicherheit intensiv über diese Probleme diskutieren müssen. Anlaß wird der im Dringlichkeitsantrag der CSU erbetene umfassende Bericht sein,

zu dem im Landtag auch die beiden zuständigen Minister zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wollen Sie denn noch erzählen?)

So nackt und bloß, wie Sie heute in der Argumentation und Diskussion dagestanden haben, kann ich mir gut vorstellen, daß Sie keine weiteren Berichte haben wollen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich möchte Sie bitten, mit Ihren Zwischenrufen aufzuhören. Diese Luftblasen zeugen von wenig Klasse. – Der Wirtschafts- und der Umweltminister werden hier im Landtag einen umfassenden Bericht geben. Dies hier war nur ein Anriß der Thematik. Da können Sie sich schon noch auf etwas gefaßt machen.

(Lachen bei der SPD)

Dies habe ich bereits zu Beginn angesprochen, und Sie haben das letzte Mal zugegeben: Trittin prescht vor – Schröder rudert zurück. Dies ist eine echte Springprozeßion – eine milde Bezeichnung für dieses Chaos. Abgesehen davon kann ich Ihnen sagen, daß unabhängig vom Tohuwabohu der Bonner Politik und den nahezu täglich neuen Perspektiven, unabhängig davon, auf welches Ausstiegsszenario man sich einigen wird, für uns aus der Sicht des Umweltministeriums abschließend folgende Gesichtspunkte im Vordergrund stehen: Wir haben aus der Sicht des Umweltschutzes und der Reaktorsicherheit keine fachliche Veranlassung, von der bisherigen bayerischen Energiepolitik abzuweichen. Unser Ziel ist es, einen im Sinn der „Agenda 21“ möglichst nachhaltigen Energie-Mix zu realisieren.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist nachhaltig?)

– Daß ausgerechnet Sie fragen, was Nachhaltigkeit bedeutet, finde ich besonders interessant. – Dazu zählen der Ausbau der erneuerbaren Energien und die weitere Nutzung der Kernenergie. Bayern pocht deshalb auf die Einhaltung des hohen deutschen Sicherheitsniveaus bei der Nutzung der Kernenergie. Dies ist für uns die Grundlage für das notwendige Vertrauen der Bürger. Wir setzen uns in Bayern für die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht um der Kernkraft willen ein, sondern aus Verantwortung für eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung. Wir setzen auf die Entwicklung noch sicherer Kernkraftwerke wie die deutsch-französische Entwicklung des EPR, weil wir auf absehbare Zeit nicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichten können und wollen.

Deshalb werden wir uns mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen verantwortungslose Ausstiegspläne der Bundesregierung wenden. Wir werden sie auf ihre internationalen und europäischen Verpflichtungen verweisen. Wir werden aber auch den Bürgern unge-

schminkt die jeden treffenden Folgen dieser ideologisch blindwütigen Bulldozerpolitik vor Augen führen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat Herr Kollege Hartenstein.

(Unruhe bei der CSU)

Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Stunde lang die Staatsregierung zu einem Bericht reden lassen, der erst in einigen Tagen vorgetragen werden soll, und dann, wenn die Opposition kommt, murren, das ist doch typisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN begrüßt den Antrag der CSU-Fraktion, da dieser doch deutlich macht, daß es ihr in erster Linie darum geht, Informationsdefizite aufzuarbeiten. Was sollten wir dagegen haben? Aber, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, passen Sie auf, daß Sie nicht ausschließlich alte Ladenhüter oder einseitige Darstellungen verkauft bekommen, wie wir das hier schon seit Tagen hören. Ich denke an meine beiden Vorredner aus der Staatsregierung, aber auch an Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu, der gestern zu diesem Thema eine Pressekonferenz abgehalten hat, aber keinen einzigen Funken neuen Inhaltes erkennen ließ. Ich frage mich: Wie oft wollen Sie eigentlich die Leute der Presse noch langweilen, wenn Sie immer wieder die gleichen Standpunkte wiederkauen?

(Zurufe von der CSU – Zuruf von der SPD: Lauter alte Hüte!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie es wirklich ernst meinen, sollten Sie von uns folgende Anregung aufgreifen. Wenn Sie danach fragen, wieviel CO₂ ausstiegsbedingt mehr produziert wird, sollten Sie im selben Atemzug die Fragen stellen, wieviel Uran weniger abgebaut wird, wieviel Atommüll weniger entsteht und wieviel – nach einer Wiederaufarbeitung – waffenfähiges Plutonium vorliegt.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, dies sollten Sie tun, und dazu haben Sie morgen im Ausschuß schon Gelegenheit.

Wenn Sie die Frage nach den Arbeitsplätzen stellen, die möglicherweise im Bereich der Atomenergie verlorengehen, sollten Sie im selben Atemzug fragen: Wieviel Arbeitsplätze werden wir schaffen, wenn wir Energieeinsparungsmaßnahmen ergreifen und die Kraft-Wärme-Kopplung sowie die erneuerbaren Energien forciert vorantreiben? Diese Fragen bewegen die Bürgerinnen und Bürger.

Wenn es Ihnen um die Problematik der Sicherheit insgesamt geht, sollten Sie die Risiken der unterschiedlichen

Technologien und Alternativen einander wirklich gegenüberstellen. Nehmen Sie doch einmal die Risiken während des Betriebs eines Kernkraftwerkes, während der Wiederaufarbeitung, während der Castor-Transporte, während der Endlagerung, und setzen Sie die Risiken der Energieeinsparung, des forcierten Einsatzes der erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und der rationellen Energienutzungen entgegen. Ich bin mir absolut sicher, manchem von Ihnen wird ein Licht auf, nicht ausgehen, und Sie werden zu einem Ausstiegsbefürworter konvertieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Renate Schmidt, Irlinger und anderer und Fraktion (SPD)

Für Schulreform und Stopp der sechsstufigen Realschule (Drucksache 14/249)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Kellner, Münzel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Qualität von Schule verbessern statt sechsstufige Realschule einführen (Drucksache 14/256)

Werden die Dringlichkeitsanträge begründet? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Ich erteile Herrn Kollegen Irlinger das Wort.

Irlinger (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um den Stopp der sechsstufigen Realschule. In der Aussprache soll aber auch über eine sinnige und stimmige Reform, über Rechenspielerien, über erstaunliche Rechenschwächen bei einigen Politikern dieses bayerischen Freistaats, über die derzeitigen Entwicklungen und über das, was derzeit hinter den Kulissen sichtbar wird, gesprochen werden.

(Dr. Spaenle (CSU): Das ist sehr spannend, nicht wahr?)

Die derzeitigen Vorgänge um die Einführung der R 6 sind ein Lehrstück, allerdings kein ruhmreiches Lehrstück für die CSU und die Staatsregierung. In diesem Lehrstück geht es um Dreistigkeit, Dilettantismus, Naivität und bewußte Täuschung. Im Ergebnis zeigt dieses Lehrstück die Konzeptlosigkeit und die Hilflosigkeit der CSU und der Staatsregierung auf.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde auch auf ein paar überraschende Nebeneffekte eingehen. Wir erinnern uns: Vor einigen Jahren wurde der Schulversuch zur Einführung der R 6 zunächst an wenigen und dann an immer mehr Schulen gestartet. Schließlich lief dieser Versuch an 61 Schulen. Für uns war es erstaunlich, zu hören, daß Herr Staatsminister Zehetmair, von dem wir immer gemeint haben, er hätte uns die R 6 eingebrockt, plötzlich verkündet hat, ihm seien diese Schulversuche in dieser Zahl aufgedrückt worden. Damit sei die Einführung der sechsstufigen Realschule präjudiziert worden. Wir dachten immer, der Minister hätte die Richtlinien- und Entscheidungskompetenz. Bei Ihnen scheint es anders zu sein.

Allerdings haben Herr Staatsminister Zehetmair, seine Nachfolgerin und damalige Staatssekretärin Frau Hohlmeier und der jetzige Staatssekretär Freller bis weit in das Jahr 1997 hinein immer behauptet, die flächendeckende Einführung der sechsstufigen Realschule könne kostenneutral erfolgen. Sie schließen also eine zusätzliche Belastung des Staatshaushalts aus. Frau Hohlmeier und Herr Freller haben dies noch im Sommer 1997 in Mittelfranken behauptet. Frau Hohlmeier hat zu Beginn des Jahres 1997 im Senat ausgeführt: Der sich danach abzeichnende relativ geringe und durchaus zu bewältigende finanzielle Mehrbedarf sei im Rahmen einer mittelfristigen Lehrer- und Schulplanung zu berücksichtigen; dieser Mehrbedarf werde sich ohnehin nicht sofort ergeben.

Auf meine Nachfrage wurde mir zögerlich vom Kultusministerium geantwortet, die Einführung der R 6 werde einmalig zusätzlich 65 Millionen DM kosten. Mit dieser Beruhigungsspielle sind Sie in den Wahlkampf des Jahres 1998 gegangen, in dem die Bildungspolitik eine große Rolle spielte. Der Bayerische Realschullehrerverband, ein Protagonist der sechsstufigen Realschule, hat noch Ende 1997 behauptet, mit der Einführung der sechsstufigen Realschule komme Bayern billiger weg. Deshalb hat dieser Verband in einem Rundschreiben verkündet, er sehe eine echte Kostenersparnis in Höhe von 45 Millionen DM durch die Einführung der sechsstufigen Realschule. Ich dachte immer, daß die Lehrer der bayerischen Realschulen besser rechnen könnten, als dies die bayerischen Schülerinnen und Schüler im Mathematiktest gezeigt haben.

Dann kam der Knüller: In einer Pressemitteilung wurde bekanntgegeben, für die Einführung der sechsstufigen Realschule würden einmalige Kosten in Höhe von 1,7 Milliarden DM anfallen. Im Falle einer niedrigen Übertrittsquote kämen dazu noch einmal mindestens 1200 Planstellen. Wenn sich die Übertrittsquote erhöht, was anzunehmen ist, werden für diese zusätzlichen Lehrerstellen noch einmal 380 Millionen DM jährlich nötig. Damit würde diese Reform den Staatshaushalt um über zwei Milliarden DM belasten. Ministerpräsident Dr. Stoiber hat in seiner Regierungserklärung sogar noch weitere Reformen versprochen. Ich nenne nur die Halbtagsangebote an der Grundschule, die Integration von Behinderten in Regelschulklassen, die Mittagsbetreuung, die Reform der Hauptschule, Tagesschulen, die Bewältigung des Schülerberges, zusätzliche Computerausstattung und Rückgabe von einigen gekürzten Stunden. Alle diese Punkte sollen bis zum Jahre 2003 verwirklicht wer-

den. Wenn man die Kosten für diese Maßnahmen zusammenzählt, kommt man auf etwa 3,5 Milliarden DM.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Irlinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Pschierer?

Pschierer (CSU): Herr Kollege Irlinger, würden Sie bei dem Betrag, den Sie genannt haben, bitte differenzieren, was auf die Bewältigung des Schülerberges entfällt und welcher Betrag für die Einführung einer flächendeckenden R 6 nötig ist?

Irlinger (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, daß ich bereits differenziert habe. Sie werden später noch Gelegenheit haben, mir auf meine Feststellungen zu antworten.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Kollegen Knauer?

Irlinger (SPD): Wenn mir diese Frage nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Eine Frage wird immer angerechnet.

Knauer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Irlinger, wir wollen uns inhaltlich auseinandersetzen. Die Zahl, die Sie soeben genannt haben, ist mir völlig fremd. Wären Sie so freundlich, mir die Zahl zu erläutern?

Irlinger (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Ich habe diese Zahl bereits erläutert. Für die Einführung der R 6 sind 1,2 Milliarden DM zu veranschlagen. Wenn man zu diesem Betrag die Kosten der außerdem versprochenen Reformen hinzurechnet, erhält man einen Betrag von über 3 Milliarden DM. Wenn diese Zahl nicht stimmen sollte, können Sie sie noch korrigieren.

(Sinner (CSU): Wo haben Sie rechnen gelernt?)

– Diese Frage möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der CSU stellen. Sie sind durch die Lande gezogen und haben behauptet, die Einführung der R 6 koste nichts. Jetzt stehen plötzlich Milliardensummen im Raum.

(Hofmann (CSU): Sie haben wohl die Kosten für den Ausstieg aus der Kernenergie mit eingerechnet!)

Ihre Gegenfinanzierung verbessert die Situation nicht. Glauben Sie, dieses Problem lösen zu können, indem Sie den Grundschullehrerinnen und -lehrern eine zusätzliche Erhöhung ihrer Arbeitszeit aufdrücken oder Arbeitszeitkonten einführen?

(Knauer (CSU): Wer hat das gesagt?)

Das Konzept von Frau Hohlmeier beinhaltet eine Arbeitszeiterhöhung der Lehrer. Glauben Sie, die Schulqualität sichern zu können, indem Sie die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte erhöhen? Ich möchte etwas zu Herrn Kollegen Glück sagen, der leider nicht da ist. Er redet gern über Bürgerkultur und den Umgang miteinander. Trotzdem hat er behauptet, unsere notwendige Kritik als Verhetzungskampagne und an anderer Stelle sogar als Volksverhetzung bezeichnen zu müssen. Diese Aussage ist wohl dem Kapitel der Entgleisungen zuzurechnen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt etwas Erstaunliches, man kann es auch als Erosionsprozeß bezeichnen. Wenn sich der Erfinder der sechsstufigen Realschule, Herr Rupp vom Philologenverband, plötzlich gegen die sechsstufige Realschule wendet, dann kann ich nur sagen: Eine späte Einsicht ist auch eine Einsicht. Das muß man respektieren.

(Knauer (CSU): Warum ist er dagegen?)

In diesem Zusammenhang sprach er süffisant vom „Reformrausch der CSU“. Dazu kann ich nur sagen: Im Rausch ist noch nichts Gutes zustande gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, werden Sie wieder nüchtern. Ich möchte mit Ihnen nüchtern Ihr Konzept diskutieren.

(Starzmann (SPD): Da ist sogar Herr Hofmann still!)

Das Konzept ist pädagogisch unsinnig, es wendet sich gegen die Mehrheit der Kinder. Es ist schulstrukturell antiquiert und es ist, wie wir gesehen haben, ein finanzielles Abenteuer.

Lassen Sie mich auf einige wenige Gegenargumente eingehen. Zum einen geht es um die Lenkung der Schülerströme. Die CSU will weniger Gymnasiasten und weniger Schüler mit mittlerer Reife, aber viele Hauptschüler. Dabei will Herr Faltlhauser noch weniger Gymnasiasten und Realschüler als das Kultusministerium. Diese Politik ist gegen den Bildungsstandort Bayern gerichtet. Die OECD und alle Zukunftsexperten sagen, daß wir höhere Qualifikationen vermitteln müssen. Die CSU will aber gerade das Gegenteil. Das ist ein Armutszeugnis.

Als Ausschußvorsitzender ist es mir wichtig, zu sagen, daß der gesamte Vorgang eine Brückierung des Landtags ist. Wir fordern seit Monaten eine genaue Datenbasis. Wir fordern genaue Zahlen. Die GRÜNEN haben eine Anhörung gefordert. Sie von der CSU sagen aber immer, Sie hätten noch keine Daten.

(Starzmann (SPD): Sie wissen es selber nicht!)

Dann werden plötzlich im Hinterstübchen des Kabinetts doch Zahlen auf den Tisch gelegt. Sie sind zu feige, diese Zahlen dem Landtag vorzulegen. Auf einer exak-

ten Datenbasis könnten wir über einen vernünftigen Zeitraum hinweg diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sind fast alle gegen die Einführung der sechsstufigen Realschule. Selbst Mitglieder der CSU sind dagegen.

(Loscher-Frühwald (CSU): Wir sind eine Volkspartei!)

Sie sind dagegen, weil Sie merken, daß die Entwicklung in eine völlig falsche Richtung geht.

Der gemeinsame Tenor der Verlautbarungen des Lehrerverbandes, der KEG, der GEW, des Elternverbandes und des Philologenverbandes ist, daß es notwendiger und bessere Reformen gibt, bei denen das Geld besser angelegt wäre. Alle sagen, das Geld solle nicht in unnütze Strukturreformen gesteckt werden, die fast keinem Kind eine Verbesserung bringen. Alle fordern, Reformen durchzuführen, die hochnotwendig und überfällig sind.

Dazu gehören zum Beispiel die Verringerung der Klassenstärken und die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Dazu gehören die Rücknahme der gekürzten Stunden, die Einrichtung von Ganztagesangeboten, die Förderung der Integration und die Stützung der Brennpunktschulen, damit diese Schulen, die über einen hohen Ausländeranteil verfügen, differenzieren und Sprach- und Förderkurse halten können. Das alles ist schon von uns beantragt worden. Als wir gesagt haben, die Junglehrer sollten nicht so belastet werden, wurde uns von der CSU entgegnet, der bayerische Staatshaushalt breche durch die zusätzlichen Ausgaben von ein paar hunderttausend Mark zusammen. Jetzt bricht er offenbar bei Ausgaben von 3,1 Milliarden DM nicht zusammen. Nach Ihrer eigenen Logik wollen Sie aber einmal den Zustand der Nullverschuldung erreichen. Und dann legen Sie solch ein Konzept auf den Tisch.

Es besteht ein Bedarf für Reformen und Veränderungen, die fast allen Kindern oder wenigstens der Mehrheit der Kinder zugute kommen. Eine Veränderung im System, in der Schulstruktur, kommt zunächst niemandem zugute. Deshalb appellieren wir an Sie: Machen Sie einmal eine Pause, eine Denkpause oder ein Moratorium. Das müßten Sie schon aus Gründen Ihrer eigenen Forderungen nach Konsolidierung der Finanzen tun. Wenn aber Geld zur Verfügung steht – und das scheint der Fall zu sein –, dann investieren Sie das Geld im Interesse der Kinder, und verschwenden Sie nicht das Geld. Investieren Sie in die Verbesserung der Schulqualität vor Ort. Wenn Sie das tun, werden Sie breiten Beifall von vielen Seiten der Gesellschaft bekommen.

Uns ist der Stopp der sechsstufigen Realschule und der Einsatz der Gelder in notwendige schülerorientierte Reformen so wichtig, daß wir eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Münzel das Wort.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, daß die Einführung der sechsstufigen Realschule ein Milliardenprojekt ist, das, wenn überhaupt, nur auf dem Rücken der Lehrkräfte und auf Kosten von wichtigen und sinnvollen Reformprojekten durchgeführt werden kann.

Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, daß die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mit der sechsstufigen Realschule vollkommen dilettantisch und finanzpolitisch unverantwortlich umgegangen ist. Sie von der CSU haben Sand in die Augen aller Verantwortlichen gestreut, haben den Kopf tief in den Sand gesteckt und gehofft, es werde schon irgendwie gehen.

Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden: Der Schulversuch wurde mit dem Versprechen gestartet, er koste nichts. Durch Nachbohren kam allmählich heraus, daß die Einführung der sechsstufigen Realschule laufende Kosten von 65 Millionen DM verursachen würde. Seit einigen Wochen liegt die Zahl von über einer Milliarde DM auf dem Tisch. Die CSU versucht ständig, diese eine Milliarde DM herunterzuspielen. Die CSU sagt aber nicht, was ihrer Ansicht nach die Einführung der sechsstufigen Realschule kosten würde. In der vergangenen Woche wurde die Zahl von einer Milliarde DM im Ausschuß noch dementiert, heute wurden keine Zahlen genannt. Interessanterweise hat auch Herr Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser heute früh, als der Doppelhaushalt eingebracht worden ist, kein Wort über die Kosten der sechsstufigen Realschule verloren.

Die CSU will die sechsstufige Realschule ab dem kommenden Schuljahr einführen. Dann braucht man doch einen Posten in dem Doppelhaushalt. Darüber muß doch ein Wort verloren werden. Es ist ein Armutszeugnis, wenn Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser heute den Doppelhaushalt einbringt und kein Wort über die Kosten verliert, obwohl die Einführung der sechsstufigen Realschule als wichtigste Entscheidung in diesem Jahr bezeichnet wird. Es gibt keine Information darüber, wo das viele Geld dafür herkommen soll.

In den „Nürnberger Nachrichten“ vom 27.01. stand, daß die Kosten erst dann bekanntgegeben würden, wenn die Entscheidung über die Reform endgültig gefallen sei. Es darf doch wohl nicht wahr sein, daß Entscheidungen mit weitreichenden finanziellen Folgen getroffen werden und erst nach der Entscheidung überlegt wird, was die Einführung kostet und woher das Geld kommen soll. Eine derartig chaotische Finanz- und Bildungspolitik sucht ihresgleichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, daß die CSU die bildungspolitische Diskussion der sechziger Jahre führt.

Die Diskussion über die Schulstruktur war eine typische Diskussion der sechziger Jahre. Heute hinkt man damit dem nationalen und internationalen Standard der bildungspolitischen Diskussion um Jahrzehnte hinterher. Wie dramatisch die Situation ist, zeigt die Reaktion des Vorsitzenden des Bayerischen Philologenverbandes. Herr Rupp war die treibende Kraft für die Einführung der sechsstufigen Realschule.

(Knauer (CSU): Nicht allein!)

– Er war ohne Zweifel *die* treibende Kraft. Er sagte doch selbst, es sei seine Idee gewesen und er sei stolz darauf, daß es so komme. Jetzt hat er aber mit fliegenden Fahnen die Seiten gewechselt und laut „halt“ gerufen.

(Hofmann (CSU): Und wenn er noch einmal die Seiten wechselt, wechseln Sie dann auch wieder Ihre Meinung?)

Daß der größte Befürworter und *die* treibende Kraft der sechsstufigen Realschule eine solche Kehrtwendung macht, sollte Ihnen zu denken geben. Legen Sie endlich die sechsstufige Realschule ad acta. Nehmen wir doch lieber das viele schöne Geld zum Beispiel für die Grundschule her oder für den Ausbau der kind- und familiengerechten Halbtagschule. In der Grundschule erreichen wir mit Reformen fast alle Kinder, von denen in den Förderschulen einmal abgesehen.

Die Grundschule ist das Fundament der schulischen Entwicklung aller Kinder, und deshalb sollten wir in sie investieren. Wenn wir sie im Sinne von kind- und familiengerechter Halbtagschule reformierten, käme sie auch den Frauen entgegen. Denn dann könnten sie endlich eine vernünftige Lebensplanung machen, das heißt, wenn sie Kinder haben, einem Beruf nachgehen.

Frau Staatsministerin Hohlmeier verkündete im Bildungsausschuß, ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der Staatsregierung werde die Einführung der kind- und familiengerechten Halbtagschule sein. Diese Aussage wird von uns sehr begrüßt, und ich habe mich sehr gefreut, als ich sie gehört habe. Schau ich mir aber das Drama um die kind- und familiengerechte Halbtagschule an, muß ich feststellen, daß sie nicht ein Schwerpunkt der Bildungspolitik sein wird, sondern wohl eher ein Rohrkrepiere.

Noch immer ist nicht klar, wie die kind- und familiengerechte Halbtagschule eigentlich aussehen soll. Die CSU hat sich um die Erarbeitung einer konzeptionellen Entwicklung gedrückt und statt dessen dem Ministerium den Auftrag gegeben, es solle ein Konzept vorlegen – Berichtsdatum 01.11.1998. Die Staatsregierung hat aber bis heute noch nicht auf den Tisch gelegt, wie ihrer Ansicht nach die kind- und familiengerechte Halbtagschule aussehen soll.

(Sinner (CSU): Die arbeiten halt sehr sorgfältig!)

– Von wegen „sorgfältig“, Herr Kollege! Es wurde lediglich eine Erhebung gemacht, das heißt, ein Brief auf dem Dienstweg vom Ministerium über die Regierungen und die Schulämter an die Schulen durchgereicht. Demnach

sollte eine Bedarfserhebung gemacht werden. Deren Ergebnis sollte auf ebendiesem Dienstweg wieder dem Ministerium zugeleitet werden. Dafür waren vier Wochen veranschlagt. Wenn man Dienstwege und Schulen kennt, weiß man, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Denn in der Praxis bekommen die Kinder am Donnerstag einen Zettel mit nach Hause, der am Montag darauf wieder abgegeben werden soll, was in der Regel nicht funktioniert. Das müßte auch das Ministerium wissen. Bei der Bedarfserhebung wurde den Eltern nicht einmal gesagt, was kind- und familiengerechte Halbtagschule bedeutet. Die Eltern wurden nur gefragt, ob sie diese Schule wollen. Als sie nachgefragt haben, was das sein sollte, war nur Schweigen – bis heute.

(Starzmann (SPD): Klar, die wissen doch selbst nicht, was das sein soll!)

Dann wurde den Schulleitern gesagt, sie könnten den Bedarf notfalls schätzen. Prima, nicht wahr, Papa weiß schon, was Sache ist.

(Knauer (CSU): Das ist doch unseriös, Frau Münzel!)

Wie soll denn ein Schulleiter schätzen, welchen Bedarf Eltern zu Hause haben? Das ist doch eine Hybris. Trotzdem wurde die Bedarfserhebung weitergeführt – mit geschätzten Zahlen. Die Kindergarteneltern wurden nicht gefragt, auch wenn verantwortungsbewußte Schulleiter teilweise daran gedacht haben. Von ihnen wurde zumindest versucht, Meinungen einzuholen. Daß die Eltern der Kindergartenkinder auch befragt werden müssen, sollte klar sein. Denn nur so ist eine langfristige Planung möglich. In ihrer Unverbindlichkeit stellt die Bedarfserhebung aber eben keine sichere Planungsgrundlage dar. Ich befürchte, letztendlich wird das Ergebnis der Erhebung sein, daß kein Bedarf besteht. Wahrscheinlich hat die Staatsregierung keinerlei Interesse an der Einführung der kind- und familiengerechten Halbtagschule, denn mit der von ihr gewählten Vorgehensweise wird die Einführung dieser Art von Schule boykottiert.

Nehmen wir das viele Geld doch her und reformieren wir damit die Hauptschule. Auch wenn manche sagen, die Hauptschule sei nicht zu reformieren, sollten wir nichts unversucht lassen. In diesem Zusammenhang hat Frau Staatsministerin Hohlmeier einen interessanten Vorschlag gemacht. Sie möchte einen festen Realschulzweig an die Hauptschule angliedern. Dieser Vorschlag hat in meinen Augen viel Charme und wird von mir begrüßt.

(Sinner (CSU): Sehr gut!)

Wäre der Vorschlag von der SPD oder vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gekommen, hätte er erstens keine Chance gehabt und zweitens hätte es lautstarke Kritik gehagelt, es wäre vom Einstieg in den Ausstieg aus dem gegliederten Schulsystem und von der Aushöhlung des Leistungsprinzips durch die Einführung einer kleinen Gesamtschule die Rede gewesen.

Wir sollten dafür Sorge tragen, daß an unseren Hauptschulen vermehrt Schulpädagoginnen und Schulpädagogen eingesetzt werden können, um die Erziehungssituation zu verbessern.

(Sinner (CSU): Ist das ein neues Wort für Lehrer?)

Die Schlüsselfrage einer zeitgemäßen bildungspolitischen Diskussion lautet: Was ist eine gute Schule? Damit stellt sich zugleich die Frage nach der Qualität des Unterrichts. Durch die internationale TIMSS-Studie und den bayernweiten Mathematik-Test wurde deutlich, daß Verbesserungen im Unterricht notwendig sind, wenn die Leistungsfähigkeit der Kinder erhöht werden soll. Lassen Sie uns endlich damit anfangen und auch bei der Lehrerfort- und -ausbildung ansetzen. Sagen auch Sie ein klares Nein zur sechsstufigen Realschule.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Knauer das Wort.

Knauer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin durchaus bereit, auch im Plenum des Bayerischen Landtags für die Anliegen unserer Kinder zu streiten, glaube aber, daß Ihre Debattenbeiträge, Herr Kollege Irlinger und Frau Kollegin Münzel, mit denen Ängste geschürt und Behauptungen aufgestellt wurden, die nicht belegbar sind, weder dem Ansehen des Hohen Hauses noch dem Wohl unserer Kinder dienen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Starzmann (SPD): Das waren gute Reden!)

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag eingereicht,

wonach wir den Schulversuch sechsstufige Realschule einstellen und die positiven Erfahrungen aus diesem Schulversuch nicht mehr in bildungspolitische Überlegungen einbeziehen sollten. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von der SPD haben in der Bildungspolitik immer nur schwarz gesehen. Während Sie aber schwarz gesehen haben, haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vor wenigen Monaten schwarz gewählt, weil sie ganz genau den Unterschied zwischen einer Ankündigungspolitik und einer Bildungspolitik erkannt haben.

(Starzmann (SPD): Wegen der R 6 sind Sie nicht gewählt worden!)

Die Notwendigkeit einer inneren und äußeren Schulreform ergibt sich aus der Veränderung der demographischen Entwicklung in unserer Bevölkerung, aus der Tatsache, daß eine zu große Zahl von Schülern in den von ihnen eingeschlagenen Schullaufbahnen scheitert, aus den gestiegenen Anforderungen der Informations- und Kommunikationstechnologie, aus der Konkurrenz mit

den Absolventinnen und Absolventen im europäischen Ausland und darüber hinaus aus den Ergebnissen des Bildungskongresses und der Bildungsoffensive unserer Fraktion vom Frühsommer letzten Jahres.

(Irlinger (SPD): Und wie finanziert ihr das?)

Wir haben uns bei unseren Diskussionen, die im übrigen noch nicht abgeschlossen sind – daher verstehe ich Ihre Horrorgemälde überhaupt nicht –,

(Zurufe von der SPD: Wieso unsere?)

von folgenden Gedanken leiten lassen: Zum einen wollen wir leistungsfähige Schulstrukturen unter möglichst weitgehender Wahrung der heimatnahen Beschulung schaffen. Zum anderen wollen wir die Durchlässigkeit unseres gegliederten Schulsystems erhöhen. Wir wollen den Willen der Eltern bei der Entscheidung über die Schullaufbahn stärken, und wir wollen auch die Qualität des Unterrichts gerade im Hinblick darauf, was wir in der vergangenen Woche im Bildungsausschuß diskutiert und gehört haben, stärken.

(Starzmann (SPD): Warum machen Sie das dann?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit über einem Jahr stehen wir in intensivem Kontakt mit den Lehrerverbänden und den Elternverbänden und wir führen intensive Diskussionen in unserer Fraktion. Nun stehen wir kurz vor der Entscheidung. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir diese Diskussion offen führen und daß wir sie so führen, als würden wir letztlich eine Entscheidung für unser eigenes Kind treffen.

(Irlinger (SPD): Im Ausschuß wollt ihr aber nicht offen diskutieren!)

Das, was Sie, meine Damen und Herren, in den letzten Monaten hier gezeigt haben, hat nicht zur Versachlichung beigetragen. Sie haben zusammen mit den Lehrerverbänden und einem kleinen Teil der Elternverbände, die sich zum Teil als Handlanger hergegeben haben,

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Was haben Sie denn für ein Demokratieverständnis?)

dafür gesorgt, daß mit Behauptungen, die jeglicher Wahrheit entbehren, Ängste entstanden sind. Nicht zuletzt erreichten uns in den letzten Wochen Unterschriftenlisten, auf denen behauptet wird, daß es nach der vierten Jahrgangsstufe keinen Übertritt an weiterführende Schulen mehr geben soll. Das sind die Irlingerschen und die Münzelschen Märchen, die überhaupt nichts mehr mit unseren Überlegungen zu tun haben.

Merkwürdig ist es, zu welchen Widersprüchlichkeiten Sie sich hinreißen lassen. Sie fordern auf der einen Seite – und das können wir Ihnen anhand Ihrer eigenen Anträge aus der vergangenen Legislaturperiode belegen – die Einführung der Orientierungsstufe, die Einführung der Gesamtschule und später die abgespeckte Form der Regionalschule, die Sie auch jetzt wieder auf Ihrer Klau-

surtagung in Irsee aus der Mottenkiste hervorgezogen haben. Auf der anderen Seite ziehen Sie mit dem Schreckgespenst des Sterbens von kleinen und kleinsten Hauptschulen und Teilhauptschulen durchs Land.

(Irlinger (SPD): Das ist Ihr Konzept! Wir wollen die dreigliedrige Schule!)

Frau Werner-Muggendorfer, wenn es nach Ihren Vorgängern im Parlament gegangen wäre, gäbe es die heimatnahe Beschulung in Bayern überhaupt nicht mehr, denn Sie wollten der Schulstruktur Platz machen. Sie wollten die Schulen abschaffen.

(Lachen bei der SPD)

Sie wollten die heimatnahe Beschulung abschaffen, wie Sie es in Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland auch gemacht haben. Deswegen betreiben Sie jetzt nur Heuchelei.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Irlinger?

Irlinger (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Knauer, wären Sie bereit, endlich zu den Hauptfragen unseres Antrages zu kommen? Wie wollen Sie denn die Formen finanzieren? Wie wollen Sie sie gegenfinanzieren? Sind Sie vor allem bereit, zur Verfügung stehendes Geld für sinnvolle innere Schulreformen auszugeben?

(Hofmann (CSU): Sie müssen nur den Haushalt lesen!)

Knauer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Irlinger, wir werden die Reform durch entsprechende Haushaltsansätze finanzieren.

(Irlinger (SPD): Welche denn? – Lachen bei der SPD)

Hieran sehen Sie, wie in den SPD- und Grün-regierten Ländern Vorhaben durchgesetzt werden, nämlich nicht über Haushaltsfinanzierungen, sondern aufs Geratewohl mit der Folge, daß diese Länder Schulden machen, daß die Schwarten nur so krachen.

Wir werden selbstverständlich auch darauf achten, daß die Mittel, die wir bereitstellen,

(Irlinger (SPD): Wie hoch?)

sinnvoll verwendet werden. Letztendlich sollen diese Mittel auch den Schülern zugute kommen.

(Irlinger (SPD): Ein Armutszeugnis!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur demographischen Entwicklung sagen. Fakt ist, daß wir in diesem Schuljahr zum ersten Mal seit langer Zeit einen Rückgang der Schülerzahlen in der ersten Jahrgangsstufe verzeichnen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren drastisch ver-

stärken. Somit werden wir nach dem Schülerberg, den wir bis zum Jahr 2004 noch zu bewältigen haben, überall die Folgen des drastischen Schülerrückgangs spüren. Deshalb entspricht Ihre Aussage, daß sich die Schulstruktur vor allem in den dünnbesiedelten Räumen verändern wird, nicht der Wahrheit, denn mit oder ohne R 6 müssen vor allem jene Hauptschulen in Frage gestellt werden, die bereits jetzt nur mehr aus einigen wenigen Klassen und zum Teil nur mit ausgelagerten Klassen noch am Leben erhalten werden. Frau Kollegin Schieder, das wissen Sie genauso, deshalb brauchen Sie nicht zweifelnd in die Runde schauen.

(Frau Marianne Schieder (SPD): Ihr wißt scheinbar überhaupt nichts! – Hofmann (CSU): So klein und schon so frech!)

Meine Damen und Herren, es kann uns doch nicht unberührt lassen, daß 50% unserer Kinder, die im Gymnasium beginnen, letztendlich nicht das Abitur erreichen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da bin ich voll Ihrer Meinung!)

Es kann uns nicht unberührt lassen,

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wir sind auch dieser Meinung!)

daß etwa 25% – mit steigender Tendenz – der Schulanfänger an der vierzügigen Realschule Abbrecher am Gymnasium sind. Es kann uns auch nicht unberührt lassen, daß der technische Fortschritt ein Mehr an höchstqualifizierten Kindern braucht.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

Ich meine, die Strukturen muß man hinterfragen. Lassen Sie uns deswegen mit unseren Überlegungen erst einmal zu Ende kommen.

(Irlinger (SPD): Ja!)

Die Entscheidung hat das Parlament. Im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport werden wir um Lösungen ringen. Wir werden für Änderungsvorschläge aus Ihren Reihen aufgeschlossen sein, weil es um das wertvollste Gut einer Gesellschaft geht. Die Vorschläge müssen aber sinnvoll sein und dürfen nicht aus der Mottenkiste der Gesamtschule resultieren.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Narnhammer?

Frau Narnhammer (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Knauer, können Sie mir in etwa sagen, wann Ihre Überlegungen beendet sein werden? Sie diskutieren nun schon seit über einem Jahr. Heute sagen Sie, Sie stünden kurz vor dem Ende der Überlegung.

(Hofmann (CSU): In drei Wochen!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Knauer.

Knauer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Kollegin Narnhammer, ich kann Ihr Bedürfnis befriedigen.

(Heiterkeit – Hofmann (CSU): Gibt es keinen anderen Ausdruck? – Frau Marianne Schieder (SPD): Können Sie nicht!)

– In diesem Punkt natürlich nur, Frau Kollegin. Es gibt gar nichts anderes zu überlegen.

Wir werden innerhalb der nächsten vier Wochen genau sagen können, wohin unserer Meinung nach die Reise gehen soll. Das wird ein ausgewogenes Paket sein, über das breit zu diskutieren wir Sie einladen werden.

(Hofmann (CSU): Und zuzustimmen!)

Wir werden eines nicht machen, was in Bonn zugegebenermaßen momentan sehr gut funktioniert. Wir erleben: Man läßt die Minister vorspringen, läßt sie einen Haufen Unfug erzählen, der sich nicht realisieren läßt. Anschließend kommt der große Meister und sagt: Freunde, kurz treten, so geht es nicht, ich verkörpere Sicherheit. Das geht noch ein paar Monate, vielleicht über die Hessenwahl hinaus. Spätestens wenn die Steuerreform kommt, wird auch der große Zampano entlarvt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Irlinger (SPD))

Herr Kollege Irlinger, ich war sehr gespannt, was Sie in Irsee zustandebringen.

(Irlinger (SPD): War gut, gell? – Heiterkeit bei der SPD)

Die Große Dame, die uns schon in den letzten vier Jahren angekündigt hat, sie werde uns auf dem bildungspolitischen Sektor vorantreiben, ist heute bei der bildungspolitischen Diskussion nicht anwesend. Bei Ihnen bröckelt es schon wieder.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie haben nichts Innovatives gebracht.

(Hofmann (CSU): Die gesamte Führungsspitze nicht!)

Hören Sie zu. Ich darf Ihnen heute etwas unterbreiten, was meine kühnsten Vorstellungen noch übertroffen hat und was erst wenige Tage alt ist.

(Zurufe von der SPD)

Seit wenigen Tagen gibt es Untersuchungsergebnisse aus Nordrhein-Westfalen, die vom Arbeitskreis Gesamtschulen Nordrhein-Westfalen und des Berliner Max-Planck-Instituts erstellt wurden. Es hat sich herausgestellt, daß begabte Gesamtschüler bereits in der 8. Jahrgangsstufe in Mathematik und den Naturwissenschaften

ein Leistungsdefizit zu den Realschülern in Nordrhein-Westfalen von einem Jahr und am Ende der 10. Jahrgangsstufe ein Wissensdefizit von zwei Jahren haben. Vergleicht man in Nordrhein-Westfalen die Gesamtschüler der 10. Jahrgangsstufe mit den Gymnasiasten der 10. Jahrgangsstufe, ist ein Wissensdefizit von drei Jahren festzustellen. Das ist eine Leistungsdifferenz von mehr als 75 % zu Lasten der Gesamtschule. Deswegen sollten Sie endlich von diesem Szenario Abstand nehmen. In der Region Münster wurde 42 % der 3307 Gesamtschüler des 10. Jahrgangs erlaubt, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Man höre und staune. Nach einer Tabelle der Bezirksregierung von Münster schafften schließlich nur 625 – –

(Dr. Hahnzog (SPD): Prozent!)

– Das wäre ein Ergebnis der Gesamtschulbildung, Herr Kollege Dr. Hahnzog. – Nur 625 dieser Schüler schafften das Abitur. Hinzu kommt, daß nach Berechnungen des Hamburger Senats die Kosten der Gesamtschule um 60 % über denen des Gymnasiums liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Irlinger (SPD): Jetzt zum Thema!)

zu Ihrem Antrag.

(Starzmann (SPD): Erstaunlich, wie lange Sie brauchen, um etwas zu sagen!)

Sie werden doch nicht erwarten, daß wir eine intensiv geführte Auseinandersetzung, die wir in der nächsten Woche fortsetzen werden, aufgrund der Erkenntnisse der Mitglieder der Fraktionen abrechnen, die dort, wo Sie die politische Verantwortung haben, insgesamt wesentlich schlechtere Schulverhältnisse vorweisen können als wir in Bayern. Das betrifft auch die Leistungsfähigkeit. Von daher dürfen Sie die Ablehnung ihrer Anträge nicht dahin gehend verstehen, daß sich damit der ein oder andere Kollege heute inhaltlich festlegt. Wir werden die Diskussion in aller Ruhe und Sachlichkeit zu Ende führen. Wir wissen, daß Sie von vornherein die R 6 abgelehnt haben. Das wissen wir nicht erst seit heute, das wissen wir schon seit langem. Wir laden Sie zu einer breiten Diskussion ein, wenn wir in spätestens vier Wochen unsere Konzeption vorstellen.

Nun, Herr Kollege Irlinger und Frau Kollegin Münzel, eines reizt mich schon zu sagen, weil mich das persönlich sehr geärgert hat. In den wenigen Monaten als stellvertretender Ausschußvorsitzender habe ich gelernt, daß man sehr vorsichtig sein muß, sich an den Interessenslagen von Lehrerverbänden zu orientieren. Fragt man, was den einen oder anderen Präsidenten oder Vorsitzenden

(Willi Müller (CSU): Besonders Realschullehrer!)

bewogen haben mag, plötzlich zu einer anderen Erkenntnis zu gelangen, könnte man sich vorstellen, daß damit die Meinung verbunden sein könnte, wir könnten so schlau sein, den bundesweiten Vergleich der durch-

schnittlichen Arbeitszeit in einigen Lehrämtern anzustellen.

(Irlinger (SPD): Das habe ich schon immer verlangt!)

Nachdem solche Ängste bestanden haben, wurde das Wohl des Kindes, das sonst in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt wird, zurückgestellt und die Notbremse gezogen. So wenig ehrlich die Diskussion um die Notbremse war und ist, genauso wenig ehrlich war das, was wir in den letzten Monaten und Wochen an Desinformation der Bevölkerung durch Ihre Seite erlebt haben. Es wird Sie nicht verwundern, daß ich Ihnen signalisiere, wir werden Ihren Antrag mit der vorgenannten Begründung der fraktionsoffenen Diskussion heute ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich weise darauf hin, daß zu beiden Anträgen namentliche Abstimmung beantragt ist. Letzte Wortmeldung: Frau Goertz.

(Zurufe von der SPD: Sie verzichtet!)

Frau Goertz verzichtet? – Nein.

Frau Goertz (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte daran erinnern: Wenn man sich mit der sechsstufigen Realschule beschäftigt, sieht man sich geradezu einem Schauspiel gegenüber, ja, leider einem Drama. Anfangs sagte man, deren Einführung werde kostenneutral sein; jetzt haben wir ein Milliardenprojekt.

(Zurufe von der CSU)

Es hat ein Wandel stattgefunden vom Schnäppchen zum Luxusmodell. Das ist doch nicht zu leugnen. Herr Knauer, wir haben keine Angst davor, darüber zu diskutieren. Sie müssen erst einmal widerlegen, daß es so ist. Sie sagen jetzt, wir müßten unsere „Behauptungen“ –

(Zuruf des Abgeordneten Knauer (CSU))

– Damit es klar ist: Der Hinweis, daß das Projekt Milliarden kosten wird, kommt sogar aus Ihren eigenen Reihen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Knauer (CSU))

Darüber ist gar nicht zu diskutieren. Daß eine Summe in Milliardenhöhe nötig sein wird, wurde in der Kabinettsitzung besprochen. Herr Knauer, Sie erklären immer, Sie hätten Kontakte, Sie hätten den guten Willen und diskutierten. Aber die Sache nimmt überhaupt kein Ende. Jetzt haben Sie angekündigt, daß wir eventuell in vier Wochen Näheres erfahren. Das ist doch das Wichtige: daß wir endlich wissen, was Sache ist.

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Knauer (CSU))

Sie können uns doch nicht immer nur verträsten. Das geht jetzt schon seit Jahren so.

(Widerspruch des Abgeordneten Knauer (CSU))

Die Probleme, die wir immer beklagen, die Mißstände an den Schulen, bestehen immer noch: Es gibt zu wenige junge Lehrer. Die Klassen sind zu groß. Zuviel Unterricht fällt aus. Alles ist genauso wie vor der Wahl. Nichts hat sich geändert. Diese Zustände müssen wir kritisieren. Die R 6, wie Sie sie jetzt einführen wollen, bringt uns, wie ich meine, keinen Fortschritt.

(Widerspruch des Abgeordneten Knauer (CSU))

Belegen Sie es doch, wenn Sie meinen, daß es anders sei. Die R 6 bringt den Schulen auch keine Qualitätsverbesserung.

(Zuruf des Abgeordneten Knauer (CSU))

Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb sollten Sie die vielen Milliarden, die jetzt für die R 6 vorgesehen sind, lieber in andere Projekte stecken, die weitaus wichtiger sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier sollten wir ansetzen, anstatt für die R 6 Unsummen zu vergeuden und nichts gegen die an den Schulen bestehenden Mißstände zu unternehmen. Mißstände zu beseitigen, das wäre jetzt am wichtigsten, das wäre im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Goertz, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Knauer zu?

Frau Goertz (SPD): Ja.

Knauer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Beantworten Sie uns doch bitte einmal die Frage: Was kostet die Einführung der sechsstufigen Realschule?

(Zurufe von der SPD: Das wissen wir doch nicht!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Irlinger spricht in dem Zusammenhang von 3 Milliarden DM. Bitte sagen Sie uns, von welchen Zahlen Sie ausgehen.

(Unruhe bei der SPD)

Frau Goertz (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Knauer, dazu sage ich Ihnen folgendes: Wir lehnen die R 6 ab. Sie sind für die R 6. Also haben Sie auch einen Vorschlag zu deren Finanzierung zu machen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Das ist nicht unsere Aufgabe, sondern Ihre. In Ihren Reihen wird über Summen in Milliardenhöhe gesprochen, nicht bei uns. Wir haben kein Interesse daran, die R 6 einzuführen. Das ist Ihr Problem. Also haben Sie sich auch um die Finanzierung zu kümmern.

(Unruhe)

Ich möchte noch ganz kurz etwas zu dem Hinweis auf eine Unterschriftenaktion sagen. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, daß wir über Unterschriften diskutiert haben, die vom Bayerischen Realschullehrerverband gesammelt worden sind, und zwar über die Schulleiter. Wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt. Was Sie gesagt haben – -

(Zuruf des Abgeordneten Knauer CSU))

– Da ist den Eltern etwas vorgespielt worden. Das konnten sie nicht durchschauen, als sie unterschrieben. Wir sollten nun nicht damit beginnen, uns gegenseitig zu beschuldigen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Starzmann zu?

Frau Goertz (SPD): Ja.

Starzmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Kollegin, ich frage Sie: Können Sie meine Enttäuschung darüber nachvollziehen, daß Herr Knauer nicht weiß, was die Einführung der R 6 kosten würde, und daß er das, wovon er nicht weiß, wieviel es kostet, ganz einfach über entsprechende Haushaltsansätze finanzieren würde?

(Beifall bei der SPD)

Ich bin total entsetzt. Verstehen Sie mein Entsetzen?

Frau Goertz (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Ich kann Ihr Entsetzen nachfühlen und hoffe, daß sich Herr Knauer dazu äußern wird, wie hoch diese Haushaltsansätze sein sollen.

(Hofmann (CSU): Schauen Sie doch in den Entwurf!)

Das wird wunderbar. Das schöne Tête-à-Tête, das Sie uns angeboten haben, meine Damen und Herren von der CSU, die Gelegenheit, miteinander zu diskutieren, vielleicht auch über Ansätze in Sachen Schulreform, führt möglicherweise dazu, daß vernünftige Angebote auf den Tisch kommen. Wir hoffen immer noch, daß die Einführung der R 6 gestoppt wird. Damit täten Sie sehr vielen Kindern in Bayern einen großen Gefallen. Denn hierzulande sind andere Reformen nötig.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Dürr.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, die Aufregung, die Ihre Partei in der letzten Zeit an den Tag gelegt hat,

beweist, daß sich die Staatsregierung und die CSU mit den Realschulplänen sozusagen schulpolitisch außer Gefecht gesetzt, ja sogar handlungsunfähig gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle können das Gezerre beobachten, das in der Regierungspartei wie auch im Kabinett im Zusammenhang mit den Milliardenbeträgen stattfindet, die die sechsstufige Realschule kosten soll.

(Hofmann (CSU): Da haben Sie wirklich keine Ahnung! Haben Sie schon in den Haushaltsentwurf geschaut?)

Weil die vorgesehene Reform der Realschule nicht finanzierbar ist, werden nun alle möglichen abgespeckten Varianten vorgeschlagen. Aus der Reform wird so ein Reförmchen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Vorhaben, mit dem ohnehin falsche bildungspolitische Ziele verfolgt werden, soll jetzt auch noch falsch durchgeführt werden. Da ist der Pfusch vorprogrammiert.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Es ist ja interessant, daß es jetzt sogar im bayerischen Kabinett erste Ansätze zu mehr Transparenz gibt.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nichts gegen Glasnost in der Staatskanzlei. Herr Glück spricht von einem einmaligen Vorgang. Aber einmalig ist nicht so sehr die Art der Diskussion oder unserer Information darüber, sondern das Thema. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie wollen Milliardenbeträge ausgeben, um Symptome zu kurieren. Sie haben sich längst in eine Sackgasse manövriert. Das wissen Sie schon seit langem. Nur wissen Sie nicht, wie sie jemals wieder herauskommen. Das ist das Problem.

(Hofmann (CSU): Haben Sie eine Ahnung! – Knauer (CSU): Wir kommen zu Ihnen! Sie helfen uns dann!)

Jetzt können selbst Sie nicht länger leugnen, daß sich das Bildungssystem in Bayern in einer Krise befindet. Wenn man sich die neuesten Testergebnisse ansieht, muß man feststellen: Hier besteht keine Bildungskrise, sondern eine Bildungsmisere. Das können Sie nicht leugnen, es sei denn, Sie beherrschten die Prozentrechnung nicht, meine Damen und Herren von der CSU.

In Bayern war nach Ihrer Meinung bisher alles Spitze. Alles ist Spitze in Bayern, unser Schulsystem sowieso. Meine Damen und Herren von der CSU, warum ist Ihrer Meinung nach alles Spitze? – Weil alles so ist, wie Sie es sich vorgestellt haben. Deswegen müssen Sie dafür auch Verantwortung tragen, wenn es einmal nicht so gut läuft. Das ist jetzt der Fall. Womit wir es zu tun haben,

sind die Folgen dessen, was Sie geplant und bisher getan haben.

Manchmal denke ich, daß Sie sich im Schulsystem von Nordrhein-Westfalen besser auskennen als im bayerischen.

(Zurufe von der SPD: Niedersachsen! – Zuruf des Abgeordneten Knauer (CSU))

– Ich sage es gerne immer wieder, weil Sie fast ständig davon sprechen, meine Damen und Herren von der CSU – Ihre Worte mögen sich andere anhören -: Ich trage nirgendwo in Deutschland Regierungsverantwortung. Die politische Verantwortung, die ich habe – dafür bin ich gewählt worden –, bezieht sich auf Bayern. Darum werde ich mich kümmern. Sie können sich um Niedersachsen, um Nordrhein-Westfalen oder um sonst etwas kümmern; ich will mich hier engagieren.

(Hofmann (CSU): Sowohl als auch!)

Schon seit einiger Zeit wird Unmut an den Schulen laut. Den gab es auch während des Wahlkampfes. Sie haben versucht, die Betroffenen zu beschwichtigen, meine Damen und Herren von der CSU. Die Lehrer werfen den Eltern vor, bei der Erziehung zu versagen. Die Eltern werfen den Lehrern vor, den Kindern nichts beizubringen. Der Regierungspartei fällt dazu nichts anderes ein, als alle zu mehr Leistung aufzufordern. Das ist etwas wenig.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn ich meine, wenn es zu einer solchen Situation kommt, ist das Schulsystem selbst in der Krise. Dann müssen wir von einem Versagen der staatlichen Schulpolitik ausgehen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie darum, etwas ruhiger zu sein, damit wir den Redner verstehen können.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Antworten auf diese Krise; das kann auch nicht sein, weil Sie die bildungspolitische Diskussion von vorgestern führen. Das hat Frau Münzel schon gesagt. Es sind Ihre gesellschaftspolitischen Konzepte, die aus der Mottenkiste stammen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hängen immer noch Illusionen an, die von den heutigen Realitäten weit entfernt sind. Sie glauben an die „heilige Familie“. Sie wollen die Gesellschaft hierarchisch gliedern.

(Knauer (CSU): An die Heilige Familie glauben wir allerdings! – Hofmann (CSU): Wer hat den Mist aufgeschrieben?)

Ihre gesellschaftspolitischen Vorgaben haben nur dann halbwegs Sinn, wenn der Grundsatz auch nur entfernt

stimmen würde, daß sich Leistung lohnt und eine Konkurrenz von Einzelinteressen der Allgemeinheit nützt. Wenn das stimmen würde, dann würden Ihre schulpolitischen Konzepte vielleicht aufgehen. Sie aber wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich die Gesellschaft schon längst verändert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb können Sie es nicht ertragen, wenn man darüber redet; das ist ein echtes Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Ist Ihnen schon aufgefallen, daß wir es mit einer völlig neuen Schülergeneration zu tun haben? Wer Kinder hat, weiß das. Es ist merkwürdig, daß auch Eltern, die sich intensiv um ihre Kinder kümmern, Probleme haben. Woran liegt das? Die Zeiten haben sich geändert, und deswegen muß man nach neuen Antworten suchen.

(Unruhe)

Auch die gesellschaftlichen Anforderungen an die Schule haben sich geändert; das ist Ihnen vielleicht noch nicht aufgefallen. Wir brauchen mehr Teamfähigkeit, Vernetzung und Flexibilität. Sie aber setzen weiterhin auf starre hierarchische Strukturen und auf Abgrenzung.

(Knauer (CSU): Sie haben vielleicht eine Ahnung von der Baumschule, aber nicht von unseren Schulen! Sie diffamieren unsere Lehrer!)

– Ich diffamiere Ihr schulpolitisches Konzept.

(Knauer (CSU): Trotzdem haben wir die besseren Ergebnisse!)

– Bessere Ergebnisse als wer, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen? – Ja. Es ist nicht sinnvoll, ständig zu versuchen, die einzelnen Schultypen noch besser voneinander abzugrenzen. Vielmehr muß man die verschiedenen Schularten in die Lage versetzen, die heutigen Kulturtechniken zu vermitteln.

(Unruhe)

Wir wollen eine kindgerechte Schule. Dazu muß man wissen, mit welchen Kindern wir es heute zu tun haben. Schulpolitik darf sich nicht weiter darauf beschränken, Einzelsymptome zu bekämpfen, wie Sie das machen, sondern man muß sich grundsätzlich überlegen, was es bedeutet, eine Schule kindgerecht zu organisieren.

(Fortgesetzte Unruhe)

Eine moderne Schule braucht mehr Freiräume, mehr Demokratie und mehr Offenheit. In den Schulen fehlt es an pädagogischen Freiräumen. Die Lehrpläne sind überfrachtet, die Lehrkräfte mit allzu großen Klassen überfordert.

(Knauer (CSU): Sie haben keine Ahnung von den neuen Lehrplänen!)

– Darauf komme ich gleich zu sprechen. Wir brauchen eine weitgehende Selbstverwaltung der Schulen, eine Reduzierung des stofflichen Drucks zugunsten von Schlüsselqualifikationen und eine Öffnung der Schulen für gesellschaftliche Entwicklungen. Das alles ist Ihnen nicht unbekannt. Ich verstehe nicht, weshalb Sie dann nicht danach handeln.

(Fortgesetzte Unruhe)

Ich verstehe auch nicht, warum Sie immer noch darüber nachdenken, wie die einzelnen Schularten noch stärker voneinander abgegrenzt werden können und wie man den Leistungsdruck noch erhöhen kann.

Vor einem Jahr hat Ihre Partei die Bildungspolitik neu entdeckt. In Ihrem Kreuther Bildungspapier haben Sie viele vernünftige Forderungen aufgestellt: Sie wollten eine humanitäre, kindgerechte Ausbildung. Das sind Begriffe, die mir bekannt vorkommen; sie sind in unseren Forderungen enthalten.

(Knauer (CSU): Die haben wir von euch abgeschrieben! – Heiterkeit – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wollten Kindern dabei helfen, Persönlichkeiten mit Ausstrahlung und menschlicher Wärme zu werden; Sie wollten eine ganzheitliche Betrachtung der Lerninhalte und eine Auflösung der starren Strukturen an den Schulen. Dann wollten Sie die Lehrpläne entrümpeln und modernisieren, die fächerübergreifende Teamarbeit und viele andere gute Sachen mehr. Das muß ich aufzählen, weil Sie das in der Zwischenzeit offensichtlich vergessen haben.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Münzel meint zu Recht, daß sie das nicht ernst gemeint haben. Warum sonst ziehen Sie keine Konsequenzen?

(Knauer (CSU): Sie dürfen nicht alles glauben!)

Mit der Einführung der sechsstufigen Realschule werden Sie die Ziele nicht erreichen, die Sie sich selbst vorgegeben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre ein moderner Ansatzpunkt gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Knauer (CSU))

Mit dem Schulversuch, den Sie gestartet haben, wollen Sie herausfinden, ob das Gymnasium von sogenannten Parkschülern entlastet werden kann. Das war Ihr erstes Ziel. Für mich heißt das nichts anderes, als daß die sechsstufige Realschule in erster Linie strukturelle Mängel des dreigliedrigen Schulsystems auffangen soll: Damit sollen jene aussortiert werden, die in diese Gliederung nicht hineinpassen. Vernünftiger wäre es, die beschränkten Strukturen selbst zu ändern, anstatt neue Strukturen einzuführen.

Die Eltern, die diesen Schulversuch befürworten, tun dies in erster Linie deswegen, weil sie ihren Kindern die Zukunftschancen nicht verbauen möchten und eine Schule suchen, die viele Chancen bietet und alle Möglichkeiten offenläßt. Das ist aber kein Plädoyer für die sechsstufige Realschule, sondern eine drastische Kritik an der Undurchlässigkeit des jetzigen Schulsystems.

(Knauer (CSU): Sagen Sie mir ein durchlässigeres in Deutschland!)

Es hat keinen Sinn, das Dreiklassensystem zu verschärfen und ganz unten die Voraussetzungen noch weiter zu verschlechtern nach dem Motto: oben hui, unten pfui.

(Hofmann (CSU): Frau Münzel hat Ihnen etwas Verkehrtes aufgeschrieben! – Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unsere Leute schreiben ihre Reden selbst!)

– Nein, das hat sie mir nicht aufgeschrieben.

(Zurufe von der CSU)

– Darauf möchte ich nicht eingehen.

Ihnen ist selbst klar, was unsere Schulen brauchen; Sie haben es auch schon ausgesprochen, zum Teil konnte man das nachlesen. Sie können aber nicht über Ihren eigenen ideologischen Schatten springen; denn Sie müßten daraus Konsequenzen ziehen, die mit Ihren Dogmen nicht übereinstimmen. Sie sollten sich von Ihren veralteten gesellschaftspolitischen Dogmen verabschieden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten die Milliarden, die Sie jetzt verplanen, für etwas Wichtiges einsetzen. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Freiräume, sondern auch die Eltern und Lehrer. Lassen Sie mehr Selbstverantwortung zu; das wäre ein Anfang. Bauen Sie die schulische Betreuung aus, stellen Sie endlich ausreichend Lehrkräfte ein, und sorgen Sie für Fortbildung! Dann können Sie alle Beteiligten – Lehrkräfte, Eltern und Schüler – unter guten Bedingungen endlich in Ruhe arbeiten lassen. Das wäre ein guter Anfang einer Schulreform.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Hohlmeier.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Unruhe der SPD und der GRÜNEN gut verstehen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Weiß (CSU): Die sind völlig verunsichert!)

Die Herrschaften reden seit Jahren von der Bildung. Ihre Vorschläge sind aber nichts anderes als eine Neuauflage der Vorschläge aus den siebziger Jahren, die wir

uns seit 20 Jahren in Diskussionen immer wieder anhören müssen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Weiß (CSU): Lauter alter Käse! – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

– Wir sollten versuchen, einander zuzuhören. Ich möchte einige Punkte etwas humorvoll ansprechen.

(Zuruf von der SPD: Aha, humorvoll!)

Erstens. Herr Irlinger, es wurde gesagt, daß der Grundschule Stunden zurückgegeben werden sollten. Im Gegensatz zu den SPD-regierten Ländern geben wir Stunden zurück. An unseren Grundschulen haben wir in den Klassen von 1 bis 4 im gekürzten Zustand noch elf Stunden mehr als Niedersachsen im Vollausbau.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns waren gerade niedersächsische Kollegen, die uns die Zustände in Niedersachsen geschildert haben: 88 Stunden in den Klassen 1 bis 4. Bei uns sind es im gekürzten Zustand 99 Stunden. In den nächsten Jahren geben wir jedes Jahr eine Stunde zurück. Wir halten im Gegensatz zu Ihnen unsere Versprechen ein.

Ihre Behauptung, daß die Reform auf Kosten anderer Schulen gehe, ist schlichtweg falsch. Wir werden unsere Zusagen einhalten. Wie heute morgen bei der Haushaltsdiskussion ausgeführt worden ist, sind die Voraussetzungen hierfür im Grundschulwesen erfüllt.

Die kind- und familiengerechte Halbtagsgrundschule wurde angesprochen. Kind- und familiengerechte Halbtagsgrundschule bedeutet doch nicht, daß eine Betreuung von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr ausschließlich an abgeschlossenen Grundschulen geschehen muß. Wir haben in Bayern bereits 800 Gruppen der Mittagsbetreuung, die finanziert sind. Wir wollen die Betreuung bedarfsgerecht in Zusammenarbeit mit den Mittagsbetreuungseinrichtungen Kindergärten und Kinderhorten ausbauen; das liegt Ihnen bereits schriftlich vor.

Frau Münzel, die erste Feststellung eines Bedarfs war nur ein Eruiieren des ungefähren Bedarfs an den Grundschulen. Wir werden ihn erst dann ganz genau formulieren können, wenn die Einschreibung vorüber ist und uns die Eltern mit ihren Erstklässlern gesagt haben, welcher Bedarf tatsächlich vorhanden ist. Dann können wir den Bedarf zahlenmäßig, gruppenmäßig präzise wiedergeben und wissen, wie er vor Ort aussieht. Dieses Konzept darf nicht von oben nach unten übergestülpt werden, sondern das Konzept muß so sein, daß die Schulen vor Ort die Möglichkeit haben, ein eigenes Konzept zu wählen und auch gestalten zu dürfen.

(Beifall bei der CSU – Meldung zu einer Zwischenfrage)

– Ich möchte das durchformulieren; ansonsten hat es keinen Sinn. Wir kommen sonst schlicht und einfach nicht mehr zu einem Ende.

Nun zum Thema Reform der Hauptschule. Da muß ich offen gestanden lachen. Sie, die Sie Hauptschulen abgeschafft haben, wollen sich jetzt zum Retter der Hauptschulen aufspielen.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Konzept mit einer Regionalschule, die tatsächlich eine kleine Gesamtschule ist und die Realschule am besten gleich vernichtet, berücksichtigt doch nicht das, was bei den jungen Kindern in der Hauptschule an Begabungen vorhanden ist. Wir haben junge Menschen, die anwendungs- und berufsbezogen und im Praktischen außerordentlich begabt sind. Diese haben einen Anspruch darauf, eine eigene Schule zu haben. Deshalb ist es wichtig, die Hauptschule in dieser Richtung weiterzuentwickeln. Ich werde dies auch noch ganz präzise ausformulieren – dazu bleibt bei der Diskussion über diesen Antrag leider keine Zeit. Ich möchte diesen Punkt nur schlicht und einfach angesprochen haben.

Die mittlere Reife an der Hauptschule ist, bitte schön, keine mittlere Reife der Realschule, sondern eine der Hauptschule, wie wir sie jetzt in der F 10 haben. Dies wird weiterentwickelt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollen die Hauptschule weiterentwickeln. Sie haben an der Hauptschule gar kein Interesse. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CSU)

Uns liegt etwas an dieser Hauptschule. Im Saarland und anderswo ist sie abgeschafft; dort gibt es Gesamtschulen.

Ich komme zum nächsten Punkt, der angesprochen worden ist. In der Tat werden wir uns in einem Punkt weiterentwickeln müssen: Es geht um die Frage, die ich gerne mit Ihnen gemeinsam diskutieren will, wie wir nämlich die Probleme mit den Hauptschulen an Brennpunkten lösen. Diese sind nicht einfach nur durch zusätzliche Lehrerstunden zu lösen. Wir stoßen da auf außerordentlich schwierige familiäre Verhältnisse, für die zum Beispiel in der Großstadt München ein Oberbürgermeister der SPD und eine rot-grüne Regierung mit ihrer Jugendhilfe eine erhebliche Verantwortung mittragen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Schieder?

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): In Gottes Namen.

Frau Marianne Schieder (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): In Gottes Namen brauchen Sie es nicht zu gestatten; es reicht schon, wenn Sie mich reden lassen.

Wie sind denn Ihre Ausführungen in Ihrem Redebeitrag zur mittleren Reife zu verstehen, in denen Sie einen deutlichen Unterschied zwischen der mittleren Reife, die an der F 10 zu erwerben ist, und der mittleren Reife, die an der Realschule erworben werden kann, gemacht

haben? Heißt das, daß es für Sie einen qualitativen Unterschied gibt? Wie sollen wir das jetzt verstehen?

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Staatsministerin.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Sie sind die Gefangene Ihrer eigenen Ideologie, und zwar deshalb, weil die Hauptschule durch das Fach Arbeitslehre und einen intensiven Berufsbezug inhaltlich eine andere mittlere Reife vergibt als die Realschule. Das ist richtig so, weil die Hauptschüler eine andere Vorbildung und eine andere inhaltliche Orientierung haben. Da darf man nicht ständig von Qualitätsunterschieden sprechen. Wer weiß, mit welchem hervorragendem Qualitätsniveau die F-10-Schüler die mittlere Reife ablegen, der mag Respekt vor den Schülern haben, die diese Leistung erbringen, anstatt sie herabzumindern.

(Beifall bei der CSU)

Dann komme ich auf für Sie etwas empfindsame Themen. Sie haben in Ihrem Antrag alles mögliche angesprochen.

(Irlinger (SPD): Kommen Sie doch zum Thema Kosten!)

– Herr Irlinger, ich erlaube mir, zu den Punkten Ihres Antrags zu sprechen, und ich mache es in der Reihenfolge, die ich für richtig halte, nicht in derjenigen, die Sie für richtig halten.

(Beifall bei der CSU)

Genausowenig lasse ich mir vom Kollegen Dürr sagen, daß ich an den Herrgott oder die Heilige Familie zu glauben habe oder nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch das ist etwas, was jedem persönlich vorbehalten bleibt.

Bei wichtigen Themen wie zum Beispiel der Oberstufenreform, bei wesentlichen Weiterentwicklungen des Abiturs haben wir jahrelang gebraucht. Nach fast zehnjähriger Diskussion konnten wir mit Blick auf das Qualitätsniveau Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache in eine Rahmenvereinbarung der KMK gießen, weil bei Ihnen schließlich immer noch die Diskussion lief, ob Deutsch mit Dramatisch Gestalten substituiert werden kann. Alles hat aber weniger interessiert als die Studierfähigkeit der Jugendlichen, die für die Universitäten erforderlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie brauchen mir nichts über das Qualitätsniveau zu erzählen. Das Qualitätsniveau bayerischer Schulen ist im Gegensatz zu Schulen in Ländern, in denen Sie seit Jahrzehnten regieren, erheblich höher.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen dieses Qualitätsniveau weiter steigern. Wir wollen uns nicht auf die Schulter klopfen. Wir sehen die vorhandenen Probleme, aber wir packen sie an. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir die TIMSS-Studie nicht ignoriert und keine Mathematik-Tests durchgeführt, sondern wir haben für die Fragestellungen, die die Kinder nicht beantworten konnten, einen eigenen Test gemacht, um unsere Lehrpläne, unseren Unterrichtsaufbau und unsere Fortbildung sowie auch die Lehrerbildung verändern zu können.

(Beifall bei der CSU)

Dieses ist in den Ländern, in denen Sie regieren, gar nicht durchgeführt worden. Dort hat es immer geheißen: Die TIMSS-Studie ist falsch, nicht aber unser Unterricht. Wir sagen: Wir wollen den Unterricht weiterentwickeln. Da liegen die Unterschiede.

Jetzt komme ich zu dem, worauf Sie so dringend warten. Ich wollte aber zuvor die Punkte ansprechen. Wenn Sie all diese Punkte in Ihrem Antrag stehen haben, dann muß ich die Punkte schon einmal ansprechen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu der Behauptung von Herrn Irlinger mit 3,5 Milliarden DM Kosten pro Jahr.

(Irlinger (SPD): Nicht pro Jahr!)

– Gut, für welchen Zeitraum bitte?

(Irlinger (SPD): 1,7 Milliarden DM!)

– Nein, für welchen Zeitraum gelten die 3,5 Milliarden DM bitte, Herr Irlinger?

(Zuruf von der SPD: Er erklärt es doch gerade! – Knauer (CSU): Er hat doch gar keine Ahnung!)

Sagen Sie mir nur, für welchen Zeitraum die 3,5 Milliarden DM berechnet sind: zehn Jahre, acht Jahre, fünf Jahre?

(Irlinger (SPD): 1,7 Milliarden DM für die Einführung der Realschule und noch einmal jährlich 400 Millionen DM Personalkosten!)

– Entschuldigen Sie, Herr Irlinger, Sie haben eben am Mikrophon gesagt, daß die Realschulreform 2,1 Milliarden DM kosten würde. Jetzt sagen Sie, sie kostet angeblich 1,7 Milliarden DM.

(Irlinger (SPD): Die Realschule! Die anderen Reformen müssen Sie doch auch bezahlen!)

Was kostet es denn jetzt eigentlich nach dem, was Sie behaupten?

(Zurufe von der CSU)

Entschuldigen Sie, Sie wechseln doch ständig die Zahlen. Die 3,5 Milliarden DM sind fern von gut und böse, meine sehr verehrten Damen und Herren;

(Beifall bei der CSU)

sie sind nur ausgewählt. Wenn Sie 3,5 Milliarden DM sagen, dann müssen Sie hinzufügen, worauf es sich bezieht. Sie müssen doch wenigstens sagen, was Sie damit meinen und was Sie damit beziffern. Sie können doch nicht einfach sagen: 3,5 Milliarden DM, aber ich sage nicht wofür.

(Starmann (SPD): Es ist doch wurscht, was es kostet, wir machen es mit den Haushaltsansätzen!)

– Nein, entschuldigen Sie, erstens ist es nicht wurscht, und zweitens muß man sich schon die Größenordnungen ansehen. Ich nehme eine Größenordnung, die jedermann kennt.

(Irlinger (SPD): Nämlich?)

Jeder weiß, daß die Bayerische Staatsregierung, auch durch den Bayerischen Landtag unterstützt, in den nächsten vier Jahren in den Haushalt vier mal 500 Zwei-Drittel-Stellen einstellen möchte. Das heißt: Wir haben schon 500, im nächsten Schuljahr kommen wieder 500 und in den darauffolgenden Jahren nochmals je 500 Zwei-Drittel-Stellen. Viermal 500 Zwei-Drittel-Stellen kosten in acht Jahren bereits knapp 800 Millionen DM. Diese Stellen stellt kein Mensch mehr in Frage, da sie aufgrund des Schülerzuwachses schlicht notwendig sind, und weil wir uns für die Bildungsoffensive und für die Schulen entschieden haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grunde ist das finanziell eingestellt worden.

Warum, Frau Münzel, sind Kosten erst dann formulierbar, wenn man selbst, ob innerhalb einer Fraktion oder innerhalb der Bayerischen Staatsregierung, zu einer Entscheidung gekommen ist? – Weil ich schließlich wissen muß, was ich entscheide, um dann zu wissen, welche Kosten auftreten. Da geht es um Fragen des Übertritts und der Größenordnung einer Hauptschulreform, um die Art und Weise der Fortbildung. Dies alles sind Fragen, die man ausdiskutieren muß, um dann entscheiden zu können, wo man welchen Schwerpunkt setzt. Dann kann man die genauen Kosten benennen, und dann diskutiert man darüber, wer welcher Meinung ist.

Es ist ein normaler Prozeß, daß die Bayerische Staatsregierung im Kabinett über die unterschiedlichen Möglichkeiten spricht und daß sich die CSU-Fraktion angesichts der hohen Schülerzahlen und angesichts der großen Zahl von anstehenden Reformen über die Kosten und die Strukturen des Schulwesens klar werden muß. Es ist normal, daß man hier über zwei oder drei Monate diskutiert. Alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden die Kosten für all das, was an Entwürfen beschlossen wird, präzise auflisten.

(Zuruf des Abgeordneten Irlinger (SPD))

Herr Irlinger, hören Sie doch endlich auf. Ihren Protest nimmt Ihnen doch niemand mehr ab. Ihr Verhalten wirkt eher kabarettartig als vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, das, was ich gerade gesagt habe, war für jeden normalen Menschen verständlich.

(Dr. Weiß (CSU): Diese Einschränkung ist gefährlich!)

Ich komme zu Ihren Äußerungen betreffend die sechsstufige Realschule. Ich bitte Herrn Irlinger und die anderen Rednerinnen und Redner der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN darum, ganz gleich, wie die Entscheidung ausfällt – auch ich werde heute nichts präjudizieren –, schlicht und einfach zur Kenntnis zu nehmen, was die sechsstufige Realschule tatsächlich für die Schülerinnen und Schüler bewirkt. Wenn die Abgeordneten Münzel, Irlinger und andere sagen, die sechsstufige Realschule sei für jedes Kind unnützlich und bringe nichts, lade ich sie herzlich dazu ein, eine sechsstufige Realschule zu besuchen und sich dort mit Eltern, Schülern und Lehrkräften zu unterhalten. Man muß die Diskussion von einem neutralen Standpunkt aus unideologisch führen und kann nicht mit Scheuklappen von vornherein sagen, die Gesamtschule wäre besser. Sie wollen eine sechsjährige Grundschule. Im Grunde steckt diese Forderung hinter Ihrer Kritik. Deshalb leisten Sie Widerstand gegen die R 6.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf noch ein Thema, das in der Diskussion erwähnt wurde, ansprechen. Es ist selbstverständlich, daß in Zeiten, in denen die Schülerzahlen in allen Bundesländern, nicht nur in Bayern, enorm anwachsen, von allen Regierungen, ob SPD- oder unionsregiert, darüber nachgedacht wird, daß Lehrkräfte einen Beitrag zur Bewältigung der Schülerzahlen leisten müssen. Der Sachverhalt ist in allen Ländern Deutschlands der gleiche. Es geht um einen Beitrag, den man den Lehrkräften abverlangen muß.

In Bayern haben wir bereits das Arbeitszeitkonto beschlossen. Ich muß aber ganz klar sagen, es ist keine bayerische Erfindung, Lehrer in Anspruch zu nehmen, um steigende Schülerzahlen zu bewältigen. Nordrhein-Westfalen hat Arbeitszeitkonten mit einer Laufzeit von sieben Jahren. Ich kann aber die Kultusministerin dort nicht kritisieren, denn sie ergreift die Maßnahme aus denselben Gründen wie wir. Auch wir müssen über solche Maßnahmen nachdenken, weil wir die steigenden Schülerzahlen nicht allein mittels Planstellen bewältigen können. Das hat schlicht damit zu tun, daß wir versuchen müssen, vernünftig mit dem umzugehen, was tatsächlich realisierbar ist.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Stundenzahlen in den Bundesländern einzugehen. Hier komme ich wieder einmal auf Niedersachsen zu sprechen, weil von dort der Bundeskanzler kommt. Jedes Kind bis zur zehnten Klasse, das in Niedersachsen zur Schule geht, wird ein Dreivierteljahr weniger unterrichtet als ein bayerisches Kind. In Hessen gibt es eine große Diskussion darüber, daß man den Schulen die Stunden zuweisen soll, die ihnen theoretisch zustehen. Die Zuweisung dort beträgt angeblich um die 90% der vorgesehenen Stunden. In Hessen ist der Unterrichtsausfall und nicht die Erteilung von Unterricht Normalität. Das ist dort ein großes Wahlkampfthema. Ich habe mich mit den Elternvertretern in Hessen unterhalten. Bitte lassen Sie die Kirche doch im Dorf.

Eine Maßnahme, die in Niedersachsen erwogen wird, wird bei uns nicht diskutiert. Die niedersächsische Kultusministerin erwägt derzeit im Rahmen der kind- und familiengerechten Halbtagsgrundschule, ausfallende Lehrkräfte, die erkrankt sind, kurzfristig durch Hilfspersonal wie Eltern oder sonstige Personen, die für einen Obulus bereit sind, sich als Hilfspersonal in der Schule zur Verfügung zu stellen, zu ersetzen. Solche Vorschläge werden von uns nicht unterbreitet.

(Beifall bei der CSU)

Wir legen auf die Qualität unserer Schulen Wert. Wir werden die Schulen weiterentwickeln, aber das Maß der Dinge im Auge behalten. Wir tun das, was man realistisch umsetzen kann vor dem Hintergrund, daß wir nicht übermäßig hohe Schulden auf dem Rücken unserer Kinder machen können.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung; dazu werden die Anträge getrennt. Zu beiden Dringlichkeitsanträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/249 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren. Die Enthaltung-Urne befindet sich auf dem Stenographentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.07 bis 17.12 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekanntgegeben. Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/256 durch. Wie bei der vorhergehenden Abstimmung sind die Urnen aufgestellt. Dazu haben wir ebenfalls fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.12 bis 17.17 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Stimmergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekanntgegeben.

Wie ich eben erfahren habe, sind die Fraktionen übereingekommen, die weiteren vorliegenden Dringlichkeitsanträge an die dafür zuständigen Ausschüsse zu überweisen und sie heute von der Tagesordnung abzusetzen. Wir werden das Ergebnis der zweiten Abstimmung ermitteln, um Ihnen das Ergebnis bekanntgeben zu können, und anschließend die Sitzung beenden. Ich bitte Sie noch um ein paar Minuten Geduld.

(Unterbrechung von 17.19 bis 17.22 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen bekanntgeben. Zunächst zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 14/249. Mit Ja stimmten 63 und mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen. Es gab 6 Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/256 bekannt. Mit Ja stimmten 63 und mit Nein 90 Kolleginnen und Kollegen. Es gab 3 Enthaltungen. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Fächer zu leeren. Damit schließe ich die heutige Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluß 17.23 Uhr)

Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO

Erwin Schneider (CSU): *Sind der Bayerischen Staatsregierung die Vergütungen für ehrenamtliche Tätigkeiten beim Bayerischen Sparkassen- und Giroverband bekannt?*

Antwort der Staatsregierung: Die jährliche Aufwandsentschädigung für Vorstandsmitglieder des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes beträgt 12 000 DM. Die jährliche Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des kommunalen Beirats beträgt 9 000 DM.

Diese Beiträge erscheinen angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Sparkassen in Bayern angemessen.

Franzke (SPD): *Ist der Staatsregierung bekannt, wie viele Staatsangehörigkeiten der CSU-Abgeordnete Otto von Habsburg hat, welche Erfahrungen hat die Bayerische Staatsregierung im Falle einer doppelten Staatsangehörigkeit mit dem Parlamentarier gesammelt, und werden Überlegungen angestellt aufgrund der Unterschriftenaktion der CSU, die doppelte Staatsangehörigkeit von Otto von Habsburg in Frage zu stellen und Initiativen einzuleiten, um diese rückgängig zu machen?*

Antwort der Staatsregierung: Otto von Habsburg stammt aus einer Familie, die jahrhundertlang die Geschichte Deutschlands und Europas maßgebend bestimmte. Als Folge der von Bismarck verwirklichten kleindeutschen Lösung bei der Gründung des Deutschen Reiches erlangten die Habsburger nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, so daß Otto von Habsburg bei seiner Übersiedlung nach Bayern eingebürgert werden mußte.

Wie Sie sicher aus der Debatte von gestern wissen, kann bereits nach geltendem Recht Doppelstaatsangehörigkeit ausnahmsweise hingenommen werden. Aufgrund der guten Erfahrungen mit der Integration Otto von Habsburg hält es die Staatsregierung für vertretbar, bei Persönlichkeiten, die einen vergleichbaren Bezug zur deutschen und europäischen Geschichte aufweisen und sich in ähnlicher Weise um die Einigung Europas verdient gemacht haben, Doppelstaatsangehörigkeit hinzunehmen.

Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Wie sieht die Terminplanung für den Bau der im Rahmen der Sanierung der Neuen Mainbrücke in Ochsenfurt geplanten 3. Mainbrücke flußabwärts Richtung Goßmannsdorf aus, wer wird voraussichtlich die Kosten für das Projekt tragen, und kann bis zur Realisierung des Bauvorhabens das risikofreie Befahren der seit rund 10 Jahren sanierungsbedürftigen Neuen Mainbrücke im bisherigen Umfang garantiert werden?*

Antwort der Staatsregierung: Eine 3. Mainbrücke bei Goßmannsdorf wird bei der Fortschreibung des Ausbauplanes für die Staatsstraßen zur vordringlichen Einstufung angemeldet. Erst wenn eine vordringliche Einstufung dieses Vorhabens im Ausbauplan für die Staatsstraßen erfolgt ist, sind die Voraussetzungen für die weiteren Planungsschritte gegeben.

Der Freistaat Bayern ist nur unter der Voraussetzung bereit, die Baulastträgerschaft für die 3. Mainbrücke zu übernehmen, daß die Bundesstraßenverwaltung die bei der Sanierung der Mainbrücke im Zuge der B 13 in Ochsenfurt einsparbaren Kosten für eine Behelfsbrücke ersatzweise für die 3. Mainbrücke zur Verfügung stellt. Hierzu gibt es ein positives Signal aus Bonn. Die verhaltungsmäßige Behandlung und offizielle Zustimmung stehen allerdings noch aus.

Das risikofreie Befahren der Mainbrücke in Ochsenfurt wird durch kurzfristige, verkehrssichernde Behelfsmaßnahmen sichergestellt. Die Arbeiten werden im Laufe dieses Jahres ausgeführt.

Nentwig (SPD): *Welche Lösungsmodelle schlägt die Bayerische Staatsregierung vor, um die Randgemeinden der beiden Truppenübungsplätze Hohenburg und Grafenwöhr in gleicher Weise für die Nachteile durch die Truppenübungsplatzgrenzen zu entschädigen und mittelfristig eine Neuordnung und Neugliederung der kommunalen Gebietsgrenzen zu erreichen.*

Antwort der Staatsregierung: Die Diskussion um die Randgemeinden der Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels dauert schon seit etlichen Jahren. Auch der Landtag war bereits mehrfach damit befaßt. Die ver-

schiedenen Problemkreise wurden immer wieder von allen betroffenen Stellen geprüft. Das Ergebnis war jedoch stets negativ, was Ihnen, Herr Nentwig, durchaus bekannt ist. Es würde hier den Rahmen sprengen, die verschiedenen Aspekte der Angelegenheit in allen Einzelheiten nochmals aufzurollen.

Die Antwort beschränkt sich deshalb auf die zwei Fälle, für die im Ergebnis eine Lösung zumindest möglich erscheint: die Umgliederung der Burgruine Hohenburg und des Kreuzbergs vom Markt Hohenfels in den Markt Hohenburg bzw. den Markt Schmidmühlen. Die Regierung der Oberpfalz ist derzeit dabei, den Gemeinden einen konkreten Umgliederungsvorschlag vorzulegen. Sofern die Gemeinden dem zustimmen, kann die Umgliederung durchgeführt werden.

Weitergehende Umgliederungswünsche werden von den Gemeinden, denen Gebiete weggenommen werden sollen, abgelehnt. Eine zwangsweise Neugliederung kommt nicht in Betracht, da hierfür keine dringenden Gründe des öffentlichen Wohls vorliegen.

Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Wie viele Menschen leben in Bayern mit Mehrfachstaatsangehörigkeiten, welche Staatsangehörigkeiten sind neben der deutschen Staatsangehörigkeit vertreten, und in welcher prozentualen Verteilung treten sie auf?*

Antwort der Staatsregierung: Eine ganz präzise Antwort auf die gestellte Frage wäre nur mit einem unvertretbarem Zeit- und Verwaltungsaufwand möglich.

Genauere Zahlen liegen nur für die in den Jahren 1988 bis 1997 eingebürgerten Ausländer vor. In diesem Zeitraum wurden in Bayern 48 427 Ausländer eingebürgert (1997: 9217 Personen), davon 5224 unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. 1997 waren unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit die Hauptgruppen Tunesien (150 Personen), Bosnien-Herzegowina (136 Personen), Marokko (80 Personen) und Iran (77 Personen). Das sind Staaten, bei denen die Entlassung entweder nicht möglich oder häufig mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist.

Daneben haben von den in Bayern 130 517 geborenen Kindern 9016 Kinder als Kind eines Deutschen und eines ausländischen Elternteils mit der Geburt neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit erworben.

Die Zahlen der in den Jahren 1988 bis 1997 eingebürgerten Ausländer belegen, daß nur bei etwa einem Zehntel Mehrstaatigkeit hingenommen wurde. Wie ersichtlich handelt es sich dabei um eng umgrenzte Ausnahmen.

Schindler (SPD): *Wie beurteilt die Staatsregierung die Vorwürfe gegen den Bezirkstagspräsidenten der Oberpfalz, daß er jahrelang unrechtmäßig Sitzungsgelder zusätzlich zur Aufwandsentschädigung bezogen habe, nach dem Bekanntwerden dieses Umstandes die Haftpflichtversicherung des Bezirks in Anspruch nehmen wollte und daß er eine Beschäftigte des Bezirksklinikums tätlich angegriffen haben soll, und hält sie diesbezüglich*

die Einleitung disziplinarrechtlicher Ermittlungen und rechtsaufsichtlicher Maßnahmen für geboten?

Antwort der Staatsregierung: Herr Bezirkstagspräsident Bradl hat zu der Angelegenheit mit Schreiben vom 12.01.1999, vom 14.01.1999 und vom 25.01.1999 un- aufgefordert Stellung genommen. Die zu Unrecht bezogenen Sitzungsgelder wurden dem Bezirk von ihm vollständig zurückerstattet. Der Bezirk hat damit keinen finanziellen Schaden. Die abschließende Prüfung durch den Kommunalen Prüfungsverband und das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den genannten Vorfällen bleiben abzuwarten. Die Frage der Einleitung disziplinarrechtlicher Vorermittlungen wird derzeit vom Staatsministerium des Innern geprüft. Für weitergehende rechtsaufsichtliche Maßnahmen besteht derzeit kein Anlaß.

Frau Werner-Muggendorfer (SPD): *Ist es üblich, nach einer Routinekontrolle der Polizei die Daten einer Jugendlichen zu speichern, die Eltern nicht zu informieren, und wie lange werden die Daten gespeichert und zu welchem Zweck?*

Antwort der Staatsregierung: Polizeiliche Maßnahmen – dazu gehören auch Datenerhebungen und -speicherungen im Zusammenhang mit Routinekontrollen aller Art – werden auf der Grundlage der geltenden Gesetze und dazu erlassenen Ausführungsvorschriften durchgeführt. Eine Verständigung der Eltern erfolgt z.B. grundsätzlich in den Fällen, in denen gegen deren Kinder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren geführt wird.

Konkrete Ausführungen zu dem hier offenbar zugrundeliegenden Einzelfall sind ohne nähere Kenntnisse über den Fall nicht möglich und sollten zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen auch nicht im Landtag in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Frau Biedefeld (SPD): *Beabsichtigt die Staatsregierung eine uneingeschränkte und dauerhafte Bestandssicherung des erfolgreichen Schultyps der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschule auch in der Neufassung des Art. 14 BayEUG unter weitgehender Beibehaltung des bisherigen Übertrittsverfahrens und der mathematisch naturwissenschaftlichen Ausbildungsrichtungen, oder treffen die Informationen zu, daß die drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen nach dem Willen der Staatsregierung nur noch zeitlich befristet aufgrund einer Übergangsregelung und nur in der kaufmännischen Ausbildungsrichtung weitergeführt werden sollen?*

Antwort der Staatsregierung: Die bestehenden vierstufigen staatlichen Wirtschaftsschulen sowie die drei- und vierstufigen privaten und kommunalen Wirtschaftsschulen sollen unbeschadet möglicher Änderungen im Bereich der Realschule und der Hauptschule erhalten bleiben. Es trifft also nicht zu, daß die bestehenden drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen nur noch zeitlich befristet weitergeführt werden sollen. Davon abgesehen wird derzeit überlegt, in welcher Form die zweistufige Wirtschaftsschule als Regelform in das BayEUG aufgenommen werden kann, wenn der Schulversuch „Zweijährige Berufsfachschule für Wirtschaft (Zweistufige Wirtschaftsschule)“ beendet ist.

Irlinger (SPD): *Wie bewertet die Staatsregierung die Proteste aus dem Bereich der Wirtschaftsschulen, in denen die Befürchtung zum Ausdruck gebracht wird, die mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung werde nicht mehr fortgeführt und die drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen würden in ihrem Status eingeschränkt?*

Antwort der Staatsregierung: Die Bayerische Staatsregierung nimmt die Proteste der Wirtschaftsschulen ernst und prüft sie hinsichtlich ihres sachlichen Kerns.

Zu den Befürchtungen, die drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen würden zukünftig in ihrem Status eingeschränkt, ist festzustellen, daß die bestehenden vierstufigen staatlichen Wirtschaftsschulen sowie die drei- und vierstufigen privaten und kommunalen Wirtschaftsschulen unbeschadet möglicher Änderungen im Bereich der Realschule und der Hauptschule erhalten bleiben sollen. Davon abgesehen wird derzeit überlegt, in welcher Form die zweistufige Wirtschaftsschule als Regelform in das BayEUG aufgenommen werden kann, wenn der Schulversuch „Zweijährige Berufsfachschule für Wirtschaft (Zweistufige Wirtschaftsschule)“ beendet ist.

Frau Peters (SPD): *Ich frage die Staatsregierung: Wie will sie die drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen sichern, wenn diese im Art. 14 EUG nicht mehr genannt, sondern nur noch in Übergangsvorschriften aufgeführt werden, damit die rechtliche und tatsächliche Einheit aufgegeben wird, und wie beurteilt die Staatsregierung die fehlende Definition im Gesetz sowie die Feststellung der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsschulen, daß dadurch die traditionellen drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen in Zukunft durch zweistufige, im Gesetz verankerte ersetzt werden sollen?*

Antwort der Staatsregierung: Die bestehenden vierstufigen staatlichen Wirtschaftsschulen sowie die drei- und vierstufigen privaten und kommunalen Wirtschaftsschulen sollen unbeschadet möglicher Änderungen im Bereich der Realschule und der Hauptschule erhalten bleiben. Davon abgesehen wird derzeit überlegt, in welcher Form die zweistufige Wirtschaftsschule als Regelform in das BayEUG aufgenommen werden kann, wenn der Schulversuch „Zweijährige Berufsfachschule für Wirtschaft (Zweistufige Wirtschaftsschule)“ beendet ist.

Frau Radermacher (SPD): *Trifft es zu, daß ein Gesetzesentwurf geplant ist, der den Fortbestand der vierjährigen Wirtschaftsschule in Frage stellt und durch eine zweijährige Wirtschaftsschule ersetzt?*

Antwort der Staatsregierung: Es trifft nicht zu, daß ein Gesetzesentwurf geplant ist, der den Fortbestand der vierjährigen Wirtschaftsschule in Frage stellt und in dem die vierjährige Wirtschaftsschule durch eine zweijährige Wirtschaftsschule ersetzt wird.

Es wird derzeit überlegt, nach Ablauf des Schulversuches „Zweijährige Berufsfachschule für Wirtschaft (Zweistufige Wirtschaftsschule)“ die zweistufige Wirtschaftsschule als Regelform in das BayEUG aufzunehmen. Bei den Überlegungen zur Einführung einer zweijährigen Wirtschaftsschule wird davon ausgegangen, daß die bestehenden vierstufigen staatlichen Wirtschaftsschulen

sowie die drei- und vierstufigen privaten und kommunalen Wirtschaftsschulen erhalten bleiben können.

Frau Goertz (SPD): *Nachdem laut Plenarprotokoll vom 04.02.1998 ein Betrag von ca. 150 000 DM für Verwaltungsangestellte im Förderschulbereich nicht voll ausgeschöpft worden ist, da es zu diesem Zeitpunkt noch nicht so viele Förderzentren gab, frage ich die Staatsregierung, was mit diesem zur Verfügung stehenden Geld geschehen ist und warum Verwaltungsangestellte eine Bewährungszeit von sechs Jahren ab dem Zeitpunkt, ab dem die Förderschule den Status eines Förderzentrums bekommt, zurücklegen müssen, obwohl durch die Errichtung von Diagnose- und Förderklassen mit dem Aufbau von Förderzentren schon Jahre vorher begonnen wurde, und – vor allem – inwiefern hat der Begriff „Förderzentrum“ etwas mit der Bewährungszeit von Verwaltungsangestellten zu tun.*

Antwort der Staatsregierung:

1. Der Bayerische Landtag hat mit Beschluß vom 20.07.1995 (Drs. 13/2358) die Staatsregierung aufgefordert,

„1. bei der Eingruppierung der Verwaltungsangestellten an Volks- und Sonderschulen und deren Schulbehörden gleiche Maßstäbe anzulegen wie bei der Eingruppierung der Verwaltungsangestellten an den anderen staatlichen Schularten,

2. die Tätigkeitsmerkmale aller an den staatlichen Schulen beschäftigten Verwaltungsangestellten zu überarbeiten, entsprechend den gehobenen Anforderungen neu zu bewerten und ggf. die Voraussetzungen für eventuelle Höhergruppierungen zu schaffen.“

Die daraufhin vorgenommene Überprüfung hatte zum Ergebnis, daß die Verwaltungsangestellten, die im Volksschulbereich an Vollschulen (Jahrgangsstufen 1 mit 9) und im Förderschulbereich an Förderzentren tätig sind, statt wie bisher in VergGr. VIII BAT in VergGr. VII BAT eingruppiert werden können. Das Staatsministerium hat darüber dem Landtag am 02.07.1996 berichtet.

2. Voraussetzung der höheren Eingruppierung der Verwaltungsangestellten an Vollschulen und Förderzentren war die Hebung der entsprechenden Stellen im Haushalt von VergGr. VIII nach VergGr. VII BAT. Dies ist im Haushalt für 1997/1998 erfolgt. Da nach den konkreten Planungen des Staatsministeriums insgesamt 60 Förderzentren in Bayern gebildet werden sollen, wurden auch 60 Stellenhebungen von VergGr. VIII nach VergGr. VII BAT im Haushalt ausgebracht. Derzeit sind knapp 35 dieser 60 Stellen in Anspruch genommen, weil es noch nicht mehr Förderzentren gibt. Da Stellenhebungen nur alle zwei Jahre im Rahmen der Haushaltsaufstellung (und dies nicht regelmäßig, weil Stellenhebungen nicht in jedem Haushalt vorgenommen werden) möglich sind und es rechtlich nicht zulässig ist, Verwaltungsangestellten, welche die Tätigkeitsmerkmale der VergGr. VII BAT erfüllen, die Höhergruppierung nur deshalb zu versagen, weil

keine Stelle zur Verfügung steht, wurden entsprechend dem Landtagsbeschluß vorsorglich die Voraussetzungen für die Höhergruppierung aller in Betracht kommender Verwaltungsangestellter geschaffen.

3. Die für die Vergütung der Verwaltungsangestellten benötigten Mittel sind gemeinsam mit den Vergütungen der heilpädagogischen Unterrichtshilfen in einem Titel (425 01) veranschlagt. Dieser Titel umfaßte 1998 einen Betrag von 57 575 000 DM. Die tatsächlichen Ausgaben bei diesem Titel beliefen sich auf mehr als 59 Millionen DM, waren also rund 1,4 Millionen höher als veranschlagt. Der Titel 425 01 unterliegt mit anderen Titeln der sog. „gemeinsamen Bewirtschaftung“. Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben dieser Titel ist die Verwaltung an die Stellenpläne (und an die Zweckbestimmung) gebunden (Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes). Der durch die noch nicht vollständige Ausschöpfung der Stellenerhebungen „gesparte“ Betrag stellt also nur eine rechnerische Größe dar und darf haushaltsrechtlich für andere Zwecke nicht verwendet werden.
4. Die Tätigkeit an einem Förderzentrum ist Voraussetzung für die Eingruppierung in VergGr. VII BAT, weil aufgrund des Aufgabenbereiches der Verwaltungsangestellten an einem solchen Zentrum die Tätigkeitsmerkmale dieser Vergütungsgruppe erfüllt werden. Ein Förderzentrum umfaßt weitaus mehr als nur Diagnose- und Förderklassen, und nur dies rechtfertigt auch die entsprechende Eingruppierung. Die Bewährungszeit für den Bewährungsaufstieg von VergGr. VII nach VergGr. VIb BAT ist tarifrechtlich auf sechs Jahre festgelegt.

Hartmann(SPD): *Steht den Trägern der bayerischen Kindergärten und den Lehrkörpern an den Grund- und Hauptschulen in Bayern eine Positivliste für Spiel- und Lernsoftware, die vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus autorisiert ist, zur Verfügung, welche Qualitätsmerkmale gelten für diese Liste, und welches Gremium erstellt bzw. aktualisiert sie?*

Antwort der Staatsregierung: Der Einsatz von Spiel- und Lernsoftware stellt eine Bereicherung des Unterrichts dar. Aus diesem Grund hat das Staatsministerium frühzeitig Versuche mit dem Ziel eingerichtet, die Möglichkeiten des Einsatzes des Computers bereits in der Grundschule zu erproben. So wurde in den Schuljahren 1992 bis 1995 der Versuch „TAOS – Texte für Auge und Ohr im Schuleinsatz“ durchgeführt zur Unterstützung des Leselernprozesses mit Hilfe eines Computerprogramms.

Auf dem Markt befindet sich sog. Spiel- und Lernsoftware in überaus großer Zahl. Sie unterliegt außerdem ständigen Veränderungen. Deshalb würde eine Positivliste kurzfristig veralten. Aufgrund ihrer Qualifikation sind Lehrkräfte in der Lage, aus diesem Angebot auszuwählen. Sie entscheiden in Kenntnis der Klasse und der örtlichen Gegebenheiten, welche Spiel- und Lernsoftware aus fachlicher und pädagogischer Sicht für ihren Unterricht am sinnvollsten erscheint. Technische und didaktische Unterstützung in bezug auf den Computereinsatz

erhalten Lehrkräfte im Rahmen der lokalen, regionalen und überregionalen Fortbildung.

Darüber hinaus geschieht Lehrerfortbildung auch und in zunehmendem Maße durch schulhausinterne Fortbildung, die in bezug auf die Spiel- und Lernsoftware in der Verantwortung der Medienberater der einzelnen Schulen liegt. Hier hat sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Grund- und Hauptschulen als hilfreich erwiesen. Weiterhin stehen den Schulen zur Unterstützung der Lehrkräfte bezüglich der Frage der Verwendung von Spiel- und Lernsoftware Fachberater zur Verfügung. An der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen werden Grund- und Aufbaukurse zum Erwerb von Grundkenntnissen im Umgang mit dem Computer angeboten.

Von Seiten des Staatsministeriums wird daher keine Notwendigkeit gesehen, derartige Positivlisten zu erstellen, zumal sie aufgrund der laufenden Veränderungen im Bereich der Lern- und Spielsoftware niemals einen aktuellen Überblick geben könnten.

Angelegenheiten des Kindergartens liegen im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.

Frau Voget (SPD): *Nachdem am 03.12.1998 im Ausschuß für Bildungspolitik berichtet wurde, daß die Schülerinnen und Schüler der BOS, die Sprachkenntnisse in der zweiten Fremdsprache vom Gymnasium oder der Realschule her nachweisen können, ab diesem Schuljahr keine Ergänzungsprüfung ablegen müssen, frage ich die Staatsregierung, wann die Schulen offiziell davon unterrichtet wurden, und hält die Staatsregierung es für vertretbar, daß die einen die Fremdsprachenkenntnisse auf Mittelstufenniveau nachweisen und die anderen Schüler eine Prüfung auf Grundkursniveau ablegen müssen.*

Antwort der Staatsregierung:

1. Zeitpunkt der Unterrichtung der Schulen

Für die Umsetzung der von der Kultusministerkonferenz am 05.06.1998 beschlossenen Rahmenvereinbarung über die Berufsoberschulen bedarf es einer Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und der Schulordnung für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern (FOBOSO). Im Vorgriff auf diese Änderungen werden die Bestimmungen, die sich kurzfristig umsetzen lassen, bereits ab dem laufenden Schuljahr 1998/99 angewendet.

Die Berufsoberschulen wurden noch vor Schuljahresbeginn mit Schreiben des Staatsministeriums vom 02.09.1998 davon unterrichtet, daß entsprechend dem KMK-Beschluß Schülern der Jahrgangsstufe 13, die versetzungserheblichen Unterricht in einer zweiten Fremdsprache in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen nachweisen, die allgemeine Hochschulreife ohne Ergänzungsprüfung zuerkannt werden kann.

Ein weiteres Schreiben des Staatsministeriums, in dem den Schulen ein Katalog der Zeugnisse an die Hand gegeben wird, mit denen Schüler die an den Zubringerschulen erworbenen Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache nachweisen können, wird in dieser Woche auslaufen.

2. Niveau der Fremdsprachenkenntnisse

Die Neuregelung des Erwerbs der allgemeinen Hochschulreife an der Berufsoberschule kann, wie oben dargestellt, in diesem Schuljahr nur in den Punkten erfolgen, die kurzfristig umsetzbar sind. Dazu zählt der Nachweis der Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache durch bereits an den Zubringerschulen erbrachte Leistungen.

Leistungen, die erst noch erbracht werden müssen, bedürfen einer genauen, insbesondere curricularen Festlegung. Zu diesen Leistungen zählt die Ergänzungsprüfung. Zum Prüfungstermin Mai 1999 kann die Ergänzungsprüfung aus folgenden Gründen noch nicht nach den neuen Bestimmungen abgelegt werden:

Prüfungen in Französisch oder Latein, die einerseits dem Anforderungsniveau der Jahrgangsstufe 10 allgemeinbildender Schulen entsprechen, andererseits aber inhaltlich und methodisch erwachsenengerecht aufbereitet sind, liegen nicht vor. Das Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung wurde deshalb beauftragt, Lehrpläne und „Modell-Prüfungsaufgaben“ zu erstellen, die diesen Anforderungen genügen. Die Arbeit wird voraussichtlich bis zum Sommer 1999 abgeschlossen sein, so daß Schulen und Schüler eine fundierte Basis für die Vorbereitung auf die Ergänzungsprüfung 2000 haben.

Schüler, die die Ergänzungsprüfung 1999 ablegen, müssen dies demnach noch nach den bisher geltenden Bestimmungen tun, das heißt, daß das Anforderungsniveau der Prüfung dem des gymnasialen Grundkurses als drittem Abiturprüfungsfach entspricht. Die betroffenen Schüler werden dadurch nicht ungerecht behandelt. Der Unterricht der Berufsoberschule bereitet auf dieses Niveau vor.

Diese Regelung wird nicht nur für vertretbar gehalten, sondern ist die gerechteste. Würde man auf das zeitgleiche Inkrafttreten aller neuen Bestimmungen zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife bestehen, hätte das zur Folge, daß auch die Anerkennung bereits erworbenen Fremdsprachenkenntnisse erst zum Prüfungstermin 2000 erfolgen könnte. Das wäre den Schülern, die diese Kenntnisse bereits 1999 nachweisen können, nur schwer vermittelbar.

Frau Dr. Baumann (SPD): *Ich frage die Staatsregierung, warum der für die Telezentren projektverantwortliche Abteilungsleiter im StMELF wesentliche Inhalte des beschlossenen Programmes geändert, die Zusammenarbeit mit den meisten Kooperationspartnern und Verbänden ohne Begründung abgebrochen hat und die meisten der 15 Telezentren dadurch in der Aufbauphase steckengeblieben sind.*

Antwort der Staatsregierung: Es trifft nicht zu, daß wesentliche Inhalte des beschlossenen Programms geändert wurden und die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und Verbänden abgebrochen wurde. Das mit Beschluß des Ministerrates vom 21.01.1997 genehmigte Operationelle Programm zur integrierten Nutzung der Telematik im ländlichen Raum Bayerns (top elf) gilt nach wie vor. Eine Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Wirtschaft findet weiterhin statt.

Die Zurückhaltung bei einigen Verbänden hängt vermutlich mit der Erkenntnis zusammen, daß für die Realisierung der Pilotanwendungen eine finanzielle Eigenbeteiligung erforderlich ist.

Ein wichtiger Grund, warum das Operationelle Programm nicht überall gleich schnell umgesetzt werden kann, ist die Tatsache, daß es bei der Errichtung von Telezentren um Existenzgründungen geht. Unternehmensgründungen erfordern ausgereifte, wirtschaftlich tragfähige und realisierbare Konzepte, deren Aufbau Zeit benötigt. Darüber hinaus beteiligen sich sowohl private Unternehmer als auch der Landkreis oder andere kommunale Träger und/oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an Telezentren (PPP – Private Public Partnership). Da die Interessen und Zielsetzungen dieser Beteiligten naturgemäß sehr unterschiedlich sind, sind Kompromisse notwendig, die oft einen längeren Reifungsprozeß erfordern.

Ein anderer Grund für die Verzögerungen bei der Umsetzung sind die sehr engen und zwingenden Vorgaben hinsichtlich der Geschäftsfelder, auf denen die Telezentren tätig sein sollen. Aus diesem Grunde haben zum Beispiel der Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und seine potentiellen Partner „nach eingehender Prüfung und Abwägung der vorliegenden Angebote und der aktuellen Marktsituation den einstimmigen Beschluß gefaßt, ein Telezentrum entsprechend den Vorgaben des Operationellen Programmes zur integrierten Nutzung der Telematik nicht zu gründen“ (Schreiben des Herrn Landrat Schilling vom 07.12.1998).

Anzuführen ist an dieser Stelle aber auch, daß in manchen Regionen, wie zum Beispiel in Schweinfurt, keine Aktivitäten im Rahmen von top elf erforderlich sind. Denn dort wird die telematische Entwicklung bereits im Gründer- und Innovationszentrum der Stadt Schweinfurt (Ziel-II-Gebiet) unter Beteiligung der benachbarten Ziel-5-b-Landkreise Bad Kissingen und Haßberge forciert.

Es darf keinesfalls vergessen werden, daß top elf ein Pilotverfahren ist und daß Erkenntnisse über die mit der Gründung und dem Betrieb von Telezentren verbundenen Schwierigkeiten erst gewonnen werden müssen. Angesichts der Wagnisse und Unwägbarkeiten wird in manchen Landkreisen die weitere Entwicklung erst einmal abgewartet.

Gartzke (SPD): *Nachdem im Rahmen der Umsetzung des Operationellen Programms zur integrierten Nutzung der Telematik im ländlichen Raum, verabschiedet vom Kabinett am 21.01.1997, angekündigt ist, daß durch die Gründung von 40 Telezentren ca. 600 Arbeitsplätze im*

ländlichen Raum entstehen sollen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Arbeitsplätze in den 15 bisher existierenden Telezentren bisher entstanden sind und was die Staatsregierung gedenkt zu tun, um die 600 angekündigten Arbeitsplätze schnellstmöglich zu erreichen.

Antwort der Staatsregierung: Im Zuge des Projektes top elf sind nicht nur Arbeitsplätze bei den Telezentren entstanden. Vielmehr wurden auch Stellen bei Partnerfirmen geschaffen. Darüber hinaus wurden durch top elf auch gefährdete Arbeitsplätze erhalten. Deshalb kann die Zahl der durch top elf bislang entstandenen Arbeitsplätze nicht eindeutig beziffert werden.

Vor allem durch die Pilotanwendungen und durch weitere Telezentren dürfte es im Jahre 1999 noch einen deutlichen Anstieg geben. Außerdem wird eine sehr große Zahl von Stellen im ländlichen Raum durch die lokalen Bildungsmaßnahmen mit den zugehörigen Praktika und Unternehmensprojekten neu entstehen. Davon profitieren vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen.

Im übrigen ist davon auszugehen, daß auch nach dem Ende der Projektlaufzeit noch Arbeitsplätze entstehen werden.

Frau Naaß (SPD): *Nachdem im Rahmen der Umsetzung des Operationellen Programmes zur integrierten Nutzung der Telematik im ländlichen Raum, genehmigt vom Kabinett am 21.01.1997, vorgesehen ist, daß in den 40 5-b-Landkreisen Bayerns 40 Telezentren entstehen sollen, frage ich die Staatsregierung, bis wann dies der Fall sein soll, da der Bewilligungszeitraum Ende 1999 ausläuft und derzeit erst 15 Telezentren im ländlichen Raum gegründet wurden.*

Antwort der Staatsregierung: Das mit Beschluß des Ministerrates vom 21.01.1997 genehmigte Operationelle Programm zur integrierten Nutzung der Telematik im ländlichen Raum Bayerns sieht bis zum Ende der Projektlaufzeit (31.12.1999) die Gründung und Bewilligung von bis zu 40 Telezentren in den 5-b-Landkreisen vor.

Die nachstehend aufgeführten Telezentren haben den Geschäftsbetrieb bereits aufgenommen:

- Telehaus Dienstleistungs GmbH & Co. KAG in Stamsried (Lkr. Cham)
- Bavaria Telecentrum GmbH & Co. KG im „Haus im Moos“ (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen)
- Telekommunikations Service Centrum Gunzenhausen GmbH & Co. KG
- TDKG Teledienste GmbH & Co. KG in Weißenburg
- ConNect Telezentrum Neustadt GmbH & Co. KG bei Coburg
- Telezentrum BIT GmbH & Co. KG in Röslau (Lkr. Wunsiedel)

- Teleservice Fränkische Schweiz GmbH & Co. KG in Waischenfeld/Lkr. Bayreuth
- Telezentrum Donau-Ries GmbH & Co. KG in Nördlingen

Mit der Inbetriebnahme des Telezentrums im Landkreis Oberallgäu ist zu Beginn des Jahres 1999 zu rechnen. Des weiteren dürften 1999 in den 5-b-Landkreisen Neumarkt, Schwandorf, Main-Spessart, Forchheim, Kulmbach, Hof, Ansbach, Rottal-Inn, Passau und Freyung-Grafenau Telezentren in Betrieb gehen. Positive Ansätze sind in den Landkreisen Eichstätt, Landsberg, Mühldorf, Aichach-Friedberg, Deggendorf, Amberg, Kronach, Rhön-Grabfeld, Kitzingen und Roth erkennbar. Ob dort bis zum Ende der Projektlaufzeit funktionsfähige Telezentren entstehen, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Im übrigen wird davon ausgegangen, daß durch die öffentlichkeitswirksame Darstellung erfolgreicher top-elf-Telezentren neue Aktivitäten entstehen.

Anzuführen ist an dieser Stelle auch, daß in einigen Landkreisen, wie zum Beispiel im Landkreis Neustadt/Aisch, von den Unternehmern und verantwortlichen Politikern derzeit keine wirtschaftliche Basis für eine dauerhafte Existenz eines Telezentrums gesehen wird und daß in manchen Regionen, wie zum Beispiel in Schweinfurt, keine eigenen Aktivitäten im Rahmen von top elf erforderlich sind. Denn dort wird die telematische Entwicklung bereits im Gründer- und Innovationszentrum der Stadt Schweinfurt (Ziel-II-Gebiet) unter Beteiligung der benachbarten Ziel-5-b-Landkreise Bad Kissingen und Haßberge forciert.

Insgesamt betrachtet ist das im Operationellen Programm enthaltene Ziel – die Errichtung von ca. 40 Telezentren mit insgesamt 600 Arbeitsplätzen – in der noch verbleibenden Projektlaufzeit nicht voll realisierbar. Dazu bedarf es eines längeren Zeitraumes.

Frau Narnhammer (SPD): *Ich frage die Staatsregierung, wie viele bewilligte Fördergelder für die einzelnen Telezentren von Seiten des StMELF noch nicht ausbezahlt wurden und warum, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Telezentren, und ob es stimmt, daß für das Projekt zum halben Satz arbeitende Experten für ihre Leistungen immer noch nicht bezahlt wurden.*

Antwort der Staatsregierung: Zu differenzieren ist zwischen Fördermitteln, die den Telezentren direkt bewilligt wurden und Fördermitteln für Expertenleistungen, mit denen der Aufbau der Telezentren vorbereitet und unterstützt wurde.

1. Fördermittel, die direkt den Telezentren bewilligt wurden, insbesondere für Hard- und Software sowie Leitungskosten

Mittelherkunft	Bewilligt (Mio. DM)	Ausbezahlt (Mio. DM)
EU- und Landesmittel	6,53	0,68

2. Fördermittel für Expertenleistungen zur Vorbereitung und Unterstützung beim Aufbau der Telezentren

Mittelherkunft	Bewilligt (Mio. DM)	Ausbezahlt (Mio. DM)
EU- und Landesmittel	8,85	5,03

Die Unterschiede zwischen den bewilligten und den ausbezahlten Beträgen kommen deshalb zustande, weil die Umsetzung der Projekte oft mehrere Jahre dauert und sich damit der Mittelabruf verzögert. (Die Auszahlung erfolgt erst nach Vorlage der Rechnungs- und Zahlungsbelege im Rahmen des Verwendungsnachweises und verfügbar anteiliger EU-Mittel.)

Es ist richtig, daß Expertenleistungen teilweise noch nicht ausbezahlt wurden, da die erforderlichen detaillierten Leistungsnachweise noch nicht vorgelegt wurden bzw. noch unvollständig sind. Demzufolge darf eine Auszahlung nicht vorgenommen werden.

Frau Marianne Schieder (SPD): *Ich frage die Staatsregierung, wie viele der für die Errichtung von 40 Telezentren vorgesehenen 15 Millionen DM an Landesmitteln und 15 Millionen DM an europäischen Mitteln bereits ausgegeben sind und ob die noch nicht ausgegebenen Mittel noch bis Ende 1999 bewilligt werden können.*

Antwort der Staatsregierung:

1. Von den 15 Millionen DM Landesmittel stehen für die Errichtung von Telezentren nach Abzug der grundstockskonformen Anlage in Höhe von 2 Millionen DM, der Schulprojekte im Bereich des Kultusministeriums in Höhe von 2,45 Millionen DM und der Medizin-Projekte aus dem Bereich des Sozialministeriums in Höhe von 1,62 Millionen DM für das Landwirtschaftsministerium 8,93 Millionen DM zur Verfügung. Davon sind 3,96 Millionen DM bewilligt und 2,73 Millionen DM ausgegeben.
2. Von den EU-Mitteln sind 10,73 Millionen DM bewilligt und 3,22 Millionen DM ausbezahlt. Es wird davon ausgegangen, daß die verfügbaren Landesmittel sowie die anteiligen EU-Mittel bis zum Ende der Projektlaufzeit bewilligt werden können.

Frau von Truchseß (SPD): *Erfüllen alle 15 bisher existierenden Telezentren die, so wie vom Kabinett vorgesehenen, drei wichtigen Grundfunktionen, nämlich*

- Schaffung von Telearbeitsplätzen in den strukturschwachen ländlichen Regionen,
- Einrichtung eines lokalen Informationssystems, das sowohl den lokalen als auch regionalen und internationalen Informationsaustausch ermögliche,
- Qualifizierung der Bürgerinnen und Bürger für neue Berufsfelder der Informations- und Telekommunikationsgesellschaft?

Antwort der Staatsregierung: Langfristig werden in sämtlichen Telezentren alle drei Geschäftsfelder realisiert. Derzeit ist dies allerdings noch nicht möglich.

Hintergrundinformation:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die drei Grundfunktionen

- Teledienstleistung,
- Aufbau und Betrieb eines lokalen Informationssystems (LIS),
- Qualifizierung in neuen Berufsfeldern

von den nachstehend aufgeführten Telezentren betrieben:

- Telehaus Dienstleistungs GmbH & Co. KG in Stamsried (Lkr. Cham)
- Bavaria Telecentrum GmbH & Co. KG im „Haus im Moos“ (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen)
- Telekommunikations Service Centrum Gunzenhausen GmbH & Co. KG
- TDKG Teledienste GmbH & Co. KG in Weißenburg
- ConNect Zelezentrum Neustadt GmbH & Co. KG bei Coburg
- Telezentrum BIT GmbH & Co. KG in Röslau (Lkr. Wunsiedel)

Während der Umsetzung von top elf stellte sich heraus, daß die sehr anspruchsvolle und umfassende Zielsetzung, alle drei Geschäftsfelder schon gleichzeitig von Anfang an zu verwirklichen, nicht aufrecht erhalten werden kann.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß top elf ein Pilotprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Rahmen von Bayern Online II ist. Zu Projektbeginn lagen kaum praktische Erfahrungen zum Thema telematischer Auf- und Ausbau des ländlichen Raumes vor. Da die Bayerische Staatsregierung hier auch eine absolute Vorreiterrolle übernahm, konnte nicht auf Ergebnisse aus anderen Bundesländern oder Ländern der EU zurückgegriffen werden.

Vogel (SPD): *Ich frage die Staatsregierung, inwieweit im Rahmen des Operationellen Programmes zur integrierten Nutzung der Telematik im ländlichen Raum die bisher existierenden Telezentren, so wie vom Kabinett vorgesehen, zu virtuellen telematischen Unternehmen vernetzt sind bzw. werden und ob es überhaupt möglich ist, diese zu vernetzen.*

Antwort der Staatsregierung: Es ist nicht möglich, wirtschaftlich selbständig operierende Gesellschaften (GmbH & Co. KG) per Anordnung zu virtuellen telematischen Unternehmen zu vernetzen. Deshalb erfolgt eine Vernetzung zum einen über das Internet (www.top-

elf.de) als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform. Zum anderen wird ein Zusammenschluß der Telezentren von der Basis her angeregt, das heißt, es werden geeignete Rahmenbedingungen geschaffen und der Informationsaustausch zwischen den Telezentren verbessert.

Spinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Stimmen Pressemeldungen, wonach zu befürchten steht, daß die EU von Bayern 5-b-Mittel in Millionenhöhe zurückfordern wird, weil diese entgegen den Förderrichtlinien für den Bau von zwei Golfplätzen verwendet wurden, kam es als Folge dieses Vorfalles zur Einfrierung von 88 Millionen DM an Fördermitteln aus dem 5-b-Programm, und welche Auswirkungen hat diese für die Abwicklung der 5-b-Förderung in Bayern.*

Antwort der Staatsregierung: Es trifft zu, daß EAGFL-Mittel in Bayern im Rahmen des 5-b-Programmes zur Förderung des Baues von Golfplätzen eingesetzt worden sind. Nicht zutreffend ist aber die Darstellung, daß diese Förderung den Förderbestimmungen widerspricht.

In der ersten 5-b-Förderperiode (1990–1993) erfolgte die Förderung von Golfplätzen nach dem „Operationellen Programm zur Entwicklung der ländlichen Gebiete (5-b-Gebiete) im Rahmen der Reform der Strukturfonds in Bayern“. Dieses Programm war in einem mehrstufigen gemeinsamen Abstimmungsprozeß zwischen der EU-Kommission und dem Land Bayern entwickelt worden. Von Anfang an war dabei die Förderung von Golfplätzen in besonders strukturschwachen Gebieten ausdrücklich vorgesehen.

Insgesamt wurden in 5 b I vier Golfplätze (Maria Bildhausen, Schwanhof, Königstein und Löffelsterz) gefördert.

Auch im laufenden 5-b-II-Programm (1994–1999) ist im zugehörigen Operationellen Programm (das wiederum in Abstimmung mit der EU-Kommission entwickelt wurde) die Förderung von Golfplätzen ausdrücklich als förderfähig genannt.

In 5 b II sind zwei Golfplätze (Furth im Wald und Waldkirchen) und zwei Erweiterungen bestehender Anlagen (Thyrnau und Wutzschleife) gefördert worden.

Der Europäische Rechnungshof prüfte Ende 1997 die Durchführung des 5-b-I-Programmes in Bayern. In seinem ersten Ergebnisbericht dazu hat er auch die Förderung von Golfplätzen in Bayern aufgegriffen und insbesondere die Zuordnung zum Agrarfonds (EAGFL) in Frage gestellt. Das Staatsministerium hat gegenüber dem Europäischen Rechnungshof und der EU-Kommission die erzielten positiven regional- und strukturpolitischen Wirkungen der geförderten Projekte detailliert dargestellt und die Zuordnung zum Agrarfonds (EAGFL) ausführlich begründet. Die Diskussion zwischen der EU-Kommission und dem Europäischen Rechnungshof über die Überprüfung der Förderung von Golfplätzen hält noch an. Die Vorlage des Abschlußberichts der Kommission bleibt abzuwarten. Angesichts der dargestellten Sachlage würden entsprechende Rückforderungsabsichten der Kommission aber sehr überraschen und auf energischen Widerstand von Bayern stoßen. Aufgrund

der noch laufenden Prüfung hat die Kommission die Auszahlung der Schlußrate für 5 b I in Höhe von 10,7 Mio. ECU (rund 21 Millionen DM) vorläufig zurückgehalten.

Darüber hinaus forderte – aufgrund der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes von 5 b I – die Kommission auch für 5 b II (EAFGL) eine zusätzliche Analyse der Ausgaben und deren Bestätigung in detaillierter Form. Diese Bestätigung wurde der Kommission übermittelt. Trotzdem werden von der Kommission die bereits in Brüssel vorliegenden Mittelabrufe für 5 b II (2. Vorschuß 1997 und 1. Vorschuß 1998) in Höhe von insgesamt rund 35 Millionen ECU (rund 66 Millionen DM) an Bayern nicht ausbezahlt. Bayern hat deshalb in einem Schreiben über den Bund auf die KOM eingewirkt, die Auszahlung unverzüglich vorzunehmen.

Bisher sind konkrete Projekte durch die Verzögerung der Auszahlung von EU-Mitteln an Bayern noch nicht gefährdet. Da weitere Auszahlungen an die Letztempfänger und neue Bewilligungen augenblicklich nicht möglich sind, wird durch die Haltung der Kommission die Abwicklung des 5-b-II-Programmes insgesamt verzögert.

Mehrlich (SPD): *Wie beurteilt die Staatsregierung Meldungen, wonach es „innerhalb der bayerischen Regierungspartei starke Kräfte“ gebe, die die Agentur für nachwachsende Rohstoffe „CARMEN“ von Rimpar in Unterfranken nach Straubing verlegen wollten und vor allem das Landwirtschaftsministerium „den niederbayerischen Blickwinkel schon ein Stück weit verinnerlicht“ habe?*

Antwort der Staatsregierung: CARMEN e.V. ist ein Zusammenschluß von Vertretern der Wirtschaft. Der Freistaat Bayern ist nur eines von insgesamt rund 60 Mitgliedern. Damit sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Staatsregierung auf die Entscheidung des Vorstandes von CARMEN begrenzt. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sieht keinen Anlaß, interne Beschlüsse der CARMEN-Gremien zu korrigieren.

Möstl (SPD): *Treffen Informationen zu, nach denen im Zuge der Durchführung der Forstreform die Forstämter Pressath und Flossenbürg in ihrem Bestand gefährdet sind und dabei Teile der Reviere und des Staatswaldes auch Forstämter im Landkreis Tirschenreuth zugeordnet werden?*

Antwort der Staatsregierung: Im Zuge der von der Staatsregierung am 11.07.1995 beschlossenen Forstreform ist nun auch eine Neuordnung der Forstämter im Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab vorgesehen. Die Forstämter in Weiden und Vohenstrauß werden aufgelöst. Die Aufgaben und Amtsbereiche werden im wesentlichen auf die drei anderen im Landkreis verbleibenden Forstämter Pressath, Flossenbürg und Tannesberg verteilt. Zur zielgerechten Aufstockung der im Landkreis Tirschenreuth liegenden Forstämter Kemnath und Tirschenreuth werden auch Staatswaldflächen dorthin abgegliedert; diese Flächen liegen zum Teil ohnehin im Landkreis Tirschenreuth. Die Änderungen treten ab 1. Juni 1999 in Kraft.

Frau Helga Schmitt (SPD): *Ist es möglich, das förmliche Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz – insbesondere aufgrund von Ziffer 4.1 a 4. BImSchV/Spalte 1 – durchzuführen, nachdem in der Schwabacher Bevölkerung erhebliche Bedenken bezüglich eines einfachen Baugenehmigungsverfahrens für eine japanische Firma, die Leuchtstoffschlämme aufbereitet, bestehen?*

Antwort der Staatsregierung: Die Mündliche Anfrage, die sich auf ein Vorhaben der Firma Nichia beziehen dürfte, beantwortete die Staatsregierung wie folgt:

Nr. 4.1 a des Anhangs zur 4. BImSchV unterwirft nur solche Anlagen der Genehmigungsbedürftigkeit nach Bundes-Immissionsschutzgesetz, die der fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung dienen, insbesondere solchen zur Herstellung von anorganischen Chemikalien wie Säuren, Basen oder Salze. Die Regierung von Mittelfranken ist nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei dem geplanten Vorhaben zur Regeneration von Leuchtstoffschlämmen nicht um eine chemische Umwandlung von Stoffen handelt, sondern lediglich um eine Reinigung mit physikalisch-chemischen Methoden. Ebenso wenig handelt es sich um eine Anlage zur Behandlung von Abfällen. Daher ist keine Genehmigungsbedürftigkeit nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz gegeben.

Bauliche Anlagen sind, soweit sie keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen, baugenehmigungspflichtig. Für den Bauherrn und die Baugenehmigungsbehörde besteht kein Wahlrecht, abweichend von der gesetzlichen Regelung anstelle des Baugenehmigungsverfahrens ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz durchzuführen.

Dem Umweltministerium liegen keine Erkenntnisse vor, die zu einem von der Entscheidung der Regierung von Mittelfranken abweichenden Ergebnis führen würden.

Schultz (SPD): *Nachdem der Zweckverband Abfallbeseitigung Rangau die endgültige Nichtinbetriebnahme der Müllverschmelzanlage in Fürth beschlossen hat, frage ich, ob das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen nunmehr eine Aussage über eine im Raum stehende Rückforderung der Subventionen für diese Anlage machen kann und inwieweit hierbei die Tatsache, daß die Subventionen für eine sog. „Pilotanlage“ mit neuer Technologie vergeben wurden, hierbei entscheidende Bedeutung zukommt.*

Antwort der Staatsregierung: Der Zweckverband Rangau hat in seiner Sitzung am 14.01.99 beschlossen, den Vorsitzenden des Zweckverbandes zu ermächtigen, über den endgültigen Ausstieg aus der Schwelbrenntechnik zu verhandeln. Ziel solle eine einvernehmliche Auflösung der Verträge mit Siemens/KWU und UTM bis zum 28.02.99 sein. Die Gebührenpflichtigen dürften dabei nicht mit höheren Müllgebühren belastet werden.

Scheitert das Vorhaben endgültig, ist zu entscheiden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die ausgereichten Fördermittel belassen werden können. Dabei kommt

dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit besonderes Gewicht zu. Wichtig, aber nicht entscheidend ist auch das öffentliche Interesse an der Verwirklichung der neuen Technologie. Es kommt deshalb vor allem auch auf das Ergebnis der derzeit noch laufenden Verhandlungen der beteiligten Vertragspartner (Siemens/KWU, UTM, ZAR) an. Da diese Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, ist die Frage einer möglichen Rückforderung der Subventionen nicht entscheidungsreif.

Prof. Dr. Gantzer (SPD): *Ich frage die Bayerische Staatsregierung: Wie kann sichergestellt werden, daß die „Altanträge“ zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, die vor dem 1. Januar 1999 bei Gericht eingegangen sind, von den Rechtspflegern abschließend behandelt werden, und zwar auch dann, wenn solche Fälle durch Haftbefehl unterbrochen wurden?*

Antwort der Staatsregierung: Der Deutsche Bundestag hat wenige Tage vor Inkrafttreten der 2. Zwangsvollstreckungsnovelle im Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 19. Dezember 1998 eine Übergangsregelung für die vor dem 1. Januar 1999 bei Gericht eingegangenen und noch nicht erledigten Anträge auf Bestimmung eines Termins zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung getroffen, die der Bundesgesetzgeber in der Novelle selbst zunächst vergessen hatte. Die gesetzliche Übergangsregelung, für die sich die Länder im Interesse der Gerichtsvollzieher eingesetzt hatten, lautet wie folgt:

Auf Anträge auf Bestimmung eines Termins zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung, die vor dem 1. Januar 1999 gestellt worden sind, finden die §§ 807, 899, 900 der Zivilprozeßordnung und § 20 Nr. 17 des Rechtspflegergesetzes in der jeweils bis zum 1. Januar 1999 geltenden Fassung Anwendung.

Die Fortgeltung der §§ 807, 899 und 900 ZPO für die vor dem 1. Januar 1999 gestellten „Altanträge“ bedeutet, daß für die Erledigung dieser Anträge auch nach dem 1. Januar 1999 die Rechtspfleger bei dem Vollstreckungsgericht zuständig bleiben. Damit konnte vermieden werden, daß eine Vielzahl nicht erledigter Vorgänge auf die nunmehr zuständigen Gerichtsvollzieher übergehen.

In der Praxis der Vollstreckungsgerichte und der Gerichtsvollzieher sind nunmehr Unsicherheiten darüber aufgetreten, wer dem verhafteten Schuldner die eidesstattliche Versicherung abzunehmen hat. Die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung beim verhafteten Schuldner ist in § 902 ZPO geregelt. Diese Vorschrift ist in der Übergangsregelung nicht erwähnt. Daraus läßt sich entnehmen, daß für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung beim verhafteten Schuldner die Neuregelung des § 902 ZPO, die die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers begründet, gilt.

Vereinzelt sind aber über die Frage der Zuständigkeit für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung beim verhafteten Schuldner bereits gerichtliche Verfahren anhängig. Der Auslegung der zuständigen Gerichte, die

insoweit in richterlicher Unabhängigkeit entscheiden, kann die Staatsregierung nicht vorgreifen.

Dr. Jung (SPD): *Wie viele strafrechtliche Verurteilungen gab es in Bayern in den Jahren 1995/96/97/98 im Erwachsenenstrafrecht ohne Verkehrsdelikte, in wie vielen Fällen wurden hierbei Anordnungen des Verfalls bzw. der Einziehung von Vermögen ausgesprochen, und welche Gesamtwerte sind dabei der Staatskasse zugeflossen?*

Antwort der Staatsregierung: Aus der Strafverfolgungsstatistik für Bayern können folgende Zahlen entnommen werden (jeweils ohne Verkehrsdelikte):

Jahr	Verurteilungen nach allgem. Strafrecht	Verurteilungen von Erwachsenen	Verfall bei Erwachsenen	Einziehung bei Erwachsenen
1994	58 707	56 343	102	4344
1995	58 587	56 438	80	3735
1996	61 136	58 918	69	3556
1997	67 887	65 240	87	2941

Nicht gesondert ausgewertet wird in der Strafverfolgungsstatistik die Zahl der Anordnungen von Verfall und Einziehung bei Heranwachsenden, auf die allgemeines Strafrecht Anwendung findet. Die Strafverfolgungsstatistik für 1998 liegt noch nicht vor.

Statistisch nicht erfaßt wird die praktisch sehr bedeutsame formlose Einziehung. Gleichfalls nicht erfaßt wird der der Staatskasse zugeflossene Gesamtwert.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, daß Einziehung und Verfall nicht bei allen Delikten rechtlich möglich sind und nur in einem Bruchteil der Verfahren überhaupt in Betrachtung kommen. Insbesondere schließt § 73 Abs. 1 Satz 2 StGB regelmäßig die Anordnung des Verfalls aus, soweit durch die Straftat jemand individuell geschädigt wurde.

Abstimmungsliste

zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Renate Schmidt, Irlinger, Egleder u. a. u. Frakt. (SPD); Für Schulreform und Stopp der sechsstufigen Realschule (Drucksache 14/249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf			
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irmilind	X		
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef			X
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Josef	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef			X
Ettengruber Herbert		X	
Dr. Eykmann Walter			
Prof. Dr. Faltthäuser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef			
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Dr. Götz Franz	X		
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg			
Dr. Gröber Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma			
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas			
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian			X
Kupka Engelbert			
Leeb Hermann		X	
Leichtle Wilhelm	X		
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin			
Neumeier Johann			X
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radermacher Karin			
Ranner Sepp			X
Freiherr von Redwitz Eugen			
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig			
Dr. Ritzer Helmut	X		
von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred			
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Dr. Schmid Albert	X		
Schmid Albert		X	
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt Helga			
Schneider Erwin		X	
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann			
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Straßer Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna			
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	86	6

Abstimmungsliste

zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Kellner, Münzel u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN);
Qualität von Schule verbessern statt sechsstufige Realschule einführen (Drucksache 14/256)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf			
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irmilind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef			X
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Josef	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef			X
Ettengruber Herbert		X	
Dr. Eykmann Walter			
Prof. Dr. Faltthäuser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef			
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Dr. Götz Franz	X		
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg			
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma			
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas			
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert			
Leeb Hermann		X	
Leichtle Wilhelm	X		
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin			
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radermacher Karin			
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen			
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig			
Dr. Ritzer Helmut	X		
von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred			
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Dr. Schmid Albert	X		
Schmid Albert		X	
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt Helga			
Schneider Erwin		X	
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann			
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Straßer Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna			
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	90	3